

Entwicklungsökonom Paul Collier

„Wir locken die Menschen in den Tod“

89,1

03.11.2013 · Der Entwicklungsökonom Paul Collier spricht im Interview über die Lehren aus der Tragödie von Lampedusa und die gesellschaftlichen Folgen von Ein- und Auswanderung.



© ANDREAS PEIN  Paul Collier forscht über Migration. Sein Großvater emigrierte einst aus Deutschland nach Nordengland

**Herr Collier, jeden Monat aufs Neue sterben Menschen bei dem Versuch, nach Europa zu kommen. Was läuft da falsch?**

Die aktuelle Politik ist tödlich. Auf dem Weg über das Mittelmeer sind in den vergangenen Jahren Tausende junger Afrikaner ertrunken. Wir locken diese Menschen in den Tod, weil ihre einzige Chance, nach Europa zu kommen, darin besteht, irgendwelchen nordafrikanischen Gangstern einen Haufen Geld für einen Platz auf einem leckeren Boot zu zahlen. Dafür braucht man Geld und Eigeninitiative, das sind nicht die Ärmsten, die da kommen.

**Also ist Europa noch zu großzügig zu den Bootsflüchtlingen?**

Wir machen ihnen falsche Hoffnungen. Wenn wir die Möglichkeiten für junge Afrikaner ausbauen würden, etwa hier in Europa zu studieren, dann würden wir ihnen glaubwürdige Chancen bieten. Es ist lächerlich, dass die Europäische Union die Leute erst ignoriert und sie dann mit Rechten überschüttet, sobald sie einen Fuß auf den Strand von Lampedusa setzen.

**Sie übertreiben. Auch jetzt werden doch die meisten zurückgeschickt oder in Italien wegen illegaler Einwanderung angeklagt. Wie viel strenger wollen Sie werden?**

Jeder, der mit dem Boot kommt, sollte automatisch zurückgeschickt werden. Erst wenn das durchgesetzt wird, werden die Leute aufhören, es zu versuchen.

**Wäre es in der Zwischenzeit nicht humaner, zumindest diejenigen reinzulassen, die es geschafft haben?**

Wenn wir den Leuten erlauben, herzukommen, wären es nicht mehr wenige. Wenn wir nur verhindern wollen, dass die Menschen ertrinken, sollten wir eine kostenlose Fähre übers Mittelmeer einrichten. Halb Afrika würde mitfahren. Die einzige realistische Lösung ist es, keinerlei Anreize zu schaffen, sich in ein leckes Boot zu setzen. Aber wir müssen das mit besseren Angeboten kombinieren, auf legalem Weg nach Europa zu kommen. Und später müssen die Leute eine Chance haben, in ihrem eigenen Land Arbeit zu finden.


**Was können denn die Europäer tun, damit die Flüchtlinge zu Hause Arbeit finden?**

Wir brauchen eine bessere Wirtschaftspolitik, die das Geschäftsklima in diesen Ländern verbessert. Deutschland zahlt Entwicklungshilfe an Brasilien – die brauchen das Geld nicht. Wenn es stattdessen an die ärmsten Länder ginge, wäre das schon ein wichtiger Schritt.

**Warum wollen Sie die Leute eigentlich unbedingt am Auswandern hindern?**

Das will ich gar nicht. Aber eine gute Migrationspolitik muss berücksichtigen, dass Ein- und Auswanderung langfristig schwerwiegende soziale Folgen für eine Gesellschaft haben können. Davon dürfen wir nicht die Augen verschließen.



© AFP  Um Tragödien wie die von Lampedusa zu verhindern, will

Collier jeden Bootsflüchtling automatisch wieder zurückschicken. „Erst wenn das durchgesetzt wird, werden die Leute aufhören, es zu versuchen“

### **Was ist an den gesellschaftlichen Folgen so schwerwiegend?**

Ich will damit nicht sagen, dass die Folgen grundsätzlich negativ sind. Einwanderung macht eine Gesellschaft vielfältiger. Einwanderer sind innovativ und bringen neue Perspektiven. Aber Vielfalt reduziert auch das Vertrauen der Leute untereinander, sie kooperieren nicht mehr so bereitwillig und sind weniger großzügig zueinander. Vergleichen Sie sehr homogene Länder wie Deutschland und Japan mit Ländern wie Nigeria – in Nigeria ist es viel schwieriger, Geschäftsbeziehungen zu regeln und öffentliche Güter bereitzustellen. Und wenn Sie ein typisches europäisches Land mit Amerika vergleichen, dann ist Amerika natürlich vielfältiger, aber als Gesellschaft auch sehr viel weniger großzügig.

### **Kann die Politik nicht beeinflussen, wie sich die Vielfalt auswirkt?**

Natürlich sollten wir überlegen, wie wir mit der Vielfalt umgehen können. Länder mit erfolgreicher Integrationspolitik können auch mehr Einwanderung vertragen. Aber wenn man einer multikulturellen Politik anhängt, ist vielleicht weniger Einwanderung besser. Ganz schlecht ist das, was die britische Regierung gerade macht: aus reinem Populismus weniger Studenten ins Land lassen, weil das die absoluten Zahlen senkt. Wer kommt, ist wichtiger als wie viele.

### **Sie reden hauptsächlich von den Folgen für die Einwanderungsländer. Die Einwanderer selbst und diejenigen, die in ihren Heimatländern bleiben, sehen das wahrscheinlich anders, oder?**

Nicht wirklich. Nur die Gründe sind andere. Wenn ein paar Leute auswandern, ist das gut für ihr Heimatland. Viele Studien zeigen, dass bei moderaten Auswandererzahlen viele nur vorübergehend das Land verlassen und dann besser ausgebildet zurückkommen. Wenn zu viele auswandern, gehen all die klügsten Leute.

### **Aber was sollen denn die Einwanderungsländer dagegen machen?**

Die wohlhabenden Länder sind die einzigen, die Wanderungsbewegungen kontrollieren können. Es wäre die reine Unterdrückung, wenn Länder ihren Bürgern verbieten könnten auszuwandern.

### **Wo ist denn der Unterschied? Die Freiheit der Menschen wird doch in jedem Fall eingeschränkt.**

Nur Nordkorea hindert seine Bürger am Auswandern. Aber alle reichen Länder sollten sinnvolle Einwanderungsbeschränkungen haben und dabei die eigenen Interessen mit denen der armen Länder abwägen. Großbritannien hat zum Beispiel lange Zeit gezielt Ärzte aus Afrika angeworben und damit den Mangel dort verschärft. Das ist katastrophal.

### **Wie sieht es mit Migration innerhalb der EU aus? Hier wird es kaum gelingen, Beschränkungen durchzusetzen. Es gilt Niederlassungsfreiheit, die letzten Restriktionen enden im Januar.**

Ja, das ist eine große Stärke Europas, die wir nur sehr vorsichtig antasten sollten. Aber als diese Regel eingeführt wurde, war die Grundlage eine gewisse Reziprozität – viele Deutsche in Großbritannien und viele Briten in Deutschland. Das ist eine hervorragende Idee.

### **Freizügigkeit also nur für die Bewohner reicher Länder?**

Es gibt eine gewisse Asymmetrie zwischen alten und neuen EU-Mitgliedern. Viele Rumänen wollen nach Deutschland kommen, aber nicht viele Deutsche nach Rumänien. Die Originalidee war eine andere. Reziprozität wieder in die Migrationspolitik zu integrieren stünde im Einklang mit europäischen Werten.

### **Politisch ist das unwahrscheinlich. Welche anderen Möglichkeiten haben Länder wie Deutschland, die gesellschaftlichen Herausforderungen zu meistern, die sich etwa aus der Einwanderung aus Osteuropa ergeben?**

Innerhalb Europas müssen wir von Einwanderungspolitik hin zu Integrationspolitik. Wenn Sie die Einwanderung nicht kontrollieren können, müssen Sie dafür sorgen, dass sich die Einwanderer schnell in die Gesellschaft einfinden, also mehr Wert legen auf Spracherwerb, die Leute nicht in Gettos leben lassen.

### **An welchem Punkt verliert diese Politik ihre Wirkung?**

Es kann schon sein, dass es nicht möglich ist, einen gut funktionierenden Wohlfahrtsstaat, ein hohes Maß an Multikulturalismus und eine hohe Zuwanderungsrate miteinander zu verbinden. Wir müssen entscheiden, wo unsere Prioritäten liegen. Einwanderungspolitik muss pragmatischer werden.

### **Länder wie Dubai und Qatar sind sehr pragmatisch. Sie funktionieren wirtschaftlich hauptsächlich deswegen, weil Gastarbeiter dort unter miserabelsten Bedingungen schuften.**

Ich finde diese Länder sehr verstörend, weil ihr Geschäftsmodell darauf beruht, dass einige der ärmsten Menschen der Welt die Arbeit machen, damit einige der reichsten ungestört ein Luxusleben führen können. Das ist keine Lösung für globale Ungleichheit.

### **Wie könnte man die Situation dort verbessern?**

Es wäre wünschenswert, dass die Arbeiter besser behandelt werden, aber die Regierungen haben keinen Anreiz dazu. Die sagen, wir zahlen soundsoviel, kommt ihr her? Und genügend Leute sind arm genug, um ja zu sagen.

### **Eine schlechte Arbeit ist besser als nichts?**

Es hilft den Leuten zu überleben. Einige Ökonomen wünschen sich deswegen, dass westliche Länder das ähnlich handhaben und Gastarbeiter aus armen Ländern zu Niedriglöhnen beschäftigen. Ich finde das keine akzeptable Lösung.

### **Und was ist mit den Rumänen, die in Deutschland zu Niedriglöhnen Schweine zerteilen und Büros putzen?**

Ich glaube, Leute aus ärmeren Ländern hierher zu locken, um sie Arbeit machen zu lassen, die wir nicht zu tun bereit sind, für Löhne, die wir niemals akzeptieren würden, ist ganz schlechte Politik. Das befeuert Rassismus, es verleitet uns zu Überheblichkeit gegenüber diesen Menschen.

### **Komplette Personenfreizügigkeit, wie es manche Ökonomen fordern, wäre auch keine Lösung?**

Diese Leute betrachten Einwanderungskontrollen genau wie Kapitalkontrollen, die wollen einfach alles deregulieren. Dafür habe ich kein Verständnis. Nationalstaaten stellen nach wie vor zentrale Elemente gesellschaftlichen Wohlstands bereit. Damit das funktioniert, brauchen wir einen gewissen sozialen Zusammenhalt. Viele arme Länder haben diesen Zusammenhalt nicht. Wir sollten ihnen helfen, ihn aufzubauen, anstatt ihre besten Leute abzuwerben.

#### Der Entwicklungsforscher

**Paul Collier** ist Professor für Ökonomie und Public Policy an der **Universität Oxford** und leitet dort das Institut zur Erforschung afrikanischer Volkswirtschaften. In seiner Arbeit beschäftigt er sich mit der Frage, wie **Entwicklungsländer** am schnellsten zu den reichen Ländern **aufschließen** können. In seinem Buch **Exodus** entwickelt er ein ökonomisches Modell, mit dessen Hilfe sich die **Auswirkungen von Migration** auf Einwanderungsländer, Einwanderer und ihre Herkunftsländer ergründen lassen. Neben seiner Forschung in der Entwicklungsökonomie hat ihn dazu auch seine **Familiengeschichte** inspiriert: Colliers Großvater Karl Hellenschmidt emigrierte einst aus **Ernsbach** in Baden-Württemberg ins englische **Bradford**.

Die Welt Meinung 03.11.13

## Wirtschaftsmisere

# Das schwache Frankreich zieht ganz Europa hinunter

89,4

Seit Jahren siecht unser Nachbarland dahin. Doch seine Gesellschaft ist nicht bereit, sich zu wandeln. Jeder Bankrott wird hingenommen. Das Schlimme: Die Franzosen ziehen uns mit in die Krise. *Von Jacques Schuster*



*Foto: dpa* Am Donnerstag legte das Peugeot-Werk in Aulnay seine Bänder still. Schon im März hatte es heftige Proteste der Arbeiter gegeben

### WEITERFÜHRENDE LINKS

- [Nach Protesten: Frankreich knickt bei Ökomaut für Lastwagen ein](#)
- ["Ras le bol": Franzosen haben "Schnauze voll" von le Président](#)
- [Fleischindustrie: Frankreich wirft Deutschland Lohndumping vor](#)
- [Landwirtschaft: Franzosen rebellieren gegen deutsches Billig-Fleisch](#)

Können Staaten scheitern? Sind sie in der Lage, sich derart zugrunde zu richten, dass schließlich kaum ein Stein auf dem anderen bleibt? Wäre es möglich, dass Hölderlin irrte: "Wo aber Gefahr ist, da wächst das Rettende auch." Was ist, wenn der Notstand naht, doch die Helfer fehlen?

Wer über den Rhein nach Frankreich schaut, den packt das kalte Grausen. Das Land siecht seit Jahren nicht nur dahin, es befindet sich auch im rasanten Niedergang. Seit knapp einem Jahrzehnt warnen Experten vor dem Abstieg, doch nichts geschieht, sieht man von den Ruinen des Verfalls ab, die zahlreicher werden.

Wenig scheint Frankreich zu erschüttern, weder die Tatsache, dass seit 2009 über 1000 Fabriken geschlossen haben (als jüngste das Peugeot-Werk in Aulnay, das am Donnerstag seine Bänder stilllegte), noch drastische Worte.

## Auch Chirac und Sarkozy gelangen kaum Reformen

Schon vor sieben Jahren hielt der Philosoph Pascal Bruckner seinen Landsleuten vor, Frankreich verwandele sich allmählich in Liliput, in dem seine Bürger mithilfe einer "einzigartigen Verbindung von Arroganz und

Selbsthass" die Augen vor der Wirklichkeit verschlössen. Doch kaum einer seiner Landsleute nahm Bruckners Aufruf zur Kenntnis. Nur wenige Franzosen sind zu einschneidenden Veränderungen bereit.

Einzig auf einem Feld war Frankreichs Gesellschaft in den vergangenen zwei Jahrzehnten noch schöpferisch tätig: Ihr gelang es, den starren Konservatismus in die Flagge der Revolution zu hüllen. Heute steigt sie zwar immer noch mit der Jakobinermütze auf dem Haupt für Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit auf die Barrikaden, doch eigentlich meint sie: Vorsicht, Bewahrung, Vorsorge.

Die jüngsten Proteste in der Bretagne zeugen davon. Dort schafften es die Bauern und Lastwagenfahrer in dieser Woche, die Ecotaxe zu kippen, mit deren Hilfe Paris Straßen und Schienen zu modernisieren gedachte.

Es sieht nicht danach aus, als wäre Präsident Hollande imstande, die Macht der reaktionären Revolutionäre zu brechen. Warum sollte er auch stärker sein als seine Vorgänger Chirac und Sarkozy, die nichts oder wenig dafür taten, das Land grundlegend zu reformieren?

### **Verschuldung bald bei 100 Prozent des BIP**

So geht es stets und ständig tiefer hinab. Nur die Arbeitslosigkeit steigt. Sie liegt bei rund elf Prozent, unter den Jugendlichen sogar bei etwa 26 Prozent. Bis Jahresende wird die Verschuldung bei 95 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) liegen.

Die fehlende Finanzkraft führt dazu, dass Paris mit nur zwei Prozent vom BIP jährlich viel weniger Geld in Forschung und Technologie investiert als die Deutschen (gut vier Prozent). Darüber hinaus sind die Exporte seit 2005 um 20 Prozent gesunken. Die OECD warnt bereits davor, dass Paris zu stark auf die wenig entwickelten Industriezweige setzt.

Frankreich wird nicht mehr lange so weitermachen können. Doch jeder Bankrott, jede Entlassung, sämtliche Hiobsbotschaften werden als Schicksalsschlag hingenommen. Gegen diese Stimmung lässt sich nichts unternehmen.

"Keine Macht kann sich gegen den Volksgeist oder in ihm zerstörend geltend machen, wenn er nicht selbst leblos, erstorben ist", wusste schon Hegel. Schlimm daran ist, dass die Franzosen am Ende ganz Europa mit hinunterziehen werden.

## VIDEO

### Des portiques et bornes écotaxes détruits en Bretagne

89,6

Par [lefigaro.fr](http://lefigaro.fr) Publié le 03/11/2013 à 17:23



Les bonnets rouges ont mis à terre un 4e portique écotaxe ce dimanche en incendiant les pieds de la structure. Ces dispositifs permettant d'identifier les camions soumis à l'écotaxe est la cible de la colère bretonne depuis plusieurs mois.

Les bornes et portiques écotaxe sont devenus la cible de la colère des manifestants bretons. Ce dimanche après-midi, un groupe d'une quarantaine de personnes, dont certains étaient coiffés de bonnets rouges, s'est rassemblé autour du portique écotaxe de Lanrodec, entre Saint-Brieuc et Guingamp. Le groupe a mis le feu à des pneus aux pieds de la structure. A 15h20, le portique a cédé et s'est écroulé sur la route, sous les applaudissements. Samedi, peu avant [la grande manifestation de Quimper](#), un autre portique a été détruit de manière similaire à Saint-Allouestre, dans le Morbihan.

Selon Ouest-France, [la structure a été démontée dans la nuit de samedi à dimanche](#). En prévision d'autres tentatives de destructions, des compagnies de CRS se sont massées près des portiques d'Elven, près de Vannes, et de Brech', près d'Auray.

De 500.000 à 1 million d'euros pièce

Depuis quelques mois, ces structures métalliques fleurissent sur les routes de France. [Construits par la société italienne Ecomouv'](#), les portiques écotaxe coûtent entre 500.000 et 1 million d'euros pièce. Equipés de caméras de surveillance et de systèmes de détection, [ces structures détectent les camions de plus de 3,5 tonnes qui doivent s'acquitter de l'écotaxe](#), et vérifie si ces véhicules sont bien équipés d'un boîtier GPS. Ce dernier se déclenche lors du passage du camion devant une borne écotaxe, et calcule le montant dû à l'Etat.

Les portiques écotaxe sont la cible de la colère des «bonnets rouges» depuis plusieurs mois. La première action marquante date du 2 août, quand un groupe de manifestants avait détruit [un portique près de Morlaix](#). Rebelotte le 8 octobre, avec [un nouveau sabotage à Melgven](#), entre Quimper et Lorient. Jeudi, la préfecture du Finistère avait procédé au [démontage du portique de Pont-de-Buis](#). Ce dernier avait été la cible d'une violente manifestation le 26 octobre.

Même de simples radars routiers sont vraisemblablement touchés par la colère bretonne. Cette semaine, [pas moins de 6 radars ont été incendiés dans le Morbihan](#), dont quatre rien que pendant la nuit du 31 octobre au 1er novembre. Mais le phénomène ne semble pas circonscrit à la Bretagne. [Selon la Voix du Nord](#), une borne écotaxe a été incendiée ce dimanche près d'Avesnes-sur-Helpe, dans le Nord.

## Nutzlos in der neuen Welt

89,7

03.11.2013 · Mehr und mehr Asylbewerber kommen nach Deutschland. Sie suchen Frieden, aber auch Wohlstand. Dafür müssten sie eigentlich arbeiten. Vielen fehlt es dafür an Bildung – und andere lässt man nicht.

Von CHRISTOPH SCHÄFER

[Artikel](#) [Bilder](#) (3) [Lesermeinungen](#) (39)



© DPA  Aufstiegsraum: Von den Asylbewerbern, die noch im Sommer in Schwäbisch Gmünd Reisenden die Koffer trugen, ist zu hören, sie seien depressiv geworden, seitdem die Deutsche Bahn sie nicht mehr lässt

Noch vor wenigen Wochen hat die Deutsche Bahn einige Asylbewerber die Koffer ihrer Reisenden tragen lassen. Eine Treppe hinauf, über die Bahngleise in Schwäbisch Gmünd hinweg und wieder herunter. Die Stadt und die Bahn zahlten ihnen dafür gemeinsam 1,05 Euro pro Stunde. Außerdem spendierte der Staatskonzern den Männern aus Afrika, Afghanistan und Pakistan rote T-Shirts mit der Aufschrift „Service“, Namensschilder und Strohhüte. Unfreiwillig zündete der Konzern so eine Bombe im PR-Fettnäpfchen. Die Presse prangerte den „Sklavenlohn“ an und wetteerte: „Schwarz bedient Weiß“, die „taz“ vernahm gar „Grüße aus der Kolonialzeit“. Aufgeschreckt durch die Schlagzeilen, stampfte die Bahn das Projekt schon achtundvierzig Stunden nach seinem Start wieder ein: „Die konkreten Beschäftigungsbedingungen sind der Deutschen Bahn erst jetzt bekanntgeworden“, entschuldigte sie sich. Solche Arbeitsverhältnisse könne man nicht unterstützen.

Die Eisenbrücke über die Gleise steht noch. Nun aber setzt die Bahn seit dem Rauswurf der Asylbewerber eigene Mitarbeiter fürs Kofferschleppen ein, die anständig nach Tarif bezahlt werden. Sie sollen so lange bleiben, bis der Bahnhof umgebaut und die Brücke wieder abmontiert ist. Ist nun alles in Ordnung?

„Nein“, sagt Oberbürgermeister Richard Arnold von der CDU. „Ich bin traurig über die Entscheidung der Bahn.“ Auch die Asylbewerber seien sehr enttäuscht. „Niemand hat sie gefragt: Was wollt ihr denn? Uns hat das Herz geblutet, wir alle hätten das Projekt gern fortgeführt.“ Zur Wahrheit, findet Arnold, gehörten auch folgende Fakten: Alle neun Asylbewerber hatten sich freiwillig gemeldet und hätten ihre Arbeit jederzeit beenden dürfen. Die 1,05 Euro pro Stunde wurden nicht auf ihre Sozialbezüge angerechnet und waren das Maximum dessen, was Bahn und Gemeinde ihnen laut Asylbewerberleistungsgesetz zahlen durften. Dazu gab es Trinkgeld. „Selbst unsere sparsamen Schwaben haben sich nicht lumpen lassen“, berichtet der Oberbürgermeister. Unter dem Strich habe sich das Kofferschleppen für die Flüchtlinge gelohnt. Jetzt sind sie arbeitslos. „Das macht sie kaputt, das macht sie depressiv“, sagt Arnold. Und die hellhäutigen Bahn-Mitarbeiter ohne Strohhut, die nun zum Tariflohn Koffer schleppen, „sehen alles andere als glücklich aus“.

## Patrick war es acht Jahre lang verboten zu arbeiten

Das Beispiel legt den Finger in eine Wunde. In keinem anderen Land der Europäischen Union beantragen mehr Menschen Asyl als in Deutschland. Von Januar bis September hat sich die Zahl der Erstanträge im Vergleich zum Vorjahr auf 75.000 verdoppelt. Ihre Lebensgeschichten sind unendlich vielseitig, aber sie alle – ob Akademiker oder Analphabet – träumen auch von Aufstieg und Wohlstand in einem relativ reichen Land. Und scheitern meist kläglich beim Versuch, Arbeit zu finden. Dabei gibt es davon genug.

Steve Patrick zum Beispiel kämpft seit einundzwanzig Jahren eine Schlacht, die nur Verlierer kennt. Auf der einen Seite steht Patrick, einundsechzig Jahre alt. Auf der anderen die Ausländerbehörde. Patrick lebt seit 1992 in Deutschland, spricht aber immer noch kaum Deutsch. Englisch etwas besser, aber nicht gut. Wer sich mit ihm unterhält, versteht gerade so, was er sagen möchte. Aus welchem Land Patrick stammt, lässt sich nicht sagen. Seine Mutter starb, als er ein Baby war. „Mein Vater sagte mir, sie kam aus Nigeria.“ Der Vater ist mittlerweile auch tot. „Er war aus Liberia“, sagt Patrick. Welche Nationalität er selbst hat, will oder kann Patrick nicht sagen: „Es gibt keine Beweise.“

Fest steht, dass er aus Sierra Leone einreiste und in Frankfurt landete. Seinen Asylantrag lehnten die Behörden ab. Deshalb muss Patrick Deutschland verlassen. Seit einundzwanzig Jahren. Freiwillig geht er nicht, daher wollen die Behörden ihn abschieben. Weil sie nicht beweisen können, aus welchem Land Patrick stammt, wissen sie auch nicht, wohin sie ihn abschieben dürfen. Deshalb ist Patrick noch hier. Um ihn zur Ausreise zu bewegen, verboten seine Sachbearbeiter Patrick acht Jahre lang zu arbeiten. Sie begründeten das damit, dass er sich nicht bemühe, seine Identität zu klären. Acht Mal war Patrick inzwischen bei der nigerianischen Botschaft, acht Mal bei der liberianischen. Sie sagten ihm: Die Identitätsklärung ist nicht möglich. Kein Land will ihn aufnehmen.

## Keine dauerhafte Stelle ohne dauerhaftes Aufenthaltsrecht

Seit einem Jahr nun darf Patrick wieder arbeiten. Die Accente Gastronomie Service, eine Tochtergesellschaft der Messe Frankfurt, heuert ihn an, wenn eine große Ausstellung stattfindet. Er hilft mal als Reinigungskraft, mal in der Küche. „Ich spüle die Teller, ich kann auch Salat“, sagt er. Seine Arbeitsverträge gelten stets nur für wenige Tage, der aktuelle für vier. Er begründet „keinen Anspruch auf einen Folgevertrag“. Sein „Aushilfsarbeitsverhältnis“, heißt es darin, ist „täglich kündbar“. Sein Stundenlohn beträgt 8,50 Euro, damit sind „alle weiteren Ansprüche abgegolten“.



Verzweifelt an der Bürokratie: Mohammad Salem Samadi arbeitete als Augenarzt in Afghanistan und beschäftigt sich seit seiner Flucht nach Deutschland mit Behördengängen

Die Accente Gastronomie Service GmbH setzt vierzig Millionen Euro im Jahr um. Geschäftsführer Klaus-Peter Suhling berichtet, Patrick habe „einen guten Ruf bei uns. Wir beschäftigen ihn gerne.“ Die Bedingungen, unter denen Patrick arbeitet, findet der Geschäftsführer in Ordnung. „Das ist eine von vielen Menschen gerne genutzte Möglichkeit, sich etwas hinzuzuverdienen, sofern man sonst keine feste Arbeit hat.“ Vermutlich würde er Patrick eine feste Stelle anbieten, das aber gehe aus juristischen Gründen nicht. Weil Deutschland Patrick abschieben will, erhält er nur für jeweils maximal sechs Monate eine „Duldung“. Ohne ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht gibt es keine dauerhafte Stelle.

Im Bundesinnenministerium wertet Referatsleiter Christian Klos das Schicksal Patricks als „eher extremen Ausnahmefall“ in einem System, das im Großen und Ganzen passabel funktioniere. Klos unterteilt die Gruppe der Flüchtlinge gemäß dem Ausländerrecht in



fünf Gruppen: Asylbewerber, Asylberechtigte, Flüchtlinge nach der Genfer Menschenrechtskonvention, Inhaber von humanitären Aufenthaltstiteln und Geduldete. Für jede Gruppe legen diverse Gesetze fest, ob sie arbeiten dürfen beziehungsweise ab wann. Asylbewerber etwa dürfen nach ihrer Einreise neun Monate nicht arbeiten. Danach dürfen sie weitere drei Jahre lang eine abhängige Beschäftigung aufnehmen, wenn die Arbeitsagentur zugestimmt hat. Eine selbständige Erwerbstätigkeit ist ausgeschlossen, eine Berufsausbildung hingegen möglich.

### **Nur 1,2 Prozent aller Asylanträge werden positiv beschieden**

Selbst Experten legen sich vielseitige Tabellen an, um den Überblick darüber zu behalten, wer wann was arbeiten darf. Verkürzt lässt sich die Rechtslage so zusammenfassen: Wer bleiben darf, darf arbeiten. Wer gehen soll, dem wird es schwergemacht. „Die Regeln sollen verhindern, dass das Asylverfahren zu Zwecken missbraucht wird, für die es nicht gedacht ist“, erklärt Referatsleiter Klos. Eine sofortige Arbeitserlaubnis für jeden, der die Grenze überquert, wäre ein falscher Anreiz, grundlos in Deutschland um Asyl zu bitten, sagt er. „Der Arbeitsmarkt soll nur für jene geöffnet werden, die wirklich Schutz brauchen.“

Die allermeisten sollen gehen – und deshalb vom Arbeitsmarkt ferngehalten werden. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat in diesem Jahr nur 1,2 Prozent aller Asylanträge positiv beschieden. Weitere 29 Prozent genießen Abschiebeschutz oder ein Abschiebeverbot. Rund 70 Prozent der Anträge werden abgelehnt oder erledigen sich von allein. Obwohl die große Mehrheit unter keinem Gesichtspunkt ein Aufenthaltsrecht hat, ist es sehr schwierig, abgelehnte Bewerber abzuschieben. Referatsleiter Klos nennt das „Vollzugsdefizite im Bereich aufenthaltsbeendender Maßnahmen“, später: „teilweise Kapitulation des Rechtsstaats vor der Wirklichkeit“.

Ein Teil dieser Wirklichkeit ist, dass in Deutschland einerseits eine Debatte über Armutseinwanderung und steigende Asylzahlen tobt, andererseits die Bundesregierung im Ausland um Fachkräfte buhlt. Altenpfleger sollen kommen, Erzieherinnen, Ärzte. Migranten mit guten Gehältern dürfen einreisen und loslegen. Asylbewerber profitieren von dieser Regel nicht. Asyl erhält, wer politisch verfolgt ist. Das kann zu der abstrusen Situation führen, dass ein abgelehnter Bewerber das Land verlassen muss, obwohl seine Qualifikation gebraucht wird.

### **Auf den Verdienst kommt es Lama nicht an**

Der Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Manfred Schmidt, schlägt deshalb eine Prüfung vor dem Asylverfahren vor. Darin solle geklärt werden, ob der Ausländer eine gesuchte Fachkraft ist. Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) lehnt das ab. Er glaubt nicht, „dass ein humanitäres Problem mit den Mitteln der Arbeitsmarktintegration gelöst werden kann“.

Er irrt sich, manchmal gelingt genau das. Raj Lama aus Nepal ist ein Beispiel dafür. Der Achtzehnjährige lebt seit knapp drei Jahren in Deutschland. Seine Mutter verkaufte ihn als Kind für fünfzig Euro an einen Zirkus. Der Zirkus kam nach Deutschland und war bald darauf insolvent. Der jugendliche Lama blieb. Die Behörden schickten ihn in eine betreute Wohngruppe der Caritas in Gießen. Dort hatte der Jugendliche Glück. Er lernte den Leiter der örtlichen Caritas kennen, Joachim Tschakert. „Er war der Einzige, der mich verstand“, sagt Lama. Tschakert merkte das – und kümmerte sich fortan besonders um den Jugendlichen. Lama holte einen Hauptschulabschluss nach, ließ sich taufen, machte einen Trainerschein und bildet nun Kinder im Geräteturnen aus. Auch Lama wird ausgebildet: Die Caritas bot ihm eine Lehre zum Altenpflegehelfer an, der junge Mann akzeptierte dankbar. Lama verdient 670 Euro netto im Monat, doch auf den Verdienst kommt es ihm nicht an. „Ich muss und will die Ausbildung schaffen“, sagt er. „Sonst muss ich vielleicht zurück nach Nepal.“



© STEFAN FINGER  Raj

Lama darf arbeiten – als Auszubildender in einem Pflegeheim. Pfleger sind gesucht. Und Raj Lama hofft, im Beruf und im Land bleiben zu dürfen

Die Caritas hat ein so starkes Abhängigkeitsverhältnis zwar nicht gewollt. Andererseits kennt Caritasdirektor Tschakert den Mangel an Altenpflegern und ist froh über den Lehrling: „Der Arbeitsmarkt hat sich verändert, heute sind wir dankbar, dass wir jemanden wie Raj haben.“

### „Siebzigtausend Dollar haben wir dem Schleuser gezahlt“

Die Zeitenwende auf dem Arbeitsmarkt hat sich mittlerweile auch im Ausländerrecht niedergeschlagen. Der Gesetzgeber hat die Schrauben gelockert. Den Anfang machte die große Koalition 2007 und gewährte jenen Geduldeten ein Aufenthaltsrecht, die seit mindestens acht Jahren in Deutschland lebten und ohne staatliche Unterstützung auskamen. Anschließend hoben die Innenminister die Residenzpflicht teilweise auf und führten ein Bleiberecht für gut integrierte Jugendliche ein. Nicht zuletzt gewährte die Regierung einen Anspruch auf eine Prüfung, ob und wie ein ausländischer Berufsabschluss anerkannt werden kann.

So vielversprechend das alles klingt – in der Praxis läuft es oft auf einen Nahkampf mit den Sachbearbeitern hinaus. Mohammad Salem Samadi etwa wird gerade von der Bürokratie zermürbt. In Afghanistan, seiner Heimat, hatte Samadi als Augenarzt gearbeitet. Für eine katholische Hilfsorganisation operierte er jedes Jahr vierhundert Menschen, die andernfalls blind geworden wären. Eines Tages überfielen die Taliban das Krankenhaus und töteten zehn Mitarbeiter. Samadi überlebte, fand wenig später aber Morddrohungen im Briefkasten. Samadi, seine Frau und seine drei Kinder flohen nach Deutschland.

„Siebzigtausend Dollar haben wir dem Schleuser gezahlt“, berichtet er. Die Familie erhielt Asyl und lebt seit zweieinhalb Jahren in Hessen. Als Arzt hat Samadi seitdem nicht mehr gearbeitet, die Samadis erhalten Hartz IV. „Wir schämen uns dafür, aber es ist schwierig, hier arbeiten zu dürfen“, sagt der Arzt. Damit er irgendwann wieder operieren darf, besucht Samadi Sprachkurs um Sprachkurs. In ein paar Monaten wird er das geforderte „C1-Niveau“ erreicht haben. Das Hessische Landesprüfungsamt im Gesundheitswesen hat vor Monaten sein Facharzt Diplom und diverse Arbeitszeugnisse erhalten, in beglaubigter deutscher Übersetzung. Gereicht hat es nicht. In einem Brief teilte die Behörde mit, gemäß Paragraph zehn der Bundesärzteordnung fehle unter anderem noch die „Fächer- und Notenliste im Original“. Der Schrieb ließ Samadi verzweifeln: „Im Original bekomme ich die aus Afghanistan nie.“ In zwei Wochen hat er den nächsten Termin bei seiner Sachbearbeiterin.

### Raus aus der Sackgasse

Das größte Problem der Flüchtlinge sind aber weder deutsche Gesetze noch unersättliche Sachbearbeiter. Es ist ihre mangelhafte Qualifikation. Samadi ist die große Ausnahme. Eine interne Auswertung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge ergab, dass knapp jeder dritte Asylbewerber nach eigenen Angaben nur die Grundschule besucht hat, weitere 15 Prozent gingen nie zur Schule. „Viele kennen nicht mal eine Zahnbürste“, berichtet eine Sozialpädagogin, die in einer Erstaufnahmeeinrichtung arbeitet. Kombiniert mit mangelhaften Deutschkenntnissen, führt das in eine berufliche Sackgasse, aus der wenige herauskommen.

Einer, der es versucht, ist Qamar Sajjad Sahi. Er reiste als Sechzehnjähriger mit gefälschtem Pass ein, für den sein Vater zehntausend Euro hinlegte. Auch Sahi hintertrieb seine Abschiebung und erhielt Arbeitsverbote. Bis 2008. Seitdem kämpft sich Sahi nach oben. „Ich begann in einem kleinen Frankfurter Restaurant als Spüler, stieg zwei Jahre später zum Kochhelfer auf. Ich durfte dann Fleisch

zubereiten und Gemüse schneiden“, erzählt er. Seit einem Jahr leitet Sahi das kleine Küchenteam, doch sein Alltag ist hart. Um sieben Uhr steht er auf und geht zum Deutschkurs. Der dauert bis vierzehn Uhr. Eine halbe Stunde braucht Sahi, um zum Restaurant zu kommen. Dort steht er bis dreiundzwanzig Uhr am Herd, sechs Tage in der Woche. Dafür erhält er 1650 Euro brutto. Der Deutschkurs sei für ihn wichtig, meint Sahi. „Wenn jemand nicht gut Deutsch kann, dann macht der Chef, was er will. Dann gibt es keine Pause, zu viele Überstunden und zu wenig Geld.“ Ein paar Monate noch, dann darf Sahi eine Prüfung zur Fachkraft im Gastgewerbe machen. Dann wäre er raus aus der Sackgasse.

## Export-Streit:

### IWF drängt Deutschland zur Bescheidenheit

89,12



Getty Images

Autoproduktion in Wolfsburg (Archivbild): Schadet der deutsche Export der Weltwirtschaft?

**Erst rügt der US-Finanzminister die Exportstärke der Deutschen, nun legt der Internationale Währungsfonds nach. Der Vize-Chef der Organisation fordert nach SPIEGEL-Informationen eine konkrete Obergrenze für die Überschüsse der Bundesrepublik.**

Washington/Berlin - Das Ausland zeigt sich besorgt über den starken deutschen Export. Nach Kritik von der US-Regierung kommen nun auch Mahnungen vom Internationalen Währungsfonds (IWF). Nach SPIEGEL-Informationen schlug der Vize-Chef der Organisation, David Lipton, bei seinem Besuch im Bundesfinanzministerium in der vergangenen Woche vor, Deutschland solle sich verpflichten, seine Überschüsse zu reduzieren. Die Bundesregierung solle eine konkrete Zielgröße festlegen, die künftig nicht mehr überschritten werden dürfe.

Stein des Anstoßes ist der aktuelle Report to Congress on International Economic and Exchange Rate Policies, den das US-Finanzministerium am vergangenen Mittwoch herausgegeben hatte ([hier im PDF-Format](#)). In ungewöhnlich offener Form [kritisiert der Bericht die Wirtschaftspolitik von Bundeskanzlerin Angela Merkel](#): Das Exportland Deutschland belaste mit seinem Rekordhandelsüberschuss die gesamte EU. Während der Euro-Krise habe Deutschland einen viel zu großen Handelsüberschuss angehäuft. 2012 sei dieser Überschuss sogar größer gewesen als der Chinas.

Tatsächlich sind die Zahlen beeindruckend. Laut [Ifo-Institut](#) dürfte Deutschland in diesem Jahr erneut einen Rekordhandelsüberschuss von rund 200 Milliarden Euro erzielen. Im ersten Halbjahr sei der Überschuss auf 96 Milliarden Euro gestiegen, das entspreche einem Anteil von 7,2 Prozent am Bruttoinlandsprodukt. Bereits 2011 und 2012 hatte Deutschland die höchsten Exportüberschüsse weltweit erzielt.

#### US-Wirtschaft in der Krise

Ungleichgewichte in den Handelsbilanzen gelten als einer der Auslöser der weitweiten Finanzkrise. Dass die USA aber ausgerechnet jetzt Berlin so prominent an den Pranger stellen, kommt einem Affront gleich. Nach der NSA-Abhöraffaire um Merkels Handy sind die deutsch-amerikanischen Beziehungen ohnehin auf dem Tiefpunkt.

Der scharfe Ton ist auch deshalb bemerkenswert, da Washington und Berlin solche Punkte sonst diskret hinter den Kulissen ansprechen. Schon im letzten Währungsbericht vom April sprach das US-Finanzministerium Deutschland an, allerdings in weitaus gemäßigerem Ton.

Was Wachstumsfragen angeht, sitzen die USA freilich selbst im Glashaus. [Amerika gilt nicht unbedingt als wirtschaftspolitisches Vorbild](#). Das US-Bruttoinlandsprodukt erholt sich nur langsam von der Finanzkrise, und der jüngste Schuldenstreit, der die Weltfinanz mitbedrohte, schob den Aufschwung nur noch weiter auf. [Weshalb auch die US-Notenbank vorerst an ihrer lockeren Geldpolitik festhalten will](#).

#### Deutsche Wirtschaft empört

Deutsche Wirtschaftsverbände hatten empört auf die Kritik aus den USA reagiert. Die Vorwürfe seien "völliger Unsinn", sagte Hannes Hesse, Hauptgeschäftsführer des Maschinenbauer-Branchenverbands VDMA. Vielmehr sei die deutsche Wirtschaft ein Fundament, "auf dem die wirtschaftliche Stabilität Europas steht". Ohne deren Stärke würde ganz Europa vermutlich in eine Wirtschaftskrise schlittern.

Außenhandelspräsident Anton Börner interpretiert die US-Kritik als taktisches Manöver mit Blick auf die Verhandlungen über ein transatlantisches Freihandelsabkommen. Nachvollziehen könne er sie nicht im Geringsten. Im Übrigen gelte: "Wir haben deshalb Überschüsse, weil wir so gut sind", sagte der Chef des Bundesverbandes Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA).

Der Direktor des gewerkschaftsnahen Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK), Gustav Horn, hält die Kritik dagegen für "absolut gerechtfertigt". Deutschland schade sich mit dieser Politik letztlich nur selbst. Ein Großteil der Überschüsse lande über den Kapitalexport im Ausland.

Lohn-Studie


## Mindestlohn macht die meisten Haushalte ärmer

89,14

04.11.2013 · Höhere Stundenlöhne setzen sich laut einer Studie nicht in höhere Realeinkommen um. Gerade für Haushalte der Mittelschicht kann der Mindestlohn mit Einkommensverlusten einhergehen.

Von DIETRICH CREUTZBURG, BERLIN



© DPA  Mindestlohn 8,50 Euro pro Stunde: was bewirkt er wirklich?

Ein Mindestlohn von 8,50 Euro je Stunde wird die Einkommen ärmerer Haushalte in Deutschland kaum erhöhen. Berücksichtigt man die Auswirkungen des Mindestlohns auf Beschäftigung und Verbraucherpreise, dann gehen die realen Einkommen dieser Haushalte unter dem Strich sogar leicht zurück. Zu diesem Ergebnis kommt eine Modellrechnung des Ökonomen Viktor Steiner von der Freien Universität Berlin und seines Kollegen Kai-Uwe Müller vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). Unter Umständen drohe als Folge des geplanten Mindestlohns sogar eine leichte Zunahme der Einkommensungleichheit, schreiben Steiner und Müller in ihrer Studie („Distributional effects of a minimum wage in a welfare state“), die der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vorab vorliegt.

Die Autoren bestreiten nicht, dass mehrere Millionen Arbeitnehmer mit Einführung des Mindestlohns auf einen höheren Arbeitslohn hoffen könnten. Nach ihren aktuellsten Daten arbeiten derzeit 12,9 Prozent der Erwerbstätigen zu Stundenlöhnen von weniger als 8,50 Euro. Unter den erwerbstätigen Frauen im Osten beläuft sich der Anteil sogar auf knapp 25 Prozent. Im Durchschnitt könnte der geplante Mindestlohn die Stundenlöhne der Betroffenen um 41 Prozent erhöhen. Dies gilt in dieser Form aber nur, wenn man mögliche Arbeitsplatzverluste ganz ausblendet. Steiner und Müller haben in ihrer Modellrechnung eine mittlere Preisempfindlichkeit der Güternachfrage unterstellt und kommen damit zu dem Ergebnis, dass rund 500.000 oder neun Prozent der betroffenen Niedriglohnarbeitsplätze akut gefährdet wären. Diese Zahl liegt auch im Mittelfeld der Prognosen anderer Wirtschaftsforscher.

### **Einkommensverluste denkbar**

Dass der Mindestlohn nur wenig zur Bekämpfung von Einkommens-Ungleichheiten beiträgt, liegt aber nicht allein an Arbeitsplatzverlusten, wie die neue Untersuchung zeigt. Es liegt auch daran, dass viele Niedriglöhner in Haushalten mit höheren Einkommen leben. Überdies werden die angleichenden Wirkungen des Mindestlohn durch das Sozial- und Steuersystem erheblich abgeschwächt.

Betrachtet man unter den Haushalten nur das Zehntel mit den geringsten Einkommen in Deutschland, so gewinnen diese durch den Mindestlohn von 8,50 Euro bestenfalls 900 Euro jährlich oder 10,2 Prozent, zeigt die Modellrechnung. Dieser Prozentwert ist viel niedriger als der ermittelte Lohnzuwachs von 41 Prozent, auch weil der höhere Lohn zu einer Kürzung von Sozialleistungen oder höheren Steuern und Abgaben führt. Der Einkommenszuwachs von 10,2 Prozent für die ärmsten Haushalte wäre der Studie zufolge nur möglich, falls niemand seine Arbeit verliert. Mit dem erwarteten Gesamtverlust von 500.000 Stellen würde sich der Zuwachs für sie jedoch auf 5,1 Prozent halbieren. Mittelschicht-Haushalte müssen dann unter dem Strich sogar schon mit leichten Einkommensverlusten rechnen.

Vollends negativ werden die Vorzeichen, wenn man neben den Arbeitsplatzverlusten die vom Mindestlohn verursachten Preiserhöhungen einbezieht. Sie führen dazu, dass selbst den untersten 10 Prozent der Haushalte ein kleiner Rückgang ihrer Realeinkommen droht; laut Ergebnistabelle blüht ihnen per saldo ein Einkommensverlust von 19 Euro pro Jahr; Mittelschicht-Haushalte verlieren sogar 200 bis 300 Euro pro Jahr.

Quelle: F.A.Z.

LE MONDE | 31.10.2013 à 07h45 • Mis à jour le 01.11.2013 à 20h24 |

Par **Pascal Bruckner** (Essayiste et écrivain)

On le sait, depuis les régimes totalitaires, les langues, elles aussi, contractent des maladies qui peuvent les corrompre. « Islamophobie » fait partie de ces mots toxiques qui brouillent le vocabulaire et le dénaturent. Forgé par des administrateurs coloniaux français, au début du XX<sup>e</sup> siècle, pour protéger leurs « sujets indigènes » de toute contagion moderniste, il resurgit dans le discours public, au tournant de la révolution iranienne. Mais avec un autre sens : soucieux d'accéder à la dignité de l'antisémitisme, il tend à faire de l'islam un objet inaccessible à la critique, sous peine de poursuites. Il devient le nouvel instrument de propagation du fondamentalisme qui s'avance masqué, drapé dans les atours de la victime.

L'habileté de cette invention est de rétablir le délit de blasphème à l'encontre des grands systèmes de la foi. On confond l'intolérance religieuse qui relève des tribunaux, avec le libre examen d'une doctrine. Autant le racisme s'adresse aux personnes coupables d'être ce qu'elles sont, le Noir, l'Arabe, le Juif, le Blanc, autant l'opinion portée sur une confession peut varier et toucher à des dogmes toujours susceptibles d'exégèse, de discussion.

## EVEILLER LA CULPABILITÉ OCCIDENTALE

Depuis quand une grande religion est-elle une race ? Depuis quand le jugement qu'on porte sur elle constitue-t-il un délit ? On a le droit de détester telle ou telle confession et de le dire. L'islam est une maison divisée entre progressistes et traditionalistes que le souvenir de sa grandeur perdue emplit de tristesse et de haine. Cette blessure, les fondamentalistes voudraient la cicatriser au plus vite, en l'imputant aux croisés, mécréants, sionistes alors que les réformateurs voudraient l'ouvrir plus encore afin de provoquer une secousse vitale.

Le concept d'« islamophobie » voudrait éveiller notre culpabilité d'Occidentaux. Mais il est avant tout un outil de police interne à l'égard des musulmans libéraux qui osent critiquer leur confession. Il faut les désigner, ces renégats, à la vindicte de leurs coreligionnaires, les dire imprégnés d'idéologie coloniale pour bloquer tout espoir d'une mutation, avec l'onction des supplétifs et des idiots utiles de la gauche et de la droite, toujours à l'affût d'un nouveau racisme et certains de tenir avec l'islam le dernier sujet opprimé de l'histoire.

Nous assistons bien depuis vingt ans à la fabrication d'un nouveau délit d'opinion. Il s'agit de stigmatiser ces jeunes femmes qui souhaitent s'affranchir du voile, épouser qui elles aiment et non pas qui on leur impose, foudroyer ces Français, ces Allemands, ces Anglais d'origine maghrébine, turque, africaine qui réclament le droit à l'indifférence religieuse et veulent vivre leur vie sans allégeance à leur communauté d'origine. Bref, on déplace la question du plan intellectuel ou théologique au plan pénal, toute objection, moquerie ou réticence étant passible de poursuites.

Contre-exemple flagrant : alors même que les chrétiens en terre d'islam sont persécutés, tués, poussés à l'exode, le mot « christianophobie » ne prend pas et ne prendra jamais. Etrange raté : nous avons du mal à nous représenter le christianisme autrement que comme une religion de la conquête alors qu'il est aujourd'hui celle du martyr, au moins au Proche-Orient. On peut en France, pays de tradition anticléricale, ridiculiser Moïse, Jésus, les représenter dans toutes les postures même les plus obscènes, mais on ne devrait jamais rire de l'islam. Lui seul devrait échapper à l'opprobre, à la moquerie. Quelle présomption ! D'autant que les actes antireligieux en France touchent les chrétiens même s'ils augmentent proportionnellement pour les juifs et les musulmans.



C'est bien parce que la France laïque considère ses citoyens musulmans comme des égaux qu'elle a voté la loi sur le voile. L'islam fait partie du paysage français et européen, il a droit à cet égard à la liberté de culte, à des lieux de prière corrects et au respect. A condition qu'il respecte lui-même les règles républicaines, ne réclame pas un statut extraterritorial, droits spéciaux, dérogation de piscine et de gymnastique pour les femmes, enseignement et cantine séparés, faveurs diverses. Ce qu'on peut lui souhaiter de mieux, ce n'est pas la « phobie » ou la « phobie » mais l'indifférence bienveillante dans un marché de la spiritualité ouvert à toutes les croyances. Mais de cette indifférence, les intégristes ne veulent pas. Cela voudrait dire que l'islam est une religion parmi beaucoup, constat intolérable à leurs yeux. Elle ne peut pas être l'égale des autres puisqu'elle leur est supérieure à toutes. C'est bien le problème !

Pascal Bruckner (Essayiste et écrivain)

November 3, 2013

## Those Depressing Germans

89,18

By [PAUL KRUGMAN](#)

German officials are [furious](#) at America, and not just because of the business about Angela Merkel's cellphone. What has them enraged now is one (long) paragraph in a U.S. Treasury [report](#) on foreign economic and currency policies. In that paragraph Treasury argues that Germany's huge surplus on current account — a broad measure of the trade balance — is harmful, creating “a deflationary bias for the euro area, as well as for the world economy.”

The Germans angrily pronounced this argument “incomprehensible.” “There are no imbalances in Germany which require a correction of our growth-friendly economic and fiscal policy,” declared a spokesman for the nation's finance ministry.

But Treasury was right, and the German reaction was disturbing. For one thing, it was an indicator of the continuing refusal of policy makers in Germany, in Europe more broadly and for that matter around the world to face up to the nature of our economic problems. For another, it demonstrated Germany's unfortunate tendency to respond to any criticism of its economic policies with cries of victimization.

First, the facts. Remember the China syndrome, in which Asia's largest economy kept running enormous trade surpluses thanks to an undervalued currency? Well, China is still running surpluses, but they have declined. Meanwhile, Germany has taken China's place: Last year Germany, not China, ran the world's biggest current account surplus. And measured as a share of G.D.P., Germany's surplus was more than twice as large as China's.

Now, it's true that Germany has been running big surpluses for almost a decade. At first, however, these surpluses were matched by large deficits in southern Europe, financed by large inflows of German capital. Europe as a whole continued to have roughly balanced trade.

Then came the crisis, and flows of capital to Europe's periphery collapsed. The debtor nations were forced — in part at Germany's insistence — into harsh austerity, which eliminated their trade deficits. But something went wrong. The narrowing of trade imbalances should have been symmetric, with Germany's surpluses shrinking along with the debtors' deficits. Instead, however, Germany failed to make any adjustment at all; deficits in Spain, Greece and elsewhere shrank, but [Germany's surplus didn't](#).

This was a very bad thing for Europe, because Germany's failure to adjust magnified the cost of austerity. Take Spain, the biggest deficit country before the crisis. It was inevitable that Spain would face lean years as it learned to live within its means. It was not, however, inevitable that [Spanish unemployment](#) would be almost 27 percent, and youth

unemployment almost 57 percent. And Germany's immovability was an important contributor to Spain's pain.

It has also been a bad thing for the rest of the world. It's simply arithmetic: Since southern Europe has been forced to end its deficits while Germany hasn't reduced its surplus, Europe as a whole is running large trade surpluses, helping to keep the world economy depressed.

German officials, as we've seen, respond to all of this with angry declarations that German policy has been impeccable. Sorry, but this (a) doesn't matter and (b) isn't true.

Why it doesn't matter: Five years after the fall of Lehman, the world economy is still depressed, suffering from a persistent shortage of demand. In this environment, a country that runs a trade surplus is, to use the old phrase, beggaring its neighbors. It's diverting spending away from their goods and services to its own, and thereby taking away jobs. It doesn't matter whether it's doing this maliciously or with the best of intentions, it's doing it all the same.

Furthermore, as it happens, Germany isn't blameless. It shares a currency with its neighbors, greatly benefiting German exporters, who get to price their goods in a weak euro instead of what would surely have been a soaring Deutsche mark. Yet Germany has failed to deliver on its side of the bargain: To avoid a European depression, it needed to spend more as its neighbors were forced to spend less, and it hasn't done that.

German officials won't, of course, accept any of this. They consider their country a shining role model, to be emulated by all, and the awkward fact that we can't all run gigantic trade surpluses simply doesn't register.

And the thing is, it's not just the Germans. Germany's trade surplus is damaging for the same reason cutting food stamps and unemployment benefits in America destroys jobs — and Republican politicians are about as receptive as German officials to anyone who tries to point out their error. In the sixth year of a global economic crisis whose essence is that there isn't enough spending, many policy makers still don't get it. And it looks as if they never will.

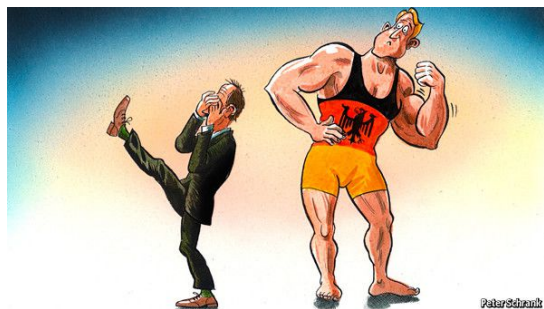
Charlemagne

Fawly Europe

89,20

Will the European Commission dare to utter the unmentionable to the Germans?

Nov 2nd 2013 | [From the print edition](#)



“DON’T mention the war” is the catchphrase from one of the best-loved scenes in “Fawlty Towers”, a British television comedy series. John Cleese plays the eccentric owner of a small-town hotel who causes uproar by incessantly and rudely talking about the war to his German guests. These days in Brussels the equivalent catchphrase about Germans has been “Don’t mention the surplus”. It would be funny were it not for the hardship that Germany’s obsession with competitiveness is causing.

For Germany booming exports are the measure of economic virility. To an extent, it has a point. The woes of the euro zone were, in large part, caused by southern Europe’s loss of export competitiveness. Yet a large and persistent surplus in the trade balance (or the current-account balance, which includes foreign income) can be the symptom of a distorted economy. If big surpluses were a guarantee of vitality, then Japan would never have suffered its lost decades.

Within the euro zone troubled economies cannot devalue to regain competitiveness or loosen monetary policy to suit their needs. Instead they must adjust by painfully reducing wages and prices relative to those of others. Such “internal devaluation” can be done gradually, by holding down wages, as Germany did before the crisis; these days, though, it is accompanied by wage cuts and deep recessions. By contrast surplus countries, including Germany, the Netherlands and Austria, enjoy an artificially low exchange rate. Were Germany still using the Deutschmark, its currency would surely appreciate.

Many urge Germany to stimulate its economy to help its crisis-hit partners. On October 30th America’s Treasury Department criticised Germany’s export-led growth model, in unusually sharp language, as a reason for the weakness of the euro zone’s recovery. But in an open trading area the connection between one country’s surplus and another’s deficit is complex. Boosting demand in Germany may suck imports from America, China or eastern Europe, more than from the Mediterranean. Even so, say Eurocrats, that would help indirectly. Buying more imports could help arrest the rise of the euro, which is making it harder for southern countries to rebalance their economies.

The euro zone’s toughened rules of “economic governance” are lopsided. Under the so-called macroeconomic imbalances procedure, a current-account deficit greater than 4% of GDP can trigger an alert, possibly followed by “in-depth analysis” carried out by the European Commission, policy recommendations and, ultimately, the threat of sanctions. Yet a country’s surplus must rise above 6% of GDP before Eurocrats start to take notice. Germany was let off last year because its surplus (averaged over three years) was a shade below the warning

threshold and was expected to shrink. Now statisticians have revised that figure to 6.1%, and it has grown since then. It stood at 7% in 2012.

So will the EU dare to mention the surplus? The test will come later this month, when the commission issues its latest economic forecasts and launches the “European semester”, an annual cycle of economic and budgetary assessments that culminate in the spring with “country-specific recommendations”. These edicts from Brussels have already irritated France, which told the commission not to “dictate” reforms. But given France’s slow progress in pension and labour reforms, more criticism is inevitable. Now that America’s Treasury has blazed a trail, can the commission afford not to speak out if it wants to be seen as independent?

Germany says its workers’ wages have risen of late, and that its growth is fuelled more by domestic demand. Crisis countries are adjusting, too, and growth is returning to the euro zone. But the euro zone remains a faulty edifice. The recovery is fragile, and the burden of adjustment still falls on debtor states. Take Ireland: its current account may be back in surplus, and it hopes for full market-access next year after its bail-out expires. But one of its biggest exports is young graduates. Youth unemployment in the Mediterranean rim also remains appallingly high.

In its latest World Economic Outlook report, the IMF says the shrinking current-account deficits in crisis-hit countries have mostly been caused by “cyclical” factors, ie, recession and a slump in imports. Internal devaluation still has a long way to go. The message to Germany is clear: increasing its domestic demand is critical to helping weaker states recover.

Such appeals grate in Berlin. Germany does not just trade within the euro area, say officials, but in a competitive world. Southern Europe should not seek to recover by weakening the strong. Indeed, Germany still thinks the southerners are not doing enough. It wants to introduce reform “contracts” between governments and the commission, lubricated with extra money. The idea is stuck. Debtor states want to talk mostly about the size of transfers; creditor states focus on the binding nature of commitments. German officials claim, scornfully, that just 10% of the commission’s country-specific proposals have been enacted.

### **In Europe’s service**

The accusation could rebound on Germany. The commission may have kept quiet so far about Germany’s surplus. But Eurocrats say Germany has done little to implement even the few recommendations it was given, such as liberalising construction and services. It could also do more to invest in education and infrastructure, and make child care available for working women.

Germany should be leading the push to liberalise services across the EU. Services make up the vast bulk of the EU’s GDP, but are often poorly integrated into the single market. Everybody would win. Opening up services would boost demand in Germany, enhance competitiveness in southern Europe—and even give Britain a good reason to stay in the EU.

Charlemagne

## A democratic nightmare

89,22

### Seeking to confront the rise of Euroseptics and fill the democratic deficit

Oct 26th 2013 | [From the print edition](#)



TO ITS critics the European Union was born in sin: a project devised by and for the elites, lacking democratic legitimacy. All attempts to make good the “democratic deficit”, a term coined in the 1970s, have failed. Direct elections to the European Parliament (EP)? Turnout has fallen ever since they were instituted in 1979. Give the assembly real power? The parliament has never had more clout, yet trust in the EU is at an all-time low.

Europe’s economic crisis is making this chronic problem acute. One reason is that, particularly in the euro zone, Brussels is intruding ever deeper into national life, meddling in everything from budgets to pensions and wage-setting. Another reason is the expected backlash from voters in next May’s election to the EP. There will be big gains for anti-EU and anti-immigrant parties of all colours—from the sharp-tongued nativists of the UK Independence Party to the thuggish neo-Nazis of Golden Dawn in Greece. Euroseptic parties could top the polls in France, Britain and the Netherlands; they will do well in Finland and Italy; and in milder guise they could win seats for the first time in Germany.

The sense of alarm is palpable. François Hollande, the French president, says the rise of nationalists and Euroseptics would bring “regression and paralysis”. Enrico Letta, Italy’s prime minister, reckons Euroseptics could win up to a third of the seats. Radicals and populists are a disparate bunch, preferring to give speeches than influence policy, so centrists should still be able to get parliamentary business done. Perhaps the bigger influence will be the poisoning of domestic politics, which would hamper decision-making by governments.

How to respond? Mr Letta is among those who want to galvanise pro-European forces by turning the European election into a contest for the next president of the European Commission. The main European political “families”, the broad coalitions of national parties that dominate parliament, say they will each campaign behind a “presidential” candidate. The Socialists seem likely to choose Martin Schulz, the feisty German president of the EP. The greens plan an open primary. The conservatives, likely to remain the biggest grouping, still seem to be in a quandary.

Advocates hope to inject excitement, strengthen the commission's democratic mandate, focus the contest on European issues, and raise the stakes to avoid the ballot turning into a protest against unpopular national governments. Unless there is some blood-and-guts politics, they say, citizens will turn to populists.

And yet the EU is not a country, and the commission is not a government. It has the near-exclusive right to propose new legislation, to be approved by both the Council of Ministers (representing governments) and the EP. But it is also a civil service, policeman of the single market and competition watchdog. In a new publication, the Centre for European Reform (CER), a British think-tank, argues that the commission "needs to act as referee in the political game, not as captain of one of the teams".

National leaders have always appointed the president and the 27 other commissioners, and will not want to be dictated to by the EP, which most regard as a nuisance. The Lisbon treaty mischievously muddied the process: it says leaders should propose a president "taking into account" the election result; then the candidate "shall be elected" by the EP. The dispute over who chooses, and controls, the commission president may cause more gridlock in Brussels than rowdy Eurosceptics ever could.

A more partisan commission risks losing credibility in its semi-judicial functions such as ruling on state-aid cases (eg, bank bail-outs) and enforcing antitrust rules. The commission has acquired greater powers to scrutinise national budgets and economic policies, and recommend sanctions. It is proposing to be the ultimate authority in winding up banks. Do prime ministers and presidents want to hand loaded guns to an avowedly party-political commission president?

The EU needs better commissioners, but an election of the president would narrow the field. Sitting prime ministers would not risk their national jobs for a European contest; the choice would come down to jobless politicians or Brussels insiders. And voters are bound to be disappointed. The commission president does not decide issues they most care about. Voting against austerity in the EP would not change the fact that creditors set the conditions for bail-outs.

### **The unresolvable conundrum**

The EU is a hybrid, part international organisation and part federation. There are no neat solutions to the democratic conundrum. A semi-elected president could offer the worst combination: too partisan to retain the trust of national leaders; too powerless to win the loyalty of citizens who may think they are electing the president of Europe but would get only a weak secretary-general.

A direct election makes sense should the commission ever be granted federal authority, including tax-raising powers. Even so, it may need to give up some of its regulatory and technocratic functions. For now treasuries remain strictly national. Yet the problem of legitimacy is pressing. One response is for national parliaments to do a better job of holding ministers to account for decisions they make in Brussels. The CER proposes a "forum" of national parliamentarians to scrutinise EU actions where the EP has no say, for instance in devising bail-out packages.

European politicians can never trump national ones in terms of legitimacy and public interest. So it is for national leaders to lead the fight against Eurosceptics: stop blaming the EU for all ills, defend the benefits of integration, fix its flaws and, in the euro zone, explain the reforms needed to stay in the single currency. It would be a great mistake to let Eurosceptics claim the national flags for themselves; the EU's circle of gold stars is no substitute.

## The rather dangerous Monsieur Hollande

89,24

**The Socialist who is likely to be the next French president would be bad for his country and Europe**

Apr 28th 2012 | From the print edition



IT IS half of the Franco-German motor that drives the European Union. It has been the swing country in the euro crisis, poised between a prudent north and spendthrift south, and between creditors and debtors. And it is big. If France were the next euro-zone country to get into trouble, the single currency's very survival would be in doubt.

That is why the likely victory of the Socialist candidate, François Hollande, in France's presidential election matters so much. In the first round on April 22nd Mr Hollande came only just ahead of the incumbent, Nicolas Sarkozy. Yet he should win the second round on May 6th, because he will Hoover up all of the far-left vote that went to Jean-Luc Mélenchon and others and also win a sizeable chunk from the National Front's Marine Le Pen and the centrist François Bayrou.

Mr Sarkozy has a mountain to climb. Many French voters seem viscerally to dislike him. Neither Ms Le Pen (who, disturbingly, did well) nor Mr Bayrou (who, regrettably, did not) is likely to endorse him, as both will gain from his defeat. So, barring a shock, such as an implosion in next week's televised debate, Mr Hollande can be confident of winning in May, and then of seeing his party triumph in June's legislative election.

This newspaper endorsed Mr Sarkozy in 2007, when he bravely told French voters that they had no alternative but to change. He was unlucky to be hit by the global economic crisis a year later. He has also chalked up some achievements: softening the Socialists' 35-hour week, freeing universities, raising the retirement age. Yet Mr Sarkozy's policies have proved as unpredictable and unreliable as the man himself. The protectionist, anti-immigrant and increasingly anti-European tone he has recently adopted may be meant for National Front voters, but he seems to believe too much of it. For all that, if we had a vote on May 6th, we would give it to Mr Sarkozy—but not on his merits, so much as to keep out Mr Hollande.



With a Socialist president, France would get one big thing right. Mr Hollande opposes the harsh German-enforced fiscal tightening which is strangling the euro zone's chances of recovery. But he is doing this for the wrong reasons—and he looks likely to get so much else wrong that the prosperity of France (and the euro zone) would be at risk.

### **A Socialist from the left bank**

Although you would never know it from the platforms the candidates campaigned on, France desperately needs reform. Public debt is high and rising, the government has not run a surplus in over 35 years, the banks are undercapitalised, unemployment is persistent and corrosive and, at 56% of GDP, the French state is the biggest of any euro country.

Mr Hollande's programme seems a very poor answer to all this—especially given that France's neighbours have been undergoing genuine reforms. He talks a lot about social justice, but barely at all about the need to create wealth. Although he pledges to cut the budget deficit, he plans to do so by raising taxes, not cutting spending. Mr Hollande has promised to hire 60,000 new teachers. By his own calculations, his proposals would splurge an extra €20 billion over five years. The state would grow even bigger.

Optimists retort that compared with the French Socialist Party, Mr Hollande is a moderate who worked with both François Mitterrand, the only previous French Socialist president in the Fifth Republic, and Jacques Delors, Mitterrand's finance minister before he became president of the European Commission. He led the party during the 1997-2002 premiership of Lionel Jospin, who was often more reformist than the Gaullist president, Jacques Chirac. They dismiss as symbolic Mr Hollande's flashy promises to impose a 75% top income-tax rate and to reverse Mr Sarkozy's rise in the pension age from 60 to 62, arguing that the 75% would affect almost nobody and the pension rollback would benefit very few. They see a pragmatist who will be corralled into good behaviour by Germany and by investors worried about France's creditworthiness.

If so, no one would be happier than this newspaper. But it seems very optimistic to presume that somehow, despite what he has said, despite even what he intends, Mr Hollande will end up doing the right thing. Mr Hollande evinces a deep anti-business attitude. He will also be hamstrung by his own unreformed Socialist Party and steered by an electorate that has not yet heard the case for reform, least of all from him. Nothing in the past few months, or in his long career as a party fixer, suggests that Mr Hollande is brave enough to rip up his manifesto and change France (see [article](#)). And France is in a much more fragile state than when Mitterrand conducted his Socialist experiment in 1981-83. This time the response of the markets could be brutal—and hurt France's neighbours too.

### **Goodbye to Berlin**

What about the rest of Europe? Here Mr Hollande's refusal to countenance any form of spending cut has had one fortunate short-term consequence: he wisely wants to recast the euro zone's “fiscal compact” so that it not only constrains government deficits and public debt, but also promotes growth. This echoes a chorus of complaint against German-inspired austerity now rising across the continent, from Ireland and the Netherlands to Italy and Spain (see [Charlemagne](#)).

The trouble is that unlike, say, Italy's Mario Monti, Mr Hollande's objection to the compact is not just about such macroeconomic niceties as the pace of fiscal tightening. It is chiefly resistance to change and a determination to preserve the French social model at all costs. Mr Hollande is not suggesting slower fiscal adjustment to smooth the path of reform: he is proposing not to reform at all. No wonder Germany's Angela Merkel said she would campaign against him.

Every German chancellor eventually learns to tame the president next door, and Mr Hollande would be a less mercurial partner than Mr Sarkozy. But his refusal to countenance structural reform of any sort would surely

make it harder for him to persuade Mrs Merkel to tolerate more inflation or consider some form of debt mutualisation. Why should German voters accept unpalatable medicine when France's won't?

A rupture between France and Germany would come at a dangerous time. Until recently, voters in the euro zone seemed to have accepted the idea of austerity and reform. Technocratic prime ministers in Greece and Italy have been popular; voters in Spain, Portugal and Ireland have elected reforming governments. But nearly one in three French voters cast their first-round ballots for Ms Le Pen and Mr Mélenchon, running on anti-euro and anti-globalisation platforms. And now Geert Wilders, a far-right populist, has brought down the Dutch government over budget cuts. Although in principle the Dutch still favour austerity, in practice they have not yet been able to agree on how to do it (see [article](#)). And these revolts are now being echoed in Spain and Italy.

It is conceivable that President Hollande might tip the balance in favour of a little less austerity now. Equally, he may scare the Germans in the opposite direction. Either way one thing seems certain: a French president so hostile to change would undermine Europe's willingness to pursue the painful reforms it must eventually embrace for the euro to survive. That makes him a rather dangerous man.

## French Push Back on New Taxes

89,27

Gabriele Parussini, WSJ 30 octobre 2013

PARIS—The French government bowed to taxpayer anger Tuesday for the second time in three days by suspending a new levy on trucks, raising new questions about President François Hollande's strategy to fix public finances primarily through higher taxes.

Following a weekend of violent clashes between police and farmers opposed to the new levy, the government said the so-called "eco-tax," which aimed to raise €1 billion (\$1.37 billion) a year to finance more environmentally friendly transport, won't come into effect in January as planned. No new date was given.

"I decided to suspend rolling out this tax to give us the necessary time for negotiation at a national and regional level," Prime Minister Jean-Marc Ayrault said in a televised address. "Being courageous means being able to listen and understand."

Mr. Ayrault's retreat came shortly after the government's announcement on Sunday that it was scrapping plans to increase taxation on savings accounts amid a growing outcry from retirees.

Government officials said the two decisions were meant to help ease tension and restore calm in Brittany, a heavily agricultural region where several protesters and police officers were wounded in the clashes last weekend.

Farmers and transport workers vowed to keep demonstrating until the government scraps the eco-tax altogether.

"We will continue until we hear the government say the word 'abolish'," said André Quenet, vice president of the local branch of the farm union FNSEA.

Nearly 18 months into his five-year term, Mr. Hollande has seen his approval ratings plumb record lows, reflecting rising dissatisfaction with a series of tax hikes. The president has also come under fire from the conservative opposition, as well as from Green members of his own coalition, for wavering on fiscal policy.

"The government has given up again!," Green lawmaker François-Michel Lambert said.

Since taking office in May 2012, Mr. Hollande has raised taxes sharply in pursuit of his election pledge to get the budget deficit down to 3% of gross domestic product this year. As the economy faltered, the target slipped out of reach and now won't be met until 2015 at the earliest.

To bridge the bigger than expected shortfall, Mr. Hollande has penciled in more tax increases in his draft 2014 budget.

But resistance has been growing.

Last year, the Socialist president reversed course on a capital-gains tax after young entrepreneurs flooded social-media websites in protest.

Following an uproar from family associations, Mr. Hollande over the summer scrapped plans to tie child allowances to family income, and for next year's budget, the finance ministry has already rowed back on a plan to create a tax on operating profit.

A survey of 1,050 people by BVA Oct. 24-25 found only 26% of French people had a positive opinion of the Mr. Hollande—a record low for a French president.

None of Mr. Hollande's predecessors had ever fallen below a 30% approval rating in the 32-year history of BVA's monthly survey.

## Red bonnets on warpath over Hollande's tax

89,28

*Matthew Campbell, Quimper* Published: 3 November 2013



Red bonnet rebels protest in Quimper, in Brittany, yesterday (Stephane Mahe)

THE covered market in Quimper, a picturesque town in Brittany, is a colourful hub of commerce where butchers and bakers vie for customers with sellers of sausage, cheese and wine. It is also a nucleus of insurrection against the Socialist government in Paris.

Geneviève Coadour, the florist, is a figurehead of the so-called red bonnet rebellion. In between attending to customers on Thursday morning, she distributed protest posters and talked strategy with other insurgents.

"We're generally fed up with a government making such bad decisions," she said, in a reference to President François Hollande and his governing team. "Unemployment has gone up. Taxes have gone up. We've had enough. We want change."

They have modelled their rebellion on the one in 1675, when thousands of Bretons put on red wool bonnets to protest against new taxes imposed by King Louis XIV, a revolt that spread all over the country. Will today's insurgency end up doing the same? At a large clothing store specialising in traditional Brittany clothes, the seamen's bonnets have been disappearing off the shelves at a dizzying rate.

"We've sold about 4,000 in the past few days," said Jean-Guy Le Floc'h, owner of the Armor Lux company on the outskirts of Quimper. "They have become suddenly very fashionable," he added. "Particularly among the young." In the Café des Halles opposite the market, Marie Bollard, a retired seamstress, was sipping a glass of cider. "There's an ugly mood on the streets," she said. "I'm afraid of these red bonnets and their revolution."

Sensing the danger, Hollande last week announced the "suspension" of a pollution tax on lorries that had triggered the protests in Brittany. That was not enough to satisfy the rebels, however.

Yesterday, the red bonnet army, an unlikely alliance of bosses and workers, marched again through the streets of Quimper in a demonstration of rage that culminated in scenes of violence as stone-throwing youths fought running battles with police armed with water cannons.

"The government has bowed under pressure from the red bonnets," said Didier, a lorry driver waving a black and white Breton flag. "But the victory will not be complete until the tax is withdrawn."

The "indefinite" suspension of the tax, which was due to be introduced in January and bring in €1bn (£850m) a year, was the latest in a series of humiliating setbacks for Hollande, whose high-tax policies are accused of driving thousands of people to gentler fiscal climes overseas.

A former Socialist party administrator with no experience of government before winning the presidency last year, his habit of backing down at the first sign of trouble is also attracting criticism, not least from his nearest and dearest.

Ségolène Royal, his former partner and the mother of his four children, has long been lobbying for a cabinet job. In her latest effort to attract attention, she alluded to the revolutionary mood when she posed in a magazine as Liberty Leading the People, after the 1830 painting by Eugène Delacroix which shows a bayonetwielding woman carrying a French flag into battle.

In the accompanying interview, Royal, a former presidential candidate, suggested indirectly that Hollande did not have sufficient political courage to lead a country as fractious as **France**.

Jean-Marc Ayrault, the prime minister, picked up the theme, though in Hollande's defence, when justifying the volte-face on the lorry tax.

"Being courageous means being able to listen and understand," he said.

To which Jean-Luc Villers, a student and ecology party supporter who approves of the tax, riposted: "What about principles? What about sticking to your guns?" In opposition, Hollande used to call Nicolas Sarkozy, his predecessor, "President Zigzag", but the nickname suits him equally as well after a series of dramatic policy U-turns that have undermined his authority and torpedoed his plan to improve public finances.

Suspension of the so-called **eco-tax** followed a government announcement last Sunday that it was scrapping plans to increase tax on savings accounts after a public outcry and a poll showing that 72% of the French think they are paying too much tax.

Hollande has clung to his 75% tax on earnings above €1m a year despite football clubs' threats of a strike at the end of this month. But a big increase in corporate tax was abandoned after a protest by entrepreneurs.

A coalition of Breton farmers, lorry drivers, trade unionists and employers has now gone on the warpath against the **eco-tax**, claiming that Brittany, in the far west of **France**, would be penalised under the rules because of its remoteness. Back in Quimper, Coadour, the florist said: "The **eco-tax** was the last straw."

To the delight of the rebels, the movement seems to be spreading.

Emerging from the Armor Lux shop, Yves Ballon, a travelling salesman from Nantes, held up a bag full of red bonnets. "I've bought a few for my friends," he said.

October 29, 2013 5:06 pm

## Ecotax revolt in France forces new climbdown by Hollande

88,30

By Hugh Carnegie in Paris

Mounting protests over France's heavy tax burden forced President François Hollande's struggling socialist government into an embarrassing new climbdown on Monday when it suspended the introduction of a new "ecotax" on large vehicles.

It was the second time within a week that the government had withdrawn a new tax proposal – a week during which the country's top professional [football clubs also declared a strike](#), cancelling all matches on the last weekend of November in protest at Mr Hollande's flagship 75 per cent income tax rate on salaries above €1m.

Prime Minister Jean-Marc Ayrault announced the suspension of the ecotax after a series of demonstrations by hard-pressed farmers, food industry, transport and other businesses in Brittany culminated in angry clashes with police at the weekend, with more protests promised.

Mr Ayrault, anxious to avert further trouble in a region that strongly supported Mr Hollande in last year's presidential election, said he wanted "to give the time necessary for a dialogue at regional and national level".

Mr Hollande weeks ago acknowledged [public intolerance of some €60bn in new taxes](#) brought in over the past three years, heavily augmented by his own administration, to help close the budget deficit. At 46 per cent of gross domestic product, France has one of the highest tax burdens among advanced economies.

But his promise of a "tax pause" was belied by a series of new measures already due to come into effect in 2014 that will raise a further €12bn from households. His subsequent efforts to respond have left Mr Hollande, already suffering record low approval ratings, looking damagingly indecisive.

The latest tax issue followed widespread derision of his handling earlier this month of the [deportation of Leonarda Dubrani](#), a Roma schoolgirl, and her family. He backed their expulsion, but nonetheless offered the girl a chance to return alone to France to finish her schooling.

"Can Hollande act any more?" was the front page headline of the left-leaning Le Monde newspaper on Monday. Les Echos, the financial daily, included a commentary entitled "The end of the Hollande term" suggesting the president had exhausted his ability to reform – although he still has more than three years left in office.

The reversal of the ecotax, due to take effect in January after two previous postponements, followed the scrapping at the weekend of proposed higher levies on some popular individual savings products, despite the measure having already been voted through the National Assembly.

Breton farmers and other protesters wearing red bonnets – the symbol of a local 17th century tax revolt – attacked posts set up to monitor vehicles for the tax and blocked roads with dumped cauliflowers

That in turn came after the government gave in to furious business protests against a new tax on operating profits – although it upped standard corporation tax instead. A consultation with business aimed at stabilising and lowering the corporate tax regime is under way, but it has not stopped protests in the meantime.

The government had resisted acting on the ecotax, originally proposed by the previous centre-right government of former president Nicolas Sarkozy, chiefly to avoid upsetting the Green party, which is allied to the socialists and has two ministers in government.

But it became a target of the protesters in Brittany, hit by losses especially in its big pork and chicken sectors, despite the region already being promised a 50 per cent reduction in the tax, a charge of €0.12 per km for all vehicles above 3.5 tonnes in weight.

Breton farmers and other protesters wearing red bonnets – the symbol of a local 17th century tax revolt – attacked posts set up to monitor vehicles for the tax and blocked roads with dumped cauliflowers.

Mr Ayrault insisted the tax, set to raise €1bn a year for infrastructure investment, was being “suspended, not scrapped”. The costly infrastructure for assessing and collecting the tax from all French and foreign heavy vehicles using major roads not already subject to tolls, has already been put in place. One minister said scrapping the tax would cost €800m in compensation to the operators.



**INFOGRAPHIE - L'Intérieur peine à protéger les portiques écotaxe et les radars. La sous-préfecture de Morlaix a été envahie.**

«Il vaut mieux que le gouvernement démonte de lui-même les portiques. De toute façon, ils ne resteront pas.» Difficile d'être plus clair que le maire de Carhaix, [Christian Troadec](#) (DVG), très impliqué dans la manifestation de Quimper, samedi dernier.

Lundi, le ministre de l'Intérieur a jugé «inacceptables» les violences qui ont émaillé la mobilisation contre l'écotaxe en Bretagne, tout en jugeant «légitime l'inquiétude des Bretons». Un pas de deux aussitôt interprété comme une faiblesse par les plus durs. Le soir même, la sous-préfecture de Morlaix était investie par des salariés du volailler Tilly-Sabco, promis à la fermeture. Ils ont défoncé la grille du bâtiment et occupé la cour pendant plusieurs heures avant d'obtenir du ministre de l'Agriculture, Stéphane Le Foll, l'assurance qu'il demanderait un rendez-vous avec le commissaire européen pour défendre les restitutions européennes, ces aides à l'export supprimées par Bruxelles.

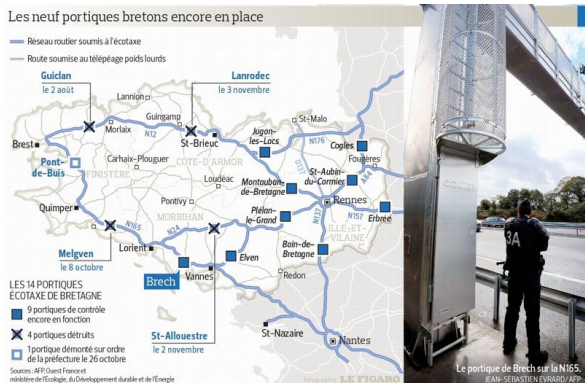
[Manuel Valls](#) joue gros sur ce dossier. Il a donné des consignes de fermeté. Pour les portiques qui cristallisent la colère des agriculteurs, artisans, transporteurs, il annonce des surveillances renforcées. Ces installations avaient vocation à pointer les passages de camions pour obliger leurs utilisateurs à s'acquitter d'une taxe écologique, selon le nombre de passages effectués.

Mais déjà cinq de ces structures métalliques sur les quatorze érigées en Bretagne (voir notre infographie) ont été mises à terre, dont quatre détruites, comme ce dimanche, sur la N12, à Lanrodec (Côtes-d'Armor). Quelques pneus en feu suffisent à faire fondre les piliers de ces fragiles Meccano.

Les gendarmes protègent les portiques comme ils peuvent, les CRS également, comme à Elven, entre Vannes et Rennes. Mais nombre de structures ne font pas l'objet que d'une surveillance en pointillé. «Le portique de Plélan-le-Grand, entre Rennes et Ploërmel, n'est protégé par personne», assurait lundi un syndicaliste policier rennais. De toute façon, dans la durée, les effectifs locaux de sécurité n'y suffiraient pas.

«Nos agents ne vont quand même pas passer leurs jours et leurs nuits à monter la garde devant des bouts de ferraille! Car c'est autant de temps en moins pour assurer la sécurité des personnes», réagit un cadre de [Synergie-officiers](#).





Les agriculteurs les plus remontés prédisent d'autres suppressions de portiques dans les heures qui viennent. «L'État ne pourra pas les surveiller en permanence. Tour à tour, ces portiques tomberont car ils constituent un symbole. Le gouvernement ne veut pas nous entendre mais les gens ne vont pas se laisser faire. S'ils ne nous écoutent pas, ce ne sera plus un rassemblement comme samedi à Quimper mais des manifestations plus dures», affirme un producteur de légumes de la région de Saint-Pol-de-Léon, dans le Nord-Finistère. D'où la rumeur d'un démontage préalable dès lundi soir du portique d'Auray (Morbihan) par une entreprise spécialisée. Dans les préfectures des départements bretons, certains plaident ouvertement pour des démontages préventifs. D'autant qu'il n'y a pas que les portiques qui soient menacés.

### Les agriculteurs les plus remontés prédisent d'autres suppressions de portiques dans les heures qui viennent

Dans la nuit de dimanche à lundi, un radar situé sur la RN12, dans le Morbihan, a été mis hors d'usage, là encore à l'aide d'un pneu incendié. C'est le septième appareil ainsi vandalisé depuis vendredi. L'acte, ainsi que quatre autres destructions de radars fixes dans le Pays de Lorient, a été revendiqué par l'Argad-Résistance Bretonne (ARB), un mouvement indépendantiste qui déclare: «Cette action dénonce l'application de taxes illégales par l'État français sur la nation bretonne.» Un discours qui ne lasse pas d'inquiéter les autorités. «Les indépendantistes bretons avaient été jusqu'à faire sauter la Galerie des glaces à Versailles autrefois», se souvient un policier. Un magistrat, pour sa part, dit s'attendre un hiver très agité sur le plan social en Bretagne.

Combien de temps durera le bras de fer avec l'État? Qui cédera le premier? Paris redoute que le mouvement des bonnets rouges ne s'enlise et que les actes de sabotage se multiplient ailleurs en France. Déjà, samedi, sur la RN2, à Avesnes-sur-Helpe (Nord), une borne écotaxe a fait l'objet d'une tentative de destruction à l'aide d'un pneu incendié.

### Un portique vandalisé coûte jusqu'à 1 million d'euros

Devenus les symboles «à abattre» dans la bataille contre la taxation, portiques et bornes pourraient au final coûter très cher aux contribuables. Propriétés d'Ecomouv', la société franco-italienne chargée de collecter l'écotaxe, ces infrastructures sont installées sur le domaine public. L'État français est donc responsable de leur sécurité et devra régler la facture. Si Ecomouv' va procéder elle-même aux réparations nécessaires, le ministère des Transports prévient que les frais engagés seront forcément répercutés sur les loyers que l'État doit lui reverser par contrat. «Le coût des réparations pour un portique, selon l'étendue des dégâts, est estimé entre 500.000 et un million d'euros. Pour les petites bornes mobiles, il faut compter 250.000 euros», affirme le ministère. La note devrait donc être salée. D'autant plus que le bilan matériel pourrait s'alourdir car les «bonnets rouges», porte-drapeaux du mouvement, font des émules. Une borne écotaxe a ainsi été incendiée dimanche près d'Avesnes-sur-Helpe, dans le Nord.

## En Bretagne, un modèle agricole intensif à bout de souffle

89,34

Le Monde.fr | 31.10.2013 à 15h45 • Mis à jour le 31.10.2013 à 19h41 | Par [Laurence Girard](#)

Abonnez-vous

à partir de 1 € Réagir Classer

Partager facebook twitter google + linkedin pinterest



Samedi 2 novembre, des représentants des [entreprises](#) Tilly-Sabco, Doux ou Gad manifesteront dans les rues de [Quimper](#). Les salariés de ces abattoirs de volaille et de porcs sont les victimes les plus visibles de la crise qui secoue le secteur agroalimentaire en [Bretagne](#).

La fermeture de l'abattoir Gad de Lampaul-Guimiliau (Finistère), du siège finistérien de cette entreprise et d'un autre site à Saint-Nazaire vont se [traduire](#) par près de 900 licenciements. Chez Doux, près d'un millier d'emplois ont d'ores et déjà disparu et l'entreprise est toujours en redressement judiciaire. Quant à Tilly-Sabco, il est sur la corde raide.

### Lire la synthèse : "[Nouvelles saignées dans l'agroalimentaire breton](#)"

Ces trois entreprises ont en commun d'[être](#) nées au moment où la Bretagne a misé sur l'agriculture intensive. Avec peu de terres disponibles, des personnes très formées et motivées, cette région excentrée a choisi de [tourner](#) le dos à la petite ferme de polyculture et d'élevage traditionnelle pour [installer](#) des porcheries et des élevages de poulets à l'échelle industrielle. Un virage négocié à [partir](#) des années 1960, porté par la [politique](#) de décentralisation.

Bâtiments d'élevage, abattoirs, usines d'alimentation animale et entreprises agroalimentaires se sont déployés dans cette région qui représente 7 % du territoire national. Des [sociétés](#) privées comme Gad, Tilly-Sabco ou Doux, mais aussi de grosses coopératives comme Cooperl, Cecab ou Triskalia ont connu un développement rapide. Et la Bretagne s'est imposée non seulement comme la première région productrice de porcs - avec plus de 50 % de la production nationale -, mais aussi d'œufs (plus de 40 % de la production du pays). C'est, en outre, en Bretagne que sont élevées près du tiers des volailles de [consommation](#).

Par ailleurs, la région s'est imposée dans l'exportation de poulets congelés, en particulier vers les pays du Moyen-Orient, grâce à un type de subventions à l'export octroyées par Bruxelles et dénommées "restitutions".

Mais les premières limites du "modèle" breton ont commencé à [apparaître](#) au milieu des années 1990. Avec l'ouverture des marchés européens, négociée dans le cadre de l'Organisation mondiale du commerce, l'agriculture bretonne axée sur le volume et les faibles marges s'est trouvée confrontée à la concurrence de pays comme le [Brésil](#). Au sein même de l'[Europe](#), avec l'entrée dans

l'Union des ex-pays de l'Est, des distorsions de concurrence sont apparues entre la France et des pays comme l'Allemagne, qui ont recours dans leurs abattoirs à la main-d'œuvre roumaine ou polonaise payée au salaire de leur pays d'origine. Quant aux "restitutions", elles ont commencé à baisser, et l'Union européenne a voté leur disparition à terme.

A cet accroissement des problèmes de concurrence est venue s'ajouter la fluctuation du prix des matières premières agricoles, de plus en plus spéculatives. Or, l'élevage breton importe une bonne part de la ration, en particulier le soja, devenu plus coûteux au fil des ans. Le développement de la grande distribution, qui pèse inexorablement sur les prix et les marges de ses fournisseurs, a aussi contribué à mettre le secteur sous tension.

Enfin, avec la densification de l'élevage s'est posée la question du traitement des rejets. L'élévation du taux de nitrate dans l'eau est devenue un sujet de préoccupation pour les organisations environnementales mais aussi pour les citoyens. Les algues vertes sur les plages bretonnes ont frappé les esprits. Tous les tenants de l'élevage intensif n'ont pas de mots assez durs pour qualifier la circulaire Le Pensec-Voynet de 1998, qui selon eux a contribué "à briser leur élan" et "à vitrifier l'élevage". L'arrêt donné à l'extension des élevages et les différentes directives, européennes comme françaises, ont tenté de réduire les impacts environnementaux. Les stations de traitement des lisiers se sont multipliées dans les élevages.

## UN DOSSIER COMPLEXE

Le paquebot de l'agroalimentaire breton a continué à voguer sur sa lancée. Mais progressivement, des voies d'eau l'ont fragilisé. Des rapports sur la crise de la filière porcine et avicole ont été commandés et se sont accumulés sur les bureaux des gouvernements successifs. Mais le sujet est complexe. Les rivalités entre entreprises, les querelles de clochers, les intérêts de chacun, les influences politiques ne facilitent pas la mise en place d'un projet ou d'une coopération régionale, les récentes manifestations bretonnes l'ont prouvé.

### Lire le décryptage : "La Bretagne brûle-t-elle vraiment ?"

Le mouvement de contestation s'est cristallisé sur le rejet de l'écotaxe, devenue un symbole du "pouvoir jacobin". Il a fédéré une coalition hétéroclite, regroupant les tenants d'une agriculture productiviste comme la FDSEA, branche bretonne du syndicat agricole FNSEA, et les Jeunes Agriculteurs, qui demandent moins de contraintes environnementales, les délégués FO des entreprises Doux et Gad, des représentants des transporteurs, du Medef régional, de la grande distribution et des élus. Ils sont à l'origine de l'appel à manifester samedi à Quimper.

D'autres refusent de se joindre au mouvement. Comme la CFDT. "*Le modèle breton, basé d'abord sur les volumes, est à bout de souffle*", reconnaît le syndicat, qui ajoute : "*est-ce à dire que tout l'agroalimentaire breton est en crise ? Non, la plupart des entreprises qui ont fait le choix de la valeur ajoutée, de la qualité et de l'innovation s'en sortent bien, et elles ont un vrai avenir si elles sont accompagnées dans cette recherche*".

Les entreprises qui tombent aujourd'hui, comme Doux ou Gad, filiale de Cecab, ne peuvent pas uniquement invoker la crise pour expliquer leur situation. Choix stratégiques aventureux et mauvaise gestion sont les premières causes de leur chute. Même si elle vit une crise structurelle, la Bretagne garde donc de nombreux atouts sur les marchés agricoles et agroalimentaires. A condition toutefois que les acteurs soient capables de discuter et de mettre en place un "nouveau" modèle.

## Brittany workers occupy government building

89,36

Sophie Inge | 4 Nov 2013, 18:34

**Brittany witnessed dramatic scenes on Monday when workers at Tilly-Sabco, France's second-largest producer of chicken products, used a tractor to break down the gate of a local government building in protest against the company's decision to halt its exports, thereby risking thousands of jobs.**

A demonstration by workers protesting the decision of French chicken producer Tilly-Sabco to halt its exports went awry on Monday afternoon when one protester used a tractor to break down the front door of a local government building.

The angry demonstrators lit a fire in the courtyard, and have since occupied the building, according to French daily Le Parisien.

The demonstration, which took place on Monday afternoon between the Tilly-Sabco headquarters in Guerlesquin, in the Finistère department of western Brittany and local government offices in Morlaix, was attended by around 150 to 200 workers as well as poultry farmers.

At around 3:30pm a protester was captured on video commandeering a tractor parked outside the building to break down the front door, clearing the way for the protesters who then filled the courtyard, as seen in this photo tweeted by Stéphane Journot.

Tilly-Sabco announced on Saturday that from January onwards, it would halt all of its exports, which in 2012 represented 90 percent of the company's annual turnover, around €136 million, a decision which puts around one thousand jobs on the line.

**The decision followed a decision made in Brussels on July 18th to stop financing frozen chicken exports.**

Speaking at the protest on Monday, Tilly-Sabco's CEO Daniel Sauvaget said that the company could no longer compete with other exporters without this vital financial aid.

**"I hope that the [the French Minister of Agriculture Stéphane] Le Foll will protest before Friday. There are urgent matters, decisions to be made," he said.**

## Le droit du sol, principe cardinal de la République

89,37

Editorial LE MONDE | 24.10.2013 à 12h10 • Mis à jour le 24.10.2013 à 12h20



L'affaire Leonarda est une bombe à déflagrations multiples. Dans la précipitation, les partis de gouvernement remettent sur le métier leur politique d'immigration. Manuel Valls juge soudain urgent de réformer le droit d'asile. Et Jean-François Copé – comme avant lui François Fillon – veut briser un « totem » auquel Nicolas Sarkozy avait renoncé à s'attaquer : celui du droit du sol. Le président de l'UMP va déposer une proposition de loi pour mettre fin à l'acquisition automatique de la nationalité française pour des enfants nés en France de parents étrangers en situation irrégulière.

De nombreuses études, dont l'une émane de l'Organisation de coopération et de développement économiques (OCDE), ont pourtant démontré que le **droit du sol** favorise grandement l'intégration des enfants d'étrangers. Avant la Révolution et jusqu'au code Napoléon, ce **principe** s'est imposé. Entre 1804 et 1851, le **droit du sang** a prévalu afin de ne pas léser les enfants nés à l'étranger de parents français émigrés. Aujourd'hui, un enfant né en France de parents étrangers peut acquérir automatiquement à sa majorité la nationalité française s'il réside dans le pays depuis cinq ans. En 1993, Charles Pasqua avait introduit une conditionnalité - le jeune étranger devait manifester la volonté d'être français - abolie par Lionel Jospin en 1998.

Le **droit du sol** est donc inscrit dans les gènes de la France, un pays où, comme le rappelle l'ancien ministre UMP Patrick Devedjian, « plus de 25 % des Français ont au moins un grand-parent de nationalité étrangère ». A partir des années 1980, la plupart des pays européens l'ont adopté. L'Allemagne, longtemps arc-boutée sur le **droit du sang**, est revenue sur ce **principe** en 1999. Et l'Italie, qui avait durci en 1992 un **droit du sang** imposant dix ans d'attente aux étrangers pour devenir italiens, s'est aperçue que c'était un leurre ne l'ayant pas empêché de devenir une des principales portes d'entrée de l'immigration en Europe.

La proposition de M. Copé est donc non seulement décalée, mais aussi démagogique. « *Nous garderons le droit du sol, c'est la France* », avait proclamé M. Sarkozy durant la campagne présidentielle. Tout en évoquant une commission pour réviser le code de la nationalité, voire un référendum, Henri Guaino, son ancien conseiller, a défendu, mercredi 23 octobre, le **droit du sol** : « *C'est un principe absolument fondamental de notre République, et même de notre pays, puisqu'il date de bien avant la Révolution.* »

Une fois de plus, l'UMP, en panne d'idées neuves, court derrière le Front national, qui a fait de la suppression pure et simple **du droit du sol** une de ses matrices depuis plus de vingt-cinq ans. Alors qu'on attend des politiques une réflexion à la fois sur la lutte contre l'immigration clandestine et les moyens d'assurer l'intégration des immigrés en situation régulière, la proposition de M. Copé ravive le pire des maux français : la peur de l'étranger.

## SOCCER

### Goals All the Way in Bundesliga

German Soccer's Club Sides Never Seem to Take Their Foot Off the Gas Pedal

By GABRIELE MARCOTTI

Nov. 4, 2013 4:45 p.m. ET



Borussia Dortmund's Robert Lewandowski, second left, celebrates with teammates after scoring against Stuttgart in a league match on Friday. Dortmund won 6-1. *Associated Press* Catch a game in Germany's Bundesliga this season and you have a better than one in four chance of witnessing a runaway. A whopping 27.3% of games have seen one team win by three goals or more this term, far more than in any other of Europe's top leagues.

And while you may not be guaranteed a blowout, it's almost certain that you won't witness a scoreless draw. There has been just one all season long in the Bundesliga—hang your heads in shame, Werder Bremen and Freiburg—amounting to 1.1% of the total.

Those numbers are bound to regress to the mean eventually. But they aren't entirely freakish or out of context either. Last season, 6.5% of Bundesliga games ended without a goal, compared with an average of 7.9% in France, Spain, England and Italy. And 17% of German matches ended in blowouts, compared with 13.1% in the other four leagues.

It's quite a stark difference when you consider that, in so many ways, soccer is generally rather uniform across its top leagues.

Take the aggregate average goals per game in Europe's top five leagues over the past five years and the spread ranges from 2.63 in 2008-09 to 2.75 last season.

And, within that, each league has been remarkably consistent. The Premier League's goals per game ranged from 2.77 to 2.80 in the past four years, while the Bundesliga's oscillated from 2.83 to 2.92, Serie A's from 2.51 to 2.63 and La Liga's from 2.71 to 2.87. France had the biggest swing in that time period, but even then it was a modest shift from 2.34 to 2.54.

The game may have its long-held stereotypes and clichés—the Premier League is physical and end-to-end, La Liga is slow but full of flair and technical ability, Serie A is defensive, the Bundesliga is disciplined and so on—but, in fact, they've been eroding rather quickly. It's a result of globalization and cross-pollination, prompted by the free movement of players and managers from one nation to another.

That's why, for all the perceived differences in style and philosophy, many of the outcomes aren't too dissimilar. Except, of course, when it comes to the Bundesliga this season. The lack of scoreless draws and even the average number of goals per game (3.28 this year, almost half a goal a game more than the next highest, Italy's Serie A, and nearly a whole goal more than the Premier League's 2.40) may be down to a small sample size and statistical clustering. But the sheer number of blowouts may have a more concrete explanation.



Fans may see more scores like this Bayern Munich win over Hamburg in March. *Getty Images*

Simply chalking it up to the presence of two outstanding, free-scoring sides like Bayern Munich and [Borussia Dortmund](#) [BVB.XE +2.44%](#) won't do it. Between them, they've won eight games by three or more goals. It seems like a hefty total until you consider that, even without them, the Bundesliga still delivers more blowouts by some distance.

The explanation might be more philosophical. German clubs are generally happier to run up the score. Even after the game is effectively won inside the 90 minutes, they will continue to try to add to the total.

The epitome of this came in the 2008-2009 Champions League, when Bayern faced Portugal's Sporting Lisbon in the round of 16. Bayern won the first leg, in Portugal, 5-0, effectively clinching a place in the quarterfinal. In some European nations—notably France or Italy—you would have expected a team in such circumstances to take its foot off the gas in the return leg, fielding a combination of reserves and youngsters and simply letting the tie peter out. Instead, Bayern was relentless, going on to win 7-1, for a 12-1 aggregate victory that is still the biggest in the history of the tournament.

From Bayern's perspective, their players weren't seeking to humiliate the opposition. On the contrary, they were respecting them by going all out for 90 minutes.

That's in contrast to other countries, not to mention the U.S. where a number of sports have unwritten rules to govern these very circumstances, dating back to Little League and the mercy rule. Whether it's stealing a base late in the game in baseball or leaving your starters in for the fourth quarter in basketball, there are some things you simply don't do in American sports. A similar ethos exists in soccer in some nations where, if you're 2-0 up late in the game, you simply manage the situation, substituting your stars and lowering the tempo.

That's most definitely not the case in Germany.

There's no value judgment to be made here, of course, it's just down to how athletes are socialized from a young age and the notion of what respect means and how to manifest it.

But it does help explain why, if you're watching a Bundesliga game, you shouldn't be surprised if a team 4-0 up and facing an opponent that is down to 10 men continues to go hell for leather even as the clock winds down.

It's not that they don't have unwritten rules, it's just that theirs are different.

## Imbalances

### Blame Germany, or Frankfurt?

89,40

Nov 3rd 2013, 21:41 by R.A. | LONDON

IN ITS most recent semi-annual report to Congress, America's Treasury mentioned that:

*Within the euro area, countries with large and persistent surpluses need to take action to boost domestic demand growth and shrink their surpluses. Germany has maintained a large current account surplus throughout the euro area financial crisis, and in 2012, Germany's nominal current account surplus was larger than that of China. Germany's anemic pace of domestic demand growth and dependence on exports have hampered rebalancing at a time when many other euro-area countries have been under severe pressure to curb demand and compress imports in order to promote adjustment. The net result has been a deflationary bias for the euro area, as well as for the world economy.*

Berlin was not amused; its officials snapped back that the rest of the world should not begrudge Germany success built on high-quality export products. But as Paul Krugman notes, this is no defence. Current-account surpluses are not determined by how wonderful an economy's exports are but by its balance of saving and investment. Both America and Germany produce lots of quality exports, but America saves much less than it invests and so it runs a current-account deficit (the flip-side of which is a capital-account surplus: lots of money flowing into America from abroad).

But why should any of this matter? Well, it does at the moment because rich-world economies are chronically short of demand, and one component of demand is *external* demand. Germany's large current-account surplus means that it is enjoying a large chunk of the available external demand across the rich world.

That wouldn't normally be a problem. German surpluses would usually generate appreciation in the German currency, which would eventually reduce the surplus. At the same time, a shortfall in external demand in other economies could simply be offset by higher internal demand. But Germany doesn't have a currency to appreciate; it shares the euro with lots of other economies. Within the euro area real exchange rates can only adjust by changes in relative unit labour costs: by shifts in productivity and wages. Unfortunately for Germany's currency-mates, productivity rises slowly at the best of times and wages fall slowly, even at the worst of times. Meanwhile, domestic demand, both within the euro area and without, is constrained by fiscal consolidation, by private-sector deleveraging, by the absence of an independent monetary policy around the euro-area periphery, and by central-bank conservatism in the face of the zero lower bound outside the euro zone.

Germany's current-account surplus therefore reduces demand across the rich world, other things equal, exerting deflationary pressure. Germany's critics, including the Treasury, seem to be arguing that if Germany's government did more to raise domestic demand, by running fiscal deficits for instance, or by not using macroprudential tools to rein in its housing boom, then overall demand would be higher and life would be easier.

Maybe. But maybe not. And interestingly, Mr Krugman helps to explain why that might not be the case in a post describing the harm Germany is doing. Germany, he notes, is playing a role similar to that played by France during the Depression.



*France, with its undervalued currency, soaked up a huge proportion of the world's gold reserves in 1930-31, [suggesting] that France was responsible for about half the global deflation that took place over that period.*

Gold effectively constrained demand. An economy that attempted to boost its economy too aggressively would suffer inflation, which amounted to a rise in the shadow-price of gold relative to its official price. That, in turn, would lead to outflows of gold, depleting the economy's reserves and eventually forcing it to leave the gold standard.

France, the argument runs, enjoyed an undervalued currency (meaning that it returned to the gold standard after the First World War at a franc price of gold that advantaged French exports). When foreign countries bought more goods from France than they sold to France they had to shift gold reserves to France to pay for the difference. And their shrinking gold reserves implied the need for tighter domestic monetary policy. Something similar is happening today; German surpluses impose a contractionary force on euro-area trading partners that can only be eliminated through wage cuts, which are generally brought about by mass unemployment.

But Mr Krugman leaves out a critical detail from the story (which is told in a very interesting paper by Douglas Irwin). The gold standard would have played a pernicious role no matter what, but France's behaviour made the dynamic Mr Krugman describes much worse than it should have been. Gold inflows should have allowed the French economy to expand the domestic money supply, boosting the French economy. Indeed, according to the assumed "rules of the game" in the gold-standard era, France had a *responsibility* to raise its money supply in line with gold inflows in order to facilitate the global adjustment and prevent its sucking up all the world's gold.

But France was not interested in suffering from higher inflation or in losing its export advantage, and so it sterilised its gold inflows: gold came in, but the money supply did not grow in step. As Mr Irwin notes, French gold reserves rose 160% between 1928 and 1932 but its money supply didn't grow at all. Had the French allowed more inflation, then higher French wages would have facilitated an adjustment in the real exchange rate, the French current-account surplus would have shrunk, and the crushing demand drain would have been greatly reduced.

So now the question is: who controls German inflation? To a very important extent, German inflation is controlled by the European Central Bank. According to the latest reading, year-on-year inflation in the euro area is down to just 0.7%. If euro-area inflation were higher German inflation would be higher. In any meaningful sense the whole gold standard analogy and all the complaining about Germany is a red herring, because the ECB can create euros at will and can therefore banish any deflationary pressure emerging from Germany. (So could the Federal Reserve, for that matter; if the Treasury is unhappy with America's weak demand it should look within the Eccles Building for someone to blame.)

That doesn't let Germany off the hook, however, for a few reasons. One is that while the ECB might be sadistically obsessed with low inflation, Germany could still potentially do something about the *distribution* of demand across the euro area. If goods and services prices are mostly determined by slack across the euro-area economy as a whole while wages are mostly a function of national labour-market tightness, then fiscal stimulus in Germany would raise German wages more than it would raise German inflation (or euro-area inflation). That policy would sneakily shift demand from Germany to the periphery without bringing down the contractionary ECB hammer.

The ECB might also be interested in seeing faster inflation and demand growth in the euro area but nervous about using asset purchases to try and engineer it. Asset purchases in Europe are politically

fraught, since the ECB would inevitably end up buying periphery bonds. The ECB might not offset German fiscal stimulus, in that case, and so Germany could individually raise euro-area demand.

Third, one should not discount the Bundesbank's influence on ECB attitudes toward inflation. (It's against it.)

In this crazy world of too-little demand, Germany deserves criticism for its surplus. But given that rich-world central banks could get printing and solve the problem of too-little demand outright, that criticism could be more usefully allocated elsewhere.

FRANCE 24 LATEST UPDATE: 20/10/2013

## French meat packing workers under the knife

89,43



© Photo: AFP

The western region of Brittany has long-enjoyed some of the highest employment figures in France thanks to its strong meat packing industry, but planned plant closures now threaten livelihoods spurring Paris into action.

By Joseph BAMAT (text)

For decades the “Brittany model” has been touted by many in France as a way to counter the decline of Europe’s rural farm areas. Intense and diverse livestock production, along with a locally-based meat packing industry, has helped France’s western region enjoy relative economic prosperity.

That model is now in trouble, with plans to shut several meat-packing plants, and Paris is scrambling to calm angry workers and farmers.

Gad, a pork slaughterhouse and packing firm in Brittany's far-west Finistère department, recently announced it would transfer or lay off close to 850 workers.

The announcement came amid further bad news about the planned closure of a nearby poultry plant that employs around 100 people and of a Norwegian-owned salmon tinning company that employs 450. The partial closure of Breton poultry giant Doux last year saw 900 workers fired.

These were the kind of ominous announcements that preceded the death knell of key French industries in the past, plunging wide swaths of the northern Pas-de-Calais and the southern Languedoc-Roussillon departments into chronic unemployment to this day.

But Brittany has largely bucked the trend. In 2012, the average unemployment rate in France was 10.2%. In Brittany the unemployment rate last year was 8.4%, closer to that of the United Kingdom (7.9%) and Sweden (8%).

### Government intervention

Brittany’s business owners and farmers’ unions now claim the region is facing a full-blown “agribusiness crisis”.

Furious meat-packing workers invaded rail tracks this week, stopping a high-speed TVG train bound for Brest, the main city in Finistère.

Protests have also been organised against France's so-called "ecotax", slated to go into effect on January 1. Meant to target large, polluting trucks, businessmen and farmers say the new levy will increase the cost of transporting their products to market and shrink revenues.

The Socialist government of President François Hollande has reacted with uncharacteristic swiftness. Fifteen million euros will be set aside to help the Gad pork plant stay afloat and boost employment in Brittany, Prime Minister Jean-Marc Ayrault announced on Wednesday.

Two days later, the regional chamber of commerce said it would tap into six million euros of its own investment reserves to help find and support a new buyer for the struggling slaughterhouse.

Ayrault also announced that vehicles for agricultural purposes and milk-collection trucks would be exempt from the ecotax, and promised that the government would examine whether other ecotax exceptions could be found for Brittany.

### **Anger directed at Germany**

Much of the anger in Brittany has been directed at Germany, who French meat-packing businesses accuse of unfair social dumping. They say German competitors are employing Eastern European abattoir workers for just three or four euros an hour under the country's "mini-job" regime.

In a letter to Hollande this week, the French Coordination Rurale farmers' union, called on the president to "make EU countries, and Germany in particular, listen to reason," in order to stop a practice they said was, "devastating and contrary to the vision of the founding EU fathers."

Germany's "mini-job" workers can earn up to 450 euros per month without paying taxes or having money withheld for pensions. In addition, their employers don't have to contribute to the social security system on their behalf.

French farmers are not the only ones nursing a gripe with Germany. In April, Belgium sent a letter to the European Commission complaining about the low wages in the German meat-packing firms.

France has yet to file a similar complaint to the EU Commission, but pressure is piling up on Hollande's government to take further measures.

On Saturday, Breton fishermen joined farmers and truck drivers in a protest against the ecotax that blocked traffic in one of Brittany's main highways.

"No to social dumping, yes to a European minimum wage," many of them shouted.

November 4, 2013

## Rethinking German Pacifism

89,45

By JOCHEN BITTNER

Hamburg, Germany — Would the Germany of today help liberate the Germany of 1944? You don't need to tap Angela Merkel's phone to find the answer: It's no.

Germany is Europe's unrivaled superpower, its largest economy and its most powerful political force. And yet if its response to recent global crises, and the general attitude of its leaders and citizens, are any indication, there appears to be nothing that will get the German government to consider military intervention: not even a clear legal basis for action, not even an acknowledged security interest, not even an obvious moral duty.

Such adamant antipathy is actually a source of pride in Germany. The departing foreign minister, Guido Westerwelle, likes to talk of a "culture of military restraint," knowing that he describes a mainstream sentiment.

What does this "culture" mean? Has Europe's strongest nation really chosen to become the world's biggest Switzerland?

Consider its impressive recent record of inaction. The 2011 conflict in Libya met all the requirements to justify a textbook humanitarian intervention: Civilians striving for freedom were attacked by the air force of a psychotic dictator. The United Nations Security Council approved an intervention, as did the Arab League. Yet even though the military action required, a no-fly zone, was limited and low-risk for the participating states, the Germans not only sent no jets, but they withdrew their personnel from NATO's Awacs radar planes above the Mediterranean.

Then, during the Islamist takeover in northern Mali, Germany even identified the prevention of an "African Afghanistan" as being in the European interest — and wished the French Army best of luck in its endeavor.

And in Syria, not even President Bashar al-Assad's gassing his own people provoked a debate in the Parliament of the very country that otherwise (and rightly) never tires of accepting historical responsibility for the Holocaust.

Defense-minded politicians in Berlin rail against this picture, arguing that postwar Germany has participated in major military operations. Take Kosovo! Take Afghanistan! Big missions!

Don't be fooled. It is perfectly clear by now that these interventions hardly represent the rule; rather, they are two exceptions from a convenient and holier-than-thou foreign policy attitude, one the Germans have cultivated over the past 70 years.

Germany should always remember its catastrophic military history. But the Germany of today is a different country from the one of 1914 or of 1939. Instead, that history has become an excuse for not doing the right things today.

As Germany dwells on that past, the rest of the world has moved on. None of our European neighbors are calling for a militarily constrained Germany anymore. On the contrary: Europeans and Americans would like to see a Germany that lives up to the international standing it has gained in recent years.

I don't mean to imply that this is an entirely cynical posture on the part of German leaders. It is simply a too deeply ingrained pacifism, one that I blame the Americans for instilling. The re-education efforts worked far too well on the Germans after 1945. Pacifism, sometimes in a self-righteous manner, has become part of the German DNA.

That pacifism was further entrenched by our experience in the Cold War. I was brought up in West Germany close to the Fulda Gap, near the border with what was then East Germany. If World War III began, everyone expected it to start there. Tornado jets rocked the skies all week, rehearsing the release of atomic bombs.

Four things were taught to every schoolchild: War is the worst thing that can happen; we Germans have shown an inclination to start wars; we started the First and Second World Wars; and if it should come to a third we Germans will be the first to die.

Our teachers had been led through the horrors of the concentration camps liberated by American soldiers. Now those teachers were leading us into a worldview where war would never, ever be the solution. For anything. Ever.

That is absolutely understandable. And it is wrong. The fact that the Holocaust was brought to an end by means of war, for instance, was simply forgotten.

A few of our leaders have understood the paradox. "We've always said: 'Never again war!'" exclaimed the German foreign minister Joschka Fischer in 1999. "But we have also always said: 'Never again Auschwitz!'" But most have ignored the comment.

The truth is, even Germans need to make a choice between the two evils. And for a time after the Cold War, they did. In the late 1990s, Germany's choice was to bomb Serbia, and, in 2002, to send troops to Afghanistan.

These days are long over. In hindsight, I'm pretty sure it took the credibility of Mr. Fischer himself, a foreign minister from the leftist Green Party, to convince the Germans that military action was needed. No one else could have broken the taboo. And even he did it only temporarily.

Today, there is no such mental battering ram in sight. The German president, Joachim Gauck, recently said that he could not conceive of a Germany "that makes itself so small so as to avoid risk and solidarity," but he remains a soft, lone voice, without formal power.

The way out of the dilemma has reverted to the simple formula of the Cold War: Let others do it. Or let them not do it. For the foreseeable future, don't count on us Germans. We'll count on you.

*Jochen Bittner is a political editor for the weekly newspaper Die Zeit.*

## Italy's Mr Euro urges Latin Front, warns Germany won't sell another Mercedes in Europe 89,47

By [Ambrose Evans-Pritchard](#) [Politics and society](#) Last updated: November 4th, 2013

[775 Comments](#) [Comment on this article](#)



Romano Prodi. (Photo: Getty)

The plot is thickening fast in Italy. Romano Prodi – Mr Euro himself – is calling for a Latin Front to rise up against Germany and force through a reflation policy before the whole experiment of monetary union spins out of control.

"France, Italy, and Spain should together pound their fists on the table, but they are not doing so because they delude themselves that they can go it alone," he told *Quotidiano Nazionale*

Should Germany persist in imposing its contractionary ruin on Europe – "should the euro break apart, with one exchange rate in the North and one in the South", as he puts it – Germany itself will reap as it has sown. "Their exchange rate will double and they will not sell a single Mercedes in Europe. German industrialists know this but all they manage to secure are slight changes, not enough to end the crisis."

Professor Prodi is the prime minister who prepared Italy for EMU in the 1990s, and then presided over the launch of the euro as European Commission chief. Some readers may remember that I crossed swords with him 15 years ago, but that dispute is ancient history now and has no bearing on today's economic debate.

He rightly warns that nothing of substance will change as a result of the Bundestag elections. "German public opinion is by now convinced that any economic stimulus for the European economy is an unjustified help for the 'feckless' South, to which I have the honour of belonging. They are obsessed with inflation, just like teenagers obsessed with sex. They don't understand that the real problem today is deflation, as I have been saying for a year," he said.

This is the nub of the matter. The policy regime has become maniacally restrictive because every decision is filtered through "game theory" calculations, the belief in Berlin that the naughty Latins will somehow cheat unless their feet are held to the fire.

The ECB is playing this game too. It is no longer a central bank. It has become an enforcer of political pressure. The ECB is not even trying to meet its 2pc inflation target. It has abandoned its 4.5pc M3 money growth target and its twin pillar monetary structure.

As the Richmond Fed wrote in a paper earlier this year: "The ECB needs to start recognising that Europe's problems are more than structural. It needs to stop using monetary policy as a lever for achieving structural changes and to end its contractionary policy."

Be that as it may, Il Professore said the European Union – which he led for five years – has broken down as functioning system. "Today there is only one country and only one in command: Germany. "

He said it has long been obvious that Italy cannot restore control over its public finances in recession conditions. "The debt to GDP ratio has been rising for three years despite austerity. It is a failed policy." (119.3pc in 2010, 120.8pc in 2011, 127pc in 2012, 132.3pc in 2013, according to the IMF's Fiscal Monitor).

This too goes to the heart of the matter. Italy is a fiscal saint, the only major country in the industrial world to run a primary budget near balance for over seven years, and a surplus this year of 2.5pc of GDP. Yet the debt trajectory is accelerating upwards.

This is entirely due to the "denominator effect". The contraction of nominal GDP – the result of a quadruple whammy of tight fiscal, tight money, tight credit, (regulatory overkill) and a Teutonic exchange rate – has forced Italy to service a rising debt burden on a shrinking economic base. It is a classic debt-deflation trap, as described by Irving Fisher 1933.

Il Professore says Italy should be given a waiver on the €51bn put aside in budget deficit calculations for EU bail-out policies, giving the country leeway for a mini-blitz on investment. Better still, the Maastricht treaty should be changed to eliminate the 3pc deficit ceiling. "It is stupid that this has not been changed for 20 years. A 3pc deficit makes sense at certain moments, at other times it should be zero, at others 4pc or 5pc."

*Stupidissimo* indeed. But instead of revising Maastricht, Berlin has rammed through the even stupider Fiscal Compact, locking Europe into 20 years of chronic deflation and depression. (Yes, you could in theory offset that with monetary stimulus, but the opposite is happening. EMU monetary policy is becoming tighter and tighter as incipient deflation raises the "real" interest rate.)

Prof Prodi says Germany is living in an Alice-in-Wonderland world of intellectual confusion, thinking that it can run a current account surplus of 7pc of GDP (almost three time's China's surplus), with an inflation rate of almost zero, without at the same time blocking recovery. But no amount of protest makes any difference. "It has not effect on German policy because France, Italy, and Spain lack any common approach, even though all these countries they have identical interests."

As readers know, I have been arguing for a long time that the Greco-Latin Bloc and those with shared interests such as Ireland should seize control of the European institutions and dictate the policy with a very sharp knife held to the throat of Berlin's über-bully Wolfgang Schauble.

They have the majority votes in the EU Council of Ministers. They have a majority on the ECB's Governing Council, and indeed on other bodies such as the European Investment Bank, which could be mobilised for a Marshall Plan (that empty promise from some wretched and now forgotten EU summit, never delivered like all those New Deal EMU pledges that came before).

They have natural justice, economic authority, and the EU treaties on their side. They can and should deploy their combined political power to impose a full fiscal and monetary reflation strategy on the EU, Abenomics for Europe. Germany might find that a few years of 3pc inflation and a mini-boom are not so painful after all. But if it finds this outcome so intolerable, the exit door is wide open. It can leave EMU. (And destroy part of its banking system in the process.)



As Prof Prodi says, nothing is being done to break the vicious circle – vicious too for Germany in the end, if only they could shake their collective heads free of so many economic shibboleths – because no Latin leader has yet emerged to carry the fight. The issue has apparently become less urgent over the summer as Europe's recession touched bottom. A few green shoots allowed everybody to engage in another round of wishful thinking, but this is a trap.

In the end, the leadership must come from France, still the great and generous heart of Europe. That may happen yet, even if Francois Hollande gives every impression of being a vacillating amateur, buffeted by events, incapable of saying boo to a mouse. Record unemployment must ultimately stiffen his spine, and if he cannot rise to the challenge, his governing authority in France will collapse, and perhaps the Fifth Republic will collapse with it. We must not let this happen to France.

But the fact that Italy's Mr Euro is saying such extraordinary things is itself a sign of the tectonic rumblings in the Latin world. Every week it seems that yet another towering figure of the European cause joins the rebels. For me personally, it is refreshing to be part of consensus at last.

## Bruxelles ne croit pas à un déficit français inférieur à 3 % en 2015 89,50

Le Monde.fr | 05.11.2013 à 10h36 • Mis à jour le 05.11.2013 à 12h37 | Par Philippe Ricard



### Bruxelles, bureau européen

Un satisfecit et une mise en garde à la France. Olli Rehn, le commissaire européen en charge des affaires économiques et monétaires, a confirmé, mardi 5 novembre, l'hypothèse de croissance (+ 0,9 %) sur laquelle est bâti le projet de loi de finances pour 2014. **Mais il doute, à politique constante, que le déficit budgétaire repasse en deçà du seuil de 3 % du produit intérieur brut (PIB) en 2015 comme annoncé par le gouvernement français, et ce en dépit du délai de deux ans accordé avant l'été pour faire assainir ses finances publiques.**

Pour M. Rehn, le déficit français devrait plutôt se situer à 3,7 % du PIB en 2015, en dépit d'une croissance de 1,7 % cette année-là, après + 0,9 % en 2014.

L'année prochaine, "le déficit va se réduire sur la base des mesures du projet de loi de finances", observent les services de M. Rehn, en constatant par ailleurs que l'ajustement structurel des comptes publics français est en ligne avec les recommandations faites par Bruxelles, soit quelque 1,75 point de PIB au total entre 2014 et 2015.

Cependant, en termes nominaux, le déficit devrait encore se situer à 3,8 % du PIB en 2014, soit légèrement au dessus des 3,6 % escomptés par le gouvernement (contre 4,1 % prévus fin 2013) dans les projets budgétaires en cours de discussion.

**Plus préoccupant, le niveau de l'endettement ne cesse d'augmenter en raison de l'accumulation de "déficits encore importants". La dette publique devrait, selon les estimations bruxelloises, représenter 93,5 % du PIB d'ici à la fin de l'année, pour atteindre 96 % du PIB en 2015 –contre un peu plus de 74 % en Allemagne.**

Petite consolation pour la France, sa dette publique reste dans la moyenne des pays de l'Union monétaire. Par comparaison, l'Italie devrait voir sa dette se stabiliser au dessus des 133 % du PIB dans les prochaines années.

### PAS D' INVERSION DE LA COURBE DU CHÔMAGE

"La reprise est graduelle", notent les services de M. Rehn au sujet de la France, comme de l'ensemble de la zone euro : "la confiance des entreprises s'améliore", même si l'activité reste très dépendante, dans l'Hexagone, d'un regain de la consommation des ménages, plutôt que des exportations, en raison des problèmes récurrents de compétitivité de l'économie française.

Une position d'autant plus fragile que les pays en difficulté, comme l'Espagne, le Portugal, ou l'Irlande, sont en train de redresser leur position dans les échanges européens, et mondiaux, en raison des réformes menées tambour battant.

"Les effets positifs de la réforme du marché du travail ne sont pas attendus avant 2015", note la commission, qui ne croit pas à une inversion de la courbe du chômage d'ici à la fin de l'année, comme espéré par François Hollande.

## France to miss deficit target

89,51

TUESDAY NOV 05, 2013 | AGENCE FRANCE PRESSE



A French flag pictured outside the National Assembly in Paris on October 23, 2013  
Credit: Kenzo Tribouillard/AFP/File

France will miss an agreed target to cut its public deficit, the EU said on Tuesday, with Spain's battered economy showing few signs of catching up recovery in the northern eurozone.

**The latest European Commission economic forecasts said the French government deficit will hit 4.1 percent this year, 3.8 percent next year and still post a 2015 shortfall at 3.7 percent.**

With French output struggling to keep in line with the eurozone's core German economy, **French President Francois Hollande faces pressure from Brussels to meet the EU's 3.0-percent-of-GDP ceiling.**

**The risk otherwise is that Paris could face new EU fines or an unprecedented intervention to France's national budget.**

The Commission forecasts left Spanish public finances looking perilously wide of the mark as it strives to emerge from a burst property-and-banking bubble, nine quarters in a row of recession and soaring unemployment.

Madrid has been given until 2016 to reach the 3.0-percent mark, after a eurozone bailout for its banks, but Spain's public deficit will still hit 5.9 percent next year and rise again to 6.6 percent in 2015.

The Commission said weak tax revenues will leave the public finances vulnerable in the absence of a major pick-up to put the economy back on track.

11/05/2013 12:00 PM

**Economic Doghouse**

## **Complaints about German Exports Unfounded**

**89,52**

*By Alexander Jung, Christian Reiermann and Gregor Peter Schmitz*

**The US government and European Commission are complaining bitterly about Germany's hefty trade surplus and export orientation. But such criticism fails to consider how much the country's partners benefit from its competitive strength.**

Marco Buti, the most senior member of EU Monetary Affairs Commissioner Olli Rehn's staff, isn't exactly viewed as a friend of Germany in Brussels. The chief economist of the European Commission, a native of Italy, has a tendency to blame many euro-zone ills on the nature and effects of German economic policy.

Sometimes he is troubled by austerity dictates from Berlin meant to clean up the finances of crisis-ridden countries. And sometimes he feels that Germany is too stingy because it's unwilling to spend more to jump-start the economy.

Buti is especially irked by the imbalances within the euro zone. In his view or the world, countries like Germany are partly responsible for the turbulence in southern countries because they flood them with goods.

Buti will have yet another opportunity to call the Germans to order next week when, on Nov. 15, the European Commission releases its early warning report. The report identifies those countries whose deficit or surplus is particularly large in relation to economic output.

Germany will be among those at the top of the list. If the European Commission sees this as a problem, it can subject the country to an "in-depth analysis," which could be followed by a reprimand. The office in charge of the procedure is Buti's Directorate-General for Economic and Financial Affairs.

An old debate is returning with a vengeance. The German government has been pilloried for years because Germany's exports allegedly disrupt global economic peace. The complaint was voiced by Christine Lagarde, then France's finance minister but now head of the International Monetary Fund (IMF), as well as a long line of US Treasury secretaries. Current Treasury Secretary Jacob Lew took the same line only last week. According to a report from his department, Germany was identified as a top threat, even ahead of China.

The charge is always the same: The Germans have acquired an unreasonable advantage by one-sidedly focusing on exports, and now they are flooding foreign markets with their products. At the same time, this view holds that the Germans live and consume below their means, which is detrimental to foreign companies because there is less demand for their products in Germany.

At first glance, the numbers seem to prove the critics right. Last year, Germany's export surplus amounted to 7 percent of annual economic output. It is expected to be about the same this year and only slightly lower next year. This forces the European Commission to intervene because the average value over the course of three years cannot exceed 6 percent.

## **Germany Bridles at Criticism**

The only question is: Whose fault is it?

German government representatives turn the argument around, saying that the problems in Southern Europe are not Germany's fault. On the contrary, says Berlin, countries like Greece, Italy and Spain have only themselves to blame for their troubles because they spent years living beyond their means and at the expense of their own competitiveness.

This explains the harsh rejection of worldwide criticism by German Finance Minister Wolfgang Schäuble, a member of Chancellor Angela Merkel's center-right Christian Democratic Union (CDU). According to a Finance Ministry memo, "The German current account surplus offers no reason for concern for Germany, the euro zone or the world economy." Berlin is pursuing a course of "growth-friendly consolidation," the memo to Schäuble continues, and there are no imbalances "that would require a correction of our economic and fiscal policy."

In their expert opinion, the Finance Ministry officials note that the German current account surplus relative to those of euro-zone partner countries was cut in half between 2007 and 2012, from 4.4 to 2.2 percent. By comparison, trade surpluses with the United States and other world regions grew. The euro zone's foreign trade balance is generally balanced. Indeed, Schäuble's experts believe they deserve praise for this rather than rebuke.

But that is unlikely to happen. When IMF First Deputy Managing Director David Lipton met with German Finance Ministry officials last week, he proposed that Germany make a commitment to reduce its current account surplus. He also wanted the German government to set a fixed target that could not be exceeded in the future.

For Finance Ministry officials, this approaches the sort of hubris one would expect from a planned economy. They also like to point out that there isn't much they can do about the surpluses because they simply lack the necessary leverage. No one in the world is being forced to buy German cars or machines, they note, so should the German government ban exporting? "This is the sort of thing that didn't even work under socialism," says one official.

Suggestions that the Germans stimulate imports are no less unrealistic as the government also lacks important tools to influence them. Germans will buy more foreign goods if they earn more money. But this isn't something the government can dictate since, in Germany, employers and trade unions negotiate wage levels without any government interference.

Besides, the trend has already been going in the right direction for some time. "Germany exhibits robust wage growth," reads the Finance Ministry document. This has led to higher consumption of growth drivers, it continues, which also benefits the economies of partner countries. In addition, companies are investing more, which strengthens the supplier industry in the euro zone.

Moreover, the new grand coalition currently being negotiated by the CDU, its Bavarian sister party, the Christian Social Union (CSU), and the Social Democratic Party (SPD) has already agreed to increase both government investment and the minimum wage. Both stimulate domestic demand, which should put critics at least somewhat at ease.

## **Benefits More Widespread than Believed**

Politicians in Berlin and scholars alike wonder whether criticism of the special German business model is justified. Should Germany have to be punished for having such a successful export economy?

"That would be absurd," says economist Holger Görg, a professor at the Kiel Institute for the World Economy (IFW), in northern Germany. After all, Görg argues, no one can be forbidden from buying German goods. Germany was still a problem child in the 1990s, he explains, but then it regained its strength. "Should that be held against the country today?" Görg asks incredulously. The real issue, he says, is why countries like Spain or Italy haven't managed to become more competitive.

The crisis-ridden countries can also thoroughly benefit when German exports are flourishing. Products from other countries, often from deficit countries, can be found in almost every car, machine and chemical product with the "Made in Germany" label.

According to a study by Munich-based Ifo economic think tank, the share of these inputs in German exports rose from 13.5 percent in 1995 to 20 percent in 2008. Compared with their foreign competitors, German companies even exported a disproportionately high share of these inputs, a new study by the IFW concludes. Relatively many components come from Central and Eastern Europe. Their share of German industry is almost three times as high as in Spain, France or Italy. BMW, for example, sources almost half of the parts for cars built in Germany from abroad.

In addition, German companies create growth and jobs in other countries with their overseas plants. Volkswagen, with its manufacturing facility in Portugal, is the country's largest foreign investor. At the BMW plant in Spartanburg, South Carolina, about 7,000 employees produce almost 280,000 vehicles each year, two-thirds of which are sold abroad.

The German economy's export orientation has developed over the generations and wouldn't be as easy to alter as the critics would like. Highly specialized family-owned businesses have matured into global players that generate a large share of their sales and profits abroad. This explains why industry accounts for a relatively large 22 percent of the German economy.

Eurocrats in Brussels contradict the impression that Germany's surpluses are already a case for prejudgment. "We are only at the beginning of the process," says a Commission expert. He notes that surpluses are not generally a reason for concern, and that the Brussels agency is aware that Germany must remain the Continent's engine of growth. Although there has long been a push for more domestic demand, says the expert, there are certainly positive signs emerging in this regard.

This is just what Schäuble and his officials like to hear. "Fortunately," says a senior official, "there are people besides Marco Buti."

*Translated from the German by Christopher Sultan*

November 5, 2013

## **E.U. Predicts Anemic Growth and High Unemployment in 2014**

**89,55**

By JAMES KANTER

BRUSSELS — A fragile recovery across the European Union is not expected to bear fruit until next year, while unemployment is likely to remain high in countries like Greece and Spain, and even rise in France, the head of economic policy for the bloc warned Tuesday.

Olli Rehn, the Union's commissioner for economics and monetary affairs, said economic output this year among the 17 countries that have the euro as their currency was expected to fall 0.4 percent and to flatline in the 28 countries of the European Union, partly because of slowing demand from emerging markets, before turning positive in 2014.

The figures also show rising joblessness in France, which could further erode faith among European leaders, including in Germany, in the ability of President François Hollande to overhaul his economy and steer the second largest economy in the euro zone to a robust recovery.

“The forecasts are particularly damning for France and will significantly increase pressure on Hollande at a time the president is already vulnerable,” said Mujtaba Rahman, the director for Europe of the Eurasia Group. That “will reinforce a growing strand of opinion in Berlin that France is the weakest link, and that political ownership of structural reforms is the missing piece of the puzzle when it comes to broader euro zone stabilization,” Mr. Rahman said.

Mr. Rehn's forecast revised French growth down to 0.9 percent in 2014 from 1.1 percent earlier in the spring, while growth in Spain for 2014 was revised down to 0.5 percent from 0.9 percent. Both countries are also on course to miss their deficit targets. France was heading for a budget deficit of 4.1 percent this year, above its target of 3.9 percent, while Spain was on track for a deficit of 6.8 percent this year compared to its target of 6.5 percent.

“The needs for economic reforms are of particular urgency and of particular importance” in France and Spain, Mr. Rehn told a news conference in Brussels to present his so-called autumn economic forecasts. He said that he was “counting on these countries to undertake serious and effective economic reforms to boost competitiveness, growth and employment” after already giving them both an extra two years to meet deficit targets.

Overall, Mr. Rehn said economic growth in 2014 should hit 1.1 percent in the euro area — a revision downwards of his forecasts of 1.2 percent in May and 1.4 percent in February — and 1.4 percent across the Union. But growth should continue to strengthen in 2015, to 1.7 percent in the euro area and 1.9 percent in the Union.

“There are increasing signs that the European economy has reached a turning point,” Mr. Rehn said. “But it is too early to declare victory,” he said, adding that a key issue was that “unemployment remains at unacceptably high levels.”

He warned that employment was unlikely to recover as fast, something that could mean years of further hardship for the millions of Europeans who remain out of work or are looking for their first job.

According to the forecasts, unemployment in the euro area will rise to 12.2 percent this year and remain at that level through 2014, compared with a rate of 11.4 percent in 2012. Across the Union, unemployment was expected to rise to 11.1 percent in 2013, compared with 10.5 percent last year, before easing slightly to 11 percent in 2014.

In Greece, the average unemployment rate for 2013 was expected to hit 27 percent, compared with 24.3 percent in 2012. In Spain, the figures showed unemployment rising to 26.6 percent this year from 25 percent last year. The forecasts showed unemployment remaining at around a quarter of the workforce in both countries in 2015.

The unemployment forecast for France is also likely to prompt concerns because it showed a steady rise over the next three years to 11.3 percent by 2015, from a level of 10.2 percent last year. In Italy, unemployment was expected to reach 12.2 percent this year, then rise again to 12.4 percent in 2014 and ease only slightly, to 12.1 percent, in 2015.

Mr. Rehn offers [his forecasts three times a year](#), and to some extent they have become an exercise in justifying the kind of austerity medicine he has prescribed since the accumulation of enormous debt in countries like Greece, Portugal and Ireland that threatened the existence of the euro. The debt load has crippled other economies in the bloc and contributed to problems like chronic joblessness.

On Tuesday, Mr. Rehn said that years of painful reforms and budgetary rigor made it more likely that domestic demand would gradually become the main engine for growth in Europe.

“The fiscal consolidation and structural reforms undertaken in Europe have created the basis for recovery” and “we must continue working to modernize the European economy,” he said.

The economies of Germany and France, the largest in the euro area, were expected to post, at best, anemic growth of 0.5 percent and 0.2 percent respectively this year, while the economies of Italy and Spain, the third and fourth largest in the euro area, were expected to shrink by 1.8 percent and 1.3 percent respectively.

Two of the largest economies outside the euro zone, Britain and Sweden, were expected to post more robust growth of 1.3 percent and 1.1 percent this year.

Mr. Rehn has also recently gained powers to monitor national budgets and assess the performance of individual European economies. He will use the forecasts on Tuesday as partial assessments of whether countries like France and Italy will need to make more efforts at reform and fiscal tightening, and whether Germany should do more to ease a trade



surplus that international economic officials and the United States have criticized as too high.

The forecasts could increase the chances that the European Central Bank will take action to stimulate the economy when it meets on Thursday. Last week, official figures showed inflation falling to an annual rate of just 0.7 percent, well below the E.C.B.'s official target of about 2 percent. Mr. Rehn's forecasts could bolster those members of the E.C.B.'s governing council who believe that action is needed to prevent the euro zone from becoming stuck in the same kind of economic stagnation that has long afflicted Japan.

A growing number of economists are forecasting E.C.B. action on Thursday, either in the form of a cut in official interest rates or stepped-up lending to euro zone banks, or both. Other E.C.B. watchers expect the central bank to hold off until December, after its in-house economists have updated their own forecasts.

With the E.C.B.'s benchmark interest rate already at a record low of 0.5 percent, "another cut now would leave precious little room to maneuver," Carl Weinberg, chief economist at High Frequency Economics in Valhalla, N.Y., said in a note to clients on Tuesday.

Mr. Rahman, the Eurasia Group director, said Mr. Rehn's forecasts "will be used by both ECB doves and hawks alike." But because "the numbers are far from conclusive, they are likely to reinforce as opposed to unlock ECB gridlock," he said.

European corporations remain cautious about the prospects for recovery in Europe. "If we have growth in Europe it will be at a very low level," Norbert Reithofer, chief executive of the German automaker BMW, said during a conference call with reporters Tuesday. He said he expected growth to pick up during the second half of next year.

Deutschland soll Binnennachfrage stärken

## EU nimmt Deutschlands Exportstärke ins Visier

89,58

05.11.2013 · Nach der scharfen Kritik aus Amerika an den deutschen Exportüberschüssen knöpft sich auch die EU die deutsche Exportstärke vor. Deutschland muss sich auf eine Sonderuntersuchung durch die EU-Kommission einstellen.

Von HENDRIK KAFSACK, BRÜSSEL

[Artikel](#) [Bilder](#) (3) [Lesermeinungen](#) (107)

Deutschland muss sich wegen des seit Jahren schon äußerst hohen Leistungsbilanzüberschusses auf eine Sonderuntersuchung durch die EU-Kommission einstellen. Deutschland überschreite den Referenzwert von 6 Prozent der Wirtschaftsleistung seit 2007 und werde ihn voraussichtlich auch 2014 und 2015 überschreiten, sagte Wirtschafts- und Währungskommissar Olli Rehn am Dienstag in Brüssel bei der Präsentation der Herbstprognose der Europäischen Kommission. Die EU-Behörde werde sich in der kommenden Woche dazu äußern, welche Mitgliedsländer wegen wirtschaftlicher Ungleichgewichte – wie einem hohen Leistungsbilanzüberschuss – auf den Prüfstand kommen.

Rehn warnte davor, aus der Eröffnung eines Verfahrens vorschnelle Schlüsse zu ziehen. Die Überprüfung makroökonomischer Ungleichgewichte sei nichts Ungewöhnliches. Der Finne rief – auch im Lichte der Koalitionsverhandlungen in Berlin – zu einer nüchternen Betrachtung des Leistungsbilanzüberschusses auf: „Ich dringe auf eine analytische und nicht auf eine politisch motivierte Debatte.“ Welche Schritte Deutschland ergreifen müsse, sei seit dem Sommer klar, sagte Rehn weiter.

Der Ministerrat hatte sich im Juli hinter die Forderung der Kommission gestellt, dass Deutschland die Binnennachfrage stärken soll. Konkret soll die Regierung dazu Löhne – vor allem im Niedriglohnssektor – steuerlich und durch die Senkung der Sozialabgaben entlasten und die Infrastruktur modernisieren.

---

### Weitere Artikel

---

- [EU-Kommission: Frankreich bekommt Staatshaushalt nicht in den Griff](#)

Deutschland sieht sich wegen seines anhaltend hohen Leistungsbilanzüberschusses – im Kern der Überschuss von Export über Import –, immer wieder Kritik ausgesetzt. Zuletzt hatte das [amerikanische Finanzministerium Deutschland mit ungewöhnlich klaren Worten vorgeworfen](#), mit seiner „blutarmen Binnennachfrage“ und seinem hohen Leistungsbilanzüberschuss im Euroraum wie auch in der Weltwirtschaft „deflationäre Verzerrungen“ hervorzurufen.

Vereinfacht gesagt, lautet der Vorwurf der Kritiker an den deutschen Überschüssen, dass sich Deutschland durch zu niedrige Löhne Wettbewerbsvorteile verschafft und so die Unternehmen anderer Eurostaaten vom Markt drängt. Die Bundesregierung und die deutsche Wirtschaft halten dem stets entgegen, dass der Leistungsbilanzüberschuss das Resultat der deutschen Exportstärke ist.

Umfrage

## Die gut gelaunte Mittelschicht

89,59

06.11.2013 · Lange war von den Abstiegsängsten der Mittelschicht die Rede. Eine neue Umfrage zeigt, dass sie eigentlich sehr zufrieden ist. Und ihr Idol heißt Helmut Schmidt.

Von TILLMANN NEUSCHELER

Die Mehrheit der Mittelschicht ist mit ihrer gegenwärtigen Lebenssituation sehr zufrieden. Und auch die Zukunft schätzt sie sehr optimistisch ein: Gefragt nach der persönlichen Zukunft, antworten 85 Prozent mit „eher optimistisch“, lediglich 13 Prozent sind „eher pessimistisch“. Bei den unter 30-Jährigen sind sogar 96 Prozent Optimisten. Zu diesem Ergebnis kommt die zweite Mittelschichtstudie der Gothaer Versicherung, die dafür im September 1000 Personen vom Meinungsforschungsinstitut Forsa telefonisch befragen lassen hat.

Jahrelang haben die Abstiegsängste der Mittelschicht für Schlagzeilen gesorgt. Jeder Vierte mache sich Sorgen, dass er seinen Status verlieren könne, warnte noch im vergangenen Jahr eine Bertelsmann-Studie, in einer älteren DIW-Studie war sogar von „Statuspanik“ die Rede. Doch in der jüngsten Mittelschichtstudie der Gothaer Versicherung ist davon wenig zu sehen: Trotz Krise schätzt die Mehrheit der Befragten ihre eigene finanzielle Situation ähnlich ein im Vergleich zu vor zwei Jahren. Und wenn sich die finanzielle Lage verändert hat, dann ist sie eher besser (29 Prozent) als schlechter (13 Prozent) geworden.

Der großen Mehrheit geht es nach eigener Einschätzung besser als ihrer Elterngeneration. Und das wird als etwas Außergewöhnliches geschätzt: Die Mehrheit glaubt nicht, dass sich der Wohlstand immer weiter mehrt. Zwar wird die eigene Zukunft positiv eingeschätzt, aber ganz allgemein gefragt, glaubt die Mehrheit dennoch, dass es der nachwachsenden, jüngeren Generation in 30 Jahren nicht mehr so gut gehen wird.

Und freilich blickt auch die Mittelschicht nicht ganz sorgenfrei in die Zukunft, aber die größte Sorge ist keine ökonomische: Befragt nach ihren Ängsten, geben 59 Prozent an, sie hätten (sehr) große Angst im Alter auf regelmäßige Pflege durch andere angewiesen zu sein. Auf Platz zwei folgt die Angst, dass sich der Zustand der Umwelt verschlechtere. Etwas gestiegen ist auch die Angst vor steigenden Lebenshaltungskosten, die Unsicherheit über die Ersparnisse und die Angst, dass im Alter die Rente nicht reichen könnte. Letzteres befürchten aktuell 54 Prozent der Befragten.

Bei der privaten Altersvorsorge sind Immobilienanlagen von Platz zwei auf Platz eins gerückt, gefolgt von Riester-Renten, die bei der letzten Befragung noch an erster Stelle standen. 43 Prozent der Befragten geben an, Geld in Immobilien angelegt zu haben, 42 Prozent nennen eine Riester-Versicherung. Danach folgen fast gleichauf Sparbücher und Banksparpläne (41 Prozent) sowie die Kapital-Lebensversicherung (40 Prozent). Weit abgeschlagen dagegen ist die direkte Anlage in Aktien (18 Prozent), schon eher wird mit Fonds (28 Prozent) fürs Alter gespart.

### **Den Politikern wird wieder etwas mehr zugetraut**

Dennoch zeigt sich, dass nach der Eurokrise wieder etwas Vertrauen zurückkehrt: Dass Deutschlands Staatsschulden ins Unermessliche steigen werden, glauben zwar noch 53 Prozent, vor zwei Jahren waren es aber noch 66 Prozent.

Die Befragten vertrauen auch den Politikern wieder etwas mehr. Zwar glauben noch immer 55 Prozent, dass unsere Politiker mit den Problemen überfordert seien, aber vor 2 Jahren waren es noch deutlich mehr - nämlich 64 Prozent.

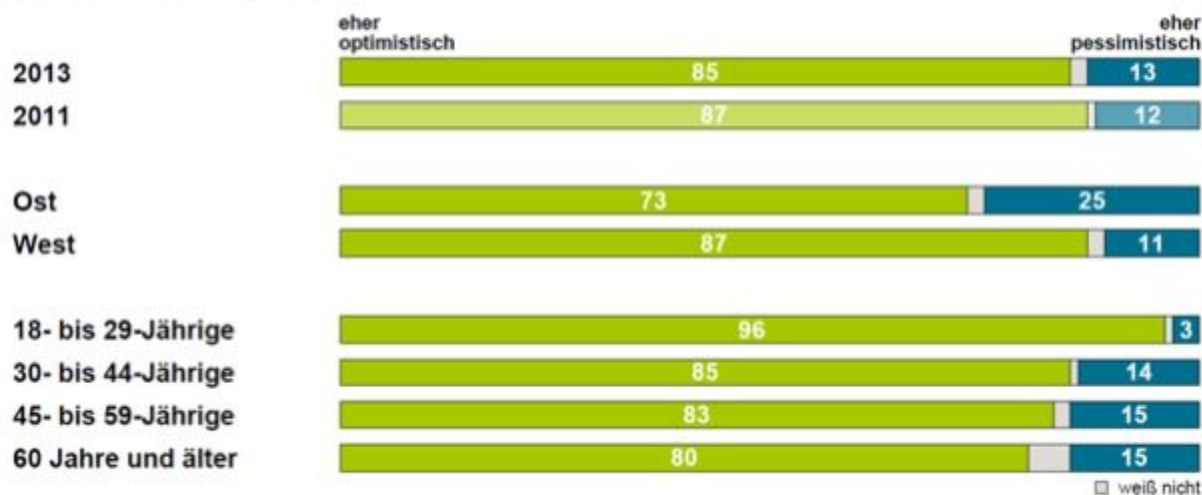
## Familie wichtiger als Beruf

Und was ist der Mittelschicht wichtig im Leben? Ganz oben steht der Wunsch, viel Zeit mit dem Partner oder der Familie zu verbringen. Das war für 97 Prozent wichtig oder sehr wichtig. Der Wert ist in der Rangliste im Vergleich zur Umfrage vor zwei Jahren sogar noch um 2 Prozentpunkte gestiegen. Es folgt der Wunsch, das Leben zu genießen (95 Prozent) und sich gesund zu ernähren (90 Prozent). Merklich an Bedeutung verloren hat dagegen der Wunsch „beruflich erfolgreich zu sein“. Das ist nur noch 73 Prozent wichtig oder sehr wichtig, 5 Prozentpunkte weniger als zwei Jahre zuvor.

Wie wichtig die Familie ist, zeigt auch der ausgeprägte Kinderwunsch. Von den Befragten unter 40 Jahren, die keine Kinder haben, wünschen sich 87 Prozent Nachwuchs. Das sind deutlich mehr als noch 2011, damals wünschten sich das lediglich 78 Prozent.

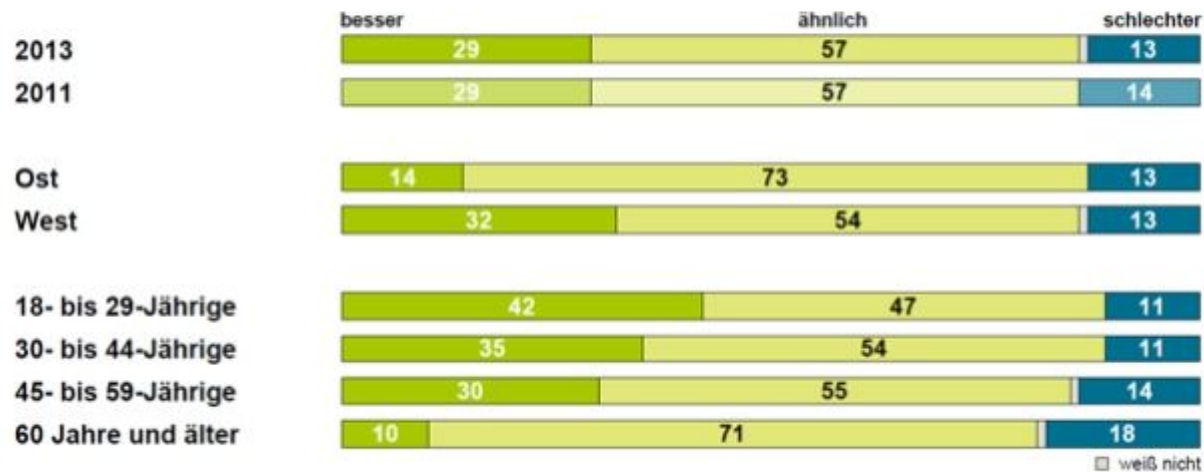
Gefragt nach ihren Vorbildern, antworten zwei Drittel, sie hätten keine. Wer aber Vorbilder benennt, sieht oft die eigenen Eltern als Wegweiser. Und dabei hat die Mutter leichten Vorsprung vor dem Vater. Bei den klassischen Idolen aber liegen die Männer vorne. Ganz oben auf der Favoritenliste der Mittelschicht steht Helmut Schmidt. Noch vor Jesus, Ghandi und Einstein.

## „Wie denken Sie über Ihre persönliche Zukunft? Sehen Sie Ihrer persönlichen Zukunft alles in allem eher optimistisch oder eher pessimistisch entgegen?“



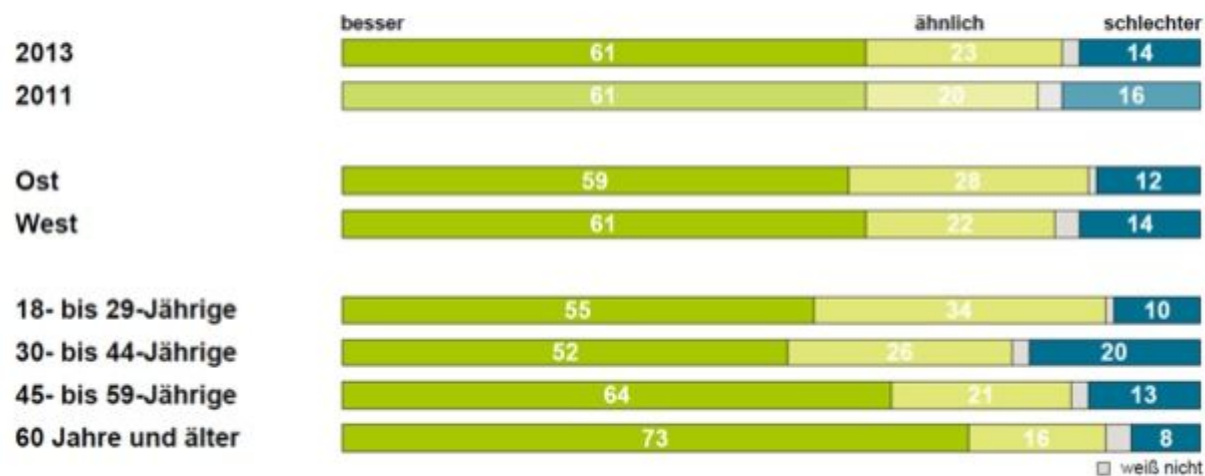
Basis: 1.000 Befragte, Telefoninterviews - Erhebungszeitraum: 26. August bis 30. September 2013  
 Quelle: Forsa, Gothaer Mittelschichtstudie

„Wenn Sie einmal konkret an Ihre finanzielle Situation heute denken:  
Würden Sie sagen, dass es Ihnen im Moment besser, schlechter oder  
ähnlich geht wie vor zwei Jahren?“



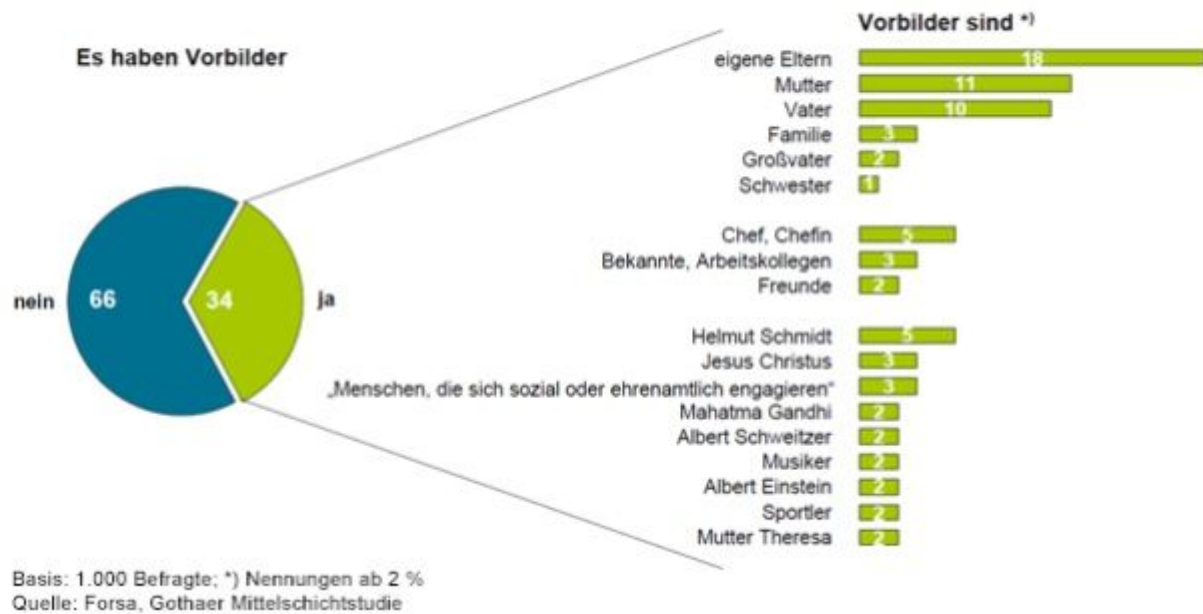
Basis: 1.000 Befragte, Telefoninterviews - Erhebungszeitraum: 26. August bis 30. September 2013, Angaben in Prozent  
Quelle: Forsa, Gothaer Mittelschichtstudie

„Und wenn Sie einmal Ihre persönliche finanzielle Situation heute mit der  
Ihrer Eltern vergleichen, als diese in Ihrem Alter waren: Würden Sie sagen,  
dass es Ihnen heute besser, schlechter oder ähnlich geht wie Ihren Eltern?“

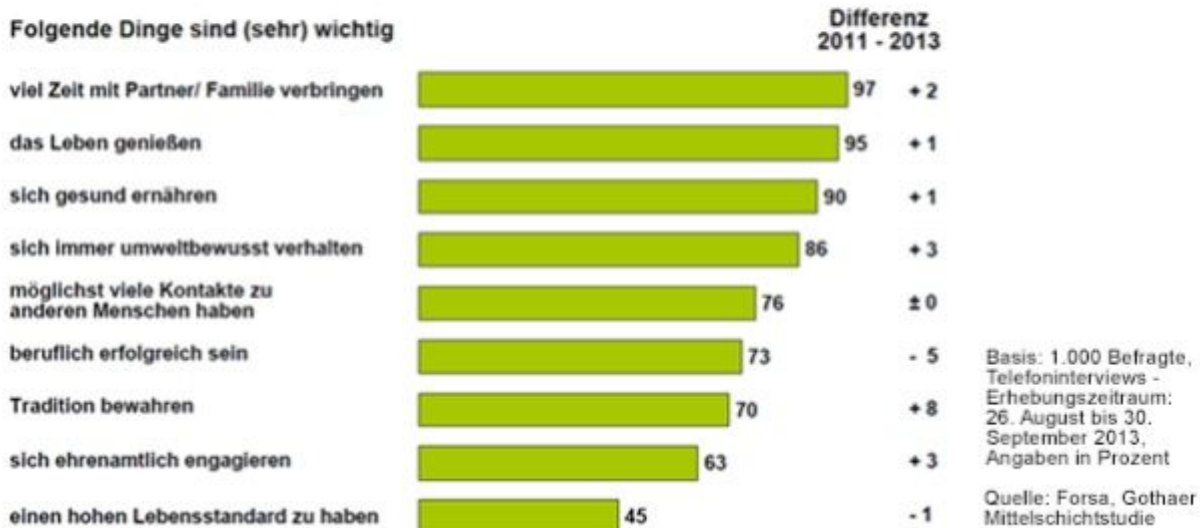


Basis: 1.000 Befragte, Telefoninterviews - Erhebungszeitraum: 26. August bis 30. September 2013, Angaben in Prozent  
Quelle: Forsa, Gothaer Mittelschichtstudie

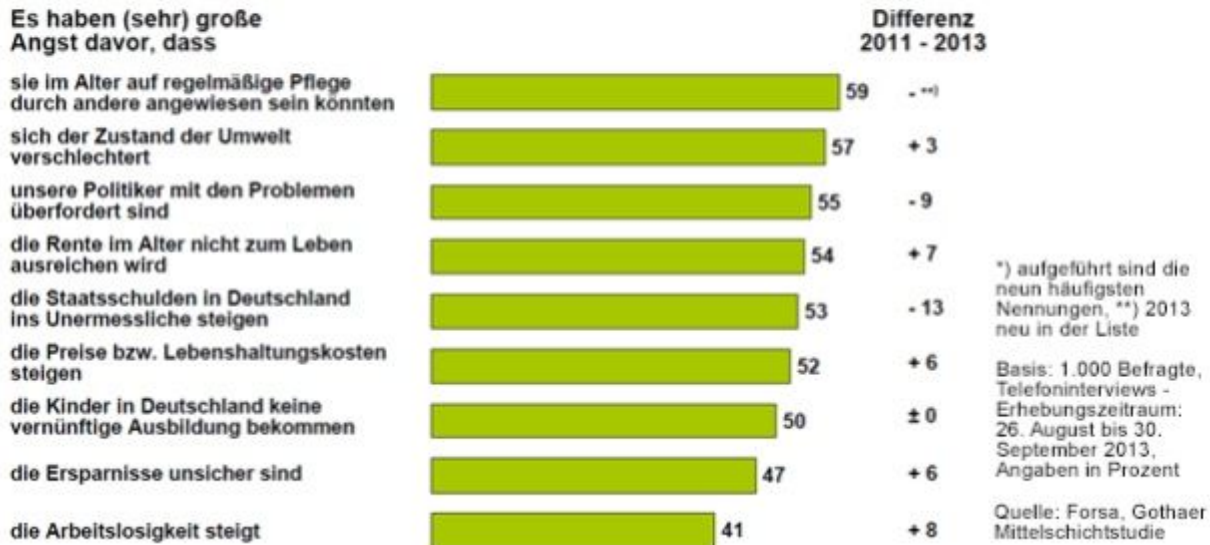
## „Haben Sie Vorbilder?“



„Jeder hat ja bestimmte Vorstellungen darüber, was in seinem Leben besonders wichtig ist. Bitte sagen Sie mir bei den folgenden Dingen jeweils, ob das für Sie persönlich sehr wichtig, wichtig, weniger wichtig oder unwichtig ist.“



„Ich nenne Ihnen nun verschiedene Dinge, die einem Sorgen bereiten können. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie davor sehr große Angst, große Angst, etwas Angst oder keine Angst haben.“



LE MONDE | 24.10.2013 à 12h16 • Mis à jour le 24.10.2013 à 12h37 | Par Guy Sorman (Essayiste)

La gauche me manque, vraiment. Parce que je suis un libéral, étiqueté mais pas encarté, (par bonheur, il n'existe pas en France de grand parti libéral), il me paraît que seule la gauche maintenant serait en mesure d'arracher notre pays à la décadence économique, au découragement moral, à la tentation autoritaire. Si elle n'y parvient pas, nul n'y parviendra. Cette gauche-là qui me manque serait évidemment une gauche libérale, membre à part entière de la nouvelle famille qui, depuis une génération, s'est constituée un peu partout en Occident et en Orient mais pas en France. Qu'est-ce donc qu'une gauche libérale ? Pour faire court, une alliance refondée entre l'équité et l'efficacité.

L'efficacité, aujourd'hui, se situe du côté de l'économie de marché, de l'entreprise et de la mondialisation : partout où cette solution est appliquée, la pauvreté recule, massivement. Quant à l'équité, ce ressort moral de la gauche – contrairement à ce que la droite banale estime –, elle exige de la redistribution et de la compassion que peuvent gérer l'Etat, les mairies et le troisième secteur dit non lucratif, celui de la philanthropie. Le marché seul n'est pas le garant de l'équité, nulle part, jamais. Cette gauche libérale, hors la France, est devenue le mouvement politique dominant à l'ère de la mondialisation, après que le "socialisme réel", en 1989, a disparu : c'est le cas dans l'Inde lointaine – le Parti du Congrès, progressiste mais plus socialiste –, dans l'Amérique de Bill Clinton à Barack Obama, dans l'Allemagne de Gerhard Schröder ou dans la Grande-Bretagne de Tony Blair. Tous ont imposé des normes de gouvernement qui leur survivent quels que soient les aléas électoraux et les partis au pouvoir. Michel Rocard chez nous, trop brièvement, s'y était essayé.

## UNE FRANCE IMMOBILE

La France fait exception pour des raisons qui ne sont pas mystérieuses. Avant tout pour une histoire longue que François Furet élucida naguère dans *Le Passé d'une illusion* (1995) : notre gauche ne digère pas son passé révolutionnaire. La gauche française cultive la prise de la Bastille et la droite le Grand Siècle de Louis XIV : des deux côtés, la gloire l'emporte sur la raison et le bien-être des Français. Une fraction de cette gauche hallucinée – communiste, trotskiste –, au nom de ce passé qui ne passe pas, démontre toute inclinaison vers une gauche libérale ou tout bonnement rationnelle. Si le terme libéral est devenu indigeste pour certains – par ignorance le plus souvent –, va pour gauche rationnelle ! Ceux que tenterait cette "rationalisation" de la gauche (François Hollande certainement, en qui l'on espéra un instant un Schröder français) sont pris en tenaille et en otage par les robespierristes, d'un côté, et, de l'autre, par la réaction écologiste. Réaction ? Oui, car elle place la nature au-dessus de l'humanité et va jusqu'à interdire la recherche (du gaz de schiste, par exemple) : interdit de chercher... au pays de Pasteur. Voici donc l'histoire alliée à l'arithmétique électorale pour nous priver d'une gauche libérale. Mais aussi la sociologie. Votent à gauche, majoritairement, ceux qui ont intérêt à ce que surtout rien ne change, de nombreux fonctionnaires arrimés à leur statut mais pas seulement : tout titulaire d'une rente de situation légale (taxis) ou de fait (entreprises à monopole) tient à une France immobile, au détriment des plus jeunes et des plus pauvres, ceux qui ne détiennent ni rente économique ni capital social. Tandis qu'une gauche libérale ou rationnelle rallierait ceux qui souhaitent à la fois le changement et l'équité.

## UNE GAUCHE EN MARGE DU MONDE RÉEL

Le changement et l'équité rassembleraient-ils une majorité de Français ? En démocratie, une pensée ne vaut que si elle devient majoritaire. Cette majorité est possible si l'ignorance de l'économie – aggravée chez nous par la manière dont elle est enseignée et commentée par les médias – cédait à une pédagogie du changement. Il



appartiendrait à une gauche revenue aux sources de son progressisme d'enseigner que la création de richesses et d'emplois passe par le renoncement à l'ancien : il faut fermer une usine pour que s'en crée une nouvelle. N'est-il pas étonnant que plusieurs centaines de nos lycées portent le nom de Jean-Baptiste Say sans que leurs élèves (voire leurs professeurs) connaissent la théorie de Say ni qu'elle soit enseignée, sans qu'ils sachent qu'il revient à Say d'avoir créé le terme d'entrepreneur et d'avoir placé ce personnage essentiellement moderne au coeur de la science économique ?

La gauche française, parce qu'elle louvoie en marge du monde réel et ignore son propre passé, qui fut progressiste, n'a d'autre destin immédiat que de se diviser en chapelles et en surenchères : chacun au nom de la gauche se proclame plus à gauche que la gauche, chacun en vérité ne cherchant que du pouvoir ou cinq minutes de célébrité. La manipulation des symboles (une élève expulsée du territoire, une usine surannée qui ferme) tient lieu de doctrine, surexploitée sans que jamais on s'interroge sur l'absence totale de stratégie – efficace et équitable – qui éviterait à la gauche de tomber aussi bas dans les sondages et de tant perdre en légitimité intellectuelle. Le destin tragique de Leonarda "raflée" à la sortie de l'école, les fausses promesses à des ouvriers privés de leur labeur ne font que révéler en creux l'absence d'une pensée de gauche rationnelle, qui aurait défini par avance et depuis longtemps les contours d'une politique de l'immigration qui ne saurait être qu'européenne, une pédagogie scolaire qui intègre, une économie qui crée de l'emploi parce qu'elle accepte d'en voir disparaître. La gauche, en devenant rationnelle, c'est-à-dire libérale, en deviendrait naturellement morale parce que dans la vie des nations la morale se mesure aux résultats, pas aux intentions, pas à la posture ni à l'indignation médiatique.

Guy Sorman (Essayiste)

ECB Comes Under Pressure Over Low Inflation

## Economic, Political Obstacles to Steer Euro Zone Away From Stagnation Abound

89,66

By BRIAN BLACKSTONE

Nov. 5, 2013 4:12 p.m. ET

FRANKFURT—The European Central Bank is coming under pressure from financial markets and governments to take steps to steer the euro zone away from excessively low inflation and prolonged stagnation—though it confronts economic and political obstacles to doing more than it has done already.

ECB officials meet Thursday, just days after a report that consumer prices in the euro zone rose only 0.7% over the past 12 months, well below the ECB's target of a little bit less than 2%. Italy's finance minister on Tuesday called on the European Central Bank to acknowledge the slow growth in consumer prices and said a stronger euro should be reined in. Last month, France's industry minister said the central bank must act against the strong euro.

Inflation "is way too low and the economic situation underscores that," said Kenneth Rogoff, economics professor at Harvard University.

"There's certainly a risk of a lost decade" in Europe, he said. The ECB "should move decisively to bring [inflation] up."



Yet the central bank faces a dilemma. It lacks powerful tools to deal with stagnation and deflation, given its conservative rules and Germany's resistance to out-of-the-box thinking on monetary policy like the large-scale asset purchases the U.S. Federal Reserve and the Bank of England have tried.

Among the potential measures it does have at hand would be making another small cut in its main lending rate from the current record low of 0.5%, or giving more cheap loans to banks. But the economic impact of those moves is seen as limited.

Last week's low inflation report, paired with the region's high unemployment, have raised market expectations that the ECB could lower interest rates as soon as this week or in December. Thursday's outcome appears to be a close call. Officials have discussed rate cuts in recent meetings, and the inflation drop strengthens the hands of easy-money advocates on the 23-member rate-setting board.

But many economists expect the central bank to stand pat on interest rates for now to save its limited ammunition. The bank may prefer to wait until December, when the ECB staff unveils inflation forecasts for 2015, to better justify a cut. Also, pressure from France and Italy could backfire with the central bank, which zealously guards its independence.

The risk of inflation falling dangerously low—which weighs on spending and makes debts harder to finance—was underscored by a pair of reports Tuesday.

Wholesale prices in September fell at their fastest annual pace, 0.9%, in more than 3½ years, the European Union's statistics agency said. Separately, the European Commission projected that euro-zone inflation will average just 1.5% next year and 1.4% in 2015, far below the ECB's target.

The reports suggest that ECB President Mario Draghi, after earning world-wide praise for handling the euro-zone debt crisis, is suddenly at risk of failing at his day job: delivering inflation of just under 2%.

Mr. Draghi's forceful declaration in July 2012 that the ECB would do "whatever it takes" within its mandate to save the euro—adding, "Believe me, it will be enough"—is cited by many observers as a turning point in the bloc's debt crisis.

His remarks, backed weeks later by an open-ended bond-purchase plan that has yet to be used, reassured investors that the ECB wouldn't let Spanish and Italian bond markets collapse.

Mr. Draghi could on Thursday once again turn to verbal intervention, economists say, counting on the central bank's high credibility to back up his statements with markets. One strategy would be to talk in more detail about the risks posed by low inflation, flagging the euro's high level as one of those. That could take some more froth off the euro, boosting exports and raising inflation a little.

"If Mario Draghi says we aim to have 2% inflation and we have the tools and 'believe me it will be enough,' you don't think inflation expectations would go higher? Of course they would," Mr. Rogoff said.

But others warn any effect from Mr. Draghi's words could be fleeting.

"Verbal intervention only works for a while. Eventually you have to follow up with action," said Holger Schmieding, economist at Berenberg Bank.

The most traditional step—but one that would leave the central bank's usual standard arsenal depleted—would be a reduction in the ECB's main lending rate, though that could meet with resistance in Germany. But even backers of a cut say it would have little effect on growth and inflation, given that rates are already so low.

Once the key rate is cut, things get trickier. The ECB's charter forbids it from financing governments, making it hard to justify large-scale purchases of government bonds.

One option it has floated is to reduce the rate it pays on deposits that commercial banks park with the central bank from zero to a negative rate in the hopes of spurring lending and juicing growth. But that has dangerous side effects on bank profits and could backfire if investors start shunning euro assets.

Another would be to make additional long-term loans available to banks, as it did in 2011 and 2012. But banks have been repaying those loans—which totaled over €1 trillion, or around \$1.35 trillion—at a rapid clip, suggesting they don't need the extra funds, or that they lack good opportunities to lend them out.

Streit über doppelte Staatsbürgerschaft

## Einfach, doppelt oder ruhend?

89,68

06.11.2013 · Seit Roland Kochs Kampagne gegen den „Doppelpass“ will die SPD die doppelte Staatsangehörigkeit durchsetzen. Jetzt hat sie das Zustandekommen einer großen Koalition daran geknüpft. Heute wird in den Koalitionsarbeitsgruppen darüber verhandelt.

Von SUSANNE KUSICKE, FRANKFURT



© WOHLFAHRT, RAINER

Muss man sich wirklich entscheiden? Bisher stehen nach dem Optionsmodell beispielsweise Türken in Deutschland zwischen dem 18. und 23. Lebensjahr vor der Wahl.

Die doppelte Staatsangehörigkeit ist an diesem Mittwoch Thema in den Koalitions-Arbeitsgruppen für Inneres und Integration. Die SPD hatte dieses Thema am Dienstag als Bedingung für eine große Koalition genannt: ohne die Einführung einer doppelten Staatsangehörigkeit auch für Nicht-EU-Bürger keine Regierungsbeteiligung.

Das Thema ist der SPD eine offene Wunde, seit Roland Koch 1999 mit seiner Kampagne und Unterschriftensammlungen gegen den „Doppelpass“ die hessische Landtagswahl gewann und die Union anschließend im Bundesrat die Einführung des Optionsmodells erreichte. Kinder von Nicht-EU-Bürgern in Deutschland erhalten seitdem zwar mit der Geburt auch die deutsche Staatsangehörigkeit, müssen sich bis zum 23. Lebensjahr aber entscheiden, ob sie ihre zweite Staatsangehörigkeit aufgeben oder aber diese allein behalten wollen.

### **Fristverlängerung im Gespräch**

Die doppelte Staatsbürgerschaft, die die SPD nun in den Koalitionsverhandlungen doch noch erreichen will, war auch Teil ihres „Regierungsprogramms 2013 – 2017“: „Insbesondere wollen wir, dass Deutschlands Kinder auch deutsche Staatsbürger sind und bleiben. Mädchen und Jungen, die hier geboren werden, sollen die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten und behalten. Die Optionspflicht, die junge Menschen mit der Volljährigkeit zwingt, sich für eine Staatsangehörigkeit zu entscheiden, werden wir abschaffen und insgesamt die doppelte Staatsbürgerschaft von Bürgerinnen und Bürgern akzeptieren“, hieß es darin.

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) bekräftigte am Mittwoch umgehend seine Ablehnung der doppelten Staatsbürgerschaft: „Wenn wir Millionen von Menschen die doppelte Staatsbürgerschaft geben, die sie weitervererben, werden wir eine dauerhafte türkische Minderheit in Deutschland haben. Dies bedeute eine „langfristige Veränderung der Identität der deutschen Gesellschaft“, sagte Friedrich dem „Münchner Merkur“.

Als möglicher Kompromiss ist derzeit eine Verlängerung der Fristen für die Wahl zwischen der deutschen und beispielsweise türkischen Staatsangehörigkeit im Gespräch. Hier deutete Friedrich mögliche Zugeständnisse an: „Mit 30 statt mit 23 Jahren, vielleicht auch mit der Möglichkeit, sich später zu korrigieren.“ Aber zu irgendeinem Zeitpunkt müsse sich der Bürger entscheiden, ob er die deutsche Staatsbürgerschaft oder die eines anderen Landes behalten wolle.

### **Probleme einer „ruhenden Staatsbürgerschaft“**

Eine zweite Möglichkeit wäre die sogenannte ruhende Staatsbürgerschaft, die die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer (CDU), befürwortet. Dieses Modell sieht vor, dass Kinder aus Einwandererfamilien ihre Staatsbürgerschaft nicht automatisch verlieren, wenn sie Deutsche werden. Diese Staatsbürgerschaft würde jedoch ruhen, bis sie ihren Lebensmittelpunkt wieder in ihr Herkunftsland verlegen. Dieser Vorschlag wird jedoch sowohl von SPD als auch von Unionsseite kritisch gesehen: „Man kann über alles reden, sollte aber nicht den Fehler einer komplizierten, praxisuntauglichen Regelung wiederholen wie seinerzeit bei der Optionsregelung“, sagte die baden-württembergische Integrationsministerin Bilkay Öney (SPD) der „Schwäbischen Zeitung“.

Die frühere Berliner Ausländerbeauftragte Barbara John (CDU) wies auf ein weiteres Problem einer möglichen „ruhenden Staatsangehörigkeit“ hin: Wer zwei Pässe besitze, habe auch in zwei Ländern Pflichten, sagte sie im „Deutschlandradio Kultur“. Im Falle der Türkei sei dies auch der Wehrdienst, den das Land abgeleistet haben wolle, erklärte die Migrationsexpertin. Insbesondere die Türkei werde sich auf eine „ruhende“ Lösung darum wohl nicht einlassen. Bei der derzeit geltenden Optionslösung könne es aber auch nicht bleiben.

### **Vor allem junge Türken betroffen**

Jährlich werden zur Zeit rund 100.000 Personen in Deutschland eingebürgert. Von ihnen kann ungefähr die Hälfte dennoch ihren alten Pass behalten, vor allem Bürger aus anderen EU-Staaten und der Schweiz. Es gibt aber auch Staaten wie Marokko oder Iran, die sich weigern, ihre Bürger aus der Staatsbürgerschaft zu entlassen. Vor allem junge Türken in Deutschland stehen jedoch vor der schwierigen Wahl. Entscheiden sie sich für die deutsche Staatsangehörigkeit, können sie in der Türkei aber immer noch zumindest eine „blaue Karte“ beantragen, durch die ihnen wesentliche staatsbürgerliche Rechte erhalten bleiben, beispielsweise die dort geltenden erbrechtlichen Regelungen, das Aufenthaltsrecht, eine Arbeitserlaubnis und das Recht auf Grundbesitz.


Vom Entscheidungszwang zwischen zwei Staatsangehörigkeiten nach dem bisher geltenden Optionsmodell sind in Deutschland derzeit jährlich 3000 bis 7000 Kinder betroffen. Wie viele Deutsche es mit einer weiteren Staatsangehörigkeit gibt, ist nach Angaben des Bundesinnenministeriums nicht bekannt, da sie ausschließlich als Deutsche behandelt werden. Besondere Probleme seien durch die Mehrstaatlichkeit bisher aber nicht entstanden.

## Ulrich Beck und Ulrich Wilhelm Europa braucht eine neue Solidarität gegen Mitsprache

89,70

04.11.2013 · Die EU steht in der Kritik, aber die europäische Idee wird weithin bewundert. Wie kommt das? Ein Gespräch über die Krise der europäischen Öffentlichkeit und die nächsten Schritte zur vertieften Integration.



© MÜLLER, ANDREAS  Argumente für einen differenzierten Weg in die vertiefte Union: Ulrich Beck (links) und Ulrich Wilhelm

**Die Euro-Krise wurde als eine Krise der Demokratie und der Öffentlichkeit wahrgenommen, in der eine Expertenpolitik an den Parlamenten vorbeiregierte und die Öffentlichkeit wenig Chancen zur Artikulation hatte. Herr Beck, Sie haben früh auf die Bedeutung der Europawahlen im kommenden Mai hingewiesen. Die Öffentlichkeit hat hier erstmals die Möglichkeit, die Krisenpolitik zu bewerten. Wie es aussieht, schlägt dann die Stunde der Europaskeptiker.**

*Ulrich Beck:* Ja und nein. In den Revolten weltweit beweisen die europäischen Werte ihre Vitalität. Gleichzeitig ist die Schande der hohen Jugendarbeitslosigkeit eine eklatante Verletzung dieser Werte. Die antieuropäischen Bewegungen nehmen in beängstigendem Maße zu. In Frankreich sind der Front National und die Linksfront, die sich wechselseitig verteufeln, in ihrer Ablehnung von Europa, dem Euro und Deutschland ein Herz und eine Seele. Bei den bevorstehenden Kommunalwahlen zeichnet sich eine Mehrheit der Front National ab. Hier schwindet der Glaube an europäische Werte - im Frankreich de Gaulles und Mitterrands, die zusammen mit Adenauer und Kohl die EU wesentlich gestaltet haben!

**Ist dieses Unbehagen mehr als eine direkte Krisenfolge?**

*Ulrich Wilhelm:* Mein Eindruck ist, dass es kein Unbehagen an der europäischen Wertegemeinschaft gibt. Im Gegenteil: Die Strahlkraft der Werte, für die Europa steht, nimmt weltweit zu: bürgerliche Freiheiten, Vielfalt, Toleranz, Rechtsstaat, Datenschutz. Weithin geteilt wird auch die Ansicht, dass der Nationalstaat nicht mehr ausreicht, die Interessen seiner Bürger zu bedienen, und dass viele Aufgaben nur in supranationaler

Zusammenarbeit wirksam gelöst werden können. Gleichzeitig gibt es ein Unbehagen an der Regelungsdichte der EU. Da muss Europa reagieren, und ich bin sicher, dass dies in den kommenden fünf Jahren in Brüssel geschehen wird.

### **Was muss sich konkret ändern?**

*Wilhelm:* In knapper Form skizziert, hielte ich folgende Schritte für notwendig: Die vertragliche Grundlage der Währungsunion muss erneuert werden. Ohne eine verbindliche Koordination der Wirtschafts- und Fiskalpolitik der Mitgliedsstaaten kann der Euro keinen Bestand haben, ohne Politische Union kann eine Währungsunion nicht auf Dauer funktionieren. Hier müssen sich die Mitgliedsstaaten des Euro auf Kompetenzübertragungen einstellen. Auf anderen Feldern muss die Kommission ihren Anspruch zurückfahren, jede Regelung über alle Mitgliedsstaaten hinweg zu treffen. Der Bestand des Gemeinschaftsrechts muss entrümpelt werden und Kompetenzen zum Beispiel verstärkt nur in den Teilen der Union ausgeübt werden, wo eine Regelung Fortschritte bringt. Heute werden alle Mitgliedsstaaten mit neuen Verordnungen konfrontiert, auch wenn der Anlass des Handelns nur in wenigen Staaten entstanden ist. Das bringt andere Länder, die das betreffende Problem bereits vernünftig gelöst haben, in Rage, weil ihnen nun ein anderer Weg aufgezwungen wird. Und es treibt die Bürger unnötig auf die Barrikaden und kostet Vertrauen.



© MÜLLER, ANDREAS

Ulrich Wilhelm ist seit 2011 Intendant des Bayerischen Rundfunks. Zuvor war er zwischen 2005 und 2010 Regierungssprecher der Bundesregierung und Chef des Bundespresseamtes. Seit diesem Jahr ist er Mitglied im höchsten Entscheidungsgremium der Europäischen Rundfunkunion (EBU).

*Beck:* Ich ergänze: Die evangelikale Sparpolitik muss durchbrochen werden. Sie ist dysfunktional und empörend ungerecht. Den Krisenländern darf nicht länger das verweigert werden, was die damalige CDU/CSU/SPD-Koalition selbst getan hat: durch Ausweitung der öffentlichen Investitionen die Krise zu bewältigen. Als Stichworte nenne ich nur die Abwrackprämie, die energetische Gebäudesanierung und das Kurzarbeitergeld, die alle staatlich finanziert wurden und dazu beigetragen haben, dass Deutschland relativ gut durch die Krise gekommen ist. Allerdings wächst die Distanz zwischen den Institutionen der EU und den Bürgern Europas in einem beängstigenden Maß. Ich habe den Eindruck, wir können in Europa die wunderbarsten institutionellen Ideen entwickeln, ja, wir können die Architektur des Parlamentarismus perfektionieren. Solange wir die Bürger nicht wirklich für Europa gewinnen, ist dieses Haus leer und zerbrechlich.

### **Das europäische Parlament gilt als Hebel für die Bildung eines europäischen Bewusstseins. Liegt hier nicht der Schlüssel für die Überwindung der Europaskepsis?**

*Wilhelm:* Zunächst einmal bin ich überzeugt, dass an soliden Staatsfinanzen mittelfristig schon wegen der Demographie kein Weg vorbeiführt. Zu Ihrer Frage: Man muss zunächst konstatieren, dass das Europäische Parlament in seinen Rechten schon deutlich aufgewertet worden ist. Tatsächlich hat der Berichterstatter im Europäischen Parlament heute schon mehr Einfluss auf eine konkrete Regelung als der zuständige sachbearbeitende Beamte der Kommission und wahrscheinlich auch mehr Einfluss auf eine einzelne Vorschrift als ein einzelner Regierungschef im Europäischen Rat. Und trotz dieser Aufwertung des Europäischen

Parlaments ist die Frustration über Europa gewachsen. Ich glaube, der Zusammenhang ist eher folgender: Das europäische Bewusstsein bildet sich umso stärker, je mehr gemeinsame Erfolge erlebbar werden. Die jeweiligen nationalen Politiker und nationalen Medien müssen dann auch gemeinsam eine europäische Öffentlichkeit herstellen. Wenn alle Regierungschefs nach einem Gipfel nur davon sprechen, was sie im nationalen Interesse erreicht haben, stärken sie nationale Wahrnehmungen, aber nicht ein europäisches Bewusstsein.

### **Das Wahrnehmungs- und Vermittlungsdefizit wird schon seit langem beklagt. Was lässt sich dagegen tun?**

*Beck:* Europa befindet sich in einem Notstand, und die politische Macht hat, wer über die Zulassung von Themen zur Öffentlichkeit entscheidet. Lassen Sie mich daher einen konkreten Vorschlag zu den Europawahlen machen. Wir haben durchaus Beispiele dafür, wie sich europäischer Enthusiasmus herstellen lässt: die europäische Fußball Champions League, europäische Schlagerwettbewerbe. Können Sie, Herr Wilhelm, nicht eine Euro-Visions-Sendung (den utopischen Gehalt dieser technischen Vokabel ernst nehmend) zur europaweiten Debatte der Spitzenkandidaten für die Position des zukünftigen Kommissionspräsidenten anregen? Dann könnte es endlich einen wirklich europäischen Willensbildungsprozess zu dem Thema geben: Warum Europa? Warum nicht kein Europa? Welches Europa wollen wir? Wir diskutieren viel über die Vereinigten Staaten von Europa, aber um eine Diskussion führen zu können, brauchen wir zunächst die Vereinigten Fernsehanstalten von Europa. Wir brauchen eine Initiative, die in und für Europa überhaupt erst die Öffentlichkeit herstellt. Dafür bietet das nächste Jahr vor den Mai-Wahlen die große Chance.



© MÜLLER, ANDREAS

Ulrich Beck ist Professor für Soziologie an der LMU München, der London School of Economics und dem Maison des Sciences de l'Homme in Paris. Seit 2012 leitet er ein vom Europäischen Forschungsrat bewilligtes Projekt zum Thema „Methodologischer Kosmopolitismus am Beispiel des Klimawandels“.

*Wilhelm:* Wir haben in den Ländern ganz unterschiedliche Medienlandschaften. In der Europäischen Rundfunkunion, deren Mitglied ich bin, findet aber bereits ein Ideenaustausch der Mitgliedssender zu möglichen Formaten über Themen der europäischen Wahlen statt, auch gemeinsame Diskussionssendungen werden überlegt. Das wird in den Redaktionen der Sender derzeit geprüft.

**Der gewachsene Einfluss des Europaparlaments schlägt sich bisher nicht im Wählerinteresse nieder. Die Wahlbeteiligung bei Europawahlen ging in den letzten Jahrzehnten konstant zurück. Im Wahlkampf dominierten nationale Themen.**

*Wilhelm:* Europawahlen wurden traditionell als Wahlen angesehen, bei denen es um weniger ging als bei einer Bundestagswahl. Ich glaube, dass im kommenden Jahr die europäische Agenda mit drängenden Themen wie Datenschutz oder der Euro-Krise eine stärkere Rolle spielen wird.

**Man hat den Eindruck, dass eine Vielzahl von Problemen nur auf europäischer Ebene gelöst werden können, dort aber keinen Adressaten haben, auch was das Parlament betrifft.**



*Beck:* Der Hund liegt hier tatsächlich beim Europäischen Rat begraben. Denn gerade da haben sich mit der Euro-Krise die Machtverhältnisse sehr verschoben. Zum einen ist die Spaltung zwischen den Mitgliedern der Eurogruppe und der Europäischen Union viel stärker geworden. Die EU-Regierungschefs müssen ja den Raum verlassen, wenn es ums Wesentliche geht, nämlich die Einzelheiten zur Zukunft der Euro-Union verhandelt werden. Die zweite große Machtdifferenz besteht zwischen den Geldgeberländern und den Geldnehmerländern. Was zugespitzt zur Folge hat, dass wir im Augenblick eine europäische Kanzlerin mit informeller Richtlinienkompetenz im Europäischen Rat haben, die von Deutschland, aber nicht von Europa gewählt wurde. Der Europäische Rat ist jedenfalls das Gremium, das im derzeitigen Zustand die Mitsprache der europäischen Wähler verhindert.

**Wenn eine vitale europäische Öffentlichkeit von einer institutionellen Gewichtsverschiebung abhängt, wie weit sollte diese dann gehen?**

*Wilhelm:* Die Verträge zur Währungsunion schließen die Haftungunion aus. Tatsächlich ging die faktische Entwicklung aber immer mehr zu einer Mithaftung, ohne dass die Verträge angepasst wurden und die Parlamente der Mitgliedstaaten dies so ratifiziert hätten. Für EU-Gelder gibt es in diesem Umfang ja keine vertraglichen Grundlagen. Nachdem die Unterstützungsprogramme in der Euro-Krise also im Wesentlichen aus nationalen Etats kommen, konnten die Entscheidungen nur in den dafür legitimierten nationalen Parlamenten fallen. Das führte zu der gegenwärtigen starken Stellung Deutschlands als größtem Geber. Die Verantwortung für den Zusammenhalt Europas darf aber nicht de facto auf den Schultern nur eines Landes lasten. Wenn anders als in Maastricht vorgesehen alle für die finanziellen Folgen von national getroffenen Entscheidungen haften, dann brauchen wir neue Vertragsregeln, die durch die Parlamente ratifiziert werden. In dem Sinne: Alle sind von den Konsequenzen betroffen, deshalb definieren wir auch gemeinsam bestimmte Standards in den Mitgliedstaaten, und für die Folgen stehen alle gemeinsam ein: Solidarität gekoppelt an Mitsprache!

*Beck:* Das ist ja fast schon ein Vorschlag für die Koalitionsverhandlungen.

*Wilhelm:* Der Prozess ist beim Europäischen Rat schon in Gang gekommen.

**Was muss getan werden, um die europäische Öffentlichkeit für eine vertiefte Integration zu gewinnen?**

*Beck:* Der regressive Nationalismus von rechts und links ist zum Feind der europäischen Nationen geworden. Dagegen hilft eine europäisch gesinnte Europakritik. Die EU ist ein historisch einmaliges Gebilde. Ein europäisches Volk und der europäische Bürger lassen sich nicht am Reißbrett entwerfen. Manchmal habe ich den Eindruck, die europäischen Politiker irren herum und suchen nach dem Volk, das zur EU passt. Wie kann Europa Frieden und Freiheit für seine Bürger im Lichte alter und neuer Bedrohungen sichern? Wer spricht die Sprache Europas? Diese Grundfragen müssen noch einmal neu durchdacht werden.

**Wo wollen Sie also beginnen?**

*Beck:* Wir müssen neu überlegen, wie wir den europäischen Souverän definieren. Mein Vorschlag ist, nicht nur über die Vereinigten Staaten von Europa nachzudenken, sondern auch über die Vereinigten Städte von Europa. Stadtluft macht frei, Stadtluft macht europäisch! Hier wird der Klimawandel verursacht, erfahren und bekämpft. Hier findet die bessere Demokratie statt. Die Großstädte sind das politische Zukunftslabor. Das könnte ein guter Ansatzpunkt für eine Neubegründung Europas von unten sein.

**Die Idee eines Europa von unten gab es schon einmal in den Neunzigern. In den letzten Jahren wurde es darum stiller.**

*Wilhelm:* Europa braucht mehr Mitstreiter. In den Neunzigern sagte man, der Nationalstaat würde von zwei Seiten unter Druck kommen, durch die Ebene der Städte und Regionen von unten und die Europäische Integration von oben. In diesem Geist haben sich Kommunen und Regionen zum EU-Ausschuss der Regionen

zusammengeschlossen. Die Euro-Krise hat die Bedeutung nationaler Politik dann wieder enorm aufgewertet. Die Rettungsmaßnahmen mit nationalen Steuergeldern konnten im Wesentlichen ja nur national entschieden werden. Die Städte Europas könnten eine gewichtigere Rolle spielen für ein gesamteuropäisches Bewusstsein als bisher.

### **Was wäre der nächste Schritt auf dem Weg der europäischen Integration?**

*Beck:* Als nächsten Schritt brauchen wir erst einmal Elemente einer europäischen Wirtschaftsregierung, demokratisch legitimiert. Von einem europäischen Sozialstaat wollen wir im Moment noch gar nicht reden, obwohl auch das eine gute Perspektive für ein Europa der Bürger ist. Für diesen Prozess wird man nicht alle auf einmal gewinnen. Integration nach dem Muster eines für alle verbindlichen Kurses führt in die bekannte Selbstblockade. Wir müssen Regeln für eine sehr differenzierte Integration entwickeln.

*Wilhelm:* Da gebe ich Ihnen recht. Die Eurostaaten haben sich mit ihrem Beitritt zur Währungsunion schon für eine vertiefte Integration entschieden. Ohne Elemente einer Wirtschaftsregierung und einer politischen Union wird allerdings die Währungsunion nicht funktionieren. Und daraus wird eine weitergehende, differenzierte Integration folgen.

*Beck:* Ich halte das für eine sehr brauchbare Perspektive. Solange wir den Europäischen Rat als Schlüsselorgan für Europa ansehen, werden wir die Euro-Krise nicht los. Für den nächsten politischen Schritt gibt es übrigens einen Überraschungsverbündeten: die Finanzmärkte. Denn letztlich geht es ja nicht um Schulden, sondern um die zu schaffende politische Instanz der letzten Rückversicherung, die im Euroraum fehlt.

### **Und wie macht man sich die europäische Bevölkerung zum Verbündeten für diesen Weg?**

*Beck:* Die Vorstellung der Vereinigten Staaten von Europa ist noch sehr stark vom methodologischen Nationalismus geprägt. Wir denken Gesellschaft und Politik immer nach dem Vorbild des Nationalstaats und verlagern das einfach auf die europäische Ebene. Das wird der europäischen Idee nicht gerecht. Ich würde für ein kosmopolitisches Europa plädieren, das auf die Anerkennung der anderen Nationen aufbaut, aber sieht, dass diese Nationen sich europäisch öffnen können. Dadurch entstünde eine Souveränität, die überhaupt erst durch Europäisierung möglich wird, deren institutionelle Form aber immer wieder erst ausgehandelt werden müsste. Mich beunruhigt, wenn man von den Vereinigten Staaten von Europa spricht und unter der Hand doch die deutsche Bundesrepublik Europa meint.

### **In der Diskussion um den Schutz der Privatsphäre war die europäische Stimme bisher nur schwach zu vernehmen. Müsste man das nicht in viel stärkerem Maße zu einem europäischen Thema machen?**

*Wilhelm:* Europa hat mehr Durchsetzungsvermögen gegenüber den Internetgiganten als die Nationalstaaten. Der stärkere Schutz der Privatsphäre entspricht dem europäischen Gesellschaftsmodell. Ich begrüße die Initiative des Europäischen Parlaments und glaube, dass hier weitere Schritte folgen werden. Eine große Mehrheit der Bürger hat sicher mit Zustimmung auf diese Initiative reagiert. Hier wird die europäische Wertegemeinschaft erlebbar. Zum ersten Mal in der Geschichte gibt es ein nahezu lückenloses digitales Abbild der Persönlichkeit, des Kommunikations-, Konsum- und Bewegungsprofils von Millionen Menschen ohne hinreichende datenschutzrechtliche Sicherheit. Das birgt eine immense potentielle Gefahr für die Freiheitsrechte und die Menschenwürde jedes Individuums und macht rechtsstaatliche Garantien zwingend erforderlich.

### **In der NSA-Affäre sind weniger die Unternehmen als der Staat das Problem.**

*Beck:* Es gilt, die Frage nach der Freiheit radikal neu zu stellen. Wir haben es niemals geschafft, von der simplen Frage wegzukommen: Welchen Tyrann willst du? Den einen mit der unsichtbaren Hand des Marktes oder den anderen mit der sichtbaren Hand des Staates? Nun stellt sich zu allem Überfluss auch noch heraus,

dass sich Markt und Staat zur unsichtbaren Hand der digitalen Kontrolle verbündet haben. Gibt es eigentlich keine Wahl mehr außer zwischen Pest und Cholera? Dagegen gilt es, das demokratische Gewissen zu wecken. Selbst Merkel wurde wohl ausspioniert. Europa ist empört. Darin liegt eine große Chance für die Freiheit, weil hier nicht wie in Teilen der Vereinigten Staaten die freie Marktwirtschaft als Gottesgebot und der Staat als Teufelszeug gelten, aber das Vertrauen in den Rechtsstaat als Garant der Freiheit tief im Selbstverständnis der Bürger verwurzelt ist.

### **Wie bringt man die europäischen Bürger dazu, stärker für ihre Freiheitsrechte einzustehen?**

*Beck:* Der europäischen Idee und Politik nach dem Zweiten Weltkrieg liegt die Ethik des „Nie wieder!“ zugrunde. Nie wieder Holocaust, nie wieder Krieg, nie wieder Diktatur! Für die deutsche Vereinigung ist „Nie wieder Stasi!“ ein entscheidendes Motiv gewesen. Aus dieser Erfahrung hätte man in der NSA-Affäre stärker schöpfen müssen. Ich habe mich schon gefragt, warum die im Stasi-Milieu der DDR aufgewachsene Bundeskanzlerin und mehr noch die Verkörperung unseres Staates und der Stasi-Aufarbeitung, Bundespräsident Joachim Gauck, diesen Schritt bislang nicht gewagt haben. Das hätte das demokratische Gewissen in Europa wecken können. Die Europawahl gibt dazu die zweite Chance.

Das Gespräch führte **Thomas Thiel**.

[Zur Homepage FAZ.NET](#)

November 6, 2013

## The European Central Bank's Inflation Conundrum 89,76

By [JACK EWING](#)

FRANKFURT — The European Central Bank will meet on Thursday under renewed **pressure to do more to stimulate the Continent's sluggish economies**, as evidence grows that the recovery is failing to pick up speed and that **inflation has fallen so low as to become worrisome**.

Mario Draghi, the president of the central bank, **has already used a mix of threats, promises and cheap money to avoid a euro zone breakup and to help the most financially troubled governments get access to the borrowing they need**. Now a growing chorus is hoping the central bank will signal a willingness to step in again.

This time, those advocating action **want the central bank to use its power over the euro currency to drive up inflation**, which is at such low levels that some economists believe it signals the **possibility of deflation**, or a decline in prices and wages that can become a vicious circle of economic atrophy. It is a challenge that perplexed Japan for years and that deeply concerned policy makers at the Federal Reserve in the United States during the early stages of the financial crisis.

But talk of deflation **is an issue that deeply divides economists**, some of whom see the threat as overblown and others who fear that the central bank is not taking it seriously enough. Those who are worried point to an unexpectedly sharp [drop in inflation](#) last month as a warning of abysmally weak demand and a sign that the euro zone could be headed for years of stagnation or even depression.

**Those who are more optimistic see low inflation as a sign of stability and evidence that Europe's troubled southern periphery countries, like Spain and Greece, are regaining their ability to compete on price in world markets.**

Mr. Draghi has given little public indication of whether the European Central Bank will make a move on Thursday. But many economists and analysts predict that the central bank, not wanting to appear panicky, will wait a month until there is more data, then act in December.

In any case, the closed debate among the bank's 23-member Governing Council on Thursday is likely to be contentious, judging from the range of views among professional economists, political leaders and business managers.

Some economists, like **Simon Tilford**, deputy director of the Center for European Reform in London, argue that the euro zone is already stuck in the same kind of economic quicksand that trapped Japan for decades, and that the **European Central Bank must aggressively stimulate growth now, not only by cutting rates but also by taking steps to pump money into the economy**.

“There is a point where the euro zone will pass the point of no return,” Mr. Tilford said. “Policy needs to be focused single-mindedly on reflating the economy.”

Others, like **Jörg Krämer**, chief economist at Commerzbank in Frankfurt, call such doomsaying “ridiculous.” The lower rate of inflation is a sign that wages have fallen in the euro zone’s southern tier, where they were too high in relation to worker productivity, he and others argue.

“What we see is a positive thing,” Mr. Krämer said. “Peripheral countries have regained price competitiveness. This is a wanted correction. This has nothing to do with deflation.”

For the European Central Bank, it is a tough call. Economic indicators have been ambiguous and subject to wildly varying interpretation. Only a couple of weeks ago, news that Spain had returned to growth for the first time in two years raised hopes that the euro zone was on the verge of a turnaround after five years of recession or very slow growth.

But then came data showing how far the region still has to go. Unemployment in the euro zone remains stuck above 12 percent, and on Tuesday [official forecasts](#) by the European Commission portrayed an economy struggling to gain momentum and still vulnerable to shocks.

One jolt could come from **currency markets**. The euro has fallen in recent days against the dollar, but it remains at high levels not seen since February. At about 1.35 euros to the dollar on Wednesday, the common currency was close to a value that could threaten a rebound in exports by countries like Spain. A stronger euro makes European products more expensive when purchased with other currencies.

“There is a risk that it just makes recovery even slower than it has already been,” said Ulf Mark Schneider, chief executive of Fresenius, a German health care company.

On Tuesday, Fresenius, which has major operations in the United States, said that operating profit fell 1 percent in the first nine months of the year to 2.2 billion euros. Profit would have grown 1 percent were it not for currency fluctuations, the company said.

Paradoxically, **the rise in the euro is partly a byproduct of stronger exports from the most troubled countries. They have improved their competitiveness and now have trade surpluses instead of deficits.** Spain and Greece helped the euro area trade surplus rise to 7.1 billion euros, or \$9.6 billion, in August. That compared favorably to a surplus of 4.6 billion euros in August 2012. **A trade surplus tends to push up the value of the currency.**

A very large trade surplus is considered unhealthy, though, because it is achieved at the expense of other countries and can be a symptom of weak domestic demand.

Last week the United States Treasury Department, in a report to Congress, **criticized Germany for a trade surplus that has become bigger than China’s. The German surplus raises the risk of deflation, the Treasury Department said, in a statement that caused an uproar in Berlin.**

“Germany’s anemic pace of domestic demand growth and dependence on exports have hampered rebalancing at a time when many other euro area countries have been under

severe pressure to curb demand and compress imports in order to promote adjustment,” the Treasury Department said. “The net result has been a deflationary bias for the euro area, as well as for the world economy.”

**While lower prices might seem like a good thing for consumers, in fact deflation is pernicious.** It is, first of all, a sign that consumers have little buying power and companies have no scope to raise prices.

When prices fall, people and businesses delay purchases, because they expect things to become even cheaper. Corporate profits decline, and companies are forced to pay their workers less. A spiral begins that is difficult to arrest, as Japanese policy makers can attest. One reason that the European Central Bank maintains an inflation target of 2 percent is to provide itself with a cushion against falling prices.

Deflation could be particularly destructive in Europe, where governments, banks and private households are still struggling with excess debt. When companies and individuals earn less, they have trouble repaying their debts, which remain the same.

**The euro zone has seen weak inflation before. The inflation rate was even negative for six months in mid-2009,** during the sharp recession that followed the beginning of the financial crisis. But that was before the sovereign debt crisis had become obvious. **And the European Central Bank had more room to cut the benchmark interest rate, which was at 2 percent at the beginning of 2009, compared with 0.5 percent now.**

**With the benchmark interest rate already at 0.5 percent, a record low, there are questions of whether another cut would have much effect on inflation.** One benefit, however, could be a fall in the euro. Lower interest rates mean that investors earn less of a return on euros they hold, giving them an incentive to buy other currencies instead.

**But some economists argue that the European Central Bank must go much further and buy large quantities of government bonds, as the United States’ Federal Reserve and the Bank of England have done to stimulate their economies when interest rates were already effectively at zero.**

**So-called quantitative easing would be highly divisive. Jens Weidmann, president of the German Bundesbank, has argued many times that the European Central Bank’s charter does not allow it to buy government bonds.** And he is not likely to be alarmed about current inflation.

In response to a query, the Bundesbank said in a statement on Monday that its economists “see in their prognoses no deflation scenario for the euro zone.” It would probably take many months of negative inflation to convince skeptics.

**Mr. Tilford of the Center for European Reform said that at some point the European Central Bank would have no choice but to buy bonds in a big way, despite what the rules say. “They will be forced into it eventually,” he said.**

Even if deflation is not an immediate threat, the current low inflation rate is a clear sign that the euro zone recovery remains weak.

“The economy is not really getting going in the euro zone,” Friedrich Eichiner, chief financial officer of the automaker BMW, said during a conference call with journalists on Tuesday.

Mr. Eichiner said that he was not expecting deflation, which he called “an extremely pessimistic scenario.” But he added, “It’s necessary to make the right political decisions and create the conditions that allow companies to promote growth.”

## Wutausbruch gegen Paris

89,80

06.11.2013 · In der Bretagne baut sich derzeit eine breite Protestwelle auf. Es geht um Lastwagen-Steuerpläne, die Angst um Arbeitsplätze in den Schlachthöfen und auch um Groll gegen die Deutschen.

Von CHRISTIAN SCHUBERT, MORLAIX

[Artikel](#) [Bilder](#) (4) [Lesermeinungen](#) (55)



© CHRISTIAN SCHUBERT  Brennende Barrikaden gegen die Lastwagen-Ökosteuer

In der Bretagne wirkt der französische Staat in diesen Tagen so, als müsse er sich verschanzen. Hinter einem wuchtigen Stahltor vor der Unterpräfektur der bretonischen Kleinstadt Morlaix antwortet zuerst eine Mikrofonstimme, dann öffnet sich ein kleines Fenster und schließlich ein schmaler Türspalt, durch den ein Herr einen Zettel reicht. Journalisten sollen sich bitte an die nächstgelegene Präfektur wenden. Um die Ecke ist ein Eingang freilich noch offen, und das erklärt die Vorsicht.

Am Vortag hat ein Bagger einfach das Portal niedergewalzt. Mehr als 150 Beschäftigte des Fleischgerichteherstellers Tilly-Sabco besetzten dann stundenlang die Behörde, die an diesem Westzipfel Frankreichs eigentlich den starken Arm des Zentralstaates demonstrieren soll. Ein Misthaufen, angereichert durch alte Fernseher und Paletten, blockiert jetzt immer noch den Innenhof. Leere Bierflaschen zeigen, wie sich die Arbeiter die Zeit vertrieben. Spät am Abend blies der Unternehmenschef zum Rückzug. Der Landwirtschaftsminister Stéphane Le Foll versprach ihm, sich in Brüssel für den Fortbestand der kürzlich gestoppten EU-Exportsubventionen starkzumachen.



© REUTERS

Seit Beginn der Protestwelle sind bereits vier Mautbrücken zerstört worden: Jetzt wacht verstärkt die Polizei

In der Bretagne baut sich derzeit eine breite Protestwelle auf, die sich aus ganz unterschiedlichen Quellen speist. Die größte Furcht der Regierung ist, dass daraus ein Tsunami im ganzen Land entsteht. 45 Autominuten südlich von Morlaix gerät der Verkehr auf einer Landstraße plötzlich ins Stocken. Die Arbeiter der Räucherlachs-Fabrik Marine Harvest Kritsen bei Poullaouen haben eine Reifenbarrikade angezündet und stecken Flugblätter durch die Fahrertüren. Nur wer solidarisch hupt, darf weiterfahren. Die



norwegische Unternehmensgruppe Marine Harvest will trotz dreistelliger Millionengewinne das Werk mit seinen 400 Mitarbeitern schließen und stattdessen einen günstigeren Standort in Polen aufmachen. „Ich hab’ vier Kinder, mein Mann ist krankgeschrieben. Ohne Job weiß ich nicht, wie es weitergehen soll“, sagt Marie-Hélène Stone. Neben ihr weht die weiß-schwarz gestreifte Fahne der Bretagne. Die 53-Jährige trägt eine der roten Mützen, die zum Symbol des bretonischen Protestes geworden sind.

Auch gegen die geplante „Öko-Steuer“ für Lastwagen hat sie demonstriert, die seit Tagen die Bretagne in Wallung hält. Fast täglich zünden aufgebrachte Bretonen die bereits installierten Kameraanlagen zur Lkw-Erfassung an den Autobahnen an; jeweils zwischen einer halben und einer Million Euro sollen sie kosten. „Man weiß ja überhaupt nicht, wohin die Steuereinnahmen der Ecotaxe gehen sollen. Einen großen Teil bekommt auf jeden Fall eine italienische Firma für das Eintreiben der Steuer – ein Skandal“, erzürnt sich Stone. „Aber hören Sie auf mit der Politik. Früher war ich mal links, jetzt wähle ich Front National.“



© AFP

Arbeitnehmer des Fleischgerichteherstellers Tilly-Sabco blockieren die Autobahn zwischen Morlaix and Saint-Brieuc.

Die Bretonen sind bekannt für ihre Wutausbrüche. Seit Jahrzehnten erreichen erboste Landwirte, Gewerkschaften und spontane Protestgruppen mit ihren Protesten immer wieder Zugeständnisse. „Diesmal aber ist es besonders alarmierend. Die Lage ist total angespannt“, meint ein Speditionsunternehmer, der in einer Bar des 3000-Seelen-Dorfs Lampaul-Guimiliau einen Kaffee schlürft. Am Ortsrand hat kürzlich der Schlachthof der Firma Gad seine Schließung bekanntgegeben. Vor dem Fabriktor zeugt ein Holzkreuz von dem Konflikt. „1956 – 2013. Hier wurden 889 Beschäftigte geopfert“, steht darauf. Gad fiel nach Angaben der Firmenleitung nicht zuletzt der deutschen Billigkonkurrenz zum Opfer: Weil deutsche Schlachthöfe osteuropäische Arbeiter zu Stundenlöhnen von 4 Euro einstellen, könnten die Franzosen wegen ihres staatlichen Mindestlohnes von 9,43 Euro nicht mithalten.

### **Antideutsche Stimmung**

Dies ist eine weitere Wurzel des bretonischen Unmutes: „Hier macht sich nicht nur eine antieuropäische, sondern auch eine antideutsche Stimmung breit“, sagt der sozialistische Abgeordnete der Nationalversammlung, Richard Ferrand, der in der Gegend seinen Wahlkreis hat. „Deutschland muss das wissen.“ Andere Einheimische bestätigen einen wachsenden Groll gegen die Deutschen. Der Franzose Olivier Kerdilès und seine deutsche Frau Anja führen in Lampaul-Guimiliau ein paar hundert Meter von Gad entfernt seit achtzehn Jahren das Restaurant „L’Escapade“. „Selbst im Freundeskreis wurde geschimpft“, berichtet Olivier Kerdilès, der hier geboren wurde. „Deutschland wird das Lohndumping hier übelgenommen“, sagt auch der Bäcker nebenan.

Allein dem Lohndruck aus Deutschland die Schuld an dem Niedergang zu geben wäre freilich einseitig. Spätestens seit 2008 seien die Überkapazitäten unter den bretonischen Schlachthöfen bekannt, berichtet der für die Nahrungsmittelbranche zuständige Generalsekretär der Gewerkschaft CFDT, Jean-Luc Feillant. „Doch die Verantwortlichen setzten sich nie an einen Tisch, um etwa einen großen Anbieter zu schaffen.“ Die heutigen Krisenunternehmen hätten zu wenig in die Modernisierung ihrer Anlagen investiert, meint der Abgeordnete Ferrand.



© AFP

Protest gegen die Kürzung von EU-Exportsubventionen für die Fleischindustrie

Investitionen und Kooperationen waren lange Zeit die Stärke der Bretagne. Die Region war einst ein Armenhaus Frankreichs, doch ist sie es nicht mehr. Die Arbeitslosenquote ist mit 9,4 Prozent niedriger als der nationale Durchschnitt von 10,5 Prozent, und der Anteil

der Industrie ist recht hoch, beflügelt von einer regen Gründungstätigkeit. „Es gibt 1000 Betriebe in der Lebensmittelverarbeitung, doch zurzeit spricht man immer nur von den vier Krisenunternehmen“, klagt der Präsident der bretonischen Industrie- und Handelskammer, Alain Daher. Für positive Impulse sorgen zudem industrielle Erfolgsgeschichten wie der Batteriehersteller Blue Solutions, das Textilunternehmen Armor Luxe, der bretonische Cola-Produzent Breizh Cola oder die Windkraftindustrie sowie das Bahnwesen dank der Verlängerung der Hochgeschwindigkeitsstrecke bis Rennes.

Der Wandel weg von der reinen Landwirtschaft setzte bereits in den späten sechziger Jahren ein, als der Staat eine Modernisierungsoffensive startete. Alcatel entwickelte die Telefonie in der Bretagne weiter, darunter den Internetvorläufer Minitel. Verteidigungskonzerne wie Thomson CSF forschten an der Radar- und Weltraumtechnologie. Schon im Jahr 1962 fand die erste Satelliten-Bildübertragung in die Vereinigten Staaten statt – von der Bretagne aus.

Gleichzeitig entstanden im großen Agrarsektor mächtige Kooperativen, die nicht nur den Maschinenpark teilten, sondern selbst Nahrungsmittel verarbeiteten und sogar eine erfolgreiche Fährgesellschaft, Brittany Ferries, hervorbrachten. Fleisch und Gemüse sind heute die Top-Exportgüter der Region bis nach China, Russland und dem Nahen Osten.

Doch angesichts der Globalisierung stellen sich neue Herausforderungen. Hat die bretonische Nahrungsmittelbranche zu stark oder zu wenig auf industrielle Massenproduktion gesetzt? Manche glauben, das Heil fände sich in Biolebensmitteln und anderen hochpreisigen Spezial-Angeboten. Andere fordern noch mehr industrielle Effizienz, um mit der deutschen, dänischen und niederländischen Konkurrenz mithalten zu können. „Wir müssen stärker von Größenvorteilen profitieren“, sagt Kammerpräsident Daher, „die Folgewirkungen sind kontrollierbar.“ Umweltschützer warnen indes: „Schon heute kann man das Wasser wegen des hohen Nitratgehalts nicht überall in der Bretagne aus dem Wasserhahn trinken“, wie Jean-Luc Richard, Ökonom an der Universität Rennes, berichtet.

Die Bretagne ist eine geographisch ebenso ausgedehnte wie vielfältige Region. Von Osten kommend, dominiert für den Besucher zunächst die Regionalhauptstadt Rennes, die neben Prunkbauten des 19. Jahrhunderts und hübschen Fachwerkhäusern auch eine moderne Dienstleistungswirtschaft mit Universitäten und sogar eine U-Bahn bietet. Hinter Rennes folgt dann die ländliche Bretagne mit ihren saftig-grünen Feldern und grauen Granitsteinhäusern. Noch ein großes Stück weiter zieht es viele Touristen an die rauen Felsküsten. Der wirtschaftliche Erfolg ist entsprechend schwankend. Zum Ende der Schulferien waren die Restaurants in der Hafenstadt Saint-Malo brechend voll und die Hotels gut belegt.

Dennoch muss sich die Bretagne neu erfinden, wie kürzlich die Lokalzeitung „Ouest France“ mahnte. Der Autohersteller Peugeot-Citroën und der Telekomausrüster Alcatel-Lucent schließen ihre Werke bei Rennes; die Arbeitslosigkeit steigt. Dem nationalen Trend des Industrieabbaus kann sich die Bretagne nicht entziehen. Die EU-Hilfsgelder – 632 Millionen Euro zwischen 2007 und 2013 – werden von jetzt an sinken. „Wie anderswo in Frankreich auch, brauchen wir weniger Reglementierung und Abgabenbelastung. Vor allem aber muss die Bretagne gut an Europa angeschlossen bleiben“, fordert Kammerpräsident Daher. Abgeschnitten vom Rest des Festlandes – das war schon immer die tiefe Sorge der Bretonen. Das Departement Finistère bezog seinen Namen schließlich vom vermeintlichen „Ende der Erde“. Die Erschwinglichkeit des Transports durch Steuerfreiheit ist daher mehr als ein politisches Alltagsthema; viele Bretonen empfinden sie schlicht als eine Überlebensfrage.

[Zur Homepage FAZ.NET](#)

## Les marchés pressent la BCE d'agir contre l'euro fort et le risque de déflation

89,83

LE MONDE | 06.11.2013 à 11h23 • Mis à jour le 07.11.2013 à 06h45 | Par Marie Charrel



Va-t-il décevoir les marchés ? Ces derniers jours, les investisseurs – mais aussi les dirigeants européens – ont multiplié les pressions en direction de Mario Draghi, le président de la Banque centrale européenne.

Objectif : le convaincre, alors que l'institution tient sa réunion mensuelle jeudi 7 novembre, à Francfort, de prendre des mesures pour contrer les menaces planant sur la reprise européenne. Et notamment en baissant son taux directeur, aujourd'hui à 0,5 %. « *Rarement un geste de la BCE n'aura été aussi souhaité et attendu* », commente René Defossez, stratège obligataire chez Natixis.

Il faut dire que, depuis quelques semaines, les indicateurs et chiffres inquiétants sur l'économie du Vieux Continent se multiplient. Mardi 5 novembre, la Commission de Bruxelles a ainsi revu à la baisse ses prévisions pour 2014, misant désormais sur une croissance de 1,1 % seulement dans la zone euro, contre 1,4 % précédemment. « *Tous les moteurs de l'activité sont au point mort* », résume Frederik Ducrozet, au Crédit agricole CIB.

Et cela alors que la hausse de la monnaie unique, observée face aux autres grandes devises depuis l'été 2012, commence à pénaliser les exportations espagnoles, italiennes et françaises. L'euro a ainsi culminé à 1,38 dollar, mardi 29 octobre, au plus haut depuis novembre 2011. Au-delà de 1,40 dollar, estiment les experts, la reprise pourrait être compromise.

Plus inquiétant encore : en octobre, l'inflation moyenne dans les dix-sept pays membres est tombée à 0,7 %, contre 1,1 % un mois plus tôt. Au point que les économistes redoutent désormais que la zone euro ne plonge dans une spirale déflationniste.

« *Ce serait très grave, car non seulement la baisse des prix anesthésie l'activité, mais en plus, elle renchérit les coûts auxquels les Etats se financent* », redoute Steve Ohana, professeur de finance à l'ESCP Europe.

### LA CRÉDIBILITÉ DE LA BCE EN JEU

Or, la principale mission de la BCE est justement de maintenir le taux d'inflation autour de 2 %. « *Plus on s'en éloigne, plus sa crédibilité est en jeu* », souligne Bruno Cavalier, chez Oddo Securities. En d'autres termes : tout pousse aujourd'hui Mario Draghi à agir. Reste à savoir quel levier il choisira d'activer, et surtout quand.

Le premier d'entre eux est celui du taux directeur, qu'il pourrait, comme le suggèrent nombre d'économistes, baisser de 0,5 % à 0,25 %. L'ennui, c'est qu'une telle mesure aurait une influence limitée sur le niveau de l'euro. Et, surtout, elle ne ferait pas l'unanimité parmi les membres.

Si la Grèce, l'Espagne et le Portugal souffrent de désinflation, ce n'est en effet pas un problème en Allemagne, où les prix des logements ont tendance à s'emballer. « *La BCE optera donc probablement pour le statu quo, sans fermer la porte à une baisse des taux à plus ou moins court terme* », commente René Defossez.

D'autres analystes parient que l'institution pourrait aussi accorder un prêt massif aux banques, par un nouveau LTRO (*long term refinancing operation*). En décembre 2011 et février 2012, elle leur a ainsi accordé 1 000 milliards d'euros, en espérant qu'elles les prêtent à leur tour à l'économie.

Problème : la BCE ne maîtrise pas ce que les établissements bancaires font de ces largesses. Comme la demande de crédit du secteur privé reste anémique, ils pourraient plutôt en profiter pour gonfler leurs achats de dette publique, comme ils l'ont fait après les deux premiers LTRO.

« *Cela augmenterait encore le lien entre risque bancaire et souverain, prévient René Defossez. Or, c'est précisément ce que la BCE cherche à éviter.* » Là encore, elle risque donc fort d'opter pour le statu quo. Au moins le temps de demettre au point un LTRO revisité, qui profiterait en priorité aux banques prêtant aux PME.

Autre option dans les cartons : l'achat direct de dettes publiques des pays en difficulté. « *Cela ferait remonter les anticipations d'inflation tout en soulageant les finances des Etats* », commente Frederik Ducrozet.

## **GAGNER UN PEU DE TEMPS**

Avant de préciser que les chances que la BCE prenne une telle mesure sont quasiment nulles. Outre-Rhin, l'influente Cour constitutionnelle de Karlsruhe n'a en effet toujours pas déclaré si elle considère ce programme conforme à la constitution allemande...

S'il est peu probable que Mario Draghi opte pour des actions concrètes à l'issue de la réunion, une chose est sûre : il devra clarifier la communication de l'institution (la *forward guidance*), afin de rassurer les investisseurs, et tenter d'influencer leurs anticipations.

Par exemple, en sous-entendant qu'il pourrait passer le taux de dépôt, qui rémunère l'argent que les banques déposent dans les coffres de la BCE, en territoire négatif – cela les inciterait à le prêter plutôt aux ménages. Ou surtout, en mentionnant clairement qu'il s'inquiète du niveau des prix et de l'euro.

Dans le langage des banquiers centraux, cela signifierait qu'il ouvre la porte à une baisse des taux dès décembre. « *S'il s'y prend bien, cela lui permettra de gagner un peu de temps* », explique Frederik Ducrozet. Un pari risqué, jugent néanmoins certains analystes. Car les marchés ont clairement signifié qu'ils attendent désormais plus que des mots.

## Spain's Banks Boost Books by Refinancing Loans to Homeowners 89,85

Bank Earnings Reveal Part of Answer to Question Puzzling Analysts

By ILAN BRAT and

CHRISTOPHER BJORK

Nov. 6, 2013 12:12 p.m. ET

MADRID—It has puzzled Spanish bank analysts for years: Why did the country's mortgage delinquency rate rise so slowly even as unemployment soared above 26%?

A big part of the answer—revealed by [a spate of bank earnings reports in recent days](#)—is that Spanish lenders had been making their loan books look healthier than they really were by refinancing big numbers of loans to struggling homeowners and businesses.

The lower interest rates and easier terms of refinancing helped hundreds of thousands of Spaniards like Juan Carlos Díaz, who stopped making mortgage payments more than a year ago, remain in their homes and keep their businesses afloat longer than otherwise would have been possible. It has also helped banks bury a growing risk in their credit portfolios and avoid recognizing losses on debts they are unlikely to recover.



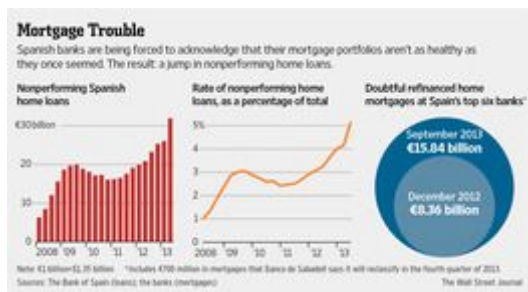
Banco Santander, Spain's biggest bank by assets, reclassified €2 billion worth of mortgages as nonperforming due to the rule change. *Reuters*

Now, [more stringent disclosure guidelines from Spanish banking authorities](#) are bringing these risks into the open. Partly as a result, mortgage delinquency is rising fast—a trend that could damp [recent investor enthusiasm for a bailed-out banking industry](#) rebounding from a property-market crash.

Spanish banking stocks have declined 5% since the first third-quarter results came out in late October.

The Bank of Spain, the country's central bank, began forcing banks in April to re-evaluate and disclose their refinanced loan books out of concern that some lenders had been taking advantage of relatively loose guidelines to mask the deteriorating creditworthiness of their clients. As Spain's economic slump deepened, the Bank of Spain said at the time, "Difficulties considered to be temporary in many cases have become structural."

The bank reviews should apply stricter guidelines for classifying the health of refinanced loans, the regulator said. For instance, if a borrower spends more than half his monthly income on interest payments or is benefiting from a lengthy grace period, his loan can no longer be classified as normal, it said.



The results have been striking. Since December 2012, the amount of refinanced home mortgages gone sour has doubled at Spain's six largest banks even as their refinanced loan books grew a little, according to the banks' financial statements. The Bank of Spain has said banks had refinanced roughly one of every 12 outstanding home mortgages, or €50.8 billion (\$68.5 billion). All doubtful loans, including those to businesses and government entities, now account for 46% of the six banks' refinanced total, compared with 36% in December.

[Banco Santander SA](#), [SAN.MC -0.62%](#) Spain's biggest bank by assets, reclassified €2 billion worth of mortgages as nonperforming due to the rule change. In 2011, the bank offered a three-year grace period to customers who had seen their income drop more than 25% and were having trouble servicing their loans. By June, the bank says, just over 22,000 customers had signed on to the moratorium. Many of these loans have now been reclassified as nonperforming. A Santander executive in July said that 93% of the loans that were reclassified actually continue to pay monthly mortgage payments.



John Jairo Nanez Betancur, 34, who came from Colombia, looks on from his balcony before learning that his eviction had been suspended, in Madrid on Oct. 21. *Reuters*

[Banco Bilbao Vizcaya Argentaria](#) [SABBVA.MC -0.55%](#) has shifted €3 billion into its pool of nonperforming refinanced mortgages since the beginning of the year. A chunk of that came from a savings bank BBVA took over last year. A spokesman said many of the mortgages labeled as nonperforming are still being serviced.

The banks' new rigor is part of a push by the central bank to prepare Spain's financial sector for Europe-wide bank health checks next year. But the deterioration of refinanced loans may also serve as a warning sign for investors who have recently turned more bullish on Spain's banking sector.

Spanish banks are devoting billions of euros in provisions to cover newly recognized refinanced loans gone bad. The hit, though large, is manageable for Spain's banks. But it will drag on bank profits this year and likely next year, said Santiago López, a bank analyst with Exane [BNP Paribas](#). [BNP.FR -0.06%](#)

It also raises questions about whether banks have continued to sweep under the rug loan losses lurking on their balance sheets, a concern that has dogged the sector since the start of Spain's economic crisis. For years following the real estate crash in 2008, analysts say, lenders applied an "extend-and-pretend" approach by refinancing ailing real-estate developers. Ultimately, banks were forced to recognize those losses, spurring last year's €41 billion European Union bailout of Spain's banking system.

Refinancing struggling homeowners "only pushes the problem forward without finding long-lasting solutions because in the end, the debts only grow while the borrower's capacity to repay doesn't improve," said Carlos Baños, chairman of AFES, an association that advises mortgage holders who have trouble paying their debts. "These days it's hard to see things getting better unless you win the lottery."

For Mr. Díaz, a 49-year-old account manager at a company that makes chemical pumps, the extend-and-pretend approach worked for a while. In 2007, he took out a €600,000 mortgage on a suburban Madrid home. At the time, his wife's fast-food restaurant in southeastern Madrid was going gangbusters, selling roasted chicken whole and in sandwiches to construction workers during a big housing bubble.

In 2008, the bubble burst, leaving her business with few customers.

Her take-home pay dwindled, and paying the mortgage started eating up most of the household's monthly income.

In 2010, Mr. Díaz asked his bank, [Caixabank](#) SA, [CABK.MC -0.66%](#) for help. The bank agreed to refinance the mortgage, allowing him to lower his monthly payments by paying only interest during four years. The lender also furnished him with a second mortgage, for €32,000, to pay off credit card and other bills.

By 2012, the family's finances were stretched so thin that Mr. Díaz began drawing from savings to keep his wife, two children and himself in their home.

In July last year, he stopped paying the mortgages, rebuffing his bank's offer for an additional grace period that would further lower his monthly payments.

Caixabank has begun the process of foreclosing on his home. In June this year, the Barcelona lender reclassified €2.29 billion worth of mortgages into the nonperforming category as well as €2.86 billion in business loans. A Caixabank spokesman said the company in 2009 began offering grace periods, debt restructuring and other options for customers with temporary economic problems. The bank can't comment on Mr. Díaz's situation, because as a rule it doesn't disclose information about its customers, the spokesman said.

Mr. Díaz said he has few good options. "I realized paying the mortgage was like having bread for today and going hungry tomorrow." He said: "Whatever happens now, let it come."

## ECB Comes Under Pressure Over Low Inflation

89,88

Economic, Political Obstacles to Steer Euro Zone Away From Stagnation Abound

By BRIAN BLACKSTONE

Nov. 5, 2013 4:12 p.m. ET

FRANKFURT—The European Central Bank is coming under pressure from financial markets and governments to take steps to steer the euro zone away from excessively low inflation and prolonged stagnation—though it confronts economic and political obstacles to doing more than it has done already.

### *Heard on the Street*

ECB officials meet Thursday, just days after a report that consumer prices in the euro zone rose only 0.7% over the past 12 months, well below the ECB's target of a little bit less than 2%. Italy's finance minister on Tuesday called on the European Central Bank to acknowledge the slow growth in consumer prices and said a stronger euro should be reined in. Last month, France's industry minister said the central bank must act against the strong euro.

Inflation "is way too low and the economic situation underscores that," said Kenneth Rogoff, economics professor at Harvard University.

"There's certainly a risk of a lost decade" in Europe, he said. The ECB "should move decisively to bring [inflation] up."



Mr. Draghi in Frankfurt on Tuesday *Reuters*

Yet the central bank faces a dilemma. It lacks powerful tools to deal with stagnation and deflation, given its conservative rules and Germany's resistance to out-of-the-box thinking on monetary policy like the large-scale asset purchases the U.S. Federal Reserve and the Bank of England have tried.

Among the potential measures it does have at hand would be making another small cut in its main lending rate from the current record low of 0.5%, or giving more cheap loans to banks. But the economic impact of those moves is seen as limited.

Last week's low inflation report, paired with the region's high unemployment, have raised market expectations that the ECB could lower interest rates as soon as this week or in December. Thursday's outcome appears to be a close call. Officials have discussed rate cuts in recent meetings, and the inflation drop strengthens the hands of easy-money advocates on the 23-member rate-setting board.



But many economists expect the central bank to stand pat on interest rates for now to save its limited ammunition. The bank may prefer to wait until December, when the ECB staff unveils inflation forecasts for 2015, to better justify a cut. Also, pressure from France and Italy could backfire with the central bank, which zealously guards its independence.

The risk of inflation falling dangerously low—which weighs on spending and makes debts harder to finance—was underscored by a pair of reports Tuesday.

Wholesale prices in September fell at their fastest annual pace, 0.9%, in more than 3½ years, the European Union's statistics agency said. Separately, the European Commission projected that euro-zone inflation will average just 1.5% next year and 1.4% in 2015, far below the ECB's target.

The reports suggest that ECB President Mario Draghi, after earning world-wide praise for handling the euro-zone debt crisis, is suddenly at risk of failing at his day job: delivering inflation of just under 2%.

Mr. Draghi's forceful declaration in July 2012 that the ECB would do "whatever it takes" within its mandate to save the euro—adding, "Believe me, it will be enough"—is cited by many observers as a turning point in the bloc's debt crisis.

His remarks, backed weeks later by an open-ended bond-purchase plan that has yet to be used, reassured investors that the ECB wouldn't let Spanish and Italian bond markets collapse.

Mr. Draghi could on Thursday once again turn to verbal intervention, economists say, counting on the central bank's high credibility to back up his statements with markets. One strategy would be to talk in more detail about the risks posed by low inflation, flagging the euro's high level as one of those. That could take some more froth off the euro, boosting exports and raising inflation a little.

"If Mario Draghi says we aim to have 2% inflation and we have the tools and 'believe me it will be enough,' you don't think inflation expectations would go higher? Of course they would," Mr. Rogoff said.

But others warn any effect from Mr. Draghi's words could be fleeting.

"Verbal intervention only works for a while. Eventually you have to follow up with action," said Holger Schmieding, economist at Berenberg Bank.

The most traditional step—but one that would leave the central bank's usual standard arsenal depleted—would be a reduction in the ECB's main lending rate, though that could meet with resistance in Germany. But even backers of a cut say it would have little effect on growth and inflation, given that rates are already so low.

Once the key rate is cut, things get trickier. The ECB's charter forbids it from financing governments, making it hard to justify large-scale purchases of government bonds.

One option it has floated is to reduce the rate it pays on deposits that commercial banks park with the central bank from zero to a negative rate in the hopes of spurring lending and juicing growth. But that has dangerous side effects on bank profits and could backfire if investors start shunning euro assets.

Another would be to make additional long-term loans available to banks, as it did in 2011 and 2012. But banks have been repaying those loans—which totaled over €1 trillion, or around \$1.35 trillion—at a rapid clip, suggesting they don't need the extra funds, or that they lack good opportunities to lend them out.

## European Central Bank seen holding rates despite inflation tumble

89,90

FRANKFURT | Thu Nov 7, 2013 3:26am EST

(Reuters) - The European Central Bank faces intense pressure to cut interest rates on Thursday but is unlikely to buckle, waiting instead to see whether a dive in inflation is sustained.

The 23-man Governing Council faces the most intense market scrutiny since it cut rates to a record low of 0.5 percent in May, when some policymakers pushed hard for a bigger cut.

Some Council members wanted to cut rates again last month. Their case was bolstered a week ago by data showing a surprise slump in [euro zone](#) inflation to 0.7 percent in October, well below the ECB's target of just under 2 percent.

But the ECB is seen as unlikely to be jolted into a cut by one surprise inflation figure.

"It would probably be good for the ECB to see one more inflation number to assess whether the very low level is sustained," said Nordea's Anders Svendsen, one of a batch of economists to forecast a December cut after the inflation dive.

All but one of the 23 money-market traders polled by Reuters this week expected the ECB to remain on hold at Thursday's meeting, pending a clearer view about where euro zone inflation is heading.

Prior to the meeting, three strains of thinking appeared to be running through the Council, people familiar with the internal debate said.

One group was content to keep open the option of another round of long-term loans to banks, another favored an interest rate cut, while a third was prepared to sit this one out.

"They are in a situation where they cannot do that much more on rates," said Svendsen. "If they decide to add more liquidity to the market, that could be a good substitute for a rate cut."

Political pressure in the run up to Thursday's meeting, which was underway, is unlikely to sway the policy decision.

The ECB has faced calls from Italy's [finance](#) minister and France's industry minister to ease policy in response to strength in the euro, but the central bank cherishes its independence and will simply blot out the political noise.

### DECEMBER OPTION

New ECB staff forecasts on growth and inflation due at the December meeting will give the Council members more information on which to act, should they wish to.

The ECB has to think carefully about if and when it wants to play the rate-cut card. After that only non-conventional tools will be left and those are significantly more difficult to agree on among the 23 Council members.

Adding to the ECB's dilemma over how to support a fragile recovery is a fall in excess liquidity - cash beyond what lenders need to cover day-to-day operations - as banks repay 3-year ECB loans early before a health check next year.

These early repayments are expected to push interbank lending rates higher over time and the ECB is considering pumping more liquidity into the system to offset this development.

In a Reuters poll last week, 44 out of 59 analysts surveyed said the ECB would inject more liquidity, probably early next year. It could do so, for example, by launching another long-term refinancing operation (LTRO).

A cut of the main refinancing rate to 0.25 percent could potentially also slow the pace of LTRO repayments, as lower interest costs make it more attractive for banks to hold on to the loans for longer and invest them in higher-yielding assets.

ECB chief Mario Draghi will use his post-rate meeting news conference to try to dispel concerns that October's inflation drop raises the specter of deflation in the euro zone. The head of Italy's business lobby Confindustria said on Wednesday the country is in a worrying "situation of deflation".

The ECB has already said it expects to keep its key rates "at present or lower levels for an extended period of time."

"If they've got a genuine easing bias, if they don't cut now or hint a cut is nailed on next month it's going to be very hard to convince people they are ever going to," said Richard Barwell at RBS, one of a minority of economists expecting a rate cut on Thursday.

(Writing by Paul Carrel; Editing by Jeremy Gaunt)

## Draghi Weighs Whether Rate Cuts Too Valuable as ECB Meets

89,92

By Jeff Black & Jana Randow - Nov 7, 2013 8:21 AM GMT+0100

[Mario Draghi](#) must decide whether it's time to use up one of his remaining interest-rate cuts.

Inflation in the euro area has slowed to less than half the European Central Bank's target and unemployment is the highest since the currency bloc was founded in 1999. While that boosts the case for action to shore up the region's recovery, the ECB President has only two quarter-point reductions left before reaching zero. That's a constriction that may give him pause, reflected in the fact that just three of 70 economists surveyed by Bloomberg News expect a cut in the benchmark rate today.

As the ECB runs out of conventional tools, it risks being pushed toward uncharted territory such as quantitative easing, which may exceed its mandate, or a negative deposit rate that might have unintended consequences. Photographer: Ralph Orłowski/Bloomberg

European Central Bank President Mario Draghi has consistently said that he has multiple policy tools at his disposal, including providing more liquidity to euro-area financial markets. Photographer: Chris Ratcliffe/Bloomberg

As the ECB runs out of conventional tools, it risks being pushed toward uncharted territory such as quantitative easing, which may exceed its mandate, or a negative deposit rate that might have unintended consequences. Policy makers meeting in Frankfurt may prefer to postpone the choice by waiting out what could prove to be a temporary lull in the price level.

“By not reaching the zero lower bound, Draghi can avoid the really difficult question of what do they do next,” said [Marchel Alexandrovich](#), a senior European economist at Jefferies International Ltd. in London who predicts the ECB will stay on hold for now. The ECB “can comfortably sit on its hands and choose to act only if the recovery stalls,” he said.

### ‘Hard to Resist’

The central bank will announce its interest-rate decision at 1:45 p.m. in Frankfurt and Draghi will hold a press conference 45 minutes later. The Bank of England will probably keep its benchmark rate at a record-low 0.5 percent in London today, while the bond-purchase plan will stay at 375 billion pounds (\$603 billion), according to Bloomberg surveys.

Inflation in the 17-nation euro area fell to 0.7 percent in October, the slowest in almost four years. The ECB aims to keep price gains close to and under 2 percent over the medium term. When inflation slumped to 1.2 percent in April, Draghi [cut rates](#) a month later to a record low of 0.5 percent.

“There comes a point where inflation is so weak, and coming in weaker than anticipated, that the case for loosening policy becomes too hard to resist,” said [Richard Barwell](#), senior European economist at Royal Bank of Scotland Group Plc in London and one of the three forecasters to predict a cut today. “We believe that the Governing Council will have reached their pain threshold on low inflation in the November policy meeting.”

## December Forecasts

After exiting its longest-ever recession in the second quarter, the euro-region's economy is showing signs of fragility. Unemployment is at a record 12.2 percent and the currency has climbed almost 5 percent against its major peers this year, curbing the competitiveness of exporters and depressing prices.

Some of the economists who predicted rates will stay on hold today said the ECB will wait for more data including its staff forecasts for growth and inflation, which are scheduled for publication in December. Under Draghi's predecessor, [Jean-Claude Trichet](#), those traditionally provided the justification for a shift in interest rates.

We "expect President Draghi to note the temporary nature of the downside surprise in the October inflation," said [Laurent Fransolet](#), head of European rates strategy at Barclays Plc in London. "The ECB would prefer to wait for November inflation data to get a clearer picture on price developments and to elaborate on its new inflation outlook."

## EU Call

Draghi has on occasion declined to wait for the new outlook. In November 2011 he cut rates at his first meeting as head of the central bank. In July, he promised to ensure rates remain at the present level or lower for an extended period.

The current euro-area inflation rate "is clearly not in line with the monetary-policy target of the European Central Bank," the European Union's Economic and Monetary Affairs Commissioner [Olli Rehn](#) said on Nov. 5. "I trust that the ECB, in line with the forward guidance provided by President Mario Draghi, will take this into account in its monetary-policy decisions."

Draghi may not heed him. The ECB has forecast for nearly a year that it expects inflation in 2014 to be less than 1.4 percent, well below its target, without signaling that this in itself is enough to trigger a rate cut.

"The latest inflation numbers are shockingly low but I don't think Draghi will act on it as of now," said [Kristian Toedtman](#), senior economist at Dekabank in Frankfurt. "The most important indicator for the ECB is inflation expectations rather than current data."

## Liquidity Options

Draghi has consistently said that he has multiple policy tools at his disposal, including providing more [liquidity](#) to euro-area financial markets. A technical committee tasked with considering liquidity options met for two weeks last month.

New measures could include longer-term refinancing operations with fixed or floating rates, different maturities or rules on how banks must use the cash. Other possible measures include changes to reserve or collateral requirements, the suspension of liquidity-absorbing operations, or the extension of full-allotment loans.

Governing Council members have played down the urgency of new liquidity measures as market interest rates have declined. The [overnight rate](#) banks expect to pay for loans by the October 2014 ECB meeting was at 0.18 percent today, down from 0.33 percent in June.

A Fed-style quantitative easing program has repeatedly been ruled out by ECB policy makers. The central bank is barred by European Union treaties from financing state debt, making large-scale purchases of government bonds open to a legal challenge.

## **‘Not Compelling’**

While Draghi has floated the prospect of a negative deposit rate, the rate for commercial lenders who park excess cash at the central bank, policy makers have said that its effects can’t be adequately predicted.

A negative deposit rate could hurt banks’ profitability by lowering money-market rates, potentially hampering credit supply to companies and households and reducing banks’ incentive to lend to other financial institutions.

The pressure on the ECB to act to counter a strengthening euro has eased. The single currency has dropped against the dollar since the Oct. 31 inflation report. The euro was at \$1.3515 today, down from a two-year high of \$1.3832 on Oct. 25. That leaves the duration of the slump in inflation as the key indicator for the next ECB policy move.

“The low-inflation theme has put pressure on the ECB to ‘do something’ about it,” said [Frederik Ducrozet](#), senior euro-area economist at Credit Agricole CIB in Paris. “The ECB is likely to wait for the updated staff forecasts before it makes a decision. The case for a rate cut is not compelling.”

October 22, 2013

## EU Establishment Turning Slowly Against Euro

89,95



Speculation that Greece may abandon the euro has been circulating ever since the country's troubles began in 2010, but now there's a new question: what if France leaves first? That's looking more likely with the publication of François Heisbourg's new book *The End of the European Dream*, which calls for Europe to abandon the currency in order to salvage the rest of the union. This is startling because Heisbourg is no Euroskeptic, but a member of France's foreign policy establishment and a true player at the European layer. *The Telegraph* [has more](#):

At some time in the future, he insists, Europe's leaders should relaunch the euro, but only after they have established the necessary federalist foundations, and only among a vanguard willing to accept the full implications of a federal currency.

The call to "put the euro to sleep" for Europe's own good is a new twist. We heard a little of this from Germany's AfD anti-euro party, but they had other baggage. The Heisbourg book is a head-on challenge to the Merkel Doctrine (largely rhetorical, contradicted by Germany's actions) that a collapse of EMU would stir up all the old demons of the 20th century.

Calls to abandon the euro from within the establishment are especially bad news for euro-boosters because there is already a large and growing call for leaving the euro from outside the establishment. The *FT's* Gideon Rachman [warns](#) that Europe may soon be faced with its own version of the Tea Party, as populist, anti-Euro parties gain ground in EU member states:

As the Tea Party has demonstrated in the US, [anti-establishment radicals](#) do not need to capture the position of president or prime minister to gum up the system. Even if traditional pro-EU centrists continue to lead most national governments in Europe, their room for manoeuvre at EU summits is greatly reduced if [populist parties](#) are making big gains back home. A Dutch prime minister who fears the anti-EU Freedom party – which is topping the opinion polls at present in the Netherlands – will find it much harder to agree to a new bailout for southern Europe. Similarly, a British leader who is losing ground to the UK Independence party will be driven to take more extreme positions in EU negotiations.

The Euro consensus shows serious signs of breaking down.

## Is the euro endangering the EU?

89,96

By Alberto Tundo 06.11.2013 - 16:44

The appeal of the European single currency is at an all-time low. Once unthinkable, the prospect of countries leaving the eurozone is suddenly a very real possibility. Just one country leaving could spell dire consequences for the region's economy: panicked markets, runs on banks and businesses failing across the continent.

Even in Italy, historically one of the biggest supporters of the economic and monetary union, voices calling to abandon the euro are rising. It's no surprise, given that Italy, the third largest eurozone economy, has suffered from economic stagnation. Italians are also becoming fed up with EU austerity policies, making it easier to raise an issue that was once taboo. Just a few days ago, a survey showed that three Italians out of four are dissatisfied with their currency and just 47 per cent think that in 20 years being a euro member will bring some gains. In Pescara, one association even organized a two-day workshop themed "How to leave the Euro", drawing five hundred paying participants.

Following and shaping people's mood

Two major Italian political parties -- the anti-establishment Five Stars Movement (5SM) headed by former comedian Beppe Grillo and the rightwing PDL (The People of Freedom) led by former premier Silvio Berlusconi -- are toying with that idea. The reason? Anti-euro messages resound well with the Italian electorate.

An anti-euro feeling emerges every once in a while in the galaxy of sites and blogs orbiting around the 5SM. On Monday, its parliamentary group organized a round table discussion centered on the topic "Europe and the euro: opportunity or slavery?".

The PDL's unofficial mouthpiece *Il Giornale* -- a newspaper owned by Berlusconi's brother, Paolo -- is building an anti-euro campaign with articles and comments distilled on a daily basis. Last Thursday, for example, the former editor-in-chief and now main columnist, Vittorio Feltri, told his readers that while the EU had failed in shaping anything approaching a common policy, it had succeeded on those relating to WC sewers and the quantity of water used. The title was: "EU teaches us how to use the toilet, it's time to dump it".

Most of all, the daily is sponsoring the creation of a political anti-euro axis between 5SM and PDL, sowing the field which the PDL could harvest during the next electoral campaign. An anti-euro campaign would become an easy way for the party to regain consensus.

Big storm in sight?

So far, the anti-euro campaign in Italy has not gathered any real steam. But what if Enrico Letta's government falls?

Should that happen, it is almost certain that Berlusconi, who close to having his immunity lifted and therefore vulnerable to conviction amid a slew of trials, would employ all his media forces to run his "sink or swim" campaign against his usual enemies - the prosecutors and communists. But he will add a new target: the common currency that he never loved.

But rather than being just a domestic electoral strategy, Italy battling over the euro's failure would send shock waves throughout the whole Europe. And support could come from elsewhere: look at the impressive rise of Marine Le Pen's National Front in France, for example. Or the Alternative for Deutschland, an anti-euro themed party in Germany that opposes the single currency because of the Southern deadweights and dreams of a return to the German mark. The party is slowly gaining popularity among Germans.



## A Greek tragedy

The troubles of the common currency are exacerbated by a paradox: joining the club is not easy at all but leaving is almost impossible. There's no exit clause for a country that joins the eurozone. So, the first country to head out the door would open a breach, a crack that could cause the whole dam to collapse. If this happens, the continent will find itself in the middle of a giant storm.

Two years ago, analysts from the Swiss UBS bank tried to analyze the consequence of a country leaving the eurozone. A small country like Greece would face the risk of sovereign default, collapse of the banking system and of international trade. The consequences on ordinary people's lives would be untenable: unemployment skyrocketing, banks' closing, people losing their homes because the mortgage – in euro – would become an unsustainable cost, especially because the new national currency would simultaneously be devalued. With millions of people teetering on the brink of poverty, the state would be forced to cut services, thus creating an explosive social cocktail extreme movements could easily exploit, further contributing to instability. The Greek crisis has already taught us this lesson

But, and this is quite surprising, the report shows that bigger countries (even Germany) would also suffer should they leave the eurozone, losing up to 25 percent of their GDP. This would cause the collapse of the entire monetary architecture.

The UBS report says that the disintegration of the euro would imply a return to the old currencies and also to protectionism, closure of borders, tensions, and ultimately, wars. This would reverse all of the gains of the European project that sprang from the ashes of the Second World War.

The next European elections are perceived as a test of the common currency and it comes at the very moment when the world economy starts to breathe again. And yet the European economy seems to keep choking, showing the limits of the euro and of the system it is part of. A failure that is now difficult to hide.

**Francois Heisbourg, the International Institute for Strategic Studies's chairman, was one of the last people to address this. In his book *La fin du rêve européen* (The end of the European dream), Heisbourg observed that "The dream has given way to nightmare. We must face the reality that the EU itself is now threatened by the euro. The current efforts to save it are endangering the Union yet further."**

## The Euro-a Road to Hell Paved with Good Intentions?

89,98

Posted on 05/11/2013 by Jonathan Story, Professor Emeritus, INSEAD

The Nobel prize winner, Amartya Sen, wrote about the EU's flagship policy of the single currency in the following terms: "If proof were needed of the maxim that the road to hell is paved with good intentions, the economic crisis in Europe provides it. The worthy but narrow intentions of the European Union's policy makers have been inadequate for a sound European economy, and have produced a world of misery, chaos and confusion". [1] In an identically titled article, Mary Kaldor and Sabine Selchow the Euro, far from bringing Europeans together, is driving them apart. They conclude that "If what is happening is a crisis of representative democracy, we will have to acknowledge that, even if the euro is saved, Europe will not be. And, vice versa, unless the political crisis is resolved, it may not be possible to save the euro." [2]

What follows is a presentation of a series of mainly Eurosceptic books from the UK, France and Germany, to use the Manichean dichotomy much in use in the media. "Pro-Europeans" are generally labelled "progressive", in that they look on the Euro as a major step to the ultimate objective of creating a strong federation, governing over what is intended to become a European nation of nations. "Euro skeptics" are by contrast cast as "swivel-eyed loons" for dragging their feet for a multiplicity of reasons, most of which are deemed to be "backward looking". In this rogues gallery, the prime sinner is by broad consent the UK. Former Prime Minister Michel Rocard for instance has declared that: "If the British leave the EU, I will shout Hurray". [3] The FT's Philip Stephens went so far as to dismiss the UK's EU policy as playing at "silly buggers", because, he alleged, it sought to block changes while others were determined to move ahead. [4]

As a counterpoint to this view of the UK as a block to the EU's progress, I propose to start our review with a very pro-EU book by Stephen Wall, before moving on to more critical books by UK, French and German authors. I will end with some concluding remarks.

### The UK: A Stranger in Europe.

Stephen Wall is about as pro-European as they come. As a Foreign and Commonwealth Office (FCO) mandarin, he was at the heart of UK policy from the premierships of Margaret Thatcher to Tony Blair. In *A Stranger in Europe: Britain and the EU from Thatcher to Blair*, Oxford, Oxford University Press, 2008, he writes that "The one thing which all three Prime Ministers covered in this book had in common was their belief in a Europe that was primarily a Europe of governments, a Europe in which the independent authority of the supranational institutions was to be feared, and held in check" In the future, he goes on, the problems will "require Britain to work with her European partners and many of them will require, not the lengthy, lowest common denominator approach of intergovernmental negotiation but the effective decision-making, and subsequent enforcement which can only be achieved by the so-called Community method. Britain, as never before, needs in her national interest the Europe of the founders: a Europe which has strong supranational institutions and which honours and advances the unique institutional framework which accounts for its success". (p.219).

The book is an excellent account of the UK's relationship with the EU since Harold MacMillan's statement in September 1962 that "accession to the Rome Treaty would not involve a one sided surrender of sovereignty on our part but a pooling of sovereignty by all concerned, mainly in economic and social fields". As Wall rightly points out, the language of the Rome Treaty talked about ever-closer union among the peoples of Europe, implying movement no faster than popular consent would allow. In this regard, the France of both Presidents de Gaulle, and Pompidou, ensured that the EU remained in effect largely a Europe of the states, with a common farm policy, beneficial to France, and some components of a common market. beneficial to Germany. When

the UK finally entered the club in 1973, it did so on disadvantageous terms, and just as 1970s inflationary recession began to set in. The UK's position in the EU was made all the more complicated when in the course of the decade, President Giscard d'Estaing steered France in a more integrationist direction, and laid the foundations for a rejuvenated Franco-German relationship. By the early 1980s, French policy began to give absolute priority to binding Germany westwards, for fear that a united Germany would become neutral between the two blocs, while asserting its leadership through the Bundesbank on monetary and exchange rate policy across western Europe. In 1983, member states signed on to a Solemn Declaration, which redefined "ever closer union" to mean union "among the peoples and member states" in other words a concept which embraces the idea of leadership of states, and in particular of France and Germany in setting the pace and direction of integration.

Much of the early part of his book is devoted to Thatcher's efforts to reduce the UK's budgetary contributions, which successive French governments had essentially considered as a new resource to finance French farm exports on world markets. The matter became all the more urgent when Spain and Portugal, both with large farm populations, placed their candidacies for entry. Someone had to finance Iberia's entry, and neither France nor Germany was keen to. The battle of the UK budget was tightly fought, and was finally settled when in 1983, President Mitterrand decided to give priority to his relationship with Chancellor Kohl, while Kohl used cheque book diplomacy to back Spain's entry. The UK budget contribution was settled at Fontainebleau in 1984, but left the UK, as Wall points out, with few friends. This was even more the case when Prime Minister Thatcher in her speech in Bruges in August 1988 spelt out the traditional UK view of "willing and active cooperation between independent sovereign states" (p.79). But what really angered her audience at the Collège d'Europe was her statement that "we have not successfully rolled back the frontiers of the state in Britain, only to see them re-imposed at a European level with a European super state exercising a new dominance from Brussels" (p.81).

For Wall, the UK's isolation in the affairs of the EU is grounded in its reluctance to share the supranational ideals of other member states, and he ends his book with a plea that the UK should sing from the EU federal hymn sheet in its own interests. It is only by pooling resources that European member states can "punch above their weight" in world affairs (p.208).

A very different message comes from Bernard Connally's reprinted version of his book, *The Rotten heart of Europe: The Dirty War for Europe's Money*, London, Faber & Faber, reprint, 2013. Connally, too, was an insider, in fact he was head of the Commission economics and monetary department. In the preface to his reprint, he gives no quarter; "The intention of the EU's progenitors was, he writes, "to create an empire defined above all by its hostility to a so-called Anglo-Saxon model" (p.1). Connally sees a damnable coalition between France and Germany, on the one side, and various hues of Marxist apologists to create a new Soviet Union, an EUSSR, more concerned about exercising authority than promoting liberty; more intent on establishing hierarchy, while speaking equality; and more apt to promote a culture of rights rather than responsibilities. His book in effect recounts what he categorizes as a battle led by France to bind Germany westwards as it moved to unification, in exchange for surrender of the DM, and the transformation of the negotiated exchange rate mechanism between national currencies, to a single currency. In the process, Connally argues, the Vichy tendency in France won out over de Gaulle's declaration of an unvanquished France in April 1940. "German monetary leadership in Europe has been simultaneously embraced in France, if only by the Vichy tendency in the French élite, as necessary expiation for past sins (suffering being inflicted on ordinary people, who do not matter, not on the élite themselves) and bitterly resented. By hamstringing the ability of French governments to act in the interests of the French people... that embrace has destroyed political legitimacy in France" (p.390).

"The monetary union", he writes in the body of the book published in 1995, "now so fervently wished for by the French élite would not restore legitimacy in France. Instead it would be the one thing most likely to reawaken "old demons" in Germany because, if it were run to suit France (via inflationary growth)...it would

interfere in the ordering by Germans of their own domestic affairs. In other words, it would destroy political legitimacy in Germany, just as the franc fort policy and the drive to “Europe” have done in France.”

He ends with this prophetic statement. “ The cynicism of the French technocrats, traitors to their own people, and the arrogant, overbearing, menacing zeal of the German federalists, not to mention the grandiose ambitions of Helmut Kohl, remain on a collision course. The result of this clash of forces cannot be predicted with any precision. But it will be extremely unpleasant for the peoples of Europe”(p.392). In short, the struggle for power and supremacy in Europe lived on, aggravated by the high stakes involved in the EU policy process and ambitions. In theory, the EU preached the pacification of Europe; in practice, and especially in monetary affairs, it had succeeded in aggravating tensions between the states and their peoples, the very opposite of the EU’s proclaimed objectives.

Such a conclusion would have been no surprise to Enoch Powell, Prime Minister Heath’s Conservative opponent. His views are presented, and analyzed in *Enoch at 100: a Re-evaluation of the Life, Politics and Philosophy of Enoch Powell*, edited by Lord Howard of Rising, London, Biteback, 2012). As Andrew Roberts points out, Powell dates the start of the modern British state from the Henrician revolution of the early sixteenth century, when the English Crown in effect declared independence from the universal claims of the Papacy, and when the Crown in parliament emerged as the central institution of British freedoms, loyalties, and sovereignty. To Powell, “A Europe of nations, of sovereign nations, is the only Europe to which Britain, so long as she remains a nation, could belong”. (p.7). Arguments about the UK joining “Europe” in order to exert “influence at the top table”; to be in “the heart of Europe”; to “punch above its weight” or to be “left standing on the sidelines” are so many arguments designed to appease the powers that be on the European continent, regardless of the sacrifice of British sovereignty and British freedoms. Definitely, such a sense of distinction from the EU is borne out in the policy of successive governments not to enter the Euro, and most definitely in the Commission’s Eurobarometer finding in May 2013, that 79% of respondents in the UK oppose a European economic and monetary union, as against a modest 51% in favour in the EU as a whole. The UK is indeed a Eurosceptic nation.

In *A Doomed Marriage: Britain and Europe*, Notting Hill editions, 2012, Daniel Hannan, the MEP for South East England, goes a step further in arguing, in echo of Michel Rocard, that the greatest gift the UK could give the EU was to leave it. As Hannan rightly points out, in the collective mind of the EU, the demon that has to be laid to rest is the nation state. In the EU’s collective mind, nationalism divides Europe into a congeries of small to medium size states, reminiscent of the Germany following the Treaty of Westphalia. Just as France and the other European powers kept the German lands divided, so in the future, will the great powers of the world divide and rule Europe, unless it unites. Hence, the propensity of Brussels to extend its regulatory reach, regardless of the costs of regulation (p.90); its contemptuous attitude to national opinions, exemplified in the request to smaller countries to “think again” when they vote, like Denmark or Ireland, against Brussels wishes; or its insistence on resurrecting the Constitutional Treaty in barely modified form, once the French and Dutch had voted against in 2005. Not least, Hannan writes, there is the constant drumbeat of EU antipathy to Israel, to the US and to the UK. Illustrative of this is the Captain Euro cartoon, (<http://www.captaineuro.com/index.htm>), a federalist superhero who does battle against Dr. D. Vider, an international financier, described as “a ruthless speculator” who hopes to divide the EU so as to conquer it. The cartoon, rightly, has been accused of anti-Semitism.[5]

Not surprisingly, Britain’s pro-EU contingent has found it very hard work to win popular approval for the project. David Charter writes, in his highly readable *Au Revoir Europe: What if Britain left the EU?* Biteback, 2012, that “their ambitions to play a full role in the future of the EU lie in ruins”(p.16). They failed ever to explain to UK voters what the EU really was about , and pretended that the UK government could retain much of its sovereignty as possible, while maximizing its influence in the EU. But as time passed, and more powers accrued to the EU, the UK’s ability to exert influence dwindled, as the scope of majority voting in the EU

institutions widened. Thus, in 1973, the year of entry, the UK wielded 10 out of 58, or 17.2% of votes; by 2013, that was down to 29 out of 348, or 8.4% of the total. When Malcolm Rifkind pointed out that this surrender of powers amounted to a one way street, the conservative *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, created a diplomatic incident by referring to “the Jew Rifkind”(p.44). The theme of anti-Semitism seems never to be too far away from EU affairs.

By the time that the financial crisis hit, the UK was already, the author argues, tiptoeing to the exits. Continentals, by contrast, argued overwhelmingly for “more Europe”. British attempts under the coalition government to repatriate powers, and to renegotiate the UK’s relationship within the EU, he argues, are on a hiding for nothing. The member states would either not allow such a renegotiation to happen, or like Rocard, would shout hurrah that the awkward partner leaves. “The familiar pattern of frequent arguments, muddles and joint initiatives that has always marked Britain’s relationship with the continent continue unabated”(p.306).

David Owen, the former Foreign Secretary, does not make such assumptions. In his stimulating book, *Europe Restructured: The Eurozone Crisis and its Aftermath*, London, Methuen, 2012, he points out that other countries are coming round to the UK defense of national sovereignty. Given that development, what is needed, Owen writes, is that the UK works out a viable position on EU reform. The UK, he concludes, should push for a wider Europe, inclusive of Turkey, and a deeper one, understood as maintenance and development of the single market, of which the UK remains an active member, and equally, the maintenance and the development of a more integrated Eurozone. “The British...just want our politicians to uphold our right to democratic self government in this country”(p.334). They are not alone, Owen maintains, in this demand.

#### France: the European error.

French political debate set much of the tone in the 1950s and 1960s informing the public debates about “*la construction européenne*”. In the 1950s, French politicians under the IVth Republic tended to favour the supranational path to European unity; in the 1960s, Charles de Gaulle affirmed that the only viable Europe would be a *Europe des patries*. In this latter tradition, Europe is conceived a mosaic of states and peoples, with their own histories and extra-European special relationships, yet highly interdependent among themselves and with the rest of the world, and sharing an underlying common religion and culture. As Eric Jones, the Australian historian has cogently argued, in *The European Miracle: Environments, Economies, and Geopolitics in the History of Europe and Asia*, Cambridge, Cambridge University Press, 3<sup>rd</sup> edition, 2003, Europe’s tradition is one of de-centralization and competition among its components that drove innovation and experimentation on an unprecedented scale. Europe alone managed the politically remarkable feat of curtailing arbitrary power, thus reducing risk and uncertainty, while encouraging more productive investment and promoting growth.

By contrast, the Eurasian systems of the Ottomans, the Mughals and the Manchus were all, “alien, imposed military despotisms: revenue pumps”. (p229). All of these powers emerged from the turmoil of the steppes, to be absorbed into their new empires of China, India or the greater mid-East. As a reminder of their attitudes to development, he quotes Genghis Khan: “The greatest pleasure is to vanquish your enemies and chase them before you, to rob them of their wealth and see those dear to them bathed in tears, to ride their horses and clasp to your bosom their wives and daughters”. p.230.

It is surely safe to say that Genghis Khan does not ride again in Brussels. But there is no gainsaying the EU’s ambition to create a superstate. This ambition attracts the ire of the former editor of the yellow pages of economic and business news in Le Figaro, Jean Jacques Rosa, *L’erreur Européenne*, Paris, Grasset, 1998. The single currency, writes Rosa, is already a disaster, before it has been launched. The two forces driving the single currency, according to Rosa, are France’s Napoleonic élite, and Germany’s own ambitions for leadership in Europe. Battle was joined in the course of the 1970s and 1980s, when the French élites came round to the

viewpoint that Germany had to be shorn of the DM-the Federal Republic's pride and joy. Once France shared power in a European Central Bank with Germany, the calculation ran, the external constraint of Germany's pursuit of trade surpluses along with the Bundesbank's deflationary policies on the rest of the continental member states would be raised.

There was no evidence, Rosa argues, that this would be the case. The single currency had to be negotiated on Germany's terms, not on those of France. Hence, from the start, the single currency was a prescription for permanent deflation. The French economy had to forego growth, watch unemployment rise, and see tax revenues shrink. Worse, binding heterogeneous economies together in a single currency was a recipe to ensure serious interstate conflicts. The member states did not form an optimal currency zone, -labour mobility was absent; there was no common federal fiscal authority; business cycles were not synchronized; the internal market was far from completion. For Rosa, the Euro experiment represents social engineering on a grand scale. Once in operation, the single currency, far from bringing the Europeans together, would tear them apart.

It is no exaggeration to say that Mitterrand was a politician to his fingertips. His grasp of economics was by contrast extremely limited. He thought, lived and breathed politics around the clock, particularly French politics of which, by the time he was elected President in 1981, it is fair to say that he was a master. As Rosa argues, his propensity was to use this experience from French politics and project it onto Europe. For instance, he cozied up to the German government in order to get them to hand over the DM, much as he had cozied up to the communist party at home, the better to strangle them. With Germany, Mitterrand's assumption was that France would eventually prevail in the battle over stability or growth.

In similar fashion, it may be argued, Mitterrand sought to divide the French right, much as he successfully managed to separate Germany from the UK by talking "ever closer union". As Philippe Cohen and Pierre Péan, point out in *Le Pen: Une Histoire Française*, Robert Laffont, 2012, he introduced proportional representation to the French electoral system, thereby giving Le Pen's far right National Front the opportunity to steal votes from the centre-right conservative parties. At the same time, Mitterrand set about creating a cordon sanitaire around the National Front, with a view to making it risky for centre right parties to be seen to forge alliances with Le Pen's movement. Le Pen, of course, played into Mitterrand's hands by remarking that the Holocaust was a "detail" in the history of the second world war. The two authors record the interesting detail that Alfred Sherman- an ardent British supporter of Prime Minister Thatcher, former communist, and of Jewish extraction- rushed over to meet Le Pen to get him to retract. Le Pen, the authors record, would not (p.303).

Twenty years on, it is clear that it is France that is being asphyxiated by the Euro, and Marine Le Pen, Le Pen père's daughter, who is riding high. In October 2013, the National front candidate won 40% of the vote for a seat on the Var department council in Brignoles, near Toulon. The National Front now draws votes not only from the mainstream centre right, with le Pen fille's anti-immigrant and law-and-order rhetoric; she is also winning over disgruntled ex-communist and socialist voters with her stance against the EU and the Euro. She advocates withdrawal from the Euro; a return to protectionism; and the clear exercise of sovereign powers by France in Paris. By October 2013, Marine Le Pen was recording a popularity rating of 42%, by contrast to President Hollande's 35%.<sup>[6]</sup> Against this powerful pull on French patriotism, the defenders of the Euro and of the EU offer thin gruel.

Patrick Artus and Isabelle Gravet, two French academics, suggest, in *La crise de l'Euro: Comprendre les Causes. En Sortir par de Nouvelles Institutions*, ( Paris Armand Colin, 2012), that the only way out of the crisis in a Euroland without a federal budget is by contraction of demand. During the early years of the Euro, from 2001 to 2008, Euroland grew more heterogeneous as specialization developed between the member states. In order to finance, their growing imports from northern European suppliers, the southern deficit countries borrowed heavily. The sums lent to deficit countries amounted to 40% German gdp; 80% of The Netherland's economy; 40% of Belgian gdp; and 20% of Finland's. These transfers via the banks ceased in 2008, and have

been relayed by the TARGET II mechanism under the aegis of the ECB. In effect, what this amounts to is a procedure whereby, for example, a German car sale to Spain, will be paid for by the ECB, but Spanish liability will be chalked up on TARGET II to Germany (See graph below: source. Euro crisis monitor). The authors conclude that given this tangle of credits and assets, disbanding the Euro would come at a very high cost. So the only moral solution is via “more Europe”, in other words, by the creation of a federation, which has the combined credit to underwrite debts and deficits in poorer member states.

Jacques Attali, Mitterrand’s former ideas guru, make a similar case in *Urgences Françaises*, Paris, Fayard, 2013. While favouring a federal solution, Attali adds the crucial point that good housekeeping begins at home. The solution to French problems will not be found in Brussels, he suggests. France is its own worst enemy. Why? Because “the state is frozen in defense of vested interests of innumerable groups”(p.92). For decades now, France has failed to reform, and ever more French people seek to live off the rents that they have negotiated with the state. What France has to do is radical reform to preempt revolution. These reforms include control over expenditures, reforms of taxation and pensions, and the introduction of Danish type flexisecurity of employment. Simultaneously, the Franco-German couple has to be revived in order to promote a federal power, with a Euroland Finance Minister and a strong EU investment tool in the shape of the European Bank for Reconstruction and Development, of which Attali was first chairman.

**François Heisbourg**, in *La Fin du Reve Européen*, Editions Stock, 2013, formerly the head of the London based Institute for International Security Studies, is no less a member of the French élite. He also professes his ardent federalism for Europe. But, he says, the Euro dream has become a nightmare. “Fédéralisme impossible, institutions contestables, mais aussi people introuvable”(p.148). All three realities make any attempt by Brussels to continue on the path of furtive integration a real and present danger. The nub of his argument is that the EU lacks legitimacy, and nowhere more than in the UK. Were the UK to leave, there is no, doubt, writes Heisbourg- that Germany’s primacy in the EU would grow. Priority, he argues, must be therefore given to salvaging the EU, and that requires an orderly dismantlement of the Euro, agreed first and foremost between Paris and Berlin. It is unrealistic, he argues, to consider that France can undergo deep domestic reforms, without growth. And since Germany will not change its ways, the only option is to end the Euro. Thereafter, he writes, we can return to the European construction, but the next time around, build the political system first before establishing a single currency.

### **Germany: Reluctant Hegemon?**

I have written elsewhere in my blog about how Germany has emerged in the first decade of this century as the de facto leader of Europe, the indispensable state for all major policy initiatives. [7] But, according to Thomas Mayer, formerly chief economist at Deutsche Bank, this is not a happy situation. In his excellent book, *Europe’s Unfinished Currency: the political economics of the Euro*, London, Anthem press, 2012, Mayer argues that the story of the Euro is one “ of a hugely ambitious political project pursued with an occasionally reckless negligence of economics”. Mayer traces the origins of the Euro in the quest for European unification, and in particular in the history of Franco-German relations. Monetary matters received scant attention in the Rome Treaty, not least because they were so controversial, and the negotiators felt that they had more important fish to fry, such as Euratom to ensure the European Community of energy independence, and the creation of a single market. But in the 1960s, as the dollar became less of a reliable currency benchmark, and the DM glided on the back of permanent trade surpluses to substitute for the pound sterling as the world’s second currency, France returned again and again to proposals for some sort of intra EU currency arrangement, ending in the negotiations around the Maastricht Treaty at the turn of the 1990s, coinciding with German unity.

Mayer then goes on to maintain that once Germany was united, and the cold war history, the momentum which had driven European integration, the avoidance of war, lost its deeper meaning. With war no longer conceivable, and German unity achieved, Germany closed its chequebook, which it had deployed so abundantly

in the 1980s to ensure support by member states in the ever more likely event of German unification. Nor was any progress made in achieving the full political union, which Kohl considered indispensable to the success of the single currency. By the time of the Dutch and French referendums in 2005, rejecting the Constitutional Treaty, German public opinion was cooling to the idea of European integration, as the world war receded into the past; dependence on the western alliance for national security was much reduced; and Germany began to develop its independent foreign policy, notably with regard to growing dependence on Russia for coal, oil and natural gas, and visibly in its reluctance to back French or British foreign policies in the Mid East.

Mayer then turns to the history of past monetary unions to underline the point that currency unions without strong political union tended to fall apart. That was the history of Napoleon III's Latin monetary union, cobbled together in 1865, but that received a deadly blow with French defeat at Sedan in 1870; the Scandinavian currency union lasted between Sweden, Denmark and Norway from 1872 to 1924; the gold standard, predicated on co-operation in monetary and financial affairs between the members of the system in effect closed down in 1914 with the outbreak of war, and was revived in more sickly form as the gold exchange standard in 1923, only to die an early death in 1931. The one example which did work was the US, where the creation of the union came first, with the establishment of the Fed coming nearly 130 years later, after the union had been cemented by the victory of the northern states in the civil war of 1861 to 1865. And it has worked because there is a no bailout clause operating for each one of the states. Not least, the federal government following the Roosevelt presidencies has extensive fiscal and other means to offset downturns in the business cycle across different parts of the country, now falling under a more active Supreme Court, which extended the legal foundations for an integrated US domestic market.

No such conditions, Mayer states, pertain in Europe. There is a fairly integrated goods market. With free movement of capital, money moves about unimpeded. But the EU budget of just over 1% EU gdp is miniscule, compared to the US Federal budget. There is not one European labour market, but many national labour markets. Nor did the states stick to the budget deficit rules they had themselves drawn up. Why then was the risk of monetary union taken?, he asks. The answer, which Mayer does not provide, is fear: a lack of confidence in Germany's democracy, in Germany and among its neighbours. In short, France remains suspicious of German motives; Germany of French; and the British of both.

Mayer then goes through the first happy years of the Euro, telling the well known story of how performance between northern and southern Europe diverged; how monies flowed southwards through the banks to fund the growing current account of southern countries; then the crash, spelling the extreme vulnerability of Euroland to shocks in the global financial system; through to the replacement of bank loans by the TARGET system under the aegis of the ECB. In a fascinating passage on the TARGET mechanism, he asks the pointed question why it was that the designers of the interbank payments system did not follow in the footsteps of the US system, whereby states alone stood for their own debts. Was it, he asks, that the weak balance of payments countries ensured that they would have unlimited access to the funding of their balance of payments through the Eurosystem? He gives no answer, other than a pregnant silence. One of the main weaknesses, in other words, in the Euroland design, is the lack of trust between the member states.

Mayer then discusses how to save the Euro. It cannot be done through "more Europe", or by the tried and tested step by step methods of the past. The only answer, he argues, is to return to the original design of the monetary union, whereby each country is responsible for its government finances and the ECB aims for price stability across the union. In this context alone can the Euro emerge as a stable counterpoint in the global financial system to the inflationary fiat monetary system that the US launched on the world economy in 1971, as the chosen way both to enjoy growth at home while maintaining its imperial positions abroad. His proposal is that monetary union would become a hard currency union by the exit of all countries unable to sustain a hard budget constraint-the path most definitely chosen by Chancellor Merkel. "Presently, he writes, the creditor countries seem to be trapped into a currency that the debtor countries could debase by forcing the central bank



to print money so as to prevent default of the debtors and financial collapse”(p.209). If this were to occur, creditor countries could take the option to leave the monetary union.

This is the theme spelt out in less guarded tones by Hans-Olaf Henkel, in *Die Euro-Lügner: UnSinnige Rettungspakete, Vertuschte Risiken. So Werden wir getäuscht*, München, Wilhelm Heyne Verlag, 2013. Henkel is an angry man, a former head of the employer’s organisation, the BDI, with a successful career behind him in IBM, and a former ardent supporter of the single currency, for all the good reasons previously adumbrated. He is extremely critical of the policy whereby the Euro must be defended, regardless of the cost. The Euro, he points out, has become an article of faith, and considered by the good and the great of Brussels as the necessary staging post on the way to a federal Europe. For me the highlight of this book is his quotation of an interview with Lord Dahrendorf in the weekly magazine, *Der Spiegel* in December 1995 (<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-9247341.html>). Dahrendorf was a former German government minister from the liberal party in Germany; a former EU Commissioner; a member of the UK House of Lords; and a Warden of St Antony’s College, Oxford. Here are the key extracts from the interview (my translation):

“The single currency project seeks to remake other European countries into a German mold, but not every country want to behave in a German way. For Italy, occasional devaluations are much more useful than fixed exchange rates, and for France, higher state expenditures are more meaningful than rigid adherence to a stability criterion, that serves Germany first and foremost”.

“It was always a fatal mistake (to consider that Maastricht was the price to be paid for reunification). Why do we need an ever closer European union? In most countries the only answer is: to bind Germany in. What is remarkable is that the German answer is the same, at least for (Chancellor Kohl) and his predecessor, Helmut Schmidt”.

“What this position represents is an enormous lack of self trust. I have always been amazed by this lack of trust concerning Germany’s solidity. Whether Germany drifts from the democratic path, lusts after hegemony, or loosens its ties to the West, depends on its internal structures, not on any external policy of binding Germany in.”

“The currency union is a major error, an adventurous, mad and false objective, and it will divide, not unite Europe”.

The conclusion that Henkel makes in his book is similar to Mayer’s, but expressed in more colourful language: the Euro should be terminated as it is. Present policy is asphyxiating southern Europe; it is dragging Germany into underwriting the liabilities of debtor countries; and it is part of a wider policy to centralize power in Europe. His chosen recipe is the creation by agreement of a harder northern Euro and a softer southern Euro.

Conclusion.

What conclusions can be drawn from this survey? One is that David Owen is surely correct that the UK is not alone in wanting to be self-governed; the French authors discuss the need for growth and domestic reform, and have very divergent views on the federal dimension of their country’s foreign policy; our two German authors do not want Germany to become the milch cow of poorer European countries. Either the southern countries live with a hard budget constraint, implying bold supply side reforms, or the Euro is broken up, preferably in an orderly fashion. The latter is Heisbourg’s preference, though he clings to his federal faith with the argument that the next time around, the EU must build its political edifice first, and the monetary and economic infrastructure later. How this is to be done after so much political capital has been expended on the Euro, and lost, he does not spell out.

The second conclusion must be that surely Dahrendorf too was right. A one size fits all policy runs against the grain of European history, and of existing political cultures. If the purpose of European union is to “bind Germany in”, then that presupposes an enormous lack of trust in Germany’s democracy—a curious position for many pro-Europeans to take, in view of their frequent praise of Germany as a model European constitutional state. If the purpose is for European states to have an organization which helps them co-operate together, in advancement of their mutual and overlapping interests, then so much the better. But the message must be in a polity as complex as Europe to limit ambitions to the doable, the boring and the pragmatic.

The third conclusion must be that “ever closer union” between states and peoples is a very high risk formula. It implies leadership, originally by France and Germany. But since 2008 at the latest, it has become obvious that French and German objectives in monetary union lay far apart at the time it was negotiated, and remain far apart now. For monetary union to work, there would have in effect to be a supply side revolution across the EU, freeing up labour markets, rendering welfare policies compatible and flexible, and encouraging the development of a common constitutional patriotism for a European federation. Arguably, the EU is no closer to that goal than it was in the 1960s.

Finally, none of our books can leave a happy account of the Euro, even the most favourably inclined. Wall writes that the UK should join, but he wrote that before the crisis broke. Yet none of them can find any easy solution to the dramatic situation Europe has worked itself into. The UK can either exit, or work to stay in the EU single market. But France and Germany cannot find, if these books are a reasonable mirror of public discussions, an easy way ahead. The formula of “more Europe” lacks positive consent; trust is scarce, as evidenced by German fears of being made the milch cow of Europe; and Latin patience with German ordained stability is wafer thin.

Perhaps one minor conclusion should be that the Manichean language of pro-Europeans and Euro-skeptics be dropped, in favour of a more realistic and political sensible discussion of Europe, which remains what it has been for the centuries since the break up of the Roman Empire—a mosaic of states and peoples with much to gain by co-operation, and much to lose by dreaming up false utopias.

---

[1][1] “The crisis of European democracy”, New York Times of May 24, 2012.

[2] “The crisis of European democracy”, Project Syndicate, June 26, 2012,

[3] “ Si la Grande Bretagne quittait l’Europe, je titrerais un grand Hurrah”, Metis, Aout 29, 2012.

[4] .”Hollande holds the key to Merkel’s euro plan”, October 31, 2013.

[5] Andras Simonyi, Amanda Norris, A Superhero’s soft power falls flat”, Huffington Post, March 25, 2013 ([http://www.huffingtonpost.com/andras-simonyi/a-superheros-soft-power-f\\_b\\_2947797.html](http://www.huffingtonpost.com/andras-simonyi/a-superheros-soft-power-f_b_2947797.html)).

[6] “Sondage: popularité record pour Marine Le Pen, Hollande au plus bas”, L’actualité internationale, October 15, 2013.

[7] The Euro crisis and German primacy.<http://storybookreview.wordpress.com/2013/02/08/the-euro-crisis-and-german-primacy/>

Share this:

November 3, 2013 3:39 pm

## Worry about the euro, not the European Union

89,107



By Wolfgang Münchau

The union is not compatible with a single currency in the long run

Last November 1 gave us a glimpse of the biggest danger facing the eurozone in the next decade: a period of sustained deflation. [Eurozone core inflation](#) – without energy prices and other volatile items – tumbled in October to an estimated annual rate of 0.8 per cent.

I would hope the [European Central Bank](#) would cut interest rates further this week. But I doubt even a marginally negative interest rate would avert a [slide into deflation](#). Its deep cause lies in the way the eurozone responds to its [debt crisis](#) – through austerity and falling real wages in the periphery and a lack of adjustment in the north.

The existential danger to the euro is no longer a speculative attack, a bank run or the rise of extremist parties, but sheer exhaustion. [Benoît Coeuré](#), a member of the ECB's executive board, warned last week that the eurozone might suffer a Japanese-style lost decade. But at least Japan maintained near full employment. The eurozone faces a far worse prospect: a lost generation.

The political consequences of this scenario are the subject of an important book published in France by François Heisbourg, chairman of the International Institute for Strategic Studies and the Geneva Centre for Security. In *La Fin du Rêve Européen*, he says the situation has become so intractable that the only way to save the EU is to abandon the euro.

The author, who is as pro-European as they come, fears the eurozone crisis could destroy the EU – a project he regards as far more worthwhile than the dysfunctional monetary union. He says a UK exit from the EU could act as a potential trigger for its dismantlement. I do not share his conclusion but his analysis is spot-on. The EU, with its legal treaties and its step-by-step crisis-resolution tactics, is not compatible with a functioning monetary union in the long run.

The way the eurozone is trying to solve the crisis – without debt forgiveness, without transfers and without joint liability debt instruments, and on the basis of fiscal adjustment alone – has produced a deflationary debt crisis with no end in sight. A resolution would require a political union with strong, central decision-making powers. The EU institutions, however, have been created with a corporatist mindset – geared towards dealing with trade conflicts or competition issues but not with the big issues of macroeconomic policy.

The core of Prof Heisbourg's argument is that we are stuck in a vicious circle. Electorates blame Europe for the crisis, and are unwilling to transfer more powers to the centre. Yet such a transfer would be necessary to solve the crisis.

This is all true but I disagree that a decision to abandon the euro would solve the problem. Even if a dissolution of the euro were well managed, which it may be, I think Prof Heisbourg underestimates the economic and financial chaos it would create – not just in Europe.

I am also sceptical about his enthusiasm for a euro-free EU. Without the single currency, the EU would be a pretty dull place, which it was not in 1998. The common foreign and security policy is going nowhere. Without a single currency, the EU would roll back the single market. And, with only so many countries left to accede, the enlargement process cannot go on indefinitely. Whatever may drive the UK to remain in the EU or to quit is probably not related to the euro.

I once proposed the opposite course of action – to recognise that the eurozone is now the true kernel of European integration – and to continue from there, changing the treaties with a view to turning the EU into an organisation fit to manage a complex monetary union. Such a political union would need to include a framework for the resolution of existing debt, joint liability instruments for future debt, a banking union firmly anchored at the central political level, and additional fiscal transfers as well.

I acknowledge Prof Heisbourg's argument that this course of action would be unrealistic if electorates reject those treaty changes indefinitely. In that case, we would have to accept the eurozone was doomed. But it is less clear to me why electorates would choose this course of action indefinitely if the status quo locks the eurozone into permanent deflation and low growth.

**Politics is about choices. Failure to choose is a choice, too. In that case, the crisis will continue, and we will enter Prof Heisbourg's nightmare scenario of a European electorate turning against Europe. That would be the end of the EU and the euro.**

Of the options pursued and under discussion, I believe two are unrealistic. One is the attempt to solve the crisis through communication policy – which is what we are doing now, with a banking union that excludes any form of joint liability, or with endless protestations that the crisis is over or that the eurozone is recovering. The second set of unrealistic options, I fear, would be to go back to 1998 and start again.

I would not give up on genuine political union just yet. But if we do, the set of options available to us becomes depressingly narrow.

11/05/2013 12:00 PM

**Economic Doghouse**

## **Complaints about German Exports Unfounded**

**89,109**

*By Alexander Jung, Christian Reiermann and Gregor Peter Schmitz*

**The US government and European Commission are complaining bitterly about Germany's hefty trade surplus and export orientation. But such criticism fails to consider how much the country's partners benefit from its competitive strength.**

Marco Buti, the most senior member of EU Monetary Affairs Commissioner Olli Rehn's staff, isn't exactly viewed as a friend of Germany in Brussels. The chief economist of the European Commission, a native of Italy, has a tendency to blame many euro-zone ills on the nature and effects of German economic policy.

Sometimes he is troubled by austerity dictates from Berlin meant to clean up the finances of crisis-ridden countries. And sometimes he feels that Germany is too stingy because it's unwilling to spend more to jump-start the economy.

Buti is especially irked by the imbalances within the euro zone. In his view of the world, countries like Germany are partly responsible for the turbulence in southern countries because they flood them with goods.

Buti will have yet another opportunity to call the Germans to order next week when, on Nov. 15, the European Commission releases its early warning report. The report identifies those countries whose deficit or surplus is particularly large in relation to economic output.

Germany will be among those at the top of the list. If the European Commission sees this as a problem, it can subject the country to an "in-depth analysis," which could be followed by a reprimand. The office in charge of the procedure is Buti's Directorate-General for Economic and Financial Affairs.

An old debate is returning with a vengeance. The German government has been pilloried for years because Germany's exports allegedly disrupt global economic peace. The complaint was voiced by Christine Lagarde, then France's finance minister but now head of the International Monetary Fund (IMF), as well as a long line of US Treasury secretaries. Current Treasury Secretary Jacob Lew took the same line only last week. According to a report from his department, Germany was identified as a top threat, even ahead of China.

The charge is always the same: The Germans have acquired an unreasonable advantage by one-sidedly focusing on exports, and now they are flooding foreign markets with their products. At the same time, this view holds that the Germans live and consume below their means, which is detrimental to foreign companies because there is less demand for their products in Germany.

At first glance, the numbers seem to prove the critics right. Last year, Germany's export surplus amounted to 7 percent of annual economic output. It is expected to be about the same this year and only slightly lower next year. This forces the European Commission to intervene because the average value over the course of three years cannot exceed 6 percent.

## **Germany Bridles at Criticism**

The only question is: Whose fault is it?

German government representatives turn the argument around, saying that the problems in Southern Europe are not Germany's fault. On the contrary, says Berlin, countries like Greece, Italy and Spain have only themselves to blame for their troubles because they spent years living beyond their means and at the expense of their own competitiveness.

This explains the harsh rejection of worldwide criticism by German Finance Minister Wolfgang Schäuble, a member of Chancellor Angela Merkel's center-right Christian Democratic Union (CDU). According to a Finance Ministry memo, "The German current account surplus offers no reason for concern for Germany, the euro zone or the world economy." Berlin is pursuing a course of "growth-friendly consolidation," the memo to Schäuble continues, and there are no imbalances "that would require a correction of our economic and fiscal policy."

In their expert opinion, the Finance Ministry officials note that the German current account surplus relative to those of euro-zone partner countries was cut in half between 2007 and 2012, from 4.4 to 2.2 percent. By comparison, trade surpluses with the United States and other world regions grew. The euro zone's foreign trade balance is generally balanced. Indeed, Schäuble's experts believe they deserve praise for this rather than rebuke.

But that is unlikely to happen. When IMF First Deputy Managing Director David Lipton met with German Finance Ministry officials last week, he proposed that Germany make a commitment to reduce its current account surplus. He also wanted the German government to set a fixed target that could not be exceeded in the future.

For Finance Ministry officials, this approaches the sort of hubris one would expect from a planned economy. They also like to point out that there isn't much they can do about the surpluses because they simply lack the necessary leverage. No one in the world is being forced to buy German cars or machines, they note, so should the German government ban exporting? "This is the sort of thing that didn't even work under socialism," says one official.

Suggestions that the Germans stimulate imports are no less unrealistic as the government also lacks important tools to influence them. Germans will buy more foreign goods if they earn more money. But this isn't something the government can dictate since, in Germany, employers and trade unions negotiate wage levels without any government interference.

Besides, the trend has already been going in the right direction for some time. "Germany exhibits robust wage growth," reads the Finance Ministry document. This has led to higher consumption of growth drivers, it continues, which also benefits the economies of partner countries. In addition, companies are investing more, which strengthens the supplier industry in the euro zone.

Moreover, the new grand coalition currently being negotiated by the CDU, its Bavarian sister party, the Christian Social Union (CSU), and the Social Democratic Party (SPD) has already agreed to increase both government investment and the minimum wage. Both stimulate domestic demand, which should put critics at least somewhat at ease.

## **Benefits More Widespread than Believed**

Politicians in Berlin and scholars alike wonder whether criticism of the special German business model is justified. Should Germany have to be punished for having such a successful export economy?

"That would be absurd," says economist Holger Görg, a professor at the Kiel Institute for the World Economy (IFW), in northern Germany. After all, Görg argues, no one can be forbidden from buying German goods. Germany was still a problem child in the 1990s, he explains, but then it regained its strength. "Should that be held against the country today?" Görg asks incredulously. The real issue, he says, is why countries like Spain or Italy haven't managed to become more competitive.

The crisis-ridden countries can also thoroughly benefit when German exports are flourishing. Products from other countries, often from deficit countries, can be found in almost every car, machine and chemical product with the "Made in Germany" label.

According to a study by Munich-based Ifo economic think tank, the share of these inputs in German exports rose from 13.5 percent in 1995 to 20 percent in 2008. Compared with their foreign competitors, German companies even exported a disproportionately high share of these inputs, a new study by the IFW concludes. Relatively many components come from Central and Eastern Europe. Their share of German industry is almost three times as high as in Spain, France or Italy. BMW, for example, sources almost half of the parts for cars built in Germany from abroad.

In addition, German companies create growth and jobs in other countries with their overseas plants. Volkswagen, with its manufacturing facility in Portugal, is the country's largest foreign investor. At the BMW plant in Spartanburg, South Carolina, about 7,000 employees produce almost 280,000 vehicles each year, two-thirds of which are sold abroad.

The German economy's export orientation has developed over the generations and wouldn't be as easy to alter as the critics would like. Highly specialized family-owned businesses have matured into global players that generate a large share of their sales and profits abroad. This explains why industry accounts for a relatively large 22 percent of the German economy.

Eurocrats in Brussels contradict the impression that Germany's surpluses are already a case for prejudgment. "We are only at the beginning of the process," says a Commission expert. He notes that surpluses are not generally a reason for concern, and that the Brussels agency is aware that Germany must remain the Continent's engine of growth. Although there has long been a push for more domestic demand, says the expert, there are certainly positive signs emerging in this regard.

This is just what Schäuble and his officials like to hear. "Fortunately," says a senior official, "there are people besides Marco Buti."

*Translated from the German by Christopher Sultan*

## EZB senkt Leitzins auf Rekordtief Draghis Paukensschlag

89,112

07.11.2013 · Die EZB ist entschlossen, die Politik des billigen Geldes noch zu verschärfen. Banken können sich nun praktisch zum Nulltarif Geld leihen. Und Staatsanleihen kaufen. Der Zinsschritt widerlegt jene, die meinten, die Euro-Krise sei schon überwunden. Eine Analyse.

Von PHILIP PLICKERT



© DPA Mario Draghi

Es ist ein Paukensschlag aus Europas Zentralbank: Ihr Präsident Mario Draghi und die Mehrheit der Ratsmitglieder sind entschlossen, die Politik des billigen Geldes noch zu verschärfen. Die Senkung des EZB-Leitzinses auf ein Rekordtief hat an den Börsen ein Kursfeuerwerk ausgelöst. Zuvor hatten die Analysten nicht glauben wollen, dass die Zentralbank sogleich an der Zinsschraube drehen werde, weil die Inflationsrate im Oktober unerwartet stark gesunken war. Denn der Sinkflug war vor allem gefallenen Erdöl- und gebremsten Nahrungsmittelpreisen zuzuschreiben.

Aber es gibt auch verminderten internen Preisdruck wegen der schweren Wirtschaftskrise und der hohen Arbeitslosigkeit; die Menschen haben wenig Geld in der Tasche zum Einkaufen, das dämpft die Preisspielräume für Unternehmen. Deflationsgefahr sieht Draghi aber nicht, wie er auf der Pressekonferenz sagte. Zum Teil sei es sogar wünschenswert, dass die Krisenländer durch sinkende Lohnstückkosten verlorene Wettbewerbsfähigkeit zurückgewinnen, sagte Draghi. Dennoch sah sich die Zentralbank genötigt, durch noch billigeres Geld die Inflation wieder etwas anzufachen. Aus Rom und Paris waren dazu recht offene Aufforderungen erschallt.





Europäische Zentralbank (EZB) senkt überraschend den Leitzins auf 0,25 Prozent

Fraglich ist, ob die Zinsermäßigung um 0,25 Prozent in der Realwirtschaft wirklich etwas bewirkt. Die Kreditvergabe ist schwach, weil es vielen Banken in Südeuropa an Kapital fehlt. Und sie ist schwach, weil hochverschuldete Haushalte etwa in Spanien sparen müssen und keine neuen Kredite aufnehmen können. Doch die Schwemme des billigen Geldes, die Draghi bei Amtsantritt vor zwei Jahren mit der „Dicken Bertha“-Methode einleitete, hat noch andere Effekte.

Banken können sich praktisch zum Nulltarif Geld leihen und Staatsanleihen kaufen. So trägt Draghis Politik zu einer günstigeren Staatsfinanzierung der Krisenländer bei.

Der entschlossene Zinsschritt Richtung null hat jene widerlegt, die meinten, die Euro-Krise sei schon halbwegs überwunden. Ihr Arsenal an Kampfmitteln sei noch nicht ausgeschöpft, versichert Draghi. Noch mehr Liquiditätsspritzen, auch ein negativer Einlagenzinssatz für Banken sind möglich, obwohl sich die EZB damit auf unbekanntes Terrain begäbe. Aber Europa bewegt sich in der Euro-Krise ohnehin schon sehr weit auf ungesichertem, schwankendem Boden.

Statistik

## Immer mehr Frauen bleiben kinderlos

89,114

07.11.2013 · In Deutschland verzichten immer mehr Frauen auf Kinder. Besonders hoch ist die Zahl in Hamburg: Ein Drittel der dort lebenden Frauen ist kinderlos, teilte das Statistische Bundesamt mit.

In Deutschland bleiben mehr Frauen kinderlos. Wie das Statistische Bundesamt am Donnerstag in Berlin mitteilte, hatten im Berechnungsjahr 2012 zirka 22 von 100 Frauen im Alter zwischen 40 und 44 Jahren kein Kind geboren. Bei Akademikerinnen ist die Kinderlosigkeit besonders ausgeprägt. Der Anteil der kinderlosen Frauen im früheren Bundesgebiet ist mit 23 Prozent deutlich höher als in den neuen Ländern mit 15 Prozent. Dort stieg er allerdings in jüngster Zeit deutlich an. Diese Entwicklung bestimmt nach den Worten des Präsidenten des Statistischen Bundesamtes, Roderich Egeler, auch maßgeblich das Geburtenniveau. Der entsprechende Mikrozensus wurde 2008 erstmals erhoben.

### **Kinderlosigkeit besonders in Stadtstaaten ausgeprägt**

Nach Angaben der Statistiker betrug der Anteil der Frauen in der gleichen Altersgruppe ohne Kind im Jahr 2008 noch 20 Prozent. Der für das Jahr 2012 ermittelte Mikrozensus zeigt auch, dass bei den Frauen, die rein statistisch ihre Familienplanung abgeschlossen haben (ab 49 Jahre), der Anteil der kinderlosen Frauen zunimmt. Liegt dieser bei den Frauen, die zwischen 1937 und 1942 geboren wurden, noch bei 11 Prozent, so beträgt er bei den Frauen, die zwischen 1958 und 1962 geboren wurden, 18 Prozent.

Besonders ausgeprägt ist die Kinderlosigkeit demnach in den Stadtstaaten. In Hamburg war der Anteil der Frauen ohne Kind mit rund einem Drittel am höchsten. Die Quote stieg in den vergangenen vier Jahren besonders stark in Sachsen und Sachsen-Anhalt. Betrug die Quoten 2008 noch rund 10 Prozent lagen sie 2012 bei 15 Prozent. Die geringsten Kinderlosenquoten verzeichneten Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern mit jeweils 14 Prozent. Unter den westlichen Flächenländern war der Anteil im Saarland mit 20 Prozent und in Baden-Württemberg mit 21 Prozent am niedrigsten.

### **Mütter bleiben zuhause, Väter bleiben erwerbstätig**

Deutschlands Mütter bringen durchschnittlich zwei Kinder zur Welt. Die Verteilung der Mütter nach Zahl der Kinder ist laut Statistischem Bundesamt seit mehr als dreißig Jahren stabil. Nach der Geburt, beziehungsweise in den ersten Lebensjahren eines Kindes sind es vor allem die Mütter, die ihre Erwerbstätigkeit für die Familie unterbrechen oder ganz aufgeben und sich um die Kinderbetreuung kümmern, erläuterte Egeler. Im Jahr 2012 war demnach nur rund jede dritte Mutter mit Kindern unter drei Jahren erwerbstätig. Die Quote der erwerbstätigen Väter lag 2012 bei bis zu 85 Prozent.

Die stellvertretende SPD-Vorsitzende Manuela Schwesig sieht mit Blick auf die Entwicklung vor allem die Wirtschaft in der Pflicht. Die Arbeitswelt müsse familienfreundlicher werden und nicht die Familien arbeitsfreundlicher. Derzeit werde jeder zweite neue Arbeitsvertrag nur noch befristet abgeschlossen. Zugleich sei der Niedriglohnsektor deutlich gewachsen, prekäre Beschäftigungsformen hätten zugenommen. Eine Familienplanung sei unter diesen Umständen kaum möglich, so Schwesig, die bei den Koalitionsgesprächen für die SPD die Vorsitzende der Arbeitsgruppe Familie ist.

November 7, 2013

## European Central Bank Cuts Main Rate

89,115

By [JACK EWING](#)

FRANKFURT — In a surprise, the European Central Bank cut its benchmark interest rate to a record low Thursday, moving more quickly than expected to stimulate the euro zone economy in the face of falling inflation.

The E.C.B. cut its main rate to 0.25 percent from 0.5 percent, which was already a record low.

The central bank and its president, Mario Draghi, were reacting to a sudden drop in euro zone inflation, which fell to an annual rate of 0.7 percent in October, well below the E.C.B.'s official target of about 2 percent. The fall raised the specter of deflation — a sustained fall in prices that can destroy the profits of companies and the jobs they provide.

Many economists and political leaders will applaud the decision, which is likely to weaken the euro against the dollar and help European exporters.

European stocks were mixed on the news, with exchanges in Paris and Frankfurt initially up more than 1 percent and then falling flat, while the euro fell more than 1 percent against the dollar. A cheaper euro makes European products less expensive abroad.

But the decision also carries some risks. It could be interpreted to mean the E.C.B. is more concerned about deflation and slow euro zone growth than analysts expected, an interpretation that could undermine confidence. And the decision to cut to 0.25 percent leaves the E.C.B. with little room to maneuver if economic conditions worsen.

The decision may also be received with dismay in Germany, where concern about excessive inflation has deep roots. The E.C.B. cannot risk alienating Germany, which has the largest economy in the euro zone.

“Deflationary risks and the stronger euro seem to have motivated the E.C.B.'s move,” Carsten Brzeski, an analyst at ING Bank, said in a note to clients. “It is obvious that the E.C.B. under President Draghi has become much more proactive than under any of his predecessors.”

The E.C.B.'s prime mandate is to defend price stability, which also means intervening if inflation is too low. But most analysts expected the E.C.B. to wait until December to act, once there was more economic data available.

At a news conference, Mr. Draghi said interest rates would stay low for an extended period of time. The central bank will also keep supplying banks with cheap loans through mid-2015, he said, but he did not announce a new round of long-term, three-year loans. The euro zone is not in a period of Japan-style deflation, he said. On the contrary, price declines in

some countries are welcome because they make them more competitive on international markets, he said.

“I don’t think it is similar to Japan,” Mr. Draghi said of the current situation in Europe.

Some economists have argued that falling inflation, coming after five years of recession or very slow growth, means that the euro zone faces an acute risk of deflation. While lower prices might seem like a good thing for consumers, in fact deflation is considered even more dangerous than runaway inflation.

When prices fall, consumers and businesses delay purchases because they expect goods to become even cheaper. Corporate profits decline, and companies are forced to pay their workers less. A spiral begins that is difficult to arrest.

Deflation could be particularly destructive in Europe, where governments, banks and private households are still struggling with excess debt. When companies and individuals earn less, they have trouble repaying their debts, which remain the same.

It is unclear, though, what effect the rate cut will have, given that market interest rates are already effectively less than zero. At best, the cut signals that the E.C.B. will remain true to its mission of ensuring stable prices.

The view in Germany and among some economists is that there is no threat of deflation. This group sees slowing inflation merely as a sign that wages are falling in countries like Spain and Greece, where labor costs had become too high for companies to compete in the international marketplace.

It is likely that Jens Weidmann, president of the German central bank and a member of the E.C.B. Governing Council, argued vehemently against a rate cut.

Although the euro zone emerged from recession earlier this year, recent economic indicators have sent conflicting signals about the strength of the recovery. Few economists expect a strong rebound, but some have been more pessimistic than others, warning of long-term stagnation if the E.C.B. does not do more to stimulate lending and growth.

“There has been a big hoo-ha about this very modest return to growth,” said Simon Tilford, deputy director of the Center for European Reform in London. “Clearly the risks are mounting.”

In contrast to the E.C.B.'s move, Britain’s central bank kept its benchmark interest rate unchanged on Thursday at a record low of 0.5 percent amid signs that the country’s economic recovery was gaining speed and consumer confidence improved.

In the United States, the government said the economy grew at an annual rate of 2.8 percent in the third quarter, significantly better than economists had expected and the fastest pace this year.

## ECB Cuts Rates Unexpectedly as Low Inflation Threatens Recovery 89,117

### Draghi: May Experience Prolonged Period of Low Inflation

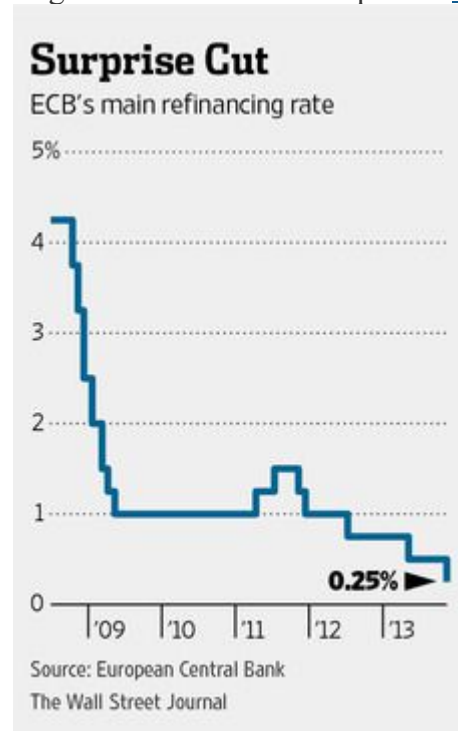
By CHRISTOPHER LAWTON

Updated Nov. 7, 2013 11:04 a.m. ET



The European Central Bank, spooked by plummeting inflation in the euro zone, cut its main rate to 0.25%, just a whisper above zero. Katie Martin assesses the ECB's move and whether it will have the desired effect.

FRANKFURT—The European Central Bank unexpectedly cut its main interest rate to a record low close to zero, shocking markets, sinking the euro and signaling a more activist approach from the ECB to address heightened worries in Europe that [dangerously low inflation threatens the region's tepid economic recovery](#).



The Frankfurt-based central bank cut the main interest rate at which it lends to banks to 0.25% from 0.5%, and slashed its emergency lending facility by 0.25 percentage point to 0.75%, the ECB said Thursday. The governing council decided to keep the deposit rate on bank funds parked at the ECB unchanged at zero.

"I would characterize the discussion today as being wholly in agreement about the need to act," ECB President [Mario Draghi](#) said of the governing council's discussions. He said that there were differences about when to act, with a "significant majority" having seen enough evidence to justify the rate cut. Other members were in favor of waiting until December, when the ECB staff will reveal its inflation forecasts for 2015.

The ECB's surprise rate cut shows that under Mr. Draghi, the euro-zone central bank has shed its cautious nature and adopted a more direct approach in its effort to lead the euro-zone into recovery. Under previous ECB President [Jean-Claude Trichet](#), the ECB was less prone to surprising the market. Thursday's rate cut suggests the governing council decided it couldn't tolerate such low inflation in the euro zone, and had to act fast to prevent the recovery from losing track.

[Enlarge Image](#)



The headquarters of the European Central Bank stands illuminated beyond a euro sign sculpture at night in Frankfurt, Germany, on Nov. 6. *Bloomberg News*

"It is obvious that the ECB under President Draghi has become much more proactive than under any of his predecessors," said Carsten Brzeski, economist with ING.

The surprise move boosted European stocks and government bonds, while the euro slumped.

The Stoxx Europe 600 touched a high of 328.08, but dropped back to trade at 326.37. Germany's DAX and France's CAC 40 also both added more than 1% after the announcement.

The yield on the benchmark 10-year German Bund, which moves inversely to prices, fell 0.04 percentage point to 1.69% from 1.73% before the ECB's rate decision.

The euro extended losses as the news conference got under way, falling below \$1.33 for the first time since Sept. 16. In addition, the single currency hit a new 10-month low against the pound of £0.8302 and is trading at its weakest level in four weeks against the yen around ¥132.34.

There were also gains for riskier Italian and Spanish bonds as investors sought higher returns. The yield on the 10-year Italian government bonds fell to 4.07% from 4.19% just before the ECB's decision while the corresponding Spanish yield eased to 4.03% from 4.14% earlier.

The ECB had kept the main interest rate unchanged since May, preferring instead to rely on the forward guidance it issued in July to keep interest rates at current or lower levels for "an extended period of time." But a worryingly low inflation reading for October, reported last week, caught investors and government officials off guard and may have put pressure on the ECB to take action sooner rather than later to shore up its guidance. The vast majority of economists had expected the ECB to stand pat Thursday.

"If the ECB had not reacted to euro-zone consumer price inflation dropping to just 0.7% in October by cutting interest rates, it could have led the markets to questioning how meaningful the ECB's forward guidance was," Howard Archer, economist with IHS Global Insight, said in a note.

The lowering of its key rate leaves the ECB in a precarious position. Since rates can't go much lower, its traditional monetary policy tools are virtually exhausted. Should low inflation and the strong euro continue to plague the euro zone, the central bank may be forced to resort to nonstandard, but more controversial measures,

such as more long-term loans to banks, a negative deposit rate or large-scale asset purchases to increase the money supply.

The ECB still has a "whole range of instruments" and "in principal we could cut further the interest rate," to address low inflation, Mr. Draghi told reporters at the central bank's headquarters.

Consumer prices in the euro zone rose only 0.7% in October from a year earlier, down from a 1.1% increase in September, and far below the ECB's target to keep inflation close to, but below 2%. The October inflation rate marked the slowest pace of consumer-price growth since the depths of the global financial crisis, fueling fears that near-zero inflation could squeeze profits, burden households and ultimately result in a "lost decade" in Europe.

Reports Thursday underscored the mounting deflationary risks in parts of the euro zone. [Consumer prices in Ireland](#) fell 0.1% in October compared with one year ago, its statistics office said, joining Greece with outright price drops. Annual Dutch inflation, meanwhile, plunged to 1.3% from 2.4% in September. Despite these reports, Mr. Draghi insisted that the euro zone isn't headed for deflation, but he said that the ECB's economic analysis indicates "that we may experience a prolonged period of low inflation."

Record high unemployment in the euro zone is pressuring wages and spending, and banks are still reluctant to lend to the real economy, another key source of growth.

Making matters worse, a strong euro is undercutting euro-zone exports, threatening to derail the region's nascent recovery and irking government officials. On Tuesday, Italy's finance minister called on the ECB to rein in the strong euro and do more to tackle stagnant prices. France's industry minister last month also said the central bank must combat the currency's appreciation.

## Italy to join deflation club?

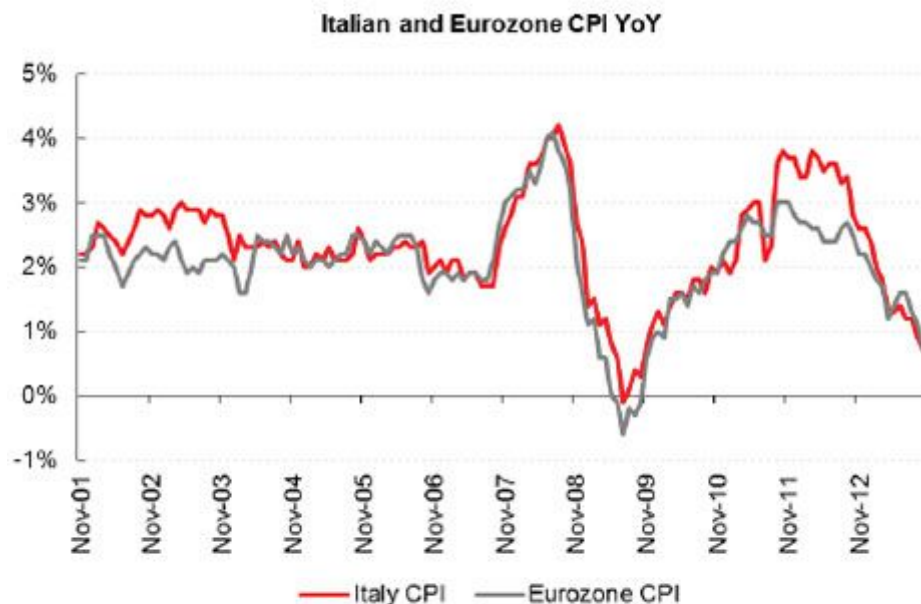
89,120

By [Ambrose Evans-Pritchard](#) **Economics** Last updated: November 7th, 2013

[91 Comments](#) [Comment on this article](#)

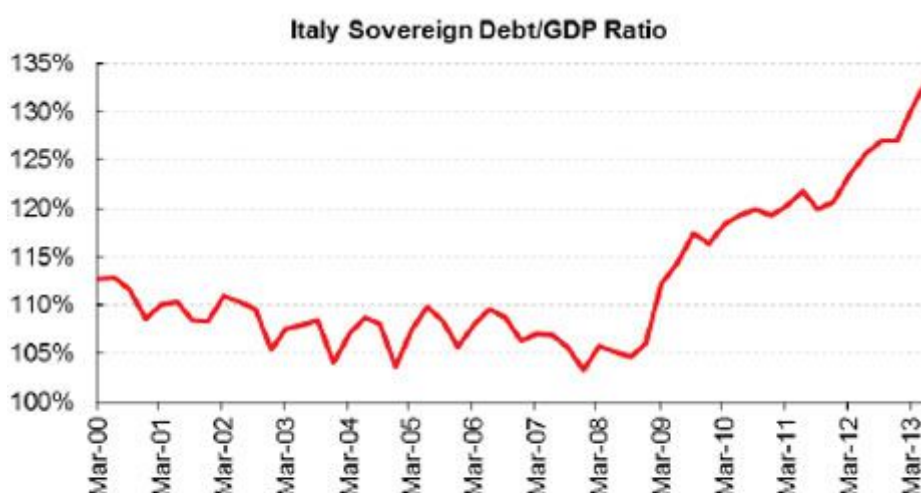
Jonathan Tepper from Variant Perception has a scary note this morning on Italy's deflation risk, just in time for the ECB's pitched battle today. Or at least one assumes that there will be blood on the floor in Frankfurt as doves show their fangs (excuse the grotesque mixed metaphor). If there is not a bloodbath given how far the ECB has undershot its inflation and M3 targets, then why not?

The first chart shows falling inflation. The underlying rate after austerity taxes are stripped out is even worse.



Source: Variant Perception, Bloomberg

The second shows the debt trajectory. They are linked of course. One is a function of the other. When you understand this elementary point, you understand the essence of the EMU crisis. Berlin feigns not to understand it.



Source: Variant Perception, Bloomberg

This is the denominator effect. The lower the inflation rate in Italy, the worse the debt trajectory, ceteris paribus. We already knew that Greece and Spain were in pre-deflation. Italy raises the stakes.



And no, Italy is not a fiscal sinner. It has been a fiscal saint for years. It now has a primary budget surplus of 2.5pc of GDP. The Italian drama is not a morality tale. It is a tale about the mathematics of debt deflation.

From Variant:

Falling wages perpetuate the deflationary dynamic, which becomes more pernicious and further entrenched the longer it persists.

The real value of debt grows with deflation. Italy went into the crisis with a high government debt-to-GDP ratio, and this only continues to grow at an alarming rate. It will not be long before investors begin to notice and deduce the endgame, at which point ~4 per cent yields on Italian government debt will look egregiously mispriced.

With debt unsustainably high in Italy; deflation eroding growth; and an encumbered banking system less able to provide support in anticipation of the ECB's Asset Quality Review, Italy's eligibility to access funding markets will come into question again. This leaves either a debt restructuring, or a change in course by the ECB – entailing large purchases of Italian debt – the most likely attempted resolutions.

Exactly, how about a change in course by the ECB?

But don't raise the tactless question of why this is not happening. I for one will throw an emotional tantrum and start uttering unacceptably rude things about a large country in Northern Europe.

One must be polite. I genuinely admire Mario Draghi. I wish he was in charge of the European Central Bank.

## ECB rate cut shows economic recovery anything but secure 89,122

November 7 By Tony Barber in London

Central bank shows it takes seriously threat of deflation

For two reasons, the [European Central Bank](#) deserves to emerge with enhanced credibility from [its unexpected decision](#) on Thursday to cut its main interest rate to a record low of 0.25 per cent.

First, it acted promptly in response to official statistical evidence that inflation in the 17-nation eurozone is [falling to exceptionally low levels](#). The flash estimate for October was an annual level of 0.7 per cent, and headline inflation is likely to fall even more in coming months. This is substantially less than the ECB's preferred inflation target of below but close to 2 per cent a year.

Second, the ECB has now shown beyond any doubt that it is not just an old-style inflation-fighting central bank, but an institution that takes seriously the notion that price stability can be threatened by deflation as well as inflation.

This is new territory for the ECB. In its 15-year history as the interest rate-setter for the eurozone, it is impossible to recall a rate decision that was related so obviously to the risk of deflation.

With good reason the ECB can now claim that it is a bank not only independent of political pressures, but independent of the post-second world war obsession with inflation of the Bundesbank.

The rate cut is sure to receive a warm welcome from political and business circles in Greece, Italy and other economically fragile eurozone nations. A widespread view in these countries is that the ECB has acted too cautiously in Europe's debt and banking crisis, widening the gap between a northern subzone where companies can borrow cheaply and a southern subzone where loans are far more expensive.

Thursday's rate cut will not, in itself, heal this fragmentation of credit conditions in the eurozone. But along with the ECB's unconventional measures of the past four years, it shows that the central bank is fully aware that the "economic recovery" of which the European Commission spoke earlier this week is anything but secure.

### Kolumne von Hans-Werner Sinn

Der Mindestlohn macht zunichte, was die rot-grüne Regierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder mit der Agenda 2010 erreicht hat: den Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit, neue Jobs für gering Qualifizierte.



Der Mindestlohn macht zunichte, was die rot-grüne Regierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder mit der Agenda 2010 erreicht hat. Quelle: dpa

Vor zehn Jahren hat Gerhard Schröder mit seiner Agenda 2010 die impliziten Mindestlöhne des deutschen Sozialsystems gesenkt. Er hat die Arbeitslosenhilfe abgeschafft und es mehr als zwei Millionen Deutschen zugemutet, stattdessen mit der Sozialhilfe vorlieb zu nehmen, die er Arbeitslosengeld II nannte und um einen Lohnzuschuss in Form von Hinzuverdienstmöglichkeiten ergänzte, den Kritiker fälschlicherweise als "Aufstockung" bezeichnen. Indem er weniger Geld fürs Wegbleiben und mehr fürs Mitmachen gab, hat er die Mindestlohnansprüche der Betroffenen gesenkt. Das hat die Lohnskala nach unten hin ausgespreizt, im Niedriglohnbereich viele neue Stellen geschaffen und die Langzeitarbeitslosigkeit reduziert.

### **Abfallwirtschaft**

Ein gesetzlicher Mindestlohn würde den staatlichen Haushalt entlasten, heißt es in einer aktuellen Studie des Forschungsunternehmens Prognos. Bei einer Lohnuntergrenze von 8,50 Euro pro Stunde könnte der Staat mit Mehreinnahmen von mehr als sieben Milliarden Euro im Jahr rechnen. Im Gegensatz zu den meisten anderen europäischen Staaten existiert in Deutschland kein gesetzlicher Mindestlohn. Bislang wurde die Lohnuntergrenze nur in einigen Bereichen festgelegt. wiwo.de hat ermittelt, welche Mindestlöhne aktuell in Branchen gelten. Im Lohn-Mittelfeld liegen etwa die Mitarbeiter in der Abfallwirtschaft. Die Branche mit 130.000 Arbeitnehmern hat zurzeit einen Mindestlohn von 8,02 Euro. Ab November 2011 steigt er auf 8,24 Euro. Die Tarifparteien verhandeln seit 8. Februar über eine Anhebung. (AP Photo/Thomas Kienzle)

*Bild: AP*

### **Ein Jobwunder**

Deutschland, der allseits bemitleidete OECD-Weltmeister bei der Arbeitslosigkeit der gering Qualifizierten, hatte sich zu einer substanziellen Arbeitsmarktreform aufgerafft, die mithilfe, ein Jobwunder hervorzubringen, um das wir heute von unseren Nachbarn beneidet werden. Die Arbeitslosigkeit ging von zwölf Prozent im Jahr

2005 auf nur noch etwa sieben Prozent in diesem Jahr zurück. Auf der Basis der heutigen Erwerbspersonen gerechnet, entspricht das einem Rückgang der Arbeitslosenzahl um 2,2 Millionen. Interessanterweise sind das genauso viele Menschen, wie seinerzeit durch die Agenda von der Arbeitslosenhilfe auf die Sozialhilfe herabgestuft wurden.

Die Agenda bedeutete zugleich eine erhebliche Entlastung der Sozialsysteme, denn trotz der Lohnzuschüsse sparte der Staat viel Geld, weil er weniger Arbeitslose finanzieren musste. Der Anteil der Ausgaben für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger am BIP ging in der Zeit von 2005 bis 2012 von 3,7 Prozent auf 2,4 Prozent zurück. Das entspricht auf der Basis des heutigen BIPs einer Entlastung des Staates um 35 Milliarden Euro pro Jahr.

Besonders bemerkenswert ist, dass die Ungleichheit nicht zunahm, denn es erwies sich für viele Arbeitnehmer als besser, einen schlecht bezahlten Job zu haben, der durch das Arbeitslosengeld II aufge bessert wurde, als keinen Job - ganz abgesehen vom Schutz vor sozialer Ausgrenzung durch Arbeitslosigkeit, der den Betroffenen zusätzlich zugutekam. Nach einer Dokumentation der in dieser Hinsicht unverdächtigen Hans-Böckler-Stiftung fiel der Gini-Koeffizient, der die Ungleichheit der deutschen Einkommensverteilung (nach Steuern und Transfers) misst, sogar von 29 Prozent im Jahr 2005 auf 28 Prozent im Jahr 2010. Schröder verlor über der Reform seinen Posten, aber Deutschland gewann den sozialen Frieden.

Das Erreichte steht bei den anstehenden Koalitionsverhandlungen nun auf dem Spiel. Ob CDU und CSU mit den Grünen oder der SPD koalieren: Beide Parteien haben einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro gefordert und werden schwerlich davon abzubringen sein. Ein solcher Mindestlohn wird das Rad der Geschichte wieder in die Zeit vor Schröder zurückdrehen, denn er wird erhebliche Lohnerhöhungen erzwingen. Immerhin beziehen im Westen circa 15 Prozent und im Osten circa 27 Prozent der Arbeitnehmer, insgesamt etwa sechs Millionen Menschen, einen Lohn, der niedriger ist. Was passieren wird, ist das Gegenteil dessen, was schon passiert ist. Die Lohnskala wird wieder von unten her hochgestaucht, die Arbeitslosigkeit der gering Qualifizierten nimmt wieder zu, die Langzeitarbeitslosigkeit wird erneut zum Thema, und die Sozialsysteme werden wieder teurer. Der soziale Frieden wird gefährdet, weil sich die Einkommensverteilung nicht verbessert, jedoch wieder mehr Menschen aus dem Arbeitsprozess ausgegrenzt werden. Der Jubel der ökonomischen Laienprediger für den Mindestlohn wird nach wenigen Jahren einer bitteren Ernüchterung weichen.

Der Hauptgrund dafür, dass die Effekte dramatisch sein werden, liegt im Euro-Verbund. Die Lohnerhöhung am unteren Ende der Lohnskala wird nämlich Kettenwirkungen haben, die weit über das hinausgehen, was ökonometrische Studien in England oder den USA, die beide über eigene Währungen mit einem flexiblen Außenwert verfügen, zeigen können. Ein Teil der Lohnerhöhung der Geringverdiener wird sich wegen der Trägheit der Lohnabstände in den mittleren Lohnbereich und damit auch in das Preisniveau der deutschen Güter übertragen. Dadurch kommt es zu einer realen Aufwertung Deutschlands gegenüber den Euro-Partnern, die die Vorteile der realen Abwertung im Euro-Verbund, von der Deutschlands Arbeitsmarkt profitiert hat, wieder zunichtemacht.

## **Nicht kaufen**

Man könnte meinen, das sei genau das Richtige, um Griechenland und Co. wieder wettbewerbsfähig zu machen. Indes brauchen diese Länder eine deutsche Nachfrageinflation, wie sie sich wegen der Umlenkung der Kapitalströme nach Ausbruch der Finanzkrise in Form des deutschen Baubooms auch schon zeigte.

Was sie nicht brauchen, ist die Stagflation, die durch den gesetzlichen Mindestlohn erzeugt wird. Wenn Deutschland die Produkte Südeuropas nicht kaufen kann, weil es durch einen politisch verordneten Kostendruck in eine neue Flaute kommt, hilft das niemandem.

## The ECB's rate cut

Forced to act

89,125

Nov 7th 2013, 17:54 by P.W. | LONDON

A WEEK ago Eurostat's preliminary estimate for consumer prices showed that inflation in the euro zone had plunged from an already low 1.1% in September to 0.7% in October. Today the European Central Bank responded by cutting its main policy rate from 0.5%, where it has stood since May, to 0.25%, a new record low. The ECB also extended the time that banks can borrow unlimited amounts from it from mid-2014 to mid-2015.

The decision came as a surprise – the euro fell sharply against the dollar - even though the collapse in inflation had brought it a percentage point under the central bank's target of "below but close to 2%. Traders and analysts had convinced themselves that any rate cut would be delayed until December. That's partly because the ECB usually moves in a ponderous way. It's also because the 23-strong governing council would then have available new staff forecasts for growth and inflation in 2015 as well as 2014.

But under Mario Draghi's leadership – today marked the second anniversary of his tenure as president of the central bank – the ECB has shown a greater readiness to act forcibly, even though it still remains slow-moving and fettered compared with other central banks like America's Federal Reserve or the Bank of England. Notably, in July 2012 Mr Draghi made his crucial pledge to "do whatever it takes" to save the euro, which brought the single currency back from the brink of collapse.

Today's decision lacks the drama of that historic intervention. But even though falling inflation may seem a less alarming prospect than a market-led siege of the euro, it could be highly corrosive, especially if inflation turns to outright deflation. As Japan's experience over the past 15 years has shown, once people start to expect falling rather than rising prices it can be very difficult to reverse such expectations. And worryingly, at 0.7%, inflation in the euro area is now lower than in Japan where Shinzo Abe, the prime minister, has mounted a determined campaign to try to slay the dragon of deflation.

Speaking after the council's decision, Mr Draghi said that the euro area did not face the risk of Japanese-style deflation. But he did say that it would experience "a prolonged period of low inflation" until "a gradual" return towards the ECB's target. That prospect of an extended stretch of ultra-low inflation is deeply worrying, for two reasons.

First, the sickly countries on the periphery of the single-currency zone, predominantly in southern Europe, are weighed down by excessive debt, both public and private. When inflation is extremely low, it becomes much more difficult for them to lighten this burden. And second, they find it harder to regain their competitive edge, forcing them towards the deflationary precipice. Already in September when euro-wide inflation was 1.1%, prices were falling in Greece by 1%, flat in Ireland and rising by just 0.3% in Cyprus and Portugal.

The ECB may have acted today, but it is still not doing enough to counter weak inflation and to bolster what looks like a feeble recovery. Mr Draghi said today that the central bank has other artillery. Although it lowered the rate at which it lends to banks to 0.25% it left unchanged at zero the one it pays to banks on their deposits with the ECB. One option would be to charge a negative rate on them, making banks pay for leaving money with the central bank, as has happened in Denmark. Now that the ECB's main rate is so low, it will have to consider taking such unconventional steps in order to ward off deflation.

## Standard & Poor's Rating-Agentur stuft Frankreich herab

89,125

08.11.2013 · Der amerikanische Ratingagentur Standard & Poor's senkt ihre Kreditnote für Frankreich. Die Gründe: Schwache Konjunktur und wenig Reformbereitschaft in der Politik.



© AP

Die Ratingagentur Standard & Poor's hat Frankreich weiter herabgestuft. Die Bonität werde nur noch mit „AA“ bewertet, teilte die Agentur am Freitag mit. Zuvor hatte das Rating „AA+“ betragen.

Die hohe Arbeitslosigkeit schwäche den Willen für signifikante Reformen, hieß es zur Begründung. Die von der Regierung eingeleiteten Maßnahmen reichten nicht, um die Wachstumsaussichten des Landes mittelfristig deutlich zu verbessern.

Die Kreditwächter rechnen für das laufende Jahr nur mit einem Miniwachstum, das es kaum über die Nulllinie schafft und für die beiden kommenden Jahre mit einem mageren Plus von je 1 Prozent. Die Arbeitslosigkeit wird laut S&P bis 2016 über der Marke von 10 Prozent bleiben.



© F.A.Z.

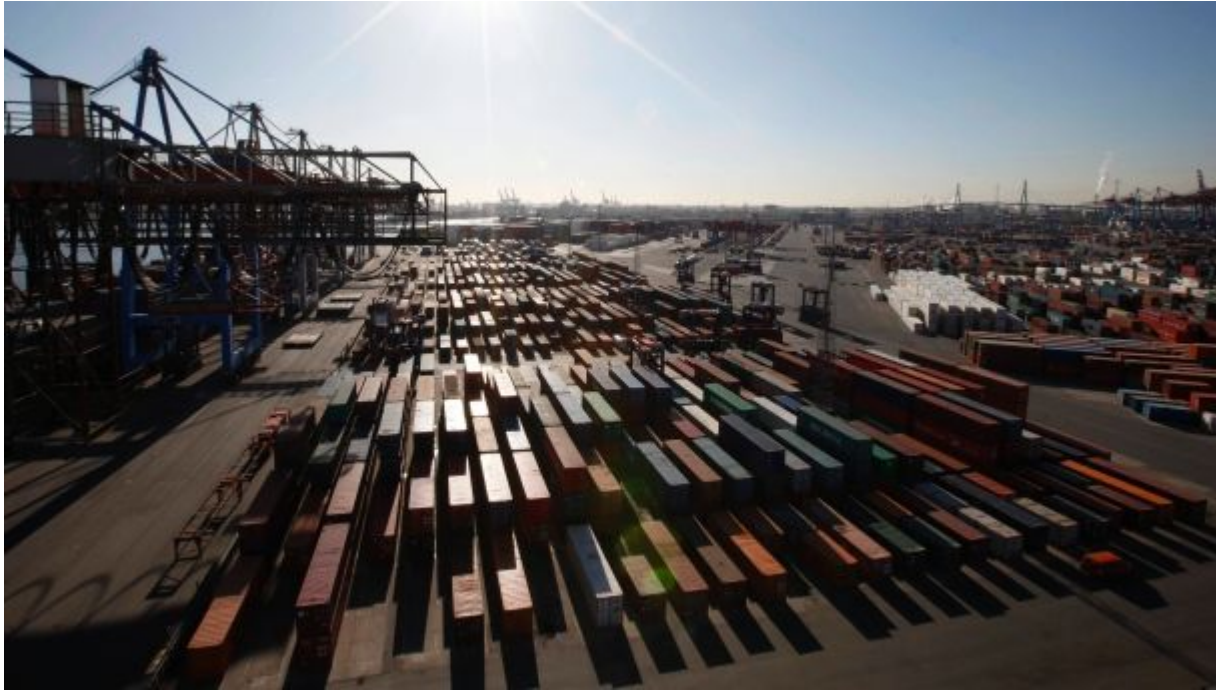
### Interaktiv: Das Rating der wichtigsten Länder

#### Interaktiv

S&P hatte das Land bereits vor einigen Monaten vor einer weiteren Senkung der Bonitätsnote gewarnt, sollte Frankreich seine Reformziele verfehlen. Eine weitere Herabstufung droht aber vorerst nicht, den Ausblick hob S&P auf stabil von zuvor negativ an.

08.11.2013 · Inmitten der Diskussion um seine Exportstärke meldet Deutschland einen Rekordüberschuss. Der Wert der Exporte lag im September 20,4 Milliarden Euro über dem Wert der Importe.

[Artikel](#) [Bilder](#) <sup>(1)</sup> [Lesermeinungen](#) <sup>(0)</sup>



© REUTERS  Container im Hamburger Hafen

Die Ausfuhren übertrafen die Einfuhren im September um 20,4 Milliarden Euro, teilte das Statistische Bundesamt am Freitag mit. „Der bisher höchste Ausfuhrüberschuss wurde im Juni 2008 mit 19,8 Milliarden Euro erzielt“, hieß es. Während die Exporte um 3,6 Prozent zum Vorjahresmonat auf 94,7 Milliarden zulegten, fielen die Importe um 0,3 Prozent auf 74,3 Milliarden Euro.

Das [amerikanische Finanzministerium hatte erst vor wenigen Tagen die Konzentration Deutschlands auf die Exportwirtschaft scharf kritisiert.](#)

Die Nachfrage nach deutschen Waren zog in allen wichtigen Regionen an. Am kräftigsten legten die Exporte in die EU-Länder mit 5,4 Prozent zu, während die Ausfuhren in die Euro-Zone um 4,4 Prozent kletterten. In alle anderen Regionen gab es ein Plus von 1,2 Prozent. In den ersten neun Monaten verkauften die Unternehmen Waren im Wert von 818 Milliarden Euro ins Ausland - 0,9 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Der Branchenverband BGA hatte erst im Oktober seine Prognose gekappt: Statt der ursprünglich erwarteten drei Prozent soll es nur noch ein Plus von weniger als einem Prozent geben.

Im September stiegen die Exporte um 1,7 Prozent zum Vormonat, nachdem sie zuvor vier Monate in Folge gefallen waren. Von Reuters befragte Ökonomen hatten lediglich mit einem Plus von 0,5 Prozent gerechnet. Die deutschen Importe fielen um 1,9 Prozent zum Vormonat, während Analysten ein Plus von 0,6 Prozent vorausgesagt hatten.

## L'agence de notation S&P dégrade encore la note de la France 89,128



La France a vu sa note dégradée à nouveau d'un cran, à «AA». *Crédits photo : EMMANUEL DUNAND/AFP*

**Plus d'un an et demi après lui avoir retiré son «AAA», l'agence de notation américaine a dégradé d'un cran la note du pays. Le ministre de l'Économie, Pierre Moscovici, déplore lui les jugements «critiques et inexacts» de S&P.**

Plus d'un an et demi après avoir perdu son «AAA»<sup>1</sup>, la France a vu sa note dégradée à nouveau d'un cran, à «AA». Comme la Commission européenne en début de semaine<sup>2</sup>, l'agence de notation américaine, Standard & Poor's estime que le pays n'est pas en mesure de se réformer davantage en raison de son chômage élevé.

«Nous estimons que les réformes engagées dans les domaines de la fiscalité, du secteur des biens et services et du marché du travail n'amélioreront pas sensiblement les perspectives de croissance de la France à moyen terme, et que la persistance d'un taux de chômage élevé affaiblit le soutien populaire en faveur de nouvelles mesures d'envergure en matière de politique budgétaire et de réformes structurelles», explique l'agence dans un communiqué. «Nous pensons également que la faible croissance économique limite la capacité du gouvernement à consolider le redressement des finances publiques», poursuit-elle.

### «La note de la France reste parmi les meilleures du monde»

Jean-Marc Ayrault, premier ministre

Peu après cette annonce, le ministre de l'Économie, Pierre Moscovici<sup>3</sup> regrette cette décision et déplore les jugements «critiques et inexacts» de S&P. De son côté, Jean-Marc Ayrault<sup>4</sup> assure que «la note de la France reste parmi les meilleures du monde». «S&P ne prend pas en compte toutes les réformes», ajoute le premier ministre.

La nouvelle note attribuée à la France, qui est la troisième meilleure possible dans la classification de S&P, est dotée d'une perspective «stable». Ce qui implique que, pour l'agence, «les facteurs de risques pesant sur la qualité de crédit de la France s'équilibrent». La possibilité d'un relèvement ou d'un abaissement de sa notation au cours des deux années à venir est donc «inférieure à une sur trois», explique-t-elle.



November 8, 2013

## Standard & Poor's Downgrades France

89,129

By [DAVID JOLLY](#)

The agency downgraded the country by one notch, saying the French government's current policy initiatives did not appear capable of addressing impediments to economic growth.

PARIS — Standard & Poor's on Friday cut its credit rating on France by one notch, saying the government's current policy initiatives did not appear capable of addressing impediments to economic growth.

“We believe the French government's reforms to taxation, as well as to product, services, and labor markets, will not substantially raise France's medium-term growth prospects, and that ongoing high unemployment is weakening support for further significant fiscal and structural policy measures,” [S.&P. said](#) in explaining its ratings decision.

The agency downgraded the country to AA from AA+ and said the outlook for the rating is “stable,” reflecting its expectation that the government of President François Hollande would hold debt in check. The agency estimated that France's net general debt would peak in 2015 at 86 percent of gross domestic product.

France's economy expanded by 0.5 percent in the second quarter of 2013 from the first three months of the year, for an annualized rate of about 2 percent. But unemployment, at 11.1 percent, weighs heavily on growth and efforts to reduce deficit spending that are mandated under European Union rules.

On Tuesday, Olli Rehn, the European Union's head of economic policy, contradicted French government forecasts that show unemployment peaking this year, predicting instead that joblessness would increase until 2015.

Weakness in France and elsewhere in the euro zone, as well as alarming signs that inflation was declining to levels that might signal the onset of deflation, led the European Central Bank on Thursday to [cut its benchmark interest rate](#) to 0.25 percent from 0.5 percent.

The euro and the yield on France's benchmark 10-year bond were little changed after the rate cut. Like the United States, which lost its AAA rating with S.&P. in August 2011, France has continued to borrow at near record lows, perhaps because investors see the alternatives as so much worse at a time of vast uncertainty.

Pierre Moscovici, the French finance minister, said in a statement that he “regrets” S.&P.'s “critical and inaccurate judgment.”

“Never has a government carried out so many reforms in such a short time,” he added, “and in such a difficult economic environment.”

Mr. Moscovici also noted that France's rating nonetheless remains among the highest in the world — something that he said reflected the country's demographics, infrastructure, education, productivity and private sector savings, as well as its status as a sovereign debt issuer at the heart of the euro zone.

[The European Union's economic forecast](#) was seen by some analysts as particularly damning for France. The forecast showed joblessness rising in France next year to 11.2 percent and 11.3 percent in 2015.

The forecast also revised French growth down to 0.9 percent in 2014 from a projection of 1.1 percent made back in the spring. France is also on course to narrowly miss important interim deficit targets previously agreed to with the European Union, according to the autumn economic forecast released on Tuesday.

- **Uziel**

- Florianopolis

There we go again. Prof PK and his AUSTERITY crusade. According to him, austerity must be avoided at any cost even if balanced budgets and sound monetary policy are sacrificed. In the past he had a different opinion. Austerity was necessary medicine to address public debt in Brazil and Argentina.

Today, Prof PK takes a political instead economic approach to tackle the question regarding France: " So what's going on here? The answer is that S.& P.'s action needs to be seen in the context of the broader politics of fiscal austerity."

There are two arguments to respond assertions above. First, financial risk agencies S&P/Moody's are not going to disappear despite their failure in the Walls Street meltdown of 2009. The global financial system is not prepared for private financial risk agencies be replaced by government sponsored ones.

Second, France's well trained economists recognize a simple fact. The country has no control over monetary policy because it belong to a common currency area, the euro.

Monetary policy is exercised exclusively by the ECB taking into account macro economic conditions in the 17 member countries.

By strict bylaws, ECB is prohibited to finance budget deficits as the FED does in the US. Governments in the euro zone have to rely exclusively on financial markets to finance public debt. Even though European politicians love Prof PK academic opinion, reality prevents them to follow suit. Debate will continue to take place at the NYT.

- **View from Europe**

- Paris

Liberté, fraternité, égalité thankfully remain the foundation of society here. Health care is word class, far superior to USA, but matched by much of the OECD. The high birth rate, and progressive family policies are clearly evident. Our apartment building in Paris is literally crawling with kids. In fact, we have a serious stroller parking problem in our lobby. Immigrants are well integrated in society, contrary to Xenophobic claims of the populist "Front National". Many things work very well in this country.

However, further increasing taxes will not generate growth. The inane 75% tax rate has only led to an exodus of capital and resources, generating no additional revenue and further damaging France's reputation. Sweden faced a similar crisis in the 80s, and made very painful reforms; look at their economic development since. My neighbours don't believe me when I say that we have higher taxes than Sweden. It is sad to say that France's best and brightest are increasingly looking to leave.

Successive governments have failed to address the real problem; unemployment. A 35-hour workweek has simply reduced productivity and increased cost. We are healthier and living longer, but the unions continue to demand a lower retirement age. The sclerotic unions are still stuck in 1968!

"Vive la France et Europe", but the government needs to take a stand to keep it moving forward., not against "les riches", but against entrenched interests that are suffocating the country,

- **Grant**

- Boston

Mr. Krugman doth protest too much. France is fine and the brie will continue to taste fine. Austerity being too bitter a pill to ever swallow, whether or not it is rebranded as fiscal responsibility; Krugman again says merely that the regulators are all wrong and he is right, although there are no examples he can sight. Mr. Krugman lives in the inescapable limitations of his own mind and economic configurations of his own making, all incessantly echoing his only model, Keynes. It is past time to look beyond the edge and comprehend that the world is not flat Mr. Krugman and that Keynes is not the Holy Grail you propose it is. It is time to reinvent the wheel.

- **cgehner**

- Seattle, Munich

- Verified

To argue that a European Commissioner of anything is using "structural reform" as "a code phrase for deregulation" seems to me on the face of it extremely silly - the EU is generally accused of OVERregulation, if anything.

It is similarly ridiculous to suggest that the EU is urging France to "[dismantle] its safety net."

One recurring theme from Prof Krugman is that "fiscal scolds don't really care about deficits. Instead, they're using debt fears to advance an ideological agenda", but he implicitly, even explicitly equates that "agenda" with the Conservative agenda in the US to dismantle Medicare and Social Security. That is far, far from the case in Europe, where, by US standards, a very high level of social services is accepted by even most "conservative" political parties.

Prof. Krugman prefers to equate structural reforms with the pejorative term "austerity". Many countries, even very socialist-leaning ones like Sweden, have had to learn that some reforms of their social safety nets were necessary, but accomplished this far shot of dismantling them.

France is far behind even these traditionally "cradle to grave nanny states", as Americans refer to them, such as the Scandinavian countries, in applying some structural reforms to its social services and government-centric economy.

One final comment: Prof Krugman scoldingly refers to "the politics of fiscal austerity", as opposed to "economics". Because "economics" is a voodoo science, it can be misused by all.

- **Krzys**

- Darien, CT

[FLAG](#)

A plot against France you say? Nothing to do with the fact that they have a record unemployment of 11%? All these higher taxes and non-austerity and yet a record unemployment. For comparison, the austerity lands of Germany and UK sit on 5% and 7% unemployment respectively. A really great French success, hopefully they raise their taxes even more to continue the success.

November 7, 2013

## Under Strain, France Examines Its Safety Net

89,131

By [ALISSA J. RUBIN](#)

ST.-ÉTIENNE, France — Patrick Jouve, the owner of [a game store](#) on the Rue Louis Braille here, assails the government regulations that limit the size of the bright chess set and bouncing balls he has painted on his storefront. If the painting covers more than 36 feet, it constitutes advertising and he has to pay a fee of \$1,350.

At 57, Mr. Jouve, is, however, looking forward to the generous government pension that will help pay for his planned retirement in the countryside at 62.

Down the street, Virginie Chargros, a baker's wife, depends on the \$404 monthly "family subsidy" she gets from the government to help raise the couple's three children. She and her husband work six days a week and bring in about \$2,200 a month, but without the subsidy, they would have trouble providing the family with "small pleasures," she said.

The pervasive presence of government in French life, from workplace rules to health and education benefits, is now the subject of a great debate as the nation grapples with whether it can sustain the post-World War II model of social democracy.

The spiraling costs of cradle-to-grave social welfare programs have all but exhausted the French government's ability to raise the taxes necessary to pay for it all, creating growing political problems for President François Hollande, a Socialist. The nation's capability to innovate and compete globally is being called into question, and investors are shying away from the layers of government regulation and high taxes.

But on the streets of this midsize city 325 miles southeast of Paris, the discussion is not abstract or even overtly political. Conversations here bring to life how many people, almost unconsciously, tailor their education, work habits and aspirations to benefits they see as intrinsic elements of their lives.

"You cannot take away guns from Americans, and in the same way you cannot take away social benefits from French people," said Louis Paris, the 25-year-old son of a couple who live on the Rue Louis Braille, a typical neighborhood in St.-Étienne, which has deep working-class roots and historically has leaned Socialist.

"They won't stand for it," said Mr. Paris, who is unemployed and has been searching since leaving college for a full-time job that offers benefits.

This reality on the Rue Louis Braille, named for the Frenchman who invented the system of raised lettering for the blind, helps explain why successive French leaders have made only modest changes in social benefits.

One of the largest buildings on the relatively prosperous-looking first block of the street is the local office for state-financed health benefits. The second block has eight empty storefronts, testimony to the last four years of economic downturn.

The median household income in the city is \$25,000, about half the national figure for the United States and slightly lower than the average for France. But that figure does not capture how many things the government pays for here.

In France, most child care and higher education are paid for by the government, and are universally available, as is health care, three of the most costly elements in the budgets of most American families.

The cost of health care in France is embedded in the taxes imposed on workers and employers; workers make mandatory contributions worth about 10 percent of their paycheck to cover health insurance and a total of about 22 percent to pay for all their benefits.

The payroll tax for employers can amount to as much as 48 percent, meaning that for an employee paid \$1,000 a month, the cost to the employer would be \$1,480, according to French government figures.

For that, the employee gets up to two years of government-paid unemployment insurance. Parents get a monthly payment for each child after the first, starting at \$176 for their second child, and most salaried workers are required to take five weeks of vacation, although professionals and those who own businesses, as do many on the Rue Louis Braille, take far less.

The political opposition to even modest cuts in social programs has been intense. Mr. Hollande's predecessor, Nicolas Sarkozy, a conservative, reduced some social security payments, narrowed the criteria for obtaining unemployment and minimum income benefits and made other proposals he was unable to implement in the face of protests that sometimes drew hundreds of thousands of people into the streets.

Mr. Hollande is facing stiff opposition for a proposal that would require people to work 18 months longer before qualifying for retirement benefits.

The tension between the pressure for budget cuts and the deeply embedded nature of government programs is playing out in individual lives.

Sarah Revet, 31, who lives on Rue Louis Braille, was able to go back to work in a local government office after having children because of a public program that allowed her get a degree that she could use to work in local government. She also had government-subsidized preschool for her 3-year-old and received the government's family payments, which helped her to afford a babysitter for her 1-year-old.

But when she was laid off because of budget cuts, she did not qualify for unemployment benefits because her job had been part time and temporary.

Yet, she still believes in a government system that ensures that the poor, especially, have an ample safety net.

“I would absolutely make the choice to continue this,” Ms. Revet said.

Just down the street, Mr. Jouve, the owner of the game store Tapis Vert, or Green Carpet, believes that the reason the government is in such dire straits is that there are too many civil servants. Government spending accounts for about 56 percent of France’s gross domestic product, in contrast to 44 percent in Germany and 40 percent in the United States, according to [Eurostat](#), the European Union’s statistics arm.

“There are too many government functionaries,” Mr. Jouve said as he demonstrated magic tricks to a customer. Referring to the city officials who come to measure the dimensions of his storefront painting, he said, “They make up jobs for themselves.”

The mayor, Maurice Vincent, said that there were only 3,500 city employees, but acknowledged that the number did not include the police, the hospital staff, the university’s professors and staff members, and the civil servants who work for the greater metropolitan area. Add those, and the government-paid workers top 25,000.

Mr. Vincent’s office also has several thousand workers on “temporary” contracts of less than three years; the positions were created when unemployment in St.-Étienne reached 17 percent, he said.

Yet small business owners here, along with many employers large and small across the country, say they cannot afford to hire more workers because of the mandatory 48 percent in payroll taxes on top of wages.

Mireille Rogers, who lives on the Rue Louis Braille, runs the [Babet Center](#), a nonprofit social service organization supported by the government that serves one of the city’s poorest neighborhoods.

Since most of the center’s clients live in an area where at least one in four young people are jobless, they see government aid as a necessity.

“I would be glad to pay more in payroll taxes so that there would be more for others,” Ms. Rogers said.

Some people at the center receive an income supplement from the government to ensure that they have a minimum amount to live on. In September, that was \$1,664 for a single person and about \$3,100 for a family of four with children over the age of 3. Some people also qualify for a housing subsidy and other benefits.

“The state has put in place a system,” said Salvatore Garaffa-Botta, a butcher and the deputy secretary of the largest union in St.-Étienne, the [C.G.T.](#) “But we are also slaves to this system.”

*Maia de la Baume contributed reporting.*

## REVIEW & OUTLOOK (EUROPE)

### Europe and the Zero Bound

89,134

As in the U.S., another rate cut isn't enough for faster growth.

WSJ Updated Nov. 7, 2013 9:02 p.m. ET

The European Central Bank turned heads by cutting its benchmark interest rates by 0.25 percentage points on Thursday, though calling it a dovish move would imply that the ECB has been hawkish. The main refinancing rate sat at 0.5% for six months before this week.

The best argument for a rate cut is that euro-zone inflation has been falling all year and came in below 1% in October. The central bank's sole mandate is price stability, which means preventing excessive price changes in both directions. ECB President Mario Draghi made clear Thursday that the lower inflation outlook was the most important calculation behind the rate cut. The central banker has refused to pretend that a 25-basis-point cut in banks' refinancing rate is the difference between euro-zone salvation and damnation, which can't be said of some commentators.

Mr. Draghi also dismissed fears that low inflation is about to turn into a deflationary spiral. Not long ago, moderately improved business surveys were supposed to presage a strong European revival. Now, "dangerously low" inflation is said to threaten the recovery.

As Mr. Draghi pointed out, recent low inflation is due in large part to stable food prices and falling energy prices, as well as the effect of previous VAT increases dropping out of the data. But even a proper, prolonged dose of low inflation wouldn't be the worst thing for Europe.



European Central Bank President Mario Draghi *Bloomberg*

Inflation has been falling most in euro-zone countries where wages have been falling most, which is good for real household income and consumption in those countries. The one euro country experiencing out-and-out deflation is Greece, where relative price adjustment has been a stated goal of crisis resolution.

A weaker euro will be a boon for German exports, which the U.S. Treasury and others blame for holding back euro-zone recovery. The new government in Germany isn't about to open its spending floodgates, which is what European Keynesians are really demanding when they complain about insufficient German "demand." The better complaint is that Berlin won't cut taxes, which would lift German growth and thus its demand for other countries' exports.

Lower interest rates and more generous central-bank liquidity will also help unfreeze credit in the European periphery. Funding conditions have been looking better of late for euro-zone banks, but those banks still aren't

lending to the real economy. Easier money will induce some banks to lower their lending rates. But actual improvement in the growth prospects of countries like Italy and Spain would do more to get credit flowing again.

This goes to the bigger point about Europe's recovery, which is that it is not and has never been in the central bank's hands. Mr. Draghi reiterated on Thursday that fiscal, labor-market and other reforms are the real way out of the euro crisis.

A dose of reform could also help the U.S., which on Thursday reported another quarter of lackluster growth. The topline GDP growth number of 2.8% was better than the details, which included a 0.8% increase in inventories and disappointing business investment.

The danger for many years has been that easy money would remove the pressure on governments to use pro-growth policies to revitalize their economies. As the ECB's rates approach the zero lower bound, the temptation will be to try "unconventional" monetary policy in the form of more asset purchases. Mr. Draghi's challenge is to keep his sights on price stability when all about him are clamoring for more.

## Another Step Closer To Economic Armageddon

89,136

Monty Pelerin November 7, 2013 [economy](#), [Investing Thoughts](#) 4 Comments



Draghi introduced additional ease into Europe this morning.

A surprise rate cut (67 of 70 [economists](#) did not see it coming, which provides a proxy IQ test for these geniuses) created turmoil in markets.

What this means by noon today is unknowable. What it means in a larger context is not:

- Europe is not in good shape. Anyone who believed they were, should be disabused of such notions.
- The forcing down of interest rates once again further exacerbates the longer-term mis-allocation of resources. Such actions may buy time, but only at the cost of greater problems down the road.
- Maco-[economics](#) is failed witchcraft which should be apparent to anyone paying attention. Yet it will continue to be used to justify “remedial” actions out of desperation.
- Governments around the world have only this hammer (liquidity/stimulus). They will hammer away even though that cannot solve the problem(s).
- Liquidity and stimulus will not end in the US or Europe until markets end it. The market ending will be either an implosion or a crack-up boom. Either is possible at this stage.
- Governments are in full pretend mode. They have no control over the situation other than to fool people into believing that things are getting better.
- The policies employed by governments ensure the destruction of economies and themselves. Governments spiral downward toward defaults and bankruptcy that will take economies with them.
- Currencies are being destroyed in terms of [purchasing power](#).
- Nothing is being done to correct [economic](#) problems. Politics has deemed true remedies too severe. They are off the table, replaced by extend and pretend actions.
- The shelf-life of this government fraud is limited. Economic Armageddon is coming.

The frustrations of watching this play out are huge. So too is the knowledge that this entire scheme jeopardizes more than living standards and economies. It threatens the very future and quality of civilizations themselves.



## Treasury and Krugman Are Wrong About Germany

89,137

By Melvyn Krauss Nov 8, 2013 12:29 AM GMT+0100

The U.S. Treasury Department's recent [accusation](#) that Germany's export surplus is beggaring euro-area partners such as Greece and France is as wrong in terms of economics as it is terrible politics.

**Germany makes high-quality products at competitive prices. That's why it has a current account surplus forecast to reach 7 percent of gross domestic product this year**, a position that the U.S. and other developed nations can only envy. **This success is not due to some neo-mercantilist policy of using export subsidies and unfair trade interventions, so in what way can it be described as unfair?**

**If the U.S., or France, or Italy could pull off such an export success story, they would. So they should: Just because a country has an export surplus doesn't mean it is stealing from its neighbors.**

The two leading voices of Keynesian economic policy making during this economic crisis -- [Paul Krugman](#) at the New York Times and [Martin Wolf](#) at the Financial Times -- have weighed in to support the Treasury's view. You only need to read the headlines to know what will follow: For Krugman, it's "[Those Depressing Germans](#);" for Wolf, "[Germany is a weight on the world](#)." The arguments they make against the country that has refused to drink their spend-and-grow Kool-Aid require a response.

### German Tourists

Underlying both articles is the assumption that Europe's periphery countries gain nothing from the German surplus. Of course they do. When auto workers in Sindelfingen and Wolfsburg take vacations in Mykonos and Tuscany, the money they spend in effect contributes to Greek and Italian exports. Tourism accounts for more than 16 percent of Greece's GDP, and the biggest number of visitors come from -- Germany.

Southern workers are also coming to Germany in record numbers to work in export industries, and commonly they remit a large part of their compensation home. This represents an import of labor services by Germany that aids the periphery. And don't forget that earnings from the manufacture of goods for export are often spent on imports, some of which are from the periphery.

The Treasury report's most startling charge is that the German export surplus is responsible for "a deflationary bias for the euro area as well as for the world economy." This is a bizarre way for the U.S. to treat an ally. First, the National Security Agency bugs Chancellor [Angela Merkel](#)'s mobile phone, then the administration accuses Germany of causing global deflation. High-handed behavior of this kind weakens U.S. influence and leadership.

Krugman and Wolf support Treasury's idea, arguing that by exporting too much, Germans must be spending too little, acting as a black hole that sucks in demand from countries that in many cases are already suffering a catastrophic demand shortage. The assumption behind this thesis is that only domestic demand can stimulate the periphery, but that is clearly mistaken.

As Germany's export sector grows, so does the economy and its demand for goods and services, including for Greek and Italian beaches and labor. Yes, increasing domestic demand at the euro area's German core also has stimulative effects for the periphery, but whether reallocating German savings from the export sector to domestic demand would benefit the likes of Spain, Italy and Greece more than the current situation isn't at all clear.

If Germans are given more money, for example, will they spend it or save it, buy houses or imports? And if they do buy a lot more imports, will these be Greek or Chinese? None of us know. Just as we can't predict what happens to the health of the euro area's strongest economy if its exports decline. A weak, overindebted German economy wouldn't help Greece or the global economy as a whole, it would hurt them.

What we do know is that Germany's exporting of savings is not responsible for falling global prices. Haven't the U.S. Treasury and its cheerleaders noticed that commodity prices have come down sharply in recent months? So far this year, gasoline on the New York Mercantile Exchange is down by 10 percent, copper by the same and corn by 40 percent. The decline in commodity prices and its effect on euro-area inflation has absolutely nothing to do with the German export surplus. Indeed, the more Germany exports, the more it supports commodity prices, by importing the raw materials it needs to make cars and industrial machinery.

That the U.S. Treasury secretary is on the same wavelength as Krugman, a Nobel-winning economist who has descended to shrill Germany-bashing, suggests he isn't listening to his own highly professional staff, and it's evidence of how politicized Treasury has become during [Jack Lew](#)'s short tenure. If anything deserves the label "beggar-thy-neighbor" that Krugman used for German policies in his column, it is the Treasury's attack on Germany's export surplus and its concomitant obsession with increasing German domestic demand.

### **Disguised Protectionism**

How convenient for bankrupt Detroit -- which sells cars in direct competition with Mercedes-Benz in Sindelfingen and Volkswagen in Wolfsburg -- for the U.S. Treasury to point the finger of blame for the world's economic problems at German exports. Where I live in California's Silicon Valley, one sees more German cars on the roads than Cadillacs, Chevrolets and Fords. German cars are no problem for us. If Lew wants to bail out Detroit, he should do so directly, instead of pursuing disguised protectionism.

Let's just walk through what would need to happen if Germany's government were foolish enough to follow the advice coming from the U.S. The government in Berlin would need to boost domestic demand, presumably by increasing public spending. This would have the effect of bidding away resources from Germany's export sectors, increasing labor and other costs of production. That would undermine the current competitive advantages of Germany's export sector. So yes, BMWs would become more expensive to buy in Silicon Valley, making its U.S. competitors more attractive.

German officials called the Treasury report incomprehensible, but I think not -- it is the evil witch of U.S. protectionism dressed up as Snow White. Krugman, Wolf and others who think the economic crisis would be fixed if only Germany would rack up more debt have leapt onboard the Treasury boat to support their own Keynesian campaigns to increase government spending. In the process, they have opened themselves up to the charge of supporting Treasury protectionism.

([Melvyn Krauss](#) is emeritus professor of economics at New York University and a senior fellow at the Hoover Institution at Stanford University)

To contact the writer of this article: Melvyn Krauss at [melvynkrauss@gmail.com](mailto:melvynkrauss@gmail.com).

Geldpolitik der EZB

## Kritik aus Deutschland an der Zinssenkung

89,139

08.11.2013 · Nach der überraschenden Leitzinssenkung der EZB wächst in Deutschland die Kritik. Politiker von Union und SPD warnen vor spekulativen Blasen. Verbraucherschützer fürchten, die Zinssenkung bestrafe Sparer, die fürs Alter vorsorgen wollen.

Artikel [Bilder](#) (3) [Lesermeinungen](#) (40)



© FIECHTER, FABIAN Die Geschäftsbanken können sich so billig wie noch nie bei der EZB Geld leihen

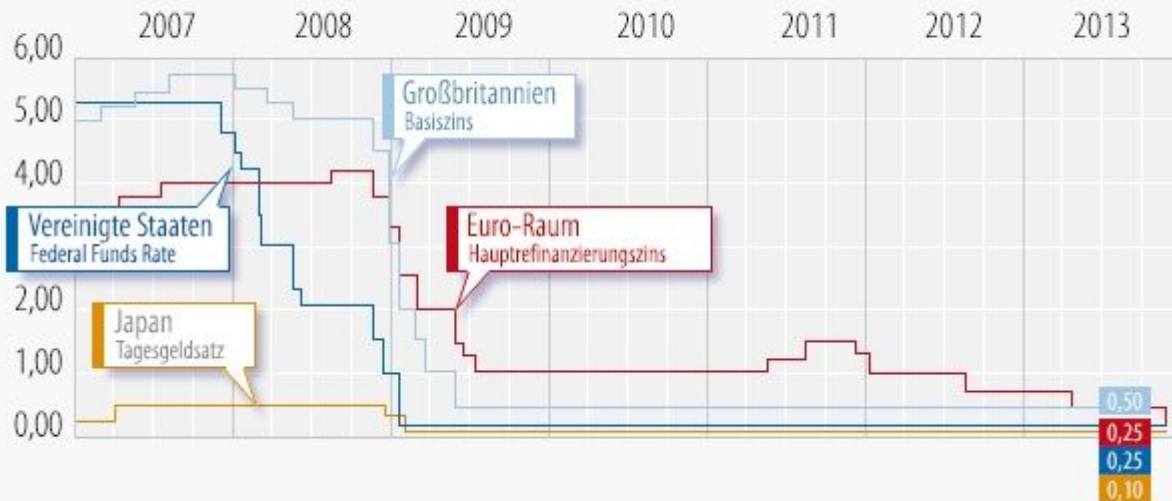
Politiker von Union und SPD warnten vor spekulativen Blasen in Folge der umstrittenen Geldpolitik. Die Zinsentscheidung sei zwar vor dem Hintergrund einer niedrigen Inflation zu sehen, sagte der für Finanzpolitik zuständige stellvertretende Vorsitzende der Unions-Bundestagsfraktion, Michael Meister, der „Berliner Zeitung“ (Online-Ausgabe). Allerdings sei schon jetzt zu viel Liquidität in den Kapitalmärkten. „Die Gefahr von Vermögenspreisblasen existiert und wird durch diese Entscheidung nicht geringer“, erklärte der CDU-Politiker.

Der SPD-Haushaltspolitiker Carsten Schneider gab zu Bedenken, dass die EZB für den Fall einer Verschlechterung der immer noch fragilen Lage nun kaum noch Spielraum habe. „In Deutschland steigt das Risiko von kreditgetriebenen Vermögenspreisblasen bei Immobilien oder Aktien weiter“, warnte Schneider zudem.

Auch Verbraucherschützer haben die Leitzinssenkung kritisiert. Damit sinke die „Hoffnung auf eine vernünftige Altersvorsorge“, sagte der Vorstand des Bundes der Versicherten, Axel Kleinlein, dem Berliner „Tagesspiegel“ (Freitagausgabe). Auf diese Weise würden diejenigen bestraft, die für das Alter etwas ansparen wollten. Kleinlein befürchtet dem Bericht zufolge, dass mit der Leitzinssenkung weitere Lebensversicherer aus dem aktiven Geschäft aussteigen werden. Das Geschäftsmodell der Branche werde damit „final auf den Prüfstand gestellt“.

# Entwicklung der Leitzinsen

Basissatz in Prozent



Quelle: Bank of England, Europäische Zentralbank, Federal Reserve, Bank of Japan

Grafik: F.A.Z.

Die EZB hatte am Donnerstag den Leitzins auf das Rekordniveau von 0,25 Prozent gesenkt. Zudem schloss EZB-Präsident Mario Draghi auch eine weitere Zinssenkung nicht aus. Nur wenige Ökonomen hatten mit einer Lockerung der Zinsschraube gerechnet. Auf der anschließenden Pressekonferenz warnte Draghi, dass der Euroraum möglicherweise vor einer „längeren“ Phase niedriger Inflation stehe. Die Inflation in den 17 Euro-Staaten war zuletzt auf 0,7 Prozent gefallen - die niedrigste Rate seit vier Jahren. Die Jahreststeuerung lag im Oktober den neunten Monat in Folge unter der EZB-Preisstabilitätsnorm von unter, aber nahe zwei Prozent.

## Draghi drängte offenbar auf die EZB-Zinssenkung, Weidmann war dagegen

Die Zinssenkung war intern umstritten: Mario Draghi selbst hat sich offenbar für die Zinssenkung Donnerstag stark gemacht - und Erfolg gehabt. **Der EZB-Chef musste sich gegen den Widerstand von Bundesbankpräsident Jens Weidmann und von mindestens zwei anderen Ratsmitgliedern durchsetzen**, sagten vier Vertreter von Zentralbanken des Euroraums gegenüber Bloomberg News. Weidmann und Mitglieder von Staaten, die sich traditionell auf die Seite der Bundesbank stellen, hätten mit dem Schritt lieber bis Dezember gewartet, sagten zwei der Personen, die namentlich nicht genannt werden wollten. **Der Bundesbankchef und seine Unterstützer wollten demnach die neue Prognosen und weitere Konjunkturdaten abwarten, bevor über eine Zinssenkung entschieden werde.**

EZB-Chefökonom Peter Praet hat den Kreisen zufolge die Zinssenkung vorgeschlagen, was bei den meisten Ratsmitgliedern auf Zustimmung stieß. Auch der französische Notenbankchef Christian Noyer habe die Lockerung befürwortet, sagte eine Person weiter. Die opponierende Minderheit habe bis zu einem Viertel des EZB-Rates ausgemacht, hieß es weiter. **Nach Angaben von zwei Personen sprach sich auch das EZB-Direktoriumsmitglied Jörg Asmussen gegen die Zinssenkung aus.**

**VIDEO:**

EUROPEAN AFFAIRS

Brussels bureau

**EU must tackle bank union and too-big-to-fail**

07/11 18:08 CET

smaller\_textlarger\_text

Share on print|Share on email|Share this article

|Share on reddit|More Sharing Services

Europe needs to swiftly complete its planned banking union to prevent future crisis, experts say.

But Finance Watch, which relieves 45 percent of its funding from the EU, says big lenders must be broken up first.

Thierry Philipponat, the group's secretary-general, said: "The main problem in Europe is that we have banks that are too large, too complex too interconnected to make any system and I insist any system of protecting tax payers against banks failures from succeeding."

They say investment banks should be hived off from their retail counterparts, Philipponat said.

It was an idea first floated in a European Commission-backed report last year.

Adrian Blundell-Wignall, a financial markets expert at the OECD, said prevention is better than cure.

"If you let the problem come you can have a very good single market, a Single Resolution Authority and the rest of it even a big enough fund to carry that up," he said.

"It's after that you've got the problem and it is still going to cost money. So the key thing is to stop getting to that point."

The economists were meeting at a forum in Brussels organised by Finance Watch.

They voiced concern that banks have been bailed out, this money is not being lent to homes and businesses.

Only 28% of the 46-trillion-euro European banking sector has been lent to households and firms in 2012, according to Finance Watch.

## Hollande garde le cap, malgré la dégradation de la note de la France 89,142



RÉACTIONS - Le chef de l'État entend maintenir «sa stratégie économique» en dépit de la dégradation de la note de la France par l'agence de notation, Standard & Poor's.

### • François Hollande, président de la République:

«Je confirmerai la stratégie qui est la nôtre, le cap qui est le mien, a déclaré le chef de l'État, lors d'une visite au siège de la Banque mondiale à Paris. La crédibilité de la France peut se mesurer par les faibles taux d'intérêt sur les marchés. **La France fera aillant d'économies qu'il est possible sans remettre en cause le modèle social**».

### • Jean-Marc Ayrault, premier ministre, sur France Bleu Provence:

«La note de la France reste parmi les meilleures au monde, c'est ce qui compte. L'agence parle de perspective, certains pays ont des perspectives négatives, ce n'est pas le cas de la France. Cette agence ne prend pas en compte toutes les réformes qui sont engagées. Ces réformes vont produire leurs effets et cela demande un certain temps. La signature de la France est bonne, nous n'avons jamais emprunté à des taux si bas, quasiment au taux de l'Allemagne».

### • Pierre Moscovici, ministre de l'Economie et des Finances, sur France Info:

«Je déplore certains jugements que je considère comme critiques et inexacts. Je trouve en effet que les jugements portés sur les réformes ne sont pas exacts et qu'ils sont exagérément critiques, notamment sur un point, ils sous-estiment la capacité de la France à se réformer, la capacité de la France à se redresser.»

### • Marine Le Pen, présidente du Front national:

«La dégradation de la note de la France par Standard & Poor's à AA, après une première dégradation sous Nicolas Sarkozy en janvier 2012, démontre que notre pays ne fait que perdre son temps à poursuivre année après année une politique d'eurostérilité sous pression de la grande finance. Non seulement l'eurostérilité dégrade le pouvoir d'achat, non seulement elle n'améliore pas la croissance, l'emploi et la dette, mais de surcroît elle n'est jamais suffisante pour la finance.

### • Valérie Pécresse, ancienne ministre UMP du Budget, sur Europe 1:

«Cette dégradation est un véritable avertissement pour le gouvernement. Elle impose un changement de cap. «Il ne faut pas changer le gouvernement mais la politique menée. Notre seule marge de manœuvre est dans les réformes.»

WSJ Nov 8, 2013

## Le Downgrade: Le Shrug

89,143

By [KATIE MARTIN](#)



Time was when a French ratings downgrade would have set markets on edge. No longer. Photo- Agence France-Presse/Getty Images

Oh, the heady days of the euro crisis. Little was predictable, but you could rely on [a government debt downgrade to send the markets into a tailspin](#).

No longer, it seems. Crisis junkies really do have to look elsewhere.

Early Friday, [Standard & Poor's downgraded France](#). France! Not Greece or Portugal. This is the core.

The market reaction: “meh”.

The euro wobbled slightly, but still hovers around \$1.34.

The French 1.75% May 2023 – the benchmark on Tradeweb – is quoted at 2.185%, up just 0.02 percentage points on Thursday's close.

The CAC-40 stock index is down 0.8%.

So, a Gallic shrug so far. But ignoring this development would be silly.

“The market response to the downgrade has been very muted so far this morning with investors seemingly not considering the downgrade a significant new development,” said Valentin Marinov, a strategist at Citigroup. “Some of that maybe correct. After all, S&P had France on a negative outlook since the downgrade in February 2012. In addition, the sovereign debt crisis is no longer a significant driver of the euro following the introduction of OMT last September.” (For the uninitiated, OMT is effectively Operation Whatever It Takes To Save The Euro.)

But, he added: “The big risk following the French downgrade is that more euro-zone downgrades would follow... Rating agencies could start worry not only about France, but also Italy and Spain.”

Derek Halpenny, a strategist at Bank of Tokyo-Mitsubishi, also reminds us that the downgrade underlines euro-zone stresses:

“This is another damaging blow to the credibility of President [François] Hollande and underlines France's poor competitiveness that is limiting France's ability to consolidate fiscally while improving growth prospects. Like after the first downgrade, this will probably have little impact on the sovereign debt market and hence the euro, but it should serve to remind us all that a wider growth divergence with the U.S. is still highly likely over the coming years.”

September 24, 2013 6:58 pm

## Germany's strange parallel universe

89,144



By Martin Wolf

A huge structural current account surplus exports products – and bankruptcy



[Angela Merkel](#)'s remarkable election result confirms her position as the dominant politician in Germany and so also in Europe. It is assumed she will get the eurozone she wants: Germany writ large. That may prove right. Alas, if she does, it is going to be a deeply depressing spectacle.

Wolfgang Schäuble, Germany's finance minister, laid out the view on which [Berlin's current policy is based, with sobering clarity](#), in the Financial Times last week. The doomsayers, he argued were wrong. Instead, "the world should rejoice at the positive economic signals the eurozone is sending almost continuously these days". If depressions and mass unemployment are a success, then adjustment in the eurozone is indeed a triumph. Mr Schäuble accuses his critics of living in a "parallel universe". I am happy to do so rather than live in his.

[Ambrose Evans-Pritchard](#) of *The Telegraph* has provided a colourful rejoinder. Kevin O'Rourke of Oxford and Alan Taylor of the University of California, Davis, offered a sober assessment, [concluding that a break-up is not unthinkable](#).

So where is the eurozone? Its unemployment is 12 per cent. Its gross domestic product in the second quarter was 3 per cent below its pre-crisis peak and 13 per cent below its pre-crisis trend (see chart). In the most recent quarter, Spain's GDP was 7.5 per cent below its pre-crisis peak; Portugal's, 7.6 per cent; Ireland's, 8.4 per cent; Italy's, 8.8 per cent; and Greece's, 23.4 per cent. None of these countries is enjoying a strong recovery. The latest unemployment rate is 12 per cent in Italy; 13.8 per cent in Ireland; 16.5 per cent in Portugal; 26.3 per cent in Spain; and 27.9 per cent in Greece. These would be



higher without emigration. Ireland's plight is a warning: it has long since restored its competitiveness and is running a large current account surplus. Yet its GDP has stagnated for four years.

Similar stagnation may be the fate of others. Why? To understand this, one needs to understand why the parallels drawn by Mr Schäuble between Germany's reforms in the 2000s and the position of today's vulnerable countries are absurd.

Germany experienced a mild recession in 2003; today's vulnerable countries are suffering depressions. Germany's largest current account deficit was 1.7 per cent of GDP in 2000; those of today's crisis-hit countries were far larger, with those of Greece, Portugal and Spain more than 10 per cent of GDP. Germany did not have huge debts and had no difficulty in financing itself; today, the vulnerable countries have huge debt overhangs and much difficulty in financing themselves.

Before the crisis, the world and eurozone economies generated strong demand for German exports; today's vulnerable countries are pursuing adjustment in a period of chronically weak demand. In the pre-crisis boom, Germany's partners found it hard to avoid high inflation; in today's weak economy, Germany has no difficulty in keeping its inflation low.

The difficulties confronting the vulnerable eurozone countries reflect these conditions. They have to improve their competitiveness. But the only one in which nominal wages have fallen substantially is Greece. Elsewhere, it is rising productivity that has improved competitiveness. But that is the other side of the coin from the unemployment. Moreover, if prices and wages did fall, the real burden of debt would rise. High nominal interest rates relative to the growth of nominal incomes also raise the debt burden. All these countries are going to end up with gross public debt at more than 100 per cent of GDP. This will be hard to manage.

In the terrifying summer of 2012, the European Central Bank promised to do "whatever it takes" to save the euro. [The ECB then announced its Outright Monetary Transaction](#) programme of support for bonds of beleaguered sovereigns. This assuaged the markets' alarm without any need (so far) to fire a shot in anger. This has given the eurozone time. But it has not solved the underlying problems.

What are those problems? The first is to get out of the current mess. The second is to achieve the reforms needed in the longer run. Ongoing fiscal transfers seem neither desirable nor feasible. But better insurance mechanisms for sovereigns and banks are needed in the long run. Yet all this will be academic if the eurozone does not allow its members to return to economic health over a reasonable time period.

Can that be done? Without a change in Germany's philosophy, the answer is No. As Mr Schäuble's piece makes quite clear, demand does not appear in the analysis. Yet a large country with a huge structural current account surplus does not just export products. It also exports bankruptcy and unemployment, particularly if the counterpart capital flow consists of short-term debt. That the [new macroeconomic imbalances procedure](#) avoids recognising the role of Germany's shortage of domestic demand is most revealing. The benchmark for concern over a current account surplus is 6 per cent of GDP, *regardless of the size of the country*. Germany's average turns out to be exactly 5.9 per cent.

So what is actually happening? The answer is that the eurozone is trying to become a bigger Germany (see charts). A mixture of rising productivity and collapsing demand has driven vulnerable economies into external balance.

Meanwhile, Germany is redirecting its surpluses outside the eurozone. Overall, the shift in the eurozone's current account balance towards surplus between 2008 and the four quarters ending in the second quarter of 2013 is €340bn. To the extent that this helps solve the eurozone's internal

problems, it does so by exporting bankruptcy elsewhere. This attempt to export its difficulties via beggar-my-neighbour policies is inconsistent with the [eurozone's obligations inside the Group of 20 leading countries](#).

But it also will not work, for two reasons: first, the eurozone is far too big to achieve export-led growth, as Germany has done; and, second, the currency is likely to appreciate still further, thereby squeezing the less competitive economies all over again.

None of this, so far as I can judge, even appears relevant inside Mr Schäuble's universe. In that universe, pursuit of competitiveness is never recognised for the zero-sum game it is if demand is completely ignored.

The eurozone could be a success, but not under such a philosophy. Will it survive? Nobody really knows. Is this how Europe's most ambitious project should be run? No.

Deutscher Exportüberschuss

## Das Märchen vom Gleichgewicht

89,147

08.11.2013 · Deutschland wird für seine Exportüberschüsse gescholten. Aber wie soll man sie verkleinern? Und wieso sind sie überhaupt ein Problem? Ein Kommentar.

Von PATRICK WELTER, WASHINGTON

Ein Gleichgewicht ist ein Zustand mit Beharrungsvermögen. Nach diesem Verständnis sind der **Internationale Währungsfonds (IWF)** und die **Vereinigten Staaten** im Gleichgewicht: Seit Jahrzehnten immer **wieder beharren sie darauf, dass Deutschland den Leistungsbilanzüberschuss, im Kern den Überschuss von Export über Import, verringere. Die Europäische Kommission steht kurz davor, sich dem illustren Kreis anzuschließen.**

Die Forderung nach einem geringeren Überschuss oder gar einem außenwirtschaftlichen Gleichgewicht wird durch die europäische Stimme nicht besser. **Soll die Bundeskanzlerin künftig am Zollhaus stehen und die Ausfuhr stoppen? Soll die Regierung die Deutschen verpflichten, mehr ausländische Produkte zu kaufen? Dass sie weniger Kapital ins Ausland tragen und mehr für den Konsum ausgeben?** Man muss sich die Konsequenzen der Forderung bis ins Extrem bildhaft vorstellen, um zu erkennen, **wie bizarr das alles ist.** Dabei geht es nicht nur darum, ob die Regierung einen geringeren Leistungsbilanzüberschuss herbeiführen kann, ohne planwirtschaftlich lenkend in den Markt einzugreifen. Es geht mehr noch darum, ob sie es überhaupt tun sollte. **Warum sollte in einer Marktwirtschaft die Politik den Menschen verbieten, im Ausland Waren zu verkaufen oder Kapital im Ausland zu investieren?**

Im Gegensatz zu anderen gesamtwirtschaftlichen Größen, die Politiker und manche Ökonomen zum Ziel erklären, ist der Wert eines außenwirtschaftlichen Gleichgewichts nicht ersichtlich. **Wachstum ist gut, weil es den Wohlstand aller hebt. Der Wert einer geringen Arbeitslosigkeit erklärt sich von allein. Eine geringe Staatsverschuldung ist gut, weil Kindern und Kindeskindern eine geringere Steuerlast auferlegt wird. Eine niedrige Inflationsrate ist gut, weil Geldwertstabilität den Menschen erlaubt, mit weniger Unsicherheit zu wirtschaften. Aber was ist an einem außenwirtschaftlichen Gleichgewicht wünschenswert?**

### Die politischen Unwägbarkeiten der Währungsunion

Die Ritter des Gleichgewichts leitet die fixe Idee, dass eine Wirtschaft sich nur dann solide entwickle, wenn die Entwicklung ausgewogen vonstatten gehe. **Es gelte das Prinzip Maß und Mitte, ein gesunder Export neben einer gesunden Binnennachfrage. So aber funktioniert die Marktwirtschaft nicht. Eine dynamische Wirtschaft im Wettbewerb ist ständig, wenn man es so nennen will, voller Ungleichgewichte, die sich vergrößern, verkleinern, verändern und verschieben - und manchmal auch über Jahrzehnte Bestand haben.** Hier gibt es eine Innovation, die zeitweise Monopolgewinne ermöglicht oder verlängert, dort ein stetes Bemühen um Qualität und Kundenzufriedenheit, so dass dauerhafte Vorteile im Wettbewerb entstehen. Solche scheinbaren Ungleichgewichte zugunsten eines angeblich ausgewogenen Wachstums einzuebnen garantierte die **Friedhofsruhe der staatlich gelenkten Wirtschaft.** Das gilt für die Binnenwirtschaft ebenso wie für den internationalen Handel.

**Der deutsche Leistungsbilanzüberschuss besteht seit Jahrzehnten, weil Deutschland netto Kapital exportiert, sieht man von wenigen Jahren nach der deutschen Einheit ab.** Ist das ein Ungleichgewicht, ein

Zustand ohne Beharrungsvermögen? **Ist Deutschland der Vampir der Weltwirtschaft, der anderswo bösartig gesamtwirtschaftliche Nachfrage absaugt?** Wohl kaum. **Der Überschuss ist - im Gegensatz zu China - auch nicht Ergebnis eines gelenkten Wechselkurses, sondern Ergebnis der individuellen Entscheidungen von Millionen Unternehmen und Verbrauchern.** Wissen der IWF, die Amerikaner oder die EU-Kommission besser, was gut für diese Menschen ist, wo und bei wem sie Güter kaufen und Kapital anlegen? Der IWF begründet die **schwache Binnennachfrage** und den Leistungsbilanzüberschuss mit geringer Investitionsbereitschaft als Folge großer Unsicherheit der Unternehmen. Das ist kein Ungleichgewicht, sondern eher **rationale Zurückhaltung deutscher Unternehmer angesichts der politischen Unwägbarkeiten der Währungsunion.**

### **Wer die Anpassungslast tragen soll**

Historisch stammt die Sorge, dass Leistungsbilanzungleichgewichte per se oder im Übermaß schädlich seien, aus **der Welt fester Wechselkurse**, die mit dem Bretton-Woods-System 1973 verging. Weil der Wechselkurs damals nicht ausgleichen durfte, stellte sich ständig **die Frage, wer die realen Anpassungslasten zu tragen hatte** - das Überschuss- oder das Defizitland. In einer kruden Mischung aus Keynesianismus und Merkantilismus ging es um eine politisch zentral ausgehandelte Aufteilung und Verschiebung gesamtwirtschaftlicher Nachfrage, so wie die Ritter des Gleichgewichts sie jetzt wieder anstreben.

Mit dem Wegfall nominaler Wechselkurse in der **Europäischen Währungsunion** hat Deutschland sich teils wieder in eine **analoge Zwangsjacke** hineinbegeben. Das erklärt zum Teil das aktuelle Aufbegehren gegen die hohen deutschen Leistungsbilanzüberschüsse. **Im Kern geht es wieder darum, wer die Anpassungslast tragen soll, die Defizit-Krisenländer im Süden oder das wichtigste Überschussland im Norden des Euroraums. Die Antwort kann nur lauten: Natürlich die Krisenländer! Alles andere würde politisches und privates Fehlverhalten belohnen und in die Zukunft fortschreiben.**

Bonität herabgestuft

## Frankreichs fünf Probleme

89,149

08.11.2013 · Frankreichs Bonität wird herabgestuft. Das liegt nicht nur an hohen Schulden. Die Wirtschaft stagniert, und die Menschen haben Angst vor der Marktwirtschaft. Hier sind die fünf größten Schwierigkeiten.

Von CHRISTIAN SCHUBERT, PARIS



© REUTERS/Szene von Anfang November aus dem bretonischen Quimper. Die Bretonen demonstrieren seit Wochen gegen die Reformpläne der Regierung

Frankreichs Wirtschaft geht es nicht gut. Jetzt hat die amerikanische Ratingagentur Standard & Poor's ihre Note der französischen Staatsschulden abermals gesenkt, diesmal von „AA+“ auf „AA“. Die Bestnoten von S&P und Moody's hatte Frankreich schon im vergangenen Jahr verloren.

Bisher hat das die Finanzierungskosten für die französischen Staatsschulden kaum beeinflusst. Am frühen Freitagmorgen jedoch stiegen die Zinsen für zehnjährige Staatsanleihen leicht. Was ist der Hintergrund für Frankreichs Herabstufungen? Hier sind Frankreichs fünf größte Probleme:

### Die Schulden sind zu hoch

Die sozialistische Regierung bekämpft den über Jahrzehnte aufgebauten Schuldenberg Frankreichs (95 Prozent des Bruttoinlandsproduktes) bisher vor allem durch Steuererhöhungen. Wie die Proteste in der Bretagne zeigen, stößt diese Strategie nun an ihre Grenzen. S&P hat bisher unterstellt, dass sich bei den staatsgläubigen Franzosen Steuererhöhungen leichter durchsetzen lassen als in anderen europäischen Ländern. Damit ist es nun vorbei.

Die Regierung hat zwar versprochen, dass sie den Schuldenanstieg von 2015 an anders bekämpfen will, sie wolle fast nur noch Ausgaben kürzen und kaum noch Steuern erhöhen. Doch das glauben nur wenige. Die Beamtenschaft von 5,5 Millionen Franzosen (1998 noch 4,3 Millionen) gilt als Stammwählerschaft der Sozialisten. Eine wichtige Kürzungsregel hat Präsident François Hollande gleich nach seiner Wahl im vergangenen Jahr abgeschafft: die Maßgabe, nach der nur einer von zwei ausscheidenden Beamten ersetzt wird.

Die Regierung bremst das Wachstum der Staatsausgaben gegenüber den Vorjahren zwar deutlich, doch dies reicht nicht, um die Defizitziele einzuhalten. Zuerst wollte Hollande die staatliche Neuverschuldung in diesem Jahr auf 3 Prozent drücken, dann korrigierte er auf 3,7 Prozent und schließlich auf 4,1 Prozent. Die EU-Kommission glaubt dem Regierungsversprechen, dass im Jahr 2015 die Maastricht-Defizitgrenze von 3 Prozent erreicht werde, auf jeden Fall nicht. Die Steuererhöhungen dämpfen die Moral der Unternehmen und der

Haushalte. Frankreich steckt zwar nicht mehr in der Rezession, doch das Wachstum dümpelt vor sich hin. Es gibt starke Anzeichen dafür, dass die Schwarzarbeit zunimmt. Seit Ende des Vorjahres haben beispielsweise die Hausangestellten spürbar weniger Steuererklärungen abgegeben.

### **Viele Franzosen sind arbeitslos**

Die Arbeitslosenquote ist unter Präsident Hollande laut Eurostat-Zahlen auf 10,9 Prozent geklettert. Das ist zwar weniger als der aktuelle Durchschnitt im Euroraum von 12,2 Prozent, doch ein Rekord für Frankreich. Die sozialistische Regierung hat in diesem Bereich zwar einige ihrer wenigen Vorzeigereformen durchgesetzt: Unter ihrem Druck einigten sich Arbeitgeber und Gewerkschaften auf Flexibilisierungsmöglichkeiten für krisengeplagte Unternehmen. Nun können gegen Arbeitsplatzgarantien Gehälter eingefroren und das enge Korsett der 35-Stunden-Woche geöffnet werden. Doch das reicht nach Einschätzung vieler Unternehmer nicht, die etwa das komplizierte Arbeitsrecht mit seinem Gesetzbuch von 3400 Seiten beklagen.

Bisher plant die Regierung keine weiteren Flexibilisierungsmaßnahmen. Stattdessen sind Gesetze vorgesehen, die das Leben der Unternehmen noch einengen: So muss vor der Schließung eines profitablen Werkes erst längere Zeit ein Käufer gesucht werden. Wenn profitable Unternehmen verkauft werden sollen, muss der Betriebsrat künftig zwei Monate zuvor informiert werden, damit die Beschäftigten ein eigenes Übernahmeangebot organisieren können.

Die Arbeitslosigkeit bekämpft Hollande vor allem mit Maßnahmen, die schon in der Vergangenheit wenig Erfolg brachten, etwa Arbeitsplätze bei staatlichen Unternehmen, Kommunen und Wohlfahrtseinrichtungen für schwer vermittelbare Jugendliche. Der staatlich verordnete Mindestlohn, der etlichen geringqualifizierten Arbeitslosen den Einstieg in den Stellenmarkt erschwert, bleibt auf seinem hohen Niveau von 9,43 Euro je Stunde.

Auch eine andere Idee zündete nicht richtig: Steueranreize für die Einstellung junger Arbeitsloser zu gewähren, wenn die Unternehmen die Stellen für ältere Arbeitnehmer erhalten. Die Ratingagentur S&P meint, dass die Arbeitslosenquote bis 2016 über 10 Prozent verharren könnte. „Wir glauben, dass die Arbeitslosigkeit die Unterstützung der Bevölkerung für neue Strukturreformen schwächt. Damit verringern sich auch die langfristigen Wachstumschancen“, schreiben die S&P-Analysten.

### **Strukturreformen fehlen**

Präsident Hollande und seine Regierung haben kaum grundsätzliche Reformen eingeleitet, sondern kratzen nur an der Oberfläche. Die Strukturen des Staatsdienstes, der 57 Prozent des Bruttoinlandsproduktes auffrisst, bleiben weitgehend unangetastet. Vorgänger Sarkozy hat beispielsweise die Behörde, die das Arbeitslosengeld auszahlt, mit der Arbeitsvermittlung fusioniert. Dafür musste er große Widerstände in der Beamtenschaft überwinden. Der Reformeifer des Vorgängers blieb oft unerfüllt, Hollande dagegen ist von dem Eifer weit entfernt.

Auch in den staatlichen Universitäten dauert die Misere an; überfüllte Hörsäle und kaum motivierte Lehrkräfte sind dafür nur ein Zeichen, das etliche junge Leute ins Ausland treibt.

Die Verantwortung für den Reformstau liegt nicht nur bei der Regierung. Wenn Besitzstände angegriffen werden, ist der Aufschrei bei den Betroffenen groß - oft unterstützt von den französischen Medien. Als Hollande vor einigen Wochen den Arbeitgebern in einigen Steuerfragen entgegen kam, titelte die linke Tageszeitung „Libération“, er sei der „Präsident der Patrons“ - ein Vorwurf, den das Arbeitgeberlager freilich überhaupt nicht nachvollziehen konnte. Wer in Frankreich Veränderungen durchsetzen will, braucht extrem viel Entschlossenheit und Durchhaltevermögen. Diese Eigenschaften sind bei Hollande derzeit nicht wahrzunehmen.

## **Die Sozialabgaben sind hoch**

Eine der größten Bremsen auf dem Arbeitsmarkt sind die hohen Sozialabgaben, die Unternehmen für ihre Beschäftigten zahlen müssen. Die Regierung hat zwar ein großes Steuersenkungspaket für die Unternehmen beschlossen, das vom nächsten Jahr an greift. Doch den Arbeitgebern wäre eine direkte Senkung der Sozialabgaben lieber gewesen.

Die hohen Sozialabgaben führen zu hohen Lohnstückkosten, die Frankreichs Wettbewerbsfähigkeit schwer belasten. In den vergangenen Jahren überstiegen sie regelmäßig das Produktivitätswachstum. Wären daher Lohnsenkungen ein Ausweg? Dies würde Frankreich zu einem Dilemma führen, denn die Wirtschaft ist vom Inlandskonsum abhängig. Wenn die Löhne sinken, könnten die Menschen weniger kaufen - und das würde sofort das Wachstum drücken. Die französischen Löhne sind trotz der Steigerungen der vergangenen Jahre im Durchschnitt ohnehin nicht hoch: 2830 Euro im Monat brutto oder 2130 Euro netto, wie das Statistikamt Insee

## **Frankreich hat Angst vor der Marktwirtschaft**

Die meisten Franzosen mögen die Marktwirtschaft nicht. Der gestiegene Wettbewerbsdruck durch die Globalisierung macht ihnen Angst. Dies verstärkt oft noch den Ruf nach dem schützenden Staat, dem wegen der Verschuldung aber die Hände gebunden sind. So macht sich allgemeine Frustration breit. Auch der Ruf nach mehr Gerechtigkeit, die der Staat durch Umverteilung durchsetzen soll, hilft nicht. Die für zwei Jahre eingeführte Steuer von 75 Prozent auf Löhne ab einer Million Euro ist ein Symbol für das Gerechtigkeitsdenken der sozialistischen Regierung. Doch weder die Reichensteuer noch die Erhöhung der Vermögenssteuer sorgt für Zufriedenheit der breiten Bevölkerungsschicht. Gleichzeitig sind die Leistungsträger erzürnt.

Finanzminister Pierre Moscovici sagte kürzlich, dass er den geringen Glauben der Franzosen an sich selbst für das größte Problem hält. Die Regierung macht es ihren Bürgern freilich auch nicht leicht, vertrauensvoll in die Zukunft zu blicken.

The global economy

## The perils of falling inflation

89,152

**In both America and Europe central bankers should be pushing prices upwards**

Nov 9th 2013 | [From the print edition](#)



WHAT is a central banker's main job? Ask the man on the street and the chances are he will say something like "keeping a lid on inflation". In popular perception, and in their own minds, central bankers are the technicians who squeezed high inflation out of the rich world's economies in the 1980s; whose credibility is based on keeping it down; and who must therefore always be on guard lest prices start to soar. Yet this view is dangerously outdated. The biggest problem facing the rich world's central banks today is that inflation is too low.

The average inflation rate in the mostly rich-world OECD is 1.5%, down from 2.2% in 2012 and well below central banks' official targets (typically 2% or just under). The drop is most perilous in the euro area: annual consumer-price inflation was only 0.7% in October, down from 2.5% a year ago. That is partly because commodity prices have been falling, but even if you strip out volatile food and fuel prices, the euro zone's underlying or "core" inflation is 0.8%, as low as it has ever been since the single currency began. In America the headline rate in September was 1.2%, down from 2% in July—and the core rate, as defined by the Federal Reserve, has stubbornly stayed at 1.2%, close to its low point. There were inklings this week that some at the Fed want even looser monetary policy. True, things are improving in Japan, which seems finally to have escaped 15 years of falling prices, but even there underlying inflation is still only zero. The only big, rich economy where prices are rising at a clip is Britain, where overall inflation is 2.7%.

### **That sinking feeling**

These are depressing numbers (see [article](#)). The most obvious danger of too-low inflation is the risk of slipping into outright deflation, when prices persistently fall. As Japan's experience shows, deflation is both deeply damaging and hard to escape in weak economies with high debts. Since loans are fixed in nominal terms, falling wages and prices increase the burden of paying them. And once people expect prices to keep falling, they put off buying things, weakening the economy further. There is a real danger that this may happen in



southern Europe. Greece's consumer prices are now falling, as are Spain's if you exclude the effect of one-off tax increases.

In America and northern Europe deflation is less of an immediate risk. Most economies are growing, albeit slowly. And surveys show consumers still expect medium-term inflation to be at or above the central banks' target of 2%. But if an economy with high unemployment grows too slowly for too long, prices and wages are eventually likely to fall. In Japan deflation did not set in until seven years after the asset bubble burst.

Even without reaching that critical level, ultra-low inflation has costly side-effects. It tends to go with a weaker economy and higher-than-necessary joblessness: America's unemployment rate is 7.2%, France's 11.1% and Spain's 26.6%. It also means that nominal incomes grow more slowly than they would if prices were rising faster. This makes both government and household debts harder to pay off. And low inflation makes it tougher for uncompetitive countries within a single currency to adjust their relative wages. With Germany's inflation rate at 1.3%, Italian or Spanish firms need outright wage cuts to compete with German factories.

What's more, too little inflation will undermine central bankers' ability to combat another recession. Normally, during a period of growth bankers would raise rates. But policy rates are close to zero, and central bankers are reliant on "unconventional" measures to loosen monetary conditions, particularly "quantitative easing" (printing money to buy bonds) and "forward guidance" (promising to keep rates low for longer in a bid to prop up people's expectations of future inflation). Should the economy slip back into recession, the central bankers will find themselves unusually impotent.

### **An attitude for altitude**

Most rich countries, then, would be better off if consumer prices were rising a bit faster. But what is "a bit", and how should central bankers go about nudging prices upwards without losing control of them? Too often in the past a bit of inflation has turned into a lot—with nasty consequences. And it is not as if central bankers have been doing nothing: from the Federal Reserve to the Bank of Japan, their balance-sheets have exploded. That has pumped up asset prices, and leads many to fret that dangerously higher consumer-price inflation will eventually appear too.

One response might be to raise official inflation targets, say from 2% to 4%. But changing what has been the cornerstone of central banking for decades could easily prove counter-productive, by unnerving financial markets. Nor is such radicalism yet necessary. Central bankers' first step should be to work harder at reaching their existing inflation goals.

**The European Central Bank, which cut its main policy rate from 0.5% to 0.25% on November 7th, still has the most work to do. Bolder moves to loosen financial conditions, including broad bond-buying and a new cheap financing facility for banks, are needed. The ECB must also stress that its target is an inflation rate close to 2% for the euro zone as a whole, even if that means higher inflation in Germany.**

The Fed, which is still buying \$85 billion-worth of bonds a month, does not need to expand quantitative easing. But it can change its forward guidance. This week's kerfuffle was based on the idea that the Fed should reduce the "threshold" below which unemployment must fall before rates are raised, lowering it from 6.5% to 6% or below (see [article](#)). That looks a good idea. The Fed's boss-in-waiting, Janet Yellen, could introduce an inflation threshold of, say, 1.75%: prices would have to rise faster than that for her to raise rates.

None of this means that inflation will not one day be a risk. But it is not today's problem. All the "sound money" fanatics who issued dire warnings about rampant inflation when central bankers began their unconventional measures might usefully reconsider whether Western policymakers did too little, not too much. Be afraid of inflation, by all means; but life can be even scarier when it sinks.

Frankreich

## Ohne Führung

89,154

08.11.2013 · Jeder Ausweg scheint in Frankreich versperrt. Das hat der Präsident sich selbst zuzuschreiben. Statt einen Kurs vorzugeben, schließt Hollande regelmäßig nur faule Kompromisse.

Von GÜNTHER NONNENMACHER

Gerade hatte Präsident Hollande in einer Rede zum Gedenken an den Ersten Weltkrieg die Franzosen ermahnt, in den wirtschaftlichen Kämpfen der heutigen Zeit zusammenzustehen, da erlitt Frankreich schon eine Niederlage: Eine Rating-Agentur hat seine Bonität herabgestuft.

Es ist in der Tat nicht zu sehen, wie die Regierung aus der Krise herauskommen will. Eine Pleitewelle geht durch das Land. Die Staatsverschuldung ist drückend; wegen der hohen Steuerlast breitet sich bei Bauern und Handwerkern, bei Angestellten und Unternehmern der Geist der Revolte aus.

Vor einschneidenden Sparmaßnahmen, die den öffentlichen Dienst und die Systeme der sozialen Sicherung betreffen müssten, scheut Hollande zurück, weil Massendemonstrationen die Folge wären, was im Wahljahr 2014 der extremen Linken und der extremen Rechten Auftrieb gäbe. Jeder Ausweg scheint versperrt, und das hat der Präsident sich selbst zuzuschreiben: Statt einen Kurs vorzugeben, schließt er regelmäßig nur faule Kompromisse. Folgebereitschaft gibt es aber nur dort, wo ein Führungswille sichtbar ist.

11/08/2013 12:40 PM

**World from Berlin**

## **'A Last Warning Shot' for Southern Europe**

**89,155**

**The decision by the European Central Bank to lower interest rates on Thursday is proof that the debt crisis still plagues the euro zone. The move is controversial in Germany, where editorialists warn it could affect savings and pensions.**

In Germany, the move Thursday by the European Central Bank to lower its main interest rate from 0.5 to 0.25 percent has been met with mixed reactions. The development has been sharply criticized by consumer protection groups as well as banks and insurance companies that often specialize in pension investment programs. Most fear the low interest rate will adversely affect savings and long-term investments like pensions.

Axel Kleinlein, the head of Germany's Association of Insured Persons (BDV), told the Berlin daily *Der Tagesspiegel* that the lowered interest rate could dash hopes of the German people for decent pensions. He said it is precisely those who are saving up for old age who will be punished.

Meanwhile, the German Insurance Association (GDV), an umbrella group of private insurers in the country, said the interest rate decrease sent a "fatal message" to all people saving for old age in Germany. "The lower interest rate will be a major burden to them," said association head Jörg von Fürstenwerth.

"Unprecedented low interest rates substantially devalue savings in Germany and the euro area and increase the danger of bubbles," the Association of German Public Banks (VOB) said in a statement.

ECB President Mario Draghi is hoping the lowest interest rate in the history of the common currency can help to reinvigorate the euro zone's economic crisis. The main interest rate is the one given to major financial institutions, who are in turn expected to pass the cheap money on to consumers and businesses.

### **Resistance on ECB Board and in Berlin**

The decision also proved controversial within the ECB's governing board during Thursday's vote. Reuters quoted a source with knowledge of the meeting stating that around one-quarter of the ECB's 23 board members opposed the move to lower the interest rate. That source said the opposition had been led by Jens Weidmann, Germany's representative on the ECB board, but did not provide other names. Some dissenters were apparently more open to the possibility of a rate change in December.

In Germany, the ECB's new policy also faced resistance from politicians in Berlin within both Chancellor Angela Merkel's conservatives and the center-left Social Democratic Party (SPD), her expected partner in the next government coalition. Representatives of both parties warned of the danger of speculative bubbles.

Michael Meister, the deputy head of the conservative Christian Democrats' parliamentary group, said although the interest rate decision may have been made on the basis of low inflation data, there is already too much liquidity in the market and that more cheap money won't be helpful. "The danger of a bubble developing in asset prices already exists, and this decision has not lessened it," Meister told the *Berliner Zeitung* newspaper.

Carsten Schneider, the SPD's budget policy spokesperson in parliament, also warned that the ECB is running out of maneuvering room in the event that the already fragile economic situation in the euro zone worsens. "In Germany, the risk continues to grow of credit-driven asset price bubbles and this decision will not reduce it," he said. Worries in Germany of a bubble in real estate prices are a particular concern.

On Friday, the interest rate move, which surprised economists in Germany, was a leading topic on the editorial pages, where views seem to be almost as conflicted as those of the ECB's own board.

Center-left **Süddeutsche Zeitung** writes:

"It seems paradoxical: Fear of inflation had been rampant for a long time, but now all of a sudden some are afraid of deflation. But these are mutually exclusive things. Prices either rise or fall on average. Nevertheless either scenario could become reality since the euro-zone economy remains extremely fragile. Fear of both extremes is symptomatic of widespread uncertainty about the success of economic recovery in the euro zone."

"Despite the risks, the ECB's decision is a clever move. The euro will weaken against the dollar, helping Europe's exporters and promoting growth. With the return of growth, deflation will cease to be an issue."

Left-leaning **Die Tageszeitung** writes:

"It's becoming dangerous: The euro zone is standing on the precipice of deflation -- i.e. of permanently decreasing prices. At first glance, such a phase could look like a paradise for consumers, whereby the majority of goods will become continually cheaper. But in actual fact, dropping prices will choke the economy."

"Deflation must absolutely be prevented -- something the ECB completely understands. Therefore, it lowered its main interest rate on Thursday from 0.5 percent to 0.25 percent. This step was correct, but had only symbolic value, because the ECB has for a long time now been powerless. It makes no difference in the real world whether the rate is at 0.5 or 0.25 percent. Both are sensationally low. They evidently cannot further stimulate the economy."

"The ECB's 'monetary policies' have come to an end. States must now employ 'fiscal policies' in order to stimulate business activity."

Mass-circulation daily **Bild** writes:

"The London financial sector pushed for weeks for the ECB to lower its main interest rate. The crisis-hit countries in Southern Europe also repeatedly called for lower rates. Now ECB President Mario Draghi has yielded to the pressure. A contentious decision -- even within the ECB!"

"However: The record-low interest rates do not solve the problem of the crisis states. There is not a lack of cheap money -- but often a lack of serious and painful reforms."

"The interest rate cut is therefore a last warning shot for the governments in southern Europe: Finally do your reform homework. Otherwise, the euro crisis will never end!"

Conservative daily **Frankfurter Allgemeine Zeitung** writes:

"It remains to be seen whether the 0.25-percent interest rate cut will have any effect on the real economy. Lending is weak because many banks in Southern Europe are undercapitalized, and also because many indebted households in countries such as Spain are having to save money and are unable to take on new loans. But the influx of cheap money, which Draghi unleashed into the economy by the 'Big Bertha' heavy firepower method

on taking office two years ago, has had other effects. Banks can borrow almost for free, and then buy government securities. Draghi's policies allow the crisis-hit countries to service their debt more cheaply."

"The decisive rate cut to almost zero has confounded everyone who claimed that the euro crisis was almost over. Draghi has let it be known that he still has further ammunition. That could include more liquidity, perhaps even negative interest rates for banks, even if that means the ECB breaking wholly new ground. But in reality, Europe is already far out on the thin ice of the euro crisis."

Business daily **Handelsblatt** writes:

"Draghi has stressed that he sees no deflation in Europe. But sinking inflation rates like the most recent figure of 0.7 percent have clearly alarmed him. Therefore he has surprisingly dropped interest rates to an historic low of 0.25 percent. That's the official reason. In fact, the ECB chief is continuing his controversial euro bailout policy."

"A weaker euro above all helps crisis countries to regain their competitiveness in the export markets. As there is no mention of exchange rate policy in the ECB's statutes, they prefer to conceal this possible motivation. From Draghi's point of view, it is more important to use every means necessary to maintain low short-term interest rates on the capital markets, which have recently tightened significantly, so the debt of crisis-hit countries remains attractive to investors. But an alleviation of refinancing for selected euro-zone countries is also not in the ECB's mandate."

-- SPIEGEL Staff

11/08/2013 12:29 PM

**Fear of Deflation**

## **ECB Rate Drop Shows Draghi's Resolve**

**89,158**

*By Nicolai Kwasniewski*

**Amid worryingly low inflation, the European Central Bank has made the surprise decision to drop its key interest rate to the lowest level ever. Economists say it shows a strong will for action by the ECB's president, but they doubt the move will have a real impact.**

The biggest worry harbored by Germans is that their savings will be devoured by inflation. The painful lessons of hyperinflation during the post-WWI Weimar Republic are deeply embedded in the collective consciousness, the standard explanation goes. In recent years, the **European Central Bank** (ECB) responded to Europe's debt crisis by flooding banks with cheap money. And German worries about inflation turned into all-out fear. Prices for what are believed to be safe investments -- gold and real estate -- have risen continually. And now ECB President **Mario Draghi** has reduced the main interest rate to its lowest level in history, taking it from 0.5 to 0.25 percent.

He also has every reason to take this step, because the greatest danger to the euro zone at the moment is that of deflation. Indeed, it is sinking rather than rising prices that are threatening Europe's economy. Last week the EU's Eurostat statistical office released its inflation figures for October -- with prices rising by just 0.7 percent, markedly below the approximately 2-percent increase the ECB aspires to in order to ensure price stability. "The zero came as a big surprise, also for the ECB," said Holger Schmieding, chief economist at Germany's Berenberg Bank.

### **Germany Fears Inflation, World Worries about Deflation**

Inflation hasn't been this low since 2009. In crisis-plagued countries in Southern Europe like Cyprus, Portugal and Spain, the rate came in below 0.5 percent. In Greece, prices have been falling since March. Germany may fear inflation, but the rest of the world is biting its nails over the possibility of the kind of deflation seen in Japan, where the economy has failed to take off for decades now. Deflation is when prices drop in the most important sectors of an economy over extended periods of time. Consumers delay purchases because they wait for lower prices, and companies earn less -- even as they are forced to keep paying their workers high wages.

Within the euro zone, the economy isn't recovering and unemployment is higher than ever before. Still, the ECB's interest rate cut has surprised many economists. Schmieding, the Berenberg economist, said he had been especially caught off guard by the speed of the decision, coming as it did just one week after the release of the new inflation data. "Draghi has shown that he can act quickly when he sees problems and that he can convince his governing council of the need for lowering the interest rate with record speed," he told SPIEGEL ONLINE.

Still, Schmieding is doubtful the move will have a major impact. "The effect will remain very limited," he said. "Interest rates for German households and companies are already very low and not much will change there." In short, he summarized: "It won't hurt anything, but it also won't do much either."

But Draghi has once again sent a strong message to the markets -- that the ECB is taking the threat of deflation seriously. He is also showing that the euro as a currency cannot be allowed to get so strong that it threatens economic recovery. Already today, export-focused companies, especially those based in Germany, are suffering under unfavorable currency exchange rates. On Thursday, the euro also registered a brief response. After the interest rate announcement, the euro's value against the dollar declined from \$1.3514 to \$1.3365. At the same time, Germany's blue chip stock index, the DAX, rose by more than 100 points.

### **The Fundamental Problems Will not Be Solved**

But the euro zone's biggest problems are of a different nature and are likely to persist, said Schmieding. "Do German companies have the trust they need to invest?" he asked. "Will small- and medium-size companies in Italy have access to credit?"

These problems won't be solved with the cut in the interest rate, Schmieding said, and the ECB has few possibilities for strengthening the euro zone's depressed lending market. Schmieding argues that banks have been holding back because they want to have enough capital on hand for the upcoming **banking stress tests** and have consequently maintained limited lending.

The banks also have reason to hope that the ECB will maintain its current policies for some time to come. While announcing the interest rate decision, Draghi said the ECB expects a "prolonged period of low inflation," but that the euro zone is not at risk of outright deflation.

The primary culprit for low inflation at the moment is sinking energy prices, but that could soon change. This spring, price increases are anticipated for coal, oil and gas, which could allow for a corresponding rise in the inflation rate. Draghi also sought to assuage concerns that the rate of inflation might drop again in November.

"We still have plenty of artillery," he said Thursday. But when it comes to lowering interest rates, Draghi has only one shot left to fire before his gun is empty and the main interest rate is at zero.

8. November 2013 16:34

## Frankreichs Staatsoberhaupt HollandePräsident im Treibsand

89,160

Beschwört die Vergangenheit, verliert über die Zukunft aber nur vage Worte: Frankreichs Präsident François Hollande (**Foto: AFP**)

Frankreichs Präsident Hollande steckt im Schlamassel. Aus Furcht, jede wirkliche Reform könnte ihn in die Tiefe driften lassen, verharrt er regungslos. Sein großes Wahlversprechen, das Volk zu einen, hat er nur in einer Hinsicht eingelöst: Alle, wirklich alle Franzosen sind unzufrieden mit ihm.

### Ein Kommentar von Christian Wernicke, Paris

Und er bewegt sich nicht. Wer [François Hollande](#) beim Regieren zuschaut, fühlt sich, zumal als Deutscher, an Helmut Kohl erinnert. Wie einst der Altkanzler kultiviert Frankreichs Präsident eine Politik des Aussitzens. Während Kohl diese Mattigkeit allerdings erst gegen Ende seiner Regierungszeit anfiel, wirkt Hollande bereits 18 Monate nach seinem Wahltriumph gelähmt.

Er ist der Präsident im Treibsand: Hüfttief steckt er im Schlamassel - doch aus Furcht, jede wirkliche Reform könne ihn in die Tiefe driften lassen, verharrt er regungslos. So beschädigt das Staatsoberhaupt sein Amt, so untergräbt er einen zentralen Pfeiler der Republik.

Immerhin: Am Donnerstag hat sich François Hollande endlich einmal grundsätzlich geäußert. In einer patriotischen Rede beschwor der Sozialist die Leiden des Ersten Weltkriegs. Die Erinnerung an La Grande Guerre, wie die Franzosen sagen, diente dem Präsidenten als Mahnung zu innerem Zusammenhalt, ja als Durchhalteappell in der aktuellen Krise. Hollande möchte Kraft und Glorie aus der Vergangenheit saugen. Doch in welche Zukunft er dieses längst nicht mehr so stolze Land im 21. Jahrhundert führen will - darüber verlor er nur vage Worte.

In der Gegenwart geht Hollandes Stern unter. Sein großes Wahlversprechen, das Volk zu einen, löste Hollande nur in einer Hinsicht ein: Alle Franzosen sind unzufrieden mit ihm. Dieser Präsident - als Mehrheitsführer **in Frankreichs halbparlamentarischer Verfassung** zugleich der wahre Regierungschef - ist der unpopulärste Mann im Élysée-Palast seit Gründung der Fünften Republik.

### ANZEIGE

Fast jeder steht gegen ihn - und jedermann aus seinem Grund. Die Reiche und die Reichen, aber auch sozialistische Stammwähler wie Angestellte und Arbeiter, erzürnt, dass der Staat sie mit ständig neuen, höheren Steuern schröpft. Auch die Revolte der Bretonen gedeiht auf diesem Boden.

Nur, soziale Einschnitte oder Sparmaßnahmen etwa bei Staatsrenten oder im Beamtenapparat, mag Hollande nicht riskieren - aus Angst vor einem Aufstand der Gewerkschaften und einer Rebellion in den eigenen Reihen. **Schon jetzt denunziert der linke Flügel der sozialistischen Partei die Regierung als zu "sozialdemokratisch", was in Frankreich einem Schimpfwort gleichkommt.** Da erntet der Präsident, was er einst als Chef der Sozialisten wuchern ließ: Hollande, der ewige Zauderer, versäumte in der Opposition eine Erneuerung seiner Partei. Stattdessen führte er 2012 eine in Clubs und Strömungen zerfaserte Linke an die Macht.



## Kein Kompass, keine Vision

Und Hollande bleibt sich treu. Auch im Élysée moderiert er mehr, als dass er regiert. Er müht sich, es allen recht zu machen, und verklärt seine Unentschlossenheit zur "Kunst der Synthese". In Wahrheit löst er keine Widersprüche auf. Er laviert nur, mischt sich in alles ein und blamiert sich, weil er zurückweicht, wo sich Widerstand regt. Dieser Präsident paart Entscheidungsschwäche mit Erklärungsscheu. Er redet viel, aber er sagt nichts. Insgeheim mag Hollande einen Plan verfolgen - aber er teilt ihn nicht mit. Kein Kompass, keine Vision. So kommt das kriselnde Land nicht von der Stelle.

Die Folgen sind verheerend. Das Volk wendet sich ab. Die Franzosen haben das Vertrauen in diesen Präsidenten verloren - und in die Politik überhaupt. Nicht nur linke und rechte Kassandras, selbst biedere Beamte schlagen Alarm. Frankreichs Präfekten, die Vertreter des Zentralstaats in den Provinzen, malten jüngst die Gefahr einer Staatskrise an die Wand: Die Menschen, so das Fazit ihres vertraulichen Berichts, fühlen sich von Staat und Regierung im Stich gelassen.

**Dies ist eine fatale Diagnose für eine Nation, die mehr als andere vom und um den Staat herum gebaut wurde.** Der Schaden wiegt schwer, weil er das politische System in seiner Gänze trifft. Die Franzosen hatten, als sie 2012 den konservativen Nicolas Sarkozy ab- und den Sozialisten Hollande auswählten, nicht nur einen Richtungswechsel verlangt. Sie wollten auch einen anderen Stil. Der hyperaktive Sarkozy ging ihnen auf die Nerven; er widersprach letztlich ihrem Verständnis von der Würde des höchsten Staatsamtes.

**Hollande verhiß Versöhnung. Er wollte ein "normaler Präsident" sein - und ist zum "banalen Präsidenten" geworden.** So hat Hollande es vollbracht, die von seinem Vorgänger lädierte Rolle des Staatsoberhaupts noch zusätzlich zu schwächen. **So sehr, dass Historiker vor einem Rückfall in die wirren, weil unregierbaren Zustände der Vierten Republik warnen. Die Gefahr wächst, dass viele Franzosen nun extremistisch wählen:** Marine Le Pen, die Führerin des Front National, steht bereit, all den Unmut und die Verzweiflung zu ernten, die Sarkozy und Hollande gesät haben.

## L'agence S&P sanctionne lourdement la politique économique de François Hollande

89,162

- o Le Figaro Par Marie Visot Publié le 08/11/2013 à 19:33



**Moins de deux ans après avoir dégradé la note de l'Hexagone, l'agence américaine a récidivé, hier, en faisant un diagnostic sans concession sur l'état du pays.**

«Les emm..., ça vole toujours en escadrille», disait Jacques Chirac. Trois jours après que la Commission européenne a prévenu que Paris ne respecterait pas - sauf à prendre d'importantes mesures budgétaires - son engagement de ramener son déficit public sous la barre des 3 % du PIB en 2015, François Hollande a reçu vendredi matin au réveil un nouveau coup de semonce: une deuxième dégradation en moins de deux ans de la note de la France par l'agence de notation Standard & Poor's (S&P). Et ce, quelques heures avant qu'il ne reçoive les responsables des grandes institutions financières internationales pour leur parler de la compétitivité du pays...

L'Hexagone n'est plus désormais noté que AA, soit deux crans en dessous du fameux AAA, la note attribuée aux pays dont la dette est la plus fiable. L'agence place désormais la France loin derrière les bons élèves de la zone euro (Allemagne, Finlande, Luxembourg et Pays-Bas), toujours AAA. En janvier 2012, l'agence américaine avait été la première à priver la France de cette meilleure note, pour des raisons principalement liées «à des mesures insuffisantes pour traiter les problèmes systémiques de la zone euro». Et à évoquer un risque sur les finances publiques. Cette décision avait fait l'effet d'une bombe, les socialistes l'ayant transformée pendant la campagne présidentielle en bilan de la gestion Sarkozy. «Ce n'est pas la France qui a été dégradée, avait réagi François Hollande. C'est une politique, c'est une stratégie, c'est une équipe, c'est un gouvernement, c'est un président.»

Si la mise en garde de Standard & Poor's est cette fois-ci toute aussi criante, elle est d'un autre registre: ce sont les décisions du président lui-même qui sont pointées du doigt. «Nous estimons que les hausses d'impôts initiées par les gouvernements successifs, qui accroissent une pression fiscale déjà élevée, ainsi que ce que nous percevons comme une incapacité du gouvernement à réduire les dépenses de l'État de manière significative, limitent la marge de manœuvre budgétaire du pays», écrit S&P. Et Jean-Michel Six, son chef économiste pour l'Europe, de se justifier par l'absence de «plan d'ensemble de la dépense publique pour libérer le potentiel de croissance».

Pour l'agence de notation, les mesures mises en œuvre depuis fin 2012 de surcroît «n'ont pas réduit de manière significative le risque que le taux de chômage reste au-dessus de 10 % jusqu'en 2016, contre une moyenne de 8-

9 % avant 2012». Un coup sévère pour le gouvernement, qui a fait de l'inversion du chômage - actuellement à près de 11 % - avant la fin de l'année la boussole de sa politique.

Enfin, et c'est peut-être le plus inquiétant, S&P relève que «le mécontentement grandissant de l'opinion publique face au poids croissant de la fiscalité a récemment conduit à des revirements de politique fiscale», qui compliquent une hausse des recettes. En d'autres termes, le socle d'une économie étant le consentement à l'impôt, elle prévient des dangers des multiples reculades de l'exécutif face au «ras-le-bol fiscal» qui s'exprime dans la rue. Et surtout de la paralysie politique qui peut en découler.

«La France est en train de passer en deuxième division», a immédiatement déploré l'économiste **Jacques Attali**, ancien collaborateur du président socialiste **François Mitterrand**. Comme ce dernier «l'avait fait en son temps», François Hollande «peut changer de politique radicalement, prendre acte de l'échec de la politique économique actuelle», a de son côté affirmé l'ancien premier ministre **François Fillon**.

Vendredi, les marchés n'ont pas surréagi à l'annonce de la dégradation et les taux d'emprunt n'ont que peu progressé. Mais il n'empêche! À Paris, on a très peu goûté aux commentaires de Standard & Poor's. **Pierre Moscovici**, le ministre de l'Économie, s'est fendu d'un communiqué un quart d'heure après la décision de S&P pour dénoncer les «jugements critiques et inexacts portés par l'agence». Un sentiment relayé quelques heures plus tard à Marseille par **Jean-Marc Ayrault**, pour qui l'agence américaine n'a «pas pris en compte toutes les réformes». La critique la plus violente au sein de l'exécutif est sans surprise venue d'**Arnaud Montebourg**, le ministre du Redressement productif, pour qui «les agences de notation n'ont aucune crédibilité», et ce d'autant qu'elles ont «des cadavres dans leurs placards».

Reste que dans la perspective du verdict vendredi prochain de la Commission européenne sur la loi de finances pour 2014, le gouvernement ne pouvait pas rester sourd aux deux avertissements de la semaine. Un nouveau «séminaire» sur la modernisation de l'action publique «dans la perspective de la préparation - car il faut commencer maintenant - du budget 2015» a ainsi été programmé pour mercredi. François Hollande prendra-t-il cette dégradation comme un coup de fouet pour réformer la France et changer de politique? «Je confirmerai la stratégie qui est la nôtre, le cap qui est le mien», a indiqué dans la matinée le chef de l'État, en guise de réponse...

**INTEREST RATE CUT:**

**‘What’s come over the ECB?’**

**89,164**

8 November 2013

Die Presse, Süddeutsche Zeitung, Il Sole-24 Ore & 2 others



[Sofia Mamalinga / Cartoon](#)

**Movement**

**In a move that came as a surprise to many analysts, on November 7, the European Central Bank cut its key interest rate bringing it down to 0.25 per cent. Although unexpected, the decision has generally been welcomed, reports the European press.**

"European interest rates close to zero," runs a headline in [Austrian daily Die Presse](#). The paper notes that 0.25 per cent is "the lowest rate since the euro was introduced".

Since inflation is already at its lowest level (0.7 per cent) since 2009, with this measure, the paper explains, the ECB wants to combat the risk of [deflation](#) — a drop in prices that could lead to a fall in consumption. In conjunction, the European Commission is expecting a rise in inflation of 1.5 per cent in 2013 and 2014 in the eurozone.

For *Die Presse* —



Many experts were expecting a cut in rates because this conforms to the announcement made by the ECB to maintain its easy money policy. [But] the fact that it acted so rapidly is a surprise. [...] The cut leaves little wiggle room at the bottom, but, according to ECB governor, Mario Draghi, the Bank has not played all of its cards yet.

With the cut in its key rate, "the ECB promises to make money easily available to the financial markets [...] but there are questions about the positive effects of the move, explains for its part [German daily Süddeutsche Zeitung](#) under a headline saying "Money has never been so cheap". Those with savings, the paper says, could find that —



... this seemingly abstract decision may have direct consequences on their lives. Easy money could lead to inflation and reduce the worth of the savings of millions of Europeans. Soon, they will get no interest for their conventional term deposits or savings accounts.

"ECB lowers rate in surprise move," says [Italian daily Il Sole 24 Ore](#), adding that Frankfurt's move carries two messages – one for the markets and the other for politicians —



... on one hand, the ECB is an independent central bank, whose monetary policy is still inspired by stability, but it is aware of the deflation risk, so it is not afraid to ruffle the feathers of both hawks and doves. On the other hand, ECB's policy keeps running into the inability of Brussels and the national governments to design the only policies that have an effect on growth: structural ones.

"The ECB mobilises against inflation and a strong euro," says French financial daily *Les Echos*. The paper is full of praise for the governor of the Bank, Mario Draghi, whom, they say, "has a certain talent for going against the market forecasts while keeping them happy. Certainly, [the paper admits](#) —



... a quarter of a base point may not seem like much. It will obviously not suffice to whip-up the still sluggish European economy. Yet it is a lot. This is a new demonstration of the 'Draghi method'. His is a very different style from that of his predecessors at the head of the ECB. He is more proactive, more pragmatic and more flexible. He is also more inclined to stretch the limits of the central bank's mandate. [...] The ECB has undoubtedly not finished being surprising because, contrary to conventional wisdom, it is far from having used up all of its ammunition.

"The key rate is lower still. What has come over the ECB?" wonders [Dutch daily De Volkskrant](#). The paper notes that the decision will have negative consequences on the competitive edge of northern European countries. Thus, for the first time, the paper says —



... the rate cut decision was not unanimous. Out of the 23 members of the ECB, several voted against. It is practically certain that the opposition came from the north of Europe and that the governor of the [German] Bundesbank, Jens Weidmann, was one of those that voted against.

## Perte du AA + : un "blocage complet" de la France

89,167

Le Monde.fr avec AFP | 09.11.2013 à 07h43

La [baisse de la note de la France](#) montre un "blocage complet" du pays, estiment samedi 9 novembre la presse française fustige l'irresponsabilité de la classe [politique](#) face à la [gravité](#) de la crise.

Au lendemain de l'annonce par l'agence de notation de la dégradation de la note française, *le Figaro* en profite pour tirer à boulets rouges sur la politique économique de [François Hollande](#) : "le verdict est sans appel : zéro pointé!", s'exclame Gaëtan de Capèle. Selon lui, l'agence de notation dit "exactement la même chose que toutes les institutions nationales et internationales : d'un côté, la France suffoque sous le poids de sa fiscalité, au point de n'avoir plus aucune marge de manoeuvre ; de l'autre, le gouvernement se montre incapable d'engager une réduction des dépenses publiques digne de ce nom".

### "L'OPPOSITION AURAIT TORT DE SE RÉJOUIR"

Pour Patrice Chabanet (*Le Journal de la Haute-Marne*), la décision de l'agence de notation montre que "notre pays s'achemine lentement mais sûrement vers une situation de blocage complet... D'un côté, la vis du pressoir fiscal a déjà dépassé les limites du supportable. De l'autre, le chômage ne recule pas, faute d'une véritable croissance." Mais "l'opposition aurait tort de se réjouir", prévient-il. Car, "quand elle était au pouvoir, elle aussi a reculé souvent devant les réformes structurelles" et "ses querelles internes lui ôtent toute prétention à vouloir débloquer le pays." "Dans cette France au bord de la crise de nerfs, les réactions politiciennes contradictoires ne font qu'ajouter un zeste de poison à un océan de défiance", renchérit Dominique Garraud dans *La Charente Libre*.

Sans nécessairement contester la gravité de la situation, certains éditorialistes pointent toutefois le manque de crédibilité et la partialité des agences de notation. "Il faut se méfier d'établissements qui pratiquent une économie d'abord virtuelle et dont les prévisions sont à peu près aussi fiables que celles de Madame Soleil", recommande ainsi Philippe Marcacci dans les colonnes de [L'Est Républicain](#).

Jean-Marcel Bouguereau, éditorialiste de [La République des Pyrénées](#) dénonce pour sa part, "l'étonnante schizophrénie de ces agences de notation dont on ne sait d'où elles tirent leur autorité: lorsque les gouvernements n'engagent pas des politiques d'austérité, elles dégradent et lorsque les économies sont frappées des conséquences de cette même austérité, elles dégradent aussi".

[Dans l'Alsace](#), Laurent Bodin relève par ailleurs que, dans la foulée de cette mauvaise nouvelle, l'exécutif a "adressé hier un bien mauvais signal au pays". A [Marseille](#) et en [Bretagne](#), le gouvernement a "sorti le chéquier pour tenter d'étouffer dans l'oeuf un mécontentement grandissant" et ce "au profit de ceux qui se sont montrés les plus bruyants, voire les plus violents". Or cet "aveu de faiblesse" pourrait "donner des idées à tous les mécontents".

## Face à la crise, le dilemme du président

89,168



Il existe toutes sortes de procédés, plus ou moins efficaces, pour favoriser le rebond d'un président de la République en perte de confiance dans les sondages : le remaniement gouvernemental, le changement de premier ministre, voire la dissolution de l'Assemblée nationale – mais à ses risques et périls.

Tout cela pourtant risque de ne pas servir à grand-chose si n'est pas clarifié, au préalable, le positionnement personnel de celui qui dirige le pays face à l'une des plus grandes crises économiques que le pays ait vécues. Dire que François Hollande a sous-estimé la gravité du problème français, qui tient à la conjonction d'un endettement record et d'un retard de compétitivité, serait absurde.

Le candidat socialiste a fait campagne sur la réduction des déficits publics et il n'a pas tardé, une fois élu, à mettre en place le crédit d'impôt compétitivité, qui ne figurait pas dans ses propositions. Seulement, il a bousillé avec les Français. Il ne leur a pas tout dit de la gravité du mal. Il a espéré que le retour de la croissance qu'il chiffrait, lorsqu'il était candidat, à 2,5 % en 2013 (on sera en réalité plus proche de 0,2 %), lui donnerait un utile coup de main pour redresser le pays.

Il a cru pouvoir bannir de son vocabulaire le mot honni de rigueur, qu'avant lui Nicolas Sarkozy avait rejeté avec la même énergie de peur de paralyser les énergies.

Aujourd'hui, le président de la République se retrouve seul au milieu d'une France hystérisée par la rigueur des prélèvements qui lui sont tombés dessus sans crier gare. Et pire, encore, il arrive au bout de l'impasse car cette flopée de prélèvements n'a pas servi à grand-chose : la note de la France est de nouveau dégradée et la Commission européenne ne lâche rien.

Pour que le déficit baisse, elle réclame des réformes de structures, des coupes dans les dépenses. Et si l'envie prenait au président de la République de l'envoyer paître, il ne le pourrait pas, car la dette atteint le seuil d'alerte (95 % du PIB l'an prochain) et interdit la moindre fantaisie.

C'est le mur de la réalité contre lequel ont buté nombre de dirigeants et qui place François Hollande face à un choix cornélien : reconnaître qu'il a péché par optimisme au début du quinquennat et réformer vigoureusement, ou poursuivre sur sa lancée : la promesse d'un lendemain meilleur qu'aucun économiste n'ose plus prédire tant la reprise s'annonce poussive à travers toute l'Europe.

Le dilemme est terrible, car reconnaître une erreur aussi stratégique en cours de mandat revient à affaiblir la crédibilité présidentielle, mais continuer à la nier aboutit à dévitaliser la fonction. François Hollande a beau avoir tous les pouvoirs, ou presque, il est aujourd'hui impuissant à s'affirmer comme le chef, car il ne rassure personne.

Et plus cette crise d'autorité dure, plus les différents lieux de pouvoir – gouvernement, Parlement, partis – semblent eux-mêmes s'affaïsser, rongés par le doute et les divisions qui affectent non seulement la gauche mais aussi la droite, car elle non plus ne se remet pas d'avoir sous-estimé, au pouvoir, la gravité de la crise.



November 8, 2013

## Right Wing's Surge in Europe Has the Establishment Rattled 89,169

By ANDREW HIGGINS

HVIDOVRE, Denmark — As right-wing populists surge across Europe, rattling established political parties with their hostility toward immigration, austerity and the European Union, [Mikkel Dencker](#) of the Danish People's Party has found yet another cause to stir public anger: pork meatballs missing from kindergartens.

A member of Denmark's Parliament and, he hopes, mayor of this commuter-belt town west of Copenhagen, Mr. Dencker is furious that some day care centers have removed meatballs, a staple of traditional Danish cuisine, from their cafeterias in deference to Islamic dietary rules. No matter that only a handful of kindergartens have actually done so. The missing meatballs, he said, are an example of how "Denmark is losing its identity" under pressure from outsiders.

The issue has become a headache for Mayor Helle Adelborg, whose center-left Social Democratic Party has controlled the town council since the 1920s but now faces an uphill struggle before municipal elections on Nov. 19. "It is very easy to exploit such themes to get votes," she said. "They take a lot of votes from my party. It is unfair."

It is also Europe's new reality. All over, established political forces are losing ground to politicians whom they scorn as fear-mongering populists. In France, according to a recent opinion poll, the far-right National Front has become the country's most popular party. In other countries — Austria, Britain, Bulgaria, the Czech Republic, Finland and the Netherlands — disruptive upstart groups are on a roll.

This phenomenon alarms not just national leaders but also officials in Brussels who fear that European Parliament elections next May could substantially tip the balance of power toward nationalists and forces intent on halting or reversing integration within the European Union.

"History reminds us that high unemployment and wrong policies like austerity are an extremely poisonous cocktail," said Poul Nyrup Rasmussen, a former Danish prime minister and a Social Democrat. "Populists are always there. In good times it is not easy for them to get votes, but in these bad times all their arguments, the easy solutions of populism and nationalism, are getting new ears and votes."

In some ways, this is Europe's Tea Party moment — a grass-roots insurgency fired by resentment against a political class that many Europeans see as out of touch. The main difference, however, is that Europe's populists want to strengthen, not shrink, government and see the welfare state as an integral part of their national identities.

The trend in Europe does not signal the return of fascist demons from the 1930s, except in Greece, where the neo-Nazi party [Golden Dawn](#) has promoted openly racist beliefs, and perhaps in Hungary, where the far-right [Jobbik party](#) backs a brand of ethnic nationalism suffused with anti-Semitism.

But the soaring fortunes of groups like the Danish People's Party, which some popularity polls now rank ahead of the Social Democrats, point to a fundamental political shift toward nativist forces fed by a curious mix of right-wing identity politics and left-wing anxieties about the future of the welfare state.

"This is the new normal," said Flemming Rose, the foreign editor at the Danish newspaper *Jyllands-Posten*. "It is a nightmare for traditional political elites and also for Brussels."

The platform of France's National Front promotes traditional right-wing causes like law and order and tight controls on immigration but reads in parts like a leftist manifesto. It accuses "big bosses" of promoting open

borders so they can import cheap labor to drive down wages. It rails against globalization as a threat to French language and culture, and it opposes any rise in the retirement age or cuts in pensions.

Similarly, in the Netherlands, [Geert Wilders](#), the anti-Islam leader of the Party for Freedom, has mixed attacks on immigration with promises to defend welfare entitlements. “He is the only one who says we don’t have to cut anything,” said Chris Aalberts, a scholar at Erasmus University in Rotterdam and author of a book based on interviews with Mr. Wilders’s supporters. “This is a popular message.”

Mr. Wilders, who has police protection because of death threats from Muslim extremists, is best known for his attacks on Islam and demands that the Quran be banned. These issues, Mr. Aalberts said, “are not a big vote winner,” but they help set him apart from deeply unpopular centrist politicians who talk mainly about budget cuts. The success of populist parties, Mr. Aalberts added, “is more about the collapse of the center than the attractiveness of the alternatives.”

Pia Kjaersgaard, the pioneer of a trend now being felt across Europe, set up the Danish People’s Party in 1995 and began shaping what critics dismissed as a rabble of misfits and racists into a highly disciplined, effective and even mainstream political force.

Ms. Kjaersgaard, a former social worker who led the party until last year, said she rigorously screened membership lists, weeding out anyone with views that might comfort critics who see her party as extremist. She said she had urged a similar cleansing of the ranks in Sweden’s anti-immigration and anti-Brussels movement, the Swedish Democrats, whose early leaders included a former activist in the Nordic Reich Party.

Marine Le Pen, the leader of France’s National Front, has embarked on a similar makeover, rebranding her party as a responsible force untainted by the anti-Semitism and homophobia of its previous leader, her father, Jean-Marie Le Pen, who once described Nazi gas chambers as a “detail of history.” Ms. Le Pen has endorsed several gay activists as candidates for French municipal elections next March.

But a whiff of extremism still lingers, and the Danish People’s Party wants nothing to do with Ms. Le Pen and her followers.

Built on the ruins of a chaotic antitax movement, the Danish People’s Party has evolved into a defender of the welfare state, at least for native Danes. It pioneered “welfare chauvinism,” a cause now embraced by many of Europe’s surging populists, who play on fears that freeloading foreigners are draining pensions and other benefits.

“We always thought the People’s Party was a temporary phenomenon, that they would have their time and then go away,” said Jens Jonatan Steen, a researcher at Cevea, a policy research group affiliated with the Social Democrats. “But they have come to stay.”

“They are politically incorrect and are not accepted by many as part of the mainstream,” he added. “But if you have support from 20 percent of the public, you are mainstream.”

In a recent meeting in the northern Danish town of Skorping, the new leader of the Danish People’s Party, Kristian Thulesen Dahl, criticized Prime Minister Helle Thorning-Schmidt, of the Social Democrats, whose government is trying to trim the welfare system, and spoke about the need to protect the elderly.

The Danish People’s Party and similar political groups, according to Mr. Rasmussen, the former prime minister, benefit from making promises that they do not have to worry about paying for, allowing them to steal welfare policies previously promoted by the left. “This is a new populism that takes on the coat of Social Democratic policies,” he said.

In Hvidovre, Mr. Dencker, the Danish People’s Party mayoral candidate, wants the government in, not out of, people’s lives. Beyond pushing authorities to make meatballs mandatory in public institutions, he has attacked proposals to cut housekeeping services for the elderly and criticized the mayor for canceling one of the two Christmas trees the city usually puts up each December.

Instead, he says, it should put up five Christmas trees.

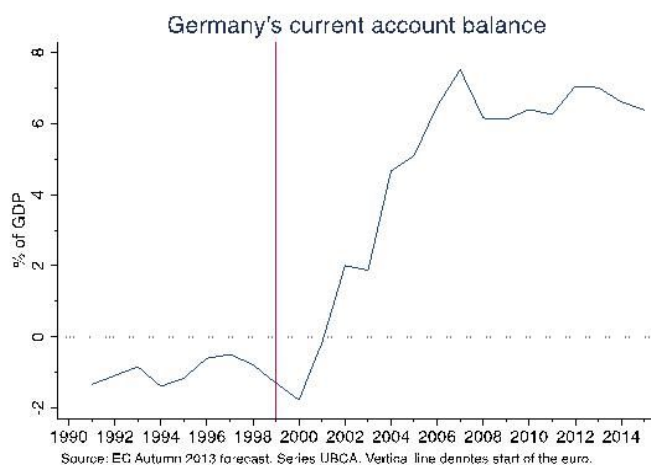
## - Germany's current account surplus offers "no reason for concern" fails to convince the economics blogosphere

by [J r mie Cohen-Setton](#) on 6th November 2013

*What's at stake: For the first time the U.S. Treasury [semi-annual report](#) to "Congress on International Economic and Exchange Rate Policies" blamed Germany explicitly for its continuous current account surpluses, which have resulted into "a deflationary bias for the euro area, as well as for the world economy." The response of the German finance ministry that Germany's current account surplus offers "no reason for concern" has failed to convince the economics blogosphere, which overwhelmingly shares the views of the U.S. Treasury on this issue.*

### *Current Account = Savings - Investment*

[Matthew Klein](#) writes that **the claim that "the trade surpluses reflect the strong competitiveness of the German economy and the international demand for quality products from Germany" is just wrong.** Trade balances simply reflect the balance between domestic production and consumption. The special appeal of German products should show up in the volume of its exports, not the difference between its exports and its imports.



[Paul Krugman](#) writes that **there's a tendency**, in discussing Germany's position in world trade, **to assume that massive surpluses have always been the German norm** — that the country's high-quality products have always fueled an export engine that inevitably sold much more abroad than Germans bought. But it's not true. There was an earlier period of surpluses in the mid-80s, largely the counterpart of America's Reagan-era deficits. But Germany didn't run a surplus at all in the 90s. Its big move came with the introduction of the euro, and corresponding huge capital flows to the European periphery.

### *The paradox of thrift in the world economy*

[Ryan Avent](#) writes that that **a CA surplus wouldn't normally be a problem.** German surpluses would usually generate appreciation in the German currency, which would eventually reduce the surplus. At the same time, a

shortfall in external demand in other economies could simply be offset by higher internal demand. But Germany doesn't have a currency to appreciate; it shares the euro with lots of other economies. And at the moment because rich-world economies are chronically short of demand, and one component of demand is external demand. Germany's large current-account surplus means that it is enjoying a large chunk of the available external demand across the rich world.

[Francesco Saraceno](#) writes that the generalization of the German model to the whole eurozone is leading to increasing current account surpluses. Therefore, this is not simply a European problem anymore since **the eurozone has moved from a substantial balance to a small but not negligible (1.9%) surplus**. The eurozone as a whole today is a net saver, and therefore contributes to depress aggregate demand at the global level. [Martin Wolf](#) adds that the shift from deficit towards surplus is forecast by the IMF to be 3.3 per cent of eurozone GDP between 2008 and 2015.

### *A test for the macroeconomic imbalances procedure*

[Charlemagne](#) writes that **under the so-called macroeconomic imbalances procedure**, a current-account deficit greater than 4% of GDP can trigger an alert, possibly followed by “in-depth analysis” carried out by the European Commission, policy recommendations and, ultimately, the threat of sanctions. Yet a country's surplus must rise above 6% of GDP before Eurocrats start to take notice. Germany was let off last year because its surplus (averaged over three years) was a shade below the warning threshold and was expected to shrink. Now statisticians have revised that figure to 6.1%, and it has grown since then. It stood at 7% in 2012. The test for the Commission will come later this month, when the commission issues its latest economic forecasts and launches the “European semester”, an annual cycle of economic and budgetary assessments that culminate in the spring with “country-specific recommendations”.

[Alexander Jung](#), [Christian Reiermann](#) and [Gregor Peter Schmitz](#) (HT [Mark Thoma](#)) write that **suggestions that the Germans stimulate imports are unrealistic** as the government also lacks important tools to influence them. Germans will buy more foreign goods if they earn more money. But this isn't something the government can dictate since, in Germany, employers and trade unions negotiate wage levels without any government interference.

### *The reasons behind a failure of analysis*

[Twenty-Cent Paradigms](#) (HT [Capital Ebbs and Flows](#)) writes that **the difficulty, in part, comes from the moralistic connotations of some of the language used to discuss international flows**. That is, Germany is running a current account "surplus" which results from a high level of "savings", and saving and having a surplus sound like the results of virtuous behavior (while having deficits and low savings connote profligacy). So the idea that German economic policy is part of the problem is a hard sell to politicians, commentators and voters (and even some economists who should know better). But it takes two to have an imbalance.

[Simon Wren-Lewis](#) writes that **the problem is not with Germany, but with the macroeconomic myths that seem to be so deeply embedded in current policy**. There are three key myths that are leading German policy making astray. Myth 1: The EZ crisis stemmed from fiscal irresponsibility in the periphery EZ countries, and that the crisis can only be solved by reversing this through harsh austerity. Myth 2: An anti-Keynesian view that fiscal policy has no place in managing aggregate demand, which can be safely left in the hands of the ECB as long as the ECB sticks to its job of keeping inflation below 2%. Myth 3: To be independent, central banks must never buy government debt, as this indicates fiscal dominance. Although these three myths have a particular Ordoliberal flavour, they are not so very different from similar myths expounded by politicians and the occasional economist in the US, the UK and elsewhere in Europe. The myths are the problem.

## *France then, Germany now*

[Paul Krugman](#) argues that **Germany is playing a somewhat similar role than France in the Great Depression**, which soaked up a huge proportion of the world's gold reserves in 1930-31. The French weren't evil or malicious here — they were just adhering to their hard-money ideology in an environment where that had terrible adverse effects on other countries. Germany's role is not as drastic as that of France in the 1930s, but has less excuse. For Germany is an economic hegemon in a way France never was.

[Uneasy Money](#) writes that undervaluation of the franc would have done no permanent damage to the world economy if the Bank of France had not used the resulting inflow of foreign exchange to accumulate gold, cashing in sterling- and dollar-denominated financial assets for gold. [Ryan Avent](#) writes that **the whole gold standard analogy and all the complaining about Germany is a red herring**, because the ECB can create euros at will and can therefore banish any deflationary pressure emerging from Germany. In this crazy world of too-little demand, Germany deserves criticism for its surplus. But given that rich-world central banks could get printing and solve the problem of too-little demand outright, that criticism could be more usefully allocated elsewhere.

Gastbeitrag Hans-Werner Sinn

## Wen schützt der Rettungsschirm der EZB?

89,174

09.11.2013 · Gerade hat die EZB ihren Leitzins auf ein Rekordtief gesenkt. Manchmal werden die Vorteile einer Zinssenkung für Deutschlands Kreditnehmer betont. Doch wir sind die Verlierer der Zinssenkung, die Krisenländer sind klare Gewinner. Warum? Ein Gastbeitrag.

[Artikel](#) [Bilder](#) (2) [Lesermeinungen](#) (236)



© MATTHIAS LÜDECKE / F.A.Z.  Hans-Werner Sinn

Ist Deutschland der große Target-Gewinner? Mein Kollege Marcel Fratzscher vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) meint das. [Seine Stellungnahme](#) veranlasst mich, hier noch einmal grundsätzlich zu der Target-Problematik Stellung zu nehmen - zweieinhalb Jahre nachdem ich [meinen ersten Beitrag in der F.A.Z.](#) dazu schrieb, der eine inzwischen nicht mehr überschaubare wissenschaftliche und öffentliche Diskussion ausgelöst hat.

Zunächst einmal freut es mich, dass die Phase, während der deutsche Politiker die Krediteigenschaft der Target-Salden leugnen und von „irrelevanten Salden“ reden konnten, heute endgültig vorbei ist. Es ist nicht mehr strittig, dass die Target-Salden die zusätzlichen Refinanzierungskredite widerspiegeln, die die Zentralbanken der Krisenländer ihren Banken geben durften, nachdem der EZB-Rat die Qualitätsanforderungen für die dabei von den Banken einzureichenden Pfänder immer weiter gesenkt und dadurch immer mehr Spielraum für solche Kredite geschaffen hatte. Dabei handelt es sich um öffentliche Kredite, die über die Eigenversorgung der Länder mit Liquidität hinausgingen und dazu dienten, Leistungsbilanzsalden zu bezahlen, Auslandsschulden zu tilgen oder auch Wertpapiere, Immobilien oder Firmen in anderen Ländern zu kaufen. Was vorher durch private Auslandskredite finanziert wurde, wurde durch die Kredite des EZB-Systems ersetzt.

Die Überweisung des neu geschaffenen Geldes aus den Krisenländern zwang die Zentralbanken der Empfängerländer, den eigenen Geldverleih zu reduzieren beziehungsweise hinzunehmen, dass die Banken das überschüssige Geld bei ihnen verzinslich anlegten und damit aus dem Verkehr nahmen. Zum Ausgleich erhalten sie eine verzinsliche Forderung gegenüber dem EZB-System, während die Zentralbanken der Länder, die das zusätzliche Geld verliehen, eine entsprechende Verbindlichkeit aufbauen. Etwa 80 Prozent der Zentralbankgeldmenge des Eurosystems sind durch Kredit- oder Offenmarktoperationen der Notenbanken der sechs Krisenländer (Griechenland, Italien, Portugal, Spanien, Irland, Zypern) entstanden, obwohl diese Länder nur ein Drittel der Wirtschaftskraft des Euroraums auf sich vereinen. Entsprechend groß ist der Anteil der Zinseinnahmen des Eurosystems, der in den Krisenländern entsteht und dann an die Finanzministerien der Mitgliedsländer in Proportion zur Landesgröße verteilt wird. In Deutschland gibt es per Saldo nur noch Zentralbankgeld, das durch bloße Überweisungsaufträge aus dem Ausland in Umlauf kam, und alle Zinstransfers der Bundesbank an das Finanzministerium stammen aus dem Ausland.

## **Der Verleih der Druckerpresse**

Eine bildliche Metapher der elektronischen Zahlungsvorgänge, die hinter den Target-Salden stehen, lautet so: Der Süden drückt sich das Geld, das er braucht, um im Norden Güter und Vermögensobjekte zu kaufen sowie alte Schuldscheine einzulösen, und die Notenbanken des Nordens schreddern das vorher schon ausgegebene Geld, weil es als Schmiermittel für die inländischen Transaktionen nicht mehr benötigt wird. Es wird also quasi die (elektronische) Druckerpresse vom Norden an den Süden verliehen, was die Target-Forderungen und -Verbindlichkeiten begründet.

Der Verleih der Druckerpresse impliziert erhebliche Haftungsrisiken. Sollte der Euro zerbrechen, lösen sich die Target-Forderungen in Luft auf, während die Schuldscheine, Vermögensobjekte und Güter, die gegen das aus dem Ausland überwiesene Geld verkauft wurden, im Ausland verbleiben.

Strittig ist heute nicht mehr der Sachverhalt, sondern nur noch, was mit den Sonderkrediten aus der Druckerpresse finanziert wurde. [Marcel Fratzscher meint](#), Deutschlands Target-Forderungen, die heute bei 570 Milliarden Euro stehen, seien vor allem durch den Rückruf von 400 Milliarden Euro an privatem Kapital entstanden, das durch die Refinanzierungskredite der nationalen Notenbanken, also das in den Krisenländern neu geschaffene Geld, ersetzt wurde. Er spricht von „Fluchthilfe“, denn ohne dieses Geld hätten die Krisenländer den Kapitalrückruf gar nicht finanzieren können.

### **Es gibt verschiedene Interpretationen des Geschehens**

Die Fluchthilfe-Interpretation, die mein Kollege Timo Wollmershäuser und ich in unserem wissenschaftlichen Basisaufsatz zur Target-Problematik auch schon betont hatten, beschreibt Effekte, wie sie im Verlauf der Krise bei einzelnen Krisenländern temporär auftraten. Sie erklärt jedoch nicht den Aufbau der deutschen Target-Salden, und selbst wenn sie ihn erklären würde, wäre es nicht die Aufgabe der EZB gewesen, die deutschen Banken und Finanzinstitute vor Verlusten zu schützen. Solche fiskalischen Hilfsmaßnahmen sind Aufgabe der Finanzminister und nicht des EZB-Rates.

Das DIW berichtet, dass Kapital im Umfang von etwa 400 Milliarden Euro aus den Krisenländern nach Deutschland floh. Das liegt in der gleichen Richtung wie ifo-Zahlen, die das DIW dazu dankenswerterweise zitiert. Allerdings handelt es sich dabei, was auch Fratzscher erwähnt, um einen Bruttobetrag. Netto haben private Kapitalanleger nach derzeitigem Datenstand vermutlich sehr viel weniger (nach noch unvollständigen DIW-Berechnungen nur etwa 200 Milliarden Euro) aus den Krisenländern nach Deutschland gebracht, denn private Anleger aus diesen Ländern haben das Gegengeschäft gemacht und viel Kapital aus Deutschland abgezogen. Sofern sich die Geschäfte saldierten, brauchten die Banken der Krisenländer dafür kein Geld aus der Druckerpresse, und es entstanden keine Target-Salden.

Aber nicht einmal der nach dieser Rechnung verbleibende Nettobetrag ist dem Zuwachs der deutschen Target-Salden zuzuordnen, weil das aus den Krisenländern zufließende Kapital meistens postwendend wieder in alle Welt hinausfloss. Nur das Jahr 2010 war eine Ausnahme; damals flossen den Privatsektoren Deutschlands netto knapp 100 Milliarden Euro zu. In der Summe der fünf Krisenjahre von 2008 bis 2012 hat Deutschland trotz der temporären und regional begrenzten Rückflüsse nach der Zahlungsbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank netto für etwa 170 Milliarden Euro privates Kapital exportiert, also im Zuge einer Kreditgewährung oder für den Ankauf von Vermögensobjekten Geld ins Ausland überwiesen. Insofern kam es durch die privaten Kapitalbewegungen während der Krise für sich genommen nicht zu einem Aufbau, sondern zu einem Abbau von Target-Forderungen Deutschlands.

Hinter dem Aufbau der deutschen Target-Forderungen, der gleichwohl stattfand, steht nicht die Tilgung deutscher Kredite durch Ausländer, wie Fratzscher vermutet, sondern der Nettoexport von Gütern, die mit frischem Kreditgeld aus den ausländischen Druckerpressen bezahlt wurden. Der akkumulierte deutsche Leistungsbilanzüberschuss in den Jahren 2008 bis 2012, der 798 Milliarden Euro betrug, war zu drei Vierteln (585 Milliarden Euro) Target-finanziert, und 183 Milliarden Euro entfielen auf einen Nettokapitalexport in Form privater oder fiskalischer Mittel. Dabei handelt es sich um den erwähnten privaten Nettokapitalexport in Höhe von 170 Milliarden Euro und einen kleinen Posten öffentlichen Kredits in Form des ersten Griechenland-Pakets. (In welchem Umfang private deutsche Institutionen die Wertpapiere der fiskalischen Rettungseinrichtungen gekauft haben, ist nicht bekannt. Ein solcher Kauf zählt zum privaten Kapitalexport.) Es war damit die Bundesbank, die den Löwenanteil der deutschen Leistungsbilanzüberschüsse durch den Verleih ihrer Druckerpresse kreditiert hat. Im Umfang ihrer Kreditvergabe an die anderen Notenbanken des Eurosystems landeten die Ersparnisse der Deutschen, die sich in den Leistungsbilanzüberschüssen widerspiegeln, statt in ausländischen marktfähigen Anlageportfolios bei ihr selbst. Die deutschen Banken tilgten die Refinanzierungskredite, die sie von der Bundesbank bezogen hatten, und füllten ihre dortigen Termindespositen.

Dass Deutschlands Target-Forderungen durch die Leistungsbilanzüberschüsse zustande kamen, heißt nicht zwangsläufig, dass auch der Aufbau der Target-Schulden der Krisenländer im gleichem Umfang durch deren Leistungsbilanzdefizite erklärt wird, denn hinter dem Aufbau der deutschen Target-Forderungen steht eine Vielzahl komplexer Geschäftsstrukturen, an denen viele Länder beteiligt sind. Während der Nexus zwischen Leistungsbilanz und Target-Schulden bei Griechenland und Portugal sehr eng ist, steht bei Spanien, Italien und vor allem Irland Kapitalflucht im Vordergrund, die aber nicht speziell nach Deutschland ging. So haben die Druckerpressen

dieser Länder zum Beispiel auch den britischen Investoren zur Flucht verholfen, die daraufhin in der Lage waren, Amerikanern Kredit für den Kauf deutscher Autos zu gewähren. In diesem Fall entstanden Target-Schulden in den Krisenländern und Target-Forderungen bei der Bundesbank, ohne dass es zu Kreditrückflüssen nach Deutschland kam. Die Bundesbank mag dann mit ihren Target-Krediten zwar Fluchthelfer gewesen sein, aber nicht für deutsche Investoren, sondern für solche aus Drittländern.

### **Nach wie vor sind die Länder Südeuropas völlig überteuert und meilenweit von Wettbewerbsfähigkeit entfernt.**

Im Übrigen ist die Fluchthelfer-Interpretation der Target-Salden und der hinter ihnen stehenden Sonderkredite der Notenbanken der Krisenländer nur eine mögliche Interpretation des Geschehens. Sie hatte zur Zeit der Lehman-Krise ihre Berechtigung, denn die Target-Kredite halfen, die Liquiditätskrise des Euroraums zu überwinden. Danach freilich stellen sich die Dinge gänzlich anders dar. Als die Weltwirtschaft im Winter 2009/2010 schon kräftig boomte und der Interbankenmarkt wieder in Gang gekommen war, konnten die meisten Krisenländer zwar abermals Kredit aufnehmen, aber nur zu höheren Zinsen, als sie es gewohnt waren, weil die Kapitalmärkte Insolvenzgefahren vermuteten und entsprechende Risikoprämien verlangten. In dieser Situation entschloss sich der EZB-Rat, die lokalen Druckerpressen durch die erwähnte Absenkung der Sicherheitsstandards für Refinanzierungskredite in Stellung zu bringen und den nationalen Notenbanken die Möglichkeit zur Unterbietung der Kapitalmärkte zu gewähren. Die EZB bot den Banken der Krisenländer eine Kombination von Kreditlaufzeit (bis zu einem Jahr, später sogar bis zu drei Jahren), Zinsen (1 Prozent, später gar nur 0,5 Prozent) und Pfandqualität (zum Beispiel die Akzeptanz von nicht gehandelten ABS-Papieren oder Staatspapieren mit Schrottstatus) an, mit der die Banken der noch gesunden Länder bei der Kreditvergabe nicht mehr mithalten konnten. So gesehen, schlugen die Druckerpressen des Südens die internationalen Kapitalanleger in dieser Zeit eher in die Flucht, als dass sie ihnen die Flucht ermöglicht hätten. Mario Draghi hatte für einen seiner Großangriffe auf die private Konkurrenz sogar den Begriff der „[Dicken Bertha](#)“ gewählt, eines im Ersten Weltkrieg benutzten Mörsers.

Ob man das Geschehen „in die Flucht schlagen“ oder „Fluchthilfe“ nennt: der Ersatz der privaten internationalen Kredite durch die öffentlichen Kredite aus der Druckerpresse hat die beklagte Fragmentierung des europäischen Kapitalmarktes offensichtlich stark beschleunigt und nicht etwa abgemildert, wie Fratzscher meint. Hätte es Anreize gegeben, die Target-Salden durch das Abstellen der Druckerpressen im Süden zurückzufahren, etwa durch die Notwendigkeit, für diese Salden höhere Zinsen zu zahlen, wie es Ex-Bundesbank-Präsident Helmut Schlesinger vorschlägt, oder sie mit Gold zu tilgen, wie es im Festkurs-System von Bretton Woods oder auch im inneramerikanischen Zahlungsverkehr bis 1975 der Fall war, dann hätten sich höhere Zinsen in Südeuropa herausgebildet. Privates Kapital wäre dann wieder bereitwilliger über den Interbankenmarkt gen Süden geflossen. Höhere Zinsen hätten die südlichen Länder umgekehrt zu mehr Sparsamkeit veranlasst und dazu beigetragen, die für eine Verringerung der strukturellen Leistungsbilanzdefizite notwendigen realwirtschaftlichen Anpassungen am Arbeitsmarkt und im Staat durchzuführen. Eine solche strukturelle Verbesserung der Leistungsbilanzsalden hat aber, wie der Internationale Währungsfonds (IWF) gerade festgestellt hat, nicht stattgefunden. Nach wie vor sind die Länder Südeuropas völlig überteuert und meilenweit vom Zustand der Wettbewerbsfähigkeit entfernt.

Die Unterbietung des Kapitalmarktes mit der Druckerpresse ist heute der Hauptgrund dafür, dass die deutschen Banken und Versicherer keine risikoadäquaten Zinsen mehr verdienen können und die Versicherer sogar gezwungen sind, ihre Zinsgarantien zu widerrufen.

### **Deutschland ist per Saldo kein Kreditnehmer, sondern ein Kreditgeber**

Manchmal werden die Vorteile betont, die die Zinssenkung für Deutschlands Kreditnehmer bedeutet. Indes ist Deutschland per Saldo kein Kreditnehmer, sondern ein Kreditgeber, denn es ist ein Nettogläubiger des Restes der Welt. Ja, es ist derzeit sogar der größte Kapitalexporteur noch vor China. Daher ist unser Land der große Verlierer der Zinssenkung, während die Krisenländer, die allesamt Nettoschuldner sind, zu den klaren Gewinnern gehören.

Die EZB betätigt sich als Einkaufsorganisation für deutsche Ersparnisse, die diese Ersparnisse zu Konditionen bedient und an die Krisenländer weiterverteilt, die sie selbst für angemessen hält. Nach dem gleichen Muster könnten wir demnächst etwa eine EU-gesteuerte Einkaufsorganisation für den Weiterverkauf deutscher Autos zu gerechten Preisen nach Südeuropa gründen und die damit fallenden Autopreise als Vorteil für die deutschen Verbraucher bejubeln.

Die Aktionen der EZB und die Hilfskredite der Staatengemeinschaft ließen die Vermögenseinkommen, die von den Krisenländern netto an das Ausland zu zahlen waren, im Verlauf der Krise fallen, obwohl die Märkte immer höhere Zinsen verlangten und die Auslandsschulden der Krisenländer kräftig anstiegen. Der Zinsvorteil, den die Krisenländer in den Jahren 2008 bis 2012 im Vergleich zu einer Beibehaltung der Zinssätze von 2007 erzielten, betrug 205 Milliarden Euro. Umgekehrt hatte Deutschland nach einer ähnlichen Rechnung einen Zinsnachteil von 203 Milliarden Euro. Es ist nicht ganz falsch, in diesem Zusammenhang von einer Enteignung der deutschen Sparer durch die Niedrigzinskonkurrenz mit der Druckerpresse zu reden.



## **Im EZB-Rat wird Deutschland seit Mai 2010 laufend überstimmt**

Falsch ist es wohl auch nicht, von Investitionslenkung zu reden. Nachdem die privaten Investoren erkannt hatten, dass viel von dem Kapital, das sie unter dem Schutz des Euro und angestachelt von den Regulierungssystemen nach Südeuropa getragen hatten, bei den Staaten und im Immobiliensektor verbrannte, haben sie versucht, ihre Portfolios neu zu strukturieren. Unter anderem haben sie sich wieder auf deutsche Immobilien besonnen und nach vielen Jahren der Flaute den hiesigen Bauboom der letzten drei Jahre erzeugt. Diese Neuorientierung der Portfolios scheint der EU und der EZB freilich ein Dorn im Auge zu sein. Deswegen wurde ein öffentlicher Kapitalfluss über die EZB und die Staatengemeinschaft organisiert, der an die Stelle des privaten Kapitalflusses getreten ist. Damit wird die Fehlallokation des europäischen Sparkapitals, die der Eurozone im letzten Jahrzehnt bereits das niedrigste Wachstum aller Großregionen der Welt gebracht hat, perpetuiert. Kapital wird auch weiterhin verbrannt werden.

Die Kredite aus der Druckerpresse, die durch die Target-Salden gemessen werden, sind der wichtigste Teil der Rettungsaktionen der EZB, mit dem die Euro-Krise bislang in Schach gehalten wurde. Sie dienen der Finanzierung der Staaten und der privaten Wirtschaft durch das Bankensystem. Man kann lange darüber streiten, ob diese Kredite ökonomisch berechtigt waren oder nicht. Fest steht nur, dass die schwierige Abwägung zwischen den Chancen und Risiken, insbesondere die Beurteilung der Verteilungswirkungen zwischen den Völkern Europas nicht von den Parlamenten vorgenommen wurde, sondern vom EZB-Rat, einem technokratischen Gremium, in dem Deutschland nicht mehr Gewicht hat als Malta und Zypern und in dem es seit Mai 2010 laufend überstimmt wird.

Die Entscheidungen dieses Rates haben in eklatantem Widerspruch zu Artikel 125 des EU-Vertrages ein gewaltiges Volumen an öffentlichen Krediten und Haftungsversprechen der EZB zugunsten der Banken und Staaten Südeuropas in Bewegung gesetzt, das nun die EZB selbst gefährdet. Die Abschreibungsrisiken könnten das Eigenkapital des EZB-Systems, das bei 500 Milliarden Euro liegt, übersteigen. Auch wenn eine Notenbank technisch mit negativem Eigenkapital weiterarbeiten kann, weil ihr wahres Kapital im Wert der Zinsansprüche aus dem Verleih des selbstgemachten Geldes besteht, wäre der Verlust auch nur eines Teils dieser Summe ein verheerendes Signal für die Kapitalmärkte.

## **Da die Target-Salden schon mal deutlich höher lagen, hat sich bei manchen das Gefühl der Entwarnung verbreitet**

Summiert man die Staatspapierkäufe durch die Notenbanken der noch gesunden Länder des Euroraums mit den vom EZB-Rat verantworteten Target-Krediten zugunsten der sechs Krisenländer (Griechenland, Irland, Portugal, Spanien, Italien, Zypern) und zieht man Forderungen der Krisenländer aus einer leicht unterproportionalen Banknotenausgabe ab, kommt man auf einen Gesamtbetrag der Rettungskredite der EZB von 747 Milliarden Euro. Das ist etwa doppelt so viel wie alle schon gewährten fiskalischen und von den Parlamenten verantworteten Rettungskredite der Staatengemeinschaft zusammengenommen, die 385 Milliarden Euro betragen.

Die Kredite der Staatengemeinschaft stehen ökonomisch auf der gleichen Stufe wie die EZB-Kredite, sie kamen aber später und sind im Grunde Folgekredite zur Entlastung der EZB. Angesichts der Vorleistungen der EZB bleibt den Parlamenten gar nichts anderes übrig, als selbst eine fiskalische Rettungsarchitektur in Form des Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM und anderer Maßnahmen nachzuschieben, denn würden sie der EZB die Anschlussfinanzierung verweigern, käme es womöglich zum Kollaps des ganzen Eurosystems. Auch das nachdrückliche Verlangen einer Rekapitalisierung der Banken mit den Mitteln des ESM, das EZB-Präsident Draghi kürzlich in einem Brief an die EU-Kommission formuliert hat, erklärt sich aus seiner panischen Angst vor den eigenen Verlusten.

Da die Target-Salden der Krisenländer schon einmal deutlich höher lagen als der heute noch vorhandene Rest von 681 Milliarden Euro, hat sich bei manchen Beobachtern das Gefühl der Entwarnung verbreitet. Sie haben sich aber vielleicht noch nicht klargemacht, dass die fiskalischen Rettungskredite der Staatengemeinschaft die Target-Salden der Krisenländer unmittelbar und in vollem Umfang tilgen und ersetzen. Das ist ein automatischer Vorgang, der aus der Natur des Target-Systems resultiert. Ohne die fiskalischen Rettungskredite der Staatengemeinschaft lägen die von den Krisenländern bezogenen Target-Kredite heute unter sonst gleichen Umständen nicht bei 681 Milliarden Euro, sondern bei 1066 Milliarden Euro.

Die Parlamente Europas stehen beim Aufbau der Rettungsarchitektur vor fast alternativlosen Entscheidungen, die schon vor Jahren vom EZB-Rat vorbereitet wurden, und wurden zu Erfüllungsgehilfen degradiert. **Für mich stellt sich angesichts dieser Verhältnisse die Frage, ob die fiskalische Regionalpolitik, die hinter den verschlossenen Toren der EZB beschlossen wurde und für die es im amerikanischen Notenbanksystem keine Parallelen gibt, noch mit den Regeln der parlamentarischen Demokratie und der deutschen Verfassung vereinbar ist.**

### Der Autor

**Hans-Werner Sinn** lässt nicht locker. Nicht nur in der Euro-Krise zeigt der Präsident des Ifo-Instituts in München enorme Standfestigkeit und sucht die Auseinandersetzung über Positionen, die er für richtig erkannt hat. Dieser Tage wirbt der Ökonom bei den Unterhändlern der großen Koalition für seinen Vorschlag einer Kinder-Rente, also der Besserstellung von Eltern in der Rentenversicherung. Sinns Ruf reicht weit über Deutschland hinaus. Gerade war er zum ersten Mal in der Mongolei. Der dortigen Regierung rät er, wie den Südeuropäern, zu einer guten Dosis Austerität, um das astronomische Handelsdefizit abzubauen. (hig.)

[Zur Homepage FAZ.NET](#)

## VIDEO:

### Hans-Werner Sinn: Deutschland muss mehr Inflation akzeptieren 89,178

08.11.2013, 13:11 Uhr · Ifo-Präsident Hans-Werner Sinn diskutiert mit Nobelpreisträger Joseph Stiglitz über die Euro-Krise und das Weltfinanzsystem. Die beiden entdecken überraschend viele Gemeinsamkeiten.

Von ALEXANDER ARMBRUSTER



© UNION-INVESTMENT Hans-Werner Sinn in Mainz

Hans-Werner Sinn ist dafür bekannt, dass er seinen Zuhörern nicht den Bauch pinselt. Hart geht der Ifo-Präsident regelmäßig mit der deutschen Wirtschaftspolitik ins Gericht. In der Euro-Krise weist er seit Monaten darauf hin, dass die Probleme der Währungsunion seiner Ansicht nach nicht so gelöst werden können, wie das die Mitgliedsländer gerade versuchen (Target ist nur ein Stichwort). Eine ganze Generation junger Menschen in den Krisenländern werde um ihre Zukunft gebracht, mahnte er nun auch auf einer Investorenkonferenz der Fondsgesellschaft Union-Investment in Mainz.

Dort zeichnete er nicht nur nach, wie die Krise entstand, sondern auch, was jetzt zu tun sei. Sein Vorschlag besteht aus einer Serie schmerzhafter Maßnahmen:

1. Eine europäische Schuldenkonferenz: Die Staatsschulden vieler Euroländer sind nach Ansicht Sinns so hoch, dass sie nicht zurückgezahlt werden können. Deswegen sollen sich die Länder zusammensetzen und Schulden restrukturieren und im Endeffekt teilweise streichen. Auf Kosten der Gläubiger.
2. Euro-Austritt einiger Länder: Mindestens Griechenland und Portugal und womöglich auch Spanien sollten aus der Währungsunion austreten (mit dem Recht, später wieder einzutreten), um wettbewerbsfähiger zu werden. Alle Schulden, auch die Auslandsschulden, dieser Länder könnten beispielsweise in die jeweils neuen heimischen Währungen umgeschrieben werden – der Schuldenschnitt entstünde dann in Höhe der zu erwartenden Abwertung gegenüber dem Euro.
3. Mehr Inflation in Deutschland: Um die großen Unterschiede in der preislichen Wettbewerbsfähigkeit innerhalb der Währungsunion abzubauen, müsse Deutschland höhere Teuerungsraten akzeptieren. Sinn verlangte, dass sich die Krisenländer weiter anpassen. Angesichts der schweren Rezession in Form hoher Arbeitslosigkeit besonders unter jungen Menschen hält er gesellschaftlich aber für unmöglich, dass nur dort Löhne und Preise sinken und dies die gesamte Anpassung leiste. Aber auch Deutschland könne die Anpassung nicht alleine stemmen. Sinn zeigte anhand einer Rechnung der Bank Goldman Sachs, dass dafür jährliche Inflationsraten von mehr als 5 Prozent über einen Zeitraum von zehn Jahren notwendig wären – schlicht

undenkbar. Also müssten sowohl die Krisenländer wie auch Deutschland einen Teil der Anpassung leisten. Sinn stellte dabei heraus, wegen des frei schwanken Euro-Wechselkurses sei ökonomisch ohnehin nicht entscheidend, ob Deutschland gegenüber anderen Euroländern real aufwerte oder diese abwerteten. In diesem Zusammenhang sagte Sinn auch, dass Deutschland zurecht für seinen hohen Leistungsbilanzüberschuss (in Höhe von derzeit beinahe 7 Prozent des BIP) kritisiert werde.

Der amerikanische Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz pflichtete dem deutschen Top-Ökonomen in nahezu allen Punkten bei. Auch Stiglitz sagte, er halte einen Schuldenschnitt, beziehungsweise eine Schuldenumstrukturierung für unumgänglich. Auch er kritisierte die teils großen Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen auf der ganzen Welt als ein Grund für das vergleichsweise mäßige Wirtschaftswachstum.

Stiglitz stellte allerdings – so wie das viele amerikanische Ökonomen tun – stärker als Sinn auch darauf ab, dass sich die Euro-Krise ohne umfangreiche Änderungen am institutionellen Rahmen der Währungsunion nicht überwinden lasse. Als unabdingbar nannte er die derzeit viel diskutierte Bankenunion. Und betonte, dass sie nicht nur aus einer gemeinsamen Bankenaufsicht bestehen dürfe, sondern auch aus einem Abwicklungsmechanismus und nicht zuletzt einer gemeinsamen Einlagensicherung.

Sinn entgegnete dem, dass auch er sich mit einer Einlagensicherung anfreunden könne – besonders wenn sie von den Banken aufgebaut und finanziert werde. Der Knackpunkt sei aber, ob dieses Sicherungsnetz nur künftig gilt – oder ob es auch rückwirkend greift etwa für alle womöglich noch auftretenden Folgen der aktuellen Finanzkrise. Die Krisenländern dringen tendenziell auf Letzteres, Deutschland und andere Gläubigernationen wollen das naturgemäß nicht.

Stiglitz äußerte dafür Verständnis, machte aber noch einmal deutlich, dass er mehr Integration innerhalb der Währungsunion als notwendig für das Überleben der Gemeinschaftswährung erachte. Den Euro einzuführen sei ein Fehler gewesen, sagte er. “Aber da Sie ihn jetzt nun einmal haben, müssen Sie entscheiden, was damit passieren soll.” Europa müsse nicht die Vereinigten Staaten von Amerika kopieren. Es gebe aber ein notwendiges Minimum an politisch-fiskalischer Integration, wenn man die Währungsunion erhalten wolle.

NOVEMBER 8, 2013, 10:29 AM

## Ideological Ratings

So S&P has downgraded France. What does this tell us? 89,180

The answer is, not much about France. It can't be overemphasized that the rating agencies have no, repeat no, special information about national solvency — especially for big countries like France. Does S&P have inside knowledge of the state of French finances? No. Does it have a better macroeconomic model than, say, the IMF — or for that matter just about any one of the men and women sitting in this IMF conference room with me? You have to be kidding.

So what's this about? I think it's useful to compare IMF projections for France with those for another country that has been getting nice words from the raters lately, the UK. The charts below are from the WEO database — real numbers through 2012, IMF projections up to 2018.

First, real GDP per capita:

So France has done better than the UK so far, and the IMF expects that advantage to persist.

Next, debt relative to GDP:

France is slightly less indebted, and the IMF expects this difference to widen a bit.

So why is France getting downgraded? Because, S&P says, it hasn't carried out the reforms that will enhance its medium-term growth prospects. What does that mean?

OK, another dirty little secret. What do we know — really know — about which economic reforms will generate growth, and how much growth they'll generate? The answer is, not much! People at places like the European Commission talk with great confidence about structural reform and the wonderful things it does, but there's very little clear evidence to support that confidence. Does anyone really know that Hollande's policies will mean growth that is x.x percent — or more likely, 0.x percent — slower than it would be if Olli Rehn were put in control? No.

So, again, where is this coming from?

I'm sorry, but I think that when S&P complains about lack of reform, it's actually complaining that Hollande is raising, not cutting taxes on the wealthy, and in general isn't free-market enough to satisfy the Davos set. Remember that a couple of months ago Olli Rehn dismissed France's fiscal restraint — which has actually been exemplary — because the French, unacceptably, are raising taxes rather than slashing the safety net.

So just as the austerity drive isn't really about fiscal responsibility, the push for “structural reform” isn't really about growth; in both cases, it's mainly about dismantling the welfare state.

S&P may not be participating in this game in a fully conscious way; when you move in those circles, things that in fact nobody knows become part of what everyone knows. But don't take this downgrade as a demonstration that something is really rotten in the state of France. It's much more about ideology than about defensible economic analysis.

## Ifo-Chef Sinn

### "EZB-Chef Draghi missbraucht Euro-System"

89,181

Die Leitzinssenkung hat vor allem in Deutschland viel Kritik ausgelöst. Top-Ökonom Sinn fordert, Draghi solle "sich aus Dingen heraushalten, die ihn nichts angehen". Doch die EZB legt noch nach.



Foto: REUTERS/Hans-Werner Sinn kritisiert die Leitzinssenkung der EZB

Nach der jüngsten Leitzinssenkung der Europäischen Zentralbank (EZB) hat der Präsident des Münchner Ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, scharfe Kritik an EZB-Chef Mario Draghi geübt. "Draghi missbraucht das Euro-System, indem er den Südländern Billigkredite gibt, die sie am Kapitalmarkt so nicht bekommen würden", sagte Sinn der "Bild"-Zeitung.

Draghi solle sich aus Dingen heraushalten, die ihn nichts angingen. "Die Rettung der Krisenländer ist nicht Aufgabe der EZB, sondern des dafür vorgesehenen Rettungsschirmes", wird Sinn zitiert. Mittlerweile seien fünf Jahre verstrichen, ohne dass sich die Wettbewerbsfähigkeit in den Krisenstaaten nennenswert verbessert habe.

"Damit die Euro-Krisenländer mehr sparen und dringend überfällige Reformen umsetzen, brauchen sie höhere Zinsen, die ihrem höheren Konkursrisiko angemessen sind, nicht niedrigere Zinsen", sagte er.

#### Weitere Zinssenkung könnte folgen

Der überraschenden Zinssenkung der EZB könnte nach den Worten ihres Direktors Benoît Cœuré sogar noch eine weitere folgen. "Wenn nötig, können wir die Zinsen noch weiter senken", sagte er dem Sender "France Inter".

Die Notenbank könne das Finanzsystem der Euro-Zone weiter mit Liquidität versorgen, damit sichergestellt sei, dass es keine Probleme bei der Refinanzierung gebe. "All das ist möglich" sagte Cœuré. "Am wichtigsten ist aber, dass die Banken die niedrigeren Refinanzierungskosten an die Wirtschaft weitergeben."

Die EZB hatte in dieser Woche den Leitzins von ohnehin schon niedrigen 0,5 auf 0,25 Prozent gesenkt. EZB-Chef Draghi hatte zudem durchblicken lassen, dass die Notenbank noch weiter an der Zinsschraube drehen könnte: "Wir haben die Nulllinie noch nicht erreicht. Wir könnten vom Prinzip her noch weitergehen."

Kritiker wie Sinn monieren, es sei ohnehin schon zu viel Liquidität in den Kapitalmärkten. In Deutschland etwa steige das Risiko, dass wegen der durch die niedrigen Zinsen günstigen Kredite die Preise für Immobilien über ein gesundes Maß hinaus steigen würden. Auch der Kauf von Aktien auf Pump werde günstiger und eine dadurch steigende Nachfrage könne die Aktienkurse ebenfalls in eigentlich nicht gerechtfertigte Höhen treiben.

David Foster Wallace: The Pale King

## Die Sinnlosigkeit des Glücks

07.07.2011 · In seinem nachgelassenen Romanfragment „The Pale King“ entwirft David Foster Wallace eine Jahrhundertfigur: einen Mann, der sich nicht langweilen kann. Damit gelingt ihm ein Glanzstück amerikanischer Prosa.

Von CLEMENS J. SETZ

[Artikel](#) [Bilder](#) <sup>(1)</sup> [Lesermeinungen](#) <sup>(2)</sup>

DAVID FOSTER WALLACE

THE PALE KING

© DAPD

In David Foster Wallaces Romanfragment „The Pale King“, das im April im amerikanischen Verlag Little, Brown erschien, gibt es eine Figur, die sich, wenn alles mit rechten Dingen zuginge, als neue archetypische Figur in die Weltliteratur einfügen müsste. Allerdings ist sie nur eine Nebenfigur, sie lebt gerade einmal 65 Seiten lang, für die Dauer des magischen Kapitels „§46“ gegen Ende des Buches. Ihr Name: Shane Drinion. Eine Gestalt aus einem Denkuniversum, das erst in den letzten zwanzig oder dreißig Jahren entstehen konnte, ein Konzentrationsgespenst, abstrakt und unmenschlich und dabei gleichzeitig intim und vertraut wie die eigenen fünf Sinne.

Aber diese Figur wird wahrscheinlich übersehen werden, Shane Drinion wird sich zu den anderen Bewohnern des Romans gesellen. Denn er fügt sich mühelos unter seinen Gefährten ein, die ja alle in gewisser Hinsicht dasselbe Problem haben: Langeweile. Über diese Tatsache wurde bereits beim Erscheinen des Buches ausführlich berichtet (F.A.Z. vom 6. April). Die einzelnen, miteinander nur lose zusammenhängenden Kapitel des Buches konzentrieren sich auf verschiedene Spielarten menschlicher Reaktionen auf Langeweile, auf Strategien, mit ihr umzugehen, Auswege, Träumereien. Sogar eine Figur namens David Wallace begegnet ihr, in einigen selbstironisch auf hohen Fußnotenwellen daherschwimmenden Kapiteln, er sieht Menschen in Räumen, die unbeweglich auf ein Blatt Papier starren, ein Blick in den innersten Kreis der Hölle. Wir lernen ihn und andere Angestellte der Steuerbehörde in Peoria, Illinois (IRS), als Kinder, Jugendliche und Studenten kennen, wir erleben Besuche von Gespenstern, die selbst noch im Jenseits über das Konzept der Langeweile nachgrübeln, wir erleben unkontrolliert schwitzende und sich manisch selbst beobachtende Menschen in Orientierungs- und Einführungsgesprächen, stille Zusammenbrüche in Nebenzimmern, nur flüchtig beobachtet von Mitarbeitern, schreckliche Kindheitstraumata aus einer trostlosen Trailer-Park-Existenz, widerhallend in stillen Büroräumen.

### Glanzstück amerikanischer Prosa

All das ist eine gute Vorbereitung des Lesers auf das Kapitel „§46“. Es spielt in einem Lokal namens „Meibeyer's“, in das viele IRS-Angestellte nach der Arbeit gehen, und es besteht fast ausschließlich aus dem Gespräch zwischen Drinion und einer gewissen Meredith Rand. Nachdem ich es fünfmal, einmal davon sogar laut, gelesen habe, bin ich davon überzeugt, dass es - wenn, wie gesagt, alles mit rechten Dingen zugeht - als eines der Glanzstücke amerikanischer Prosa in die Literaturgeschichte eingehen wird. In seiner enigmatischen Pracht ist es auf einer Stufe mit Benjys Kapitel in William Faulkners „The Sound and the Fury“, der Liebesszene in Harold Brodkeys „Innocence“ und der kleinen Geschichte von der unsterblichen Glühbirne „Byron“ in Thomas Pynchons „Gravity's Rainbow“.

Shane Drinion gilt als „a very solid Fats and Scorp examiner but a total lump in terms of personality, possibly the dumbest human being currently alive“. Das Auftreten dieses womöglich fadesten lebenden Menschen wirkt unbeteiligt, aber immer konzentriert. Er hört jedem, der spricht, mit gleicher Aufmerksamkeit zu. Ihm gegenüber sitzt Meredith Rand, eine Angestellte der „Problem Resolution“-Abteilung. Sie ist eine umwerfend hübsche Frau, die genau weiß, dass alle Männer im Raum gequälte Blicke auf sie werfen. Sie beginnt ein Gespräch mit Drinion. Small Talk, nichts Besonderes. Sie spielt vielleicht ein bisschen mit ihm, erzählt ihm, dass sie ihn interessant findet. Gerade ihn, der nie von irgendjemandem interessant gefunden wird. Er registriert es als Kompliment - und analysiert auf eine respektvolle, freundliche Art die Beweggründe, die sie haben könnte, ihm so etwas zu sagen.

## **Eine Art Anti-Bartleby**

Schnell nimmt das Gespräch eine merkwürdig übergenaue Dimension an, jedes Detail der Unterhaltung selbst, ihre sich ständig ändernden Parameter, der Inhalt der Bemerkungen, Fragen, Andeutungen von Meredith Rand werden von Drinion mit behutsamer, intensiver Aufmerksamkeit verfolgt. Er kann diese Aufmerksamkeit auf praktisch alles richten. Er fragt nach. Wenn irgendein Detail ihm Verständnisschwierigkeiten bereitet oder sich Merediths traumatische Lebensgeschichte, die sie relativ bald vor ihm ausbreitet, im Kreis zu drehen beginnt, weiß er, wie er damit umgehen muss, um weiter im Netz der Zusammenhänge schwimmen zu können wie ein Fisch im Wasser: „Is this boring?“ - Drinion responds: ‚The major part of it isn't, no.‘ - ‚What part of it is boring?‘ - ‚Boring isn't a very good term. Certain parts you tend to repeat or say over again only in a slightly different way. These parts add no new information, so these parts require more work to pay attention to.“

Während des Gesprächs beginnt Drinion leicht zu schweben. Das passiert ihm immer, wenn er vollkommen „immersed“, also versunken ist, es ist ihm gar nicht bewusst. Manchmal schwebt er kopfüber über einer Steuererklärung, die er zu prüfen hat. Vielleicht verrenkt sich an dieser Stelle der Leser ein wenig und wittert eine Art moderner Heiligenerzählung. Möglicherweise ist das auch David Foster Wallaces Intention gewesen.

Sein Shane Drinion ist eine Art Anti-Bartleby. Melvilles Jahrhundertfigur verhält sich zur Welt vor allem durch ihre berühmt gewordene Zauberformel „I would prefer not to“. Mit seinem „Ich möchte lieber nicht“ schält der Kanzleischreiber Bartleby sich langsam aus der Welt heraus, bis er in planetarer Abgeschiedenheit und Nacktheit irgendwo in einem völlig unwichtigen Eck des Universums seine letzten Tage verbringt. Shane Drinions Zauberformel dagegen könnte lauten: „Is there some extra information I need to understand this?“, also: „Benötige ich noch irgendeine zusätzliche Information, um das hier zu verstehen?“

## **Völlige Versunkenheit**

Shane Drinions Gespräch mit Meredith Rand, so majestätisch, präzise und überraschend in seiner stillen Skurrilität es auch ist, erscheint als eine Art Testlauf für die verstörende, in ihren unkonzentriertesten Augenblicken durchaus an Selbsthilfesentenzen erinnernde These des Romans, nämlich dass ein menschliches Wesen, das durch nichts mehr gelangweilt werden kann, das „unboreable“ ist, als einziges einen wirklichen Unterschied in der Welt bewirken kann. Drinion ist die Verkörperung dieser Erkenntnis (wenn es denn tatsächlich eine ist), der Crashtest-Dummy für das Programm des Romans: das Studium menschlicher Aufmerksamkeit und Konzentration im Angesicht totaler Sinnlosigkeit.

„To be immersed“, völlig versunken sein, nennt Wallace diesen Zustand. Es ist das exakte Gegenteil jener Grunderfahrung, die das Werk von David Foster Wallace (vor allem den Roman „Unendlicher Spaß“ und einige seiner großen Essays) prägte: jener bekannte Augenblick, der vielleicht irgendwann in den siebziger Jahren, vielleicht aber auch schon früher, zum ersten Mal beobachtet wurde: das epileptische Protestgebrüll, gefolgt von inständigem Flehen und Betteln, in das Kinder verfallen, deren Fernsehgerät von den Eltern plötzlich, ohne Vorwarnung, sozusagen aus dem Hinterhalt, abgeschaltet wird. Der plötzliche kalte Entzug des Bewusstseins von hypnotischen, überwältigend interessanten Dingen. Wallace erkennt diesen Entzug überall, in „Unendlicher Spaß“ wird er ins Fraktal-Unendliche aufgesplittert, durchzieht die Lebensgeschichten von Süchtigen und jungen Hochleistungssportlern. Auch die Männer und Frauen der Steuerbehörde von Peoria, Illinois, kennen ihn. Aber sie werden von ihrem Erfinder durch ihn hindurchgeschickt, auf die andere Seite.

## **Eine unvergessliche Epiphanie**

Wir dürfen uns Drinion als glücklichen Menschen vorstellen, der entdeckt, dass jenseits der Langeweile pure Lebensfreude liegt, „constant bliss in every atom“. So steht es in den von Wallaces Lektor Michael Pietsch zusammengestellten „Notes and Asides“ am Ende des Buches. Eine Gebrauchsanleitung also für besseres Leben, für Freude? Wäre dies alles, würde man den Autor des Kapitels „§46“ vielleicht als eine Art Hermann Hesse der Postmoderne abtun können, der seinen Lesern Weisheit zu spenden vermag. Auch die als „This is Water“ postum als Buch veröffentlichte Rede kommt einem in den Sinn, die David Foster Wallace im Jahr am Kenyon College vor der Abschlussklasse des Jahres 2005 gehalten hat und in der er ein Überlebenspaket formuliert, das genau mit dem Drinionschen Zustand zu tun hat: die bewusst gesteuerte Aufmerksamkeit. Das Ablegen von Standardreflexen. Okay, das ist es also, könnte man sagen. Das Kapitel „§46“ spielt dieses Konzept eben noch einmal durch, die totale Immersion von Drinion wird untersucht, wir unternehmen eine Bergwerksfahrt mit Taschenlampen und Grubenhelmen in diesen Zustand.

Aber das ist Gott sei Dank nicht alles. Meredith Rands Beichte über ihr verkorkstes Leben ist eine jener Geschichten, wie man sie oft von schrankenlosen Menschen erzählt bekommt - und für Shane Drinion ist sie wahrscheinlich eine unvergessliche Epiphanie, so wie es die Überprüfung einer Steuererklärung sein kann. Und hier wird es - wie gesagt: Gott sei Dank - sehr seltsam. Denn trotz all der Rezepte für „constant bliss in every atom“ stellt die körperliche Existenz von Shane Drinion dem Leser unentwegt die Frage: Gut, das mit der bewusst gesteuerten Aufmerksamkeit mag ja stimmen, aber was, wenn man diesen Bewusstseinszustand - unboreable, unlangweilig - tatsächlich erreichen würde? Die John Cageschen Zweierpotenzen, in denen man eine unerträglich uninteressante

Tätigkeit wiederholt hat, haben funktioniert, man ist in-der-Welt, jedes Partikelchen ist interessant, eine Quelle von Inspiration und Erkenntnis. Wäre das womöglich die absolute Hölle?

### **Glücklich sein über jedes Atom**

Ein wenig von dieser Möglichkeit, ein Schatten, der in diese Richtung zu weisen schient, liegt über dem Kapitel. Und gerade das macht es zu dem ungewöhnlichen Kunstwerk, das es ist. Denn sie wartet also auf beiden Seiten: auf der Seite der entertainment junkies, für die jede langweilige, monotone Situation schon einen dramatischen Entzug bedeutet, ebenso wie auf der Seite der totalen Immersion, der mönchischen Versenkung in die Kunst der bewusst gesteuerten Aufmerksamkeit. Am Ende des Immersions-Regenbogens wartet die einsame Sinnlosigkeit dieses Glücks. Das totale Glück, die Freude über jedes langweilige Atom, bedeutet einen Zustand, der im Grunde vom Tod nurmehr durch Haarspalterei unterschieden werden kann. Das zeigt David Foster Wallace, möglicherweise weniger absichtlich und thesengesteuert, als man ihm unterstellen möchte, in der Figur von Shane Drinion. Erst ab der dritten oder vierten Lektüre des Kapitels habe ich vor ihm Angst bekommen, dafür allerdings eine unendliche, alles andere aus dem Weg räumende Angst. Er ist in diesem Zustand gefangen, er wird nie wieder auf die Erde zurückkommen, er ist fertig, bald wird er vielleicht vollkommen leer sein, erleuchtet, was auch immer. Die Welt kann ihm nichts mehr anhaben. Es ist ihm alles, absolut alles zuzutrauen.

Denn das ist das beste case scenario im Leben, tatsächlich alles, was wir tun können, scheint seine Existenz zu sagen: glücklich sein über jedes Atom, sich für alles interessieren. Mehr geht nicht. Man könnte schreien. Dabei ist es nicht einmal ein banales Glück, bei dem man das dumme Grinsen immer auf dem eigenen Gesicht vermuten kann und im stillen, faustischen Teil des Bewusstseins dagegen revoltiert und zurück in den Konflikt, in die Langeweile, die tödliche Monotonie drängt. Nein, es ist tatsächlich der Zustand eines voll ausgelasteten Bewusstseins, Aufmerksamkeit und Sinn. Mehr geht tatsächlich nicht? Schrecklich: zu sehen, wozu man auf Erden als menschliches Ding verdammt ist. Dafür also sind die Quastenflosser einst aus ihren Urzeitdümpeln gekrochen und haben gelernt, Luft zu atmen. Wer weiß, wozu Shane Drinion noch fähig gewesen wäre im weiteren Verlauf dieses Romans, der leider unsichtbar geblieben ist?

[Zur Homepage FAZ.NET](#)

Der Schriftsteller Clemens J. Setz, geboren 1982 in Graz, wurde bekannt mit dem Roman „Die Frequenzen“ (2009). Für seinen Erzählungsband „Die Liebe in Zeiten des Mahlstädter Kindes“ erhielt er im Frühjahr den Preis der Leipziger Buchmesse.

David Foster Wallace: „The Pale King“. Little, Brown and Company, New York 2011. 560 S., geb., 27,99 Euro.



June 29, 2013

## The Best Hope for France's Young? Get Out

89,185

By FELIX MARQUARDT

THE French aren't used to the idea that their country, like so many others in Europe, might be one of emigration — that people might actually want to leave. To many French people, it's a completely foreign notion that, around the world and throughout history, voting with one's feet has been the most widely available means to vote at all.

Leave that kind of voting to others, they think, to the Portuguese, the Italians, the Spaniards and the Africans — to all those waves of immigrants who came to [France](#) over the course of the last century. France has always been a land to which people dream of coming. Not leaving.

When the journalist [Mouloud Achour](#), the rapper [Mokless](#) and I published [a column in the French daily Libération](#) last September, arguing that France was a decrepit, overcentralized gerontocracy and that French youths should pack their bags and go find better opportunities elsewhere in the world, it caused an uproar.

Jean-Marie Le Pen, the patriarch of the French far right, reacted as one would expect: “Mouloud is encouraging French youths to leave so his cousins can come in their place.” (Mr. Achour is of North African origin.)

But beyond Mr. Le Pen, whose extremist National Front party is now run by his daughter, Marine, the split didn't break down along ideological lines. The former Trotskyite leader Olivier Besancenot and the current head of the right-wing party Union for a Popular Movement, Jean-François Copé, publicly voiced support for our argument. Nor was the division generational.

It was a divide between those who have found their place in the system and believe fervently in defending the status quo, and those who are aware that a country that has tolerated a youth unemployment rate of 25 percent for nearly 30 years isn't a place where the rising generations can expect to rise to much of anything. The only glaring silence on the issue came from the highest institution of all — until recently.

On June 16, President [François Hollande](#) was interviewed on [M6](#), a network that aimed at 20-somethings. He listened to a story about Catherine, a recent graduate of the Institut d'Études Politiques (known as Sciences Po), who is moving to Australia because she can't find a job despite having attended one of France's top universities. Mr. Hollande then faced a blunt question. “What would you say,” the interviewer asked him, “if you had a youth in front of you who isn't able to find a job and who's losing hope?”

Mr. Hollande's answer was flaccid at best, a denial of reality at worst. “I'd tell this young person that France is your country. This country loves you,” he replied, as if reiterating the dated conviction that France has more to offer would be enough to make it come true.

He repeated a refrain from his campaign over a year ago, claiming that he would make youth and employment priorities. “My duty is to tell this young woman, it’s here in France that you must succeed.” But duty has nothing to do with creating opportunity and innovation.

Just a few days earlier, the German chancellor, Angela Merkel, in a BBC interview, proposed a different solution to the same problem: she explicitly told the 3.6 million young unemployed people in the euro zone to be ready to move around to find work as the European Union allowed them to and the whole European project encouraged them to.

Ms. Merkel seems to realize that presidential indignation at the idea of young citizens’ leaving behind a country that can’t offer them the opportunities they deserve won’t address the real problem of disenfranchised youth.

The dramatic cultural and economic changes currently shaking the globe are still often met in France with parochial, irrelevant conversations, a symptom of the insular intellectual bubble in which the country has been trapped for far too long.

Meanwhile, a major paradigm shift is occurring, whereby white men from Western Europe and North America are no longer calling all the shots. In many ways, what used to be seen as the periphery is swiftly becoming the center, as the countries we still clumsily call “emerging” — China, India, Brazil, Turkey, Indonesia and others — are doing much more than that.

Young French people need to go abroad, to work, to travel, to see how things can work differently in cultures and countries that don’t play by the same old rules — and then come back to France, and reinject some of the energy and enthusiasm they’ve absorbed to help reconcile the broader population with the global reality that France has shunned for far too long.

Though it may be anathema to French pride that anyone would want to leave (and that evidently Ms. Merkel, France’s No. 1 partner and rival, agrees), young people voting with their feet and coming back with a new worldview could be the best thing to happen to France in 30 years.

It might also prove to be a salutary jolt for the country’s leaders. Whether progressive or conservative, French politicians can’t go on taking their youth for granted. If they do, the ranks of the Le Pens’ extremist party will continue to swell, as will the number of talented young people who decide to leave — this time for good.

*Felix Marquardt is the [founder](#) of [Atlantic Dinners](#) and the chief executive of a public-relations company.*

## « Barrez-vous »: un an après le manifeste, un guide fait l'éloge de l'expatriation 89,187

- Par Judith Duportail Publié le 08/11/2013



Il y a un an, Felix Marquardt co-signait une tribune intitulée «Barrez-vous» dans Libération pour inciter les jeunes Français à émigrer et promettait un «coup de pouce» aux jeunes avec un projet pour partir. Un soutien plus symbolique que matériel.

Une invitation au voyage qui se transforme en éloge de la débrouille. Felix Marquardt, avait co-signé en septembre 2012 une tribune dans Libération intitulée «Jeunes de France, votre salut est ailleurs: barrez-vous!» Un peu communicant, un peu entrepreneur et surtout très mondain, l'homme y dénonçait «une gérontocratie ultracentralisée et sclérosée», où «une élite de quelques milliers de personnes, dont la moyenne d'âge oscille autour de 60 ans, décide d'à peu près tout» et où près du quart de la jeunesse est au chômage .

La tribune était accompagnée d'un appel à projets . Les lauréats devaient se voir offrir un «coup de pouce» financier et logistique afin de pouvoir financer leur aventure. Si la tribune a fait beaucoup de bruit, cette promesse initiale de soutenir les projets les plus prometteurs a fait un flop. «Nous voulions réunir des sponsors, demander un soutien financier aux pouvoirs publics. On n'a pas réussi», reconnaît Felix Marquardt. Avec le rappeur Mokless et le chroniqueur au «Grand Journal» Mouloud Achour, ils sélectionnent une poignée de lauréats. Felix Marquardt initie l'une d'entre eux, Estelle Rinaudo, à sa spécialité: le réseautage. «Il m'a invitée à Davos, tout frais payés, depuis le Brésil, m'a présentée toutes sortes de décideurs, j'ai pu parler de mon projet d'application, Nanopope. Une superbe opportunité», se réjouit-elle. La jeune femme était toutefois déjà installée au Brésil et connaissait déjà Félix Marquardt avant la parution de la tribune. Quant aux autres lauréats, Felix Marquardt les reconnaît, il ne les «connaît pas».

99 bons plans pour aller voir ailleurs si t'y es

Lui, pourtant, s'est bien fait connaître à travers sa campagne. «On m'a déjà accusé de chercher à me faire mousser à travers cette campagne Barrez-vous», reconnaît Felix Marquardt. «Alors que si mon message porte, ce n'est pas à cause de moi, c'est que je touche du doigt un vrai malaise! Je redoute un clash générationnel, entre les jeunes qui refuseront de payer pour les dettes laissées par les baby-bombers.» Et depuis un an, il martèle son message et parvient à créer le débat. Le maire adjoint de Versailles lui a répondu par un contre-pamphlet intitulé «Battez-vous! ». L'été dernier, le pro de la com' enfonce le clou en publiant à

nouveau une tribune, directement dans le New York Times intitulée «The Best Hope for France's Young? Get Out» («Le meilleur espoir des jeunes Français? Partir»).

Et après? «Il a fallu faire quelque chose de concret. Faute de financer des départs, j'ai publié un guide réunissant toutes les infos pour préparer son départ. Certains jeunes n'ont vraiment accès à aucune information.» Il publie le 6 novembre dernier un guide pour wannabe-expatriés: Barrez-vous! 99 bons plans pour aller voir ailleurs si t'y es. Publié chez Librio, le guide est vendu 3 euros. Si ce dernier est présenté comme «une baguette magique qui te fera sortir de ta léthargie et t'aidera enfin à sortir de te con canapé pour partir à l'aventure», il ne révolutionne pas le genre. Mais on y sent la petite patte de Marquardt. Ainsi, pour aiguiller des jeunes désireux de se lancer dans l'humanitaire, ce dernier leur conseille de «fréquenter les bars, les restaurants préférés des envoyés humanitaires.»

November 9, 2013

## Manfred Rommel, Son of German Field Marshal, Dies at 84

89,189

By DOUGLAS MARTIN

Field Marshal Erwin Rommel was a hero of Hitler's Germany, the legendary "Desert Fox" who seized the world's attention with his daring tactics in North Africa from 1941 to 1943.

Manfred Rommel was his son. He was 15 when he said goodbye to his father, then watched as two German generals ushered him into a car. The generals had given the field marshal a choice: commit suicide or face a rigged trial on charges of conspiring to kill Hitler. If he chose the trial, they said, they could not promise that his family would be safe.

Field Marshal Rommel *was* guilty of supporting a plot to kill Hitler, whom he had decided was leading Germany to disaster. Within minutes, he bit into a cyanide pill and quickly died. It was Oct. 14, 1944.

Manfred went on to become the three-term mayor of Stuttgart, a major city in southwestern Germany where Mercedes-Benz makes cars. He became a liberal voice in postwar West Germany, supporting the rights of immigrants, backing civil liberties and strengthening the city's Jewish population.

He died on Thursday in Stuttgart at 84. The present mayor of Stuttgart, Fritz Kuhn, announced the death without giving a cause. Mr. Rommel had Parkinson's disease.

As mayor, Mr. Rommel angered his constituents in 1977 by allowing convicted terrorists to be eulogized and buried in the municipal cemetery. He said he wanted "to show how, with a little generosity of spirit, enmity ends with death."

In his tenure, from 1974 to 1996, Mr. Rommel tightened control over city finances and reduced debts, while expanding public transport and building a new arena and convention center. In 1982, The New York Times called him "the rising political figure with the best chance of becoming national leader."

But he turned down opportunities to run for state or federal office in favor of the municipal politics he said he liked best. "I'm not ambitious," he said. "It's an unbearable burden to be chancellor," his country's highest office.

He continued, in his touchingly honest style, "Federal officials in this country have an aversion to outsiders, and they're only interested in them for help if they're in mud up to their ears."

Part of his political appeal was his last name. Many Germans felt pride in his father's brilliant generalship, while also remembering his humanity in an inhuman situation. Field Marshal Rommel ignored orders to kill Jewish soldiers, civilians and captured commandos,

and was not accused of war crimes. He angered Hitler by urging a negotiated surrender on the Western Front.

Manfred's response to the Nazi horror was to emphasize the unity of Europe rather than German patriotism. "German history is too much for us," he said in an interview with *The Times*.

"The shadow is too great," he continued. "I belong to the generation of burned children, and I am not so sure about our capabilities. My father once said during the war, 'The best thing would be to live as a British dominion now that we've shown we can't manage our own affairs.' He was being sarcastic, of course."

Manfred Rommel was born in Stuttgart on Dec. 24, 1928. He was only 14 when he was drafted by the Luftwaffe as an anti-aircraft gunner. When his father killed himself, he deserted and surrendered to French forces.

After his release from captivity, he studied law and political science at Tübingen University, then went to work for the state government of Baden-Württemberg, of which Stuttgart is the capital. He became deputy finance minister of the state.

During his tenure as mayor, he was president of the German Association of Cities for nine and a half years. He retired in 1996, when he reached the compulsory retirement age of 68.

Mr. Rommel is survived by his wife, the former Liselotte Daiber, and their daughter, Catherine.

As the field marshal's son, Mr. Rommel formed friendships with the sons of two of his father's most prominent opponents: David Montgomery, son of Field Marshal Bernard Law Montgomery of Britain; and Maj. Gen. George Patton IV, son of Gen. George S. Patton of the United States.

His many honors include the Commander of the British Empire, the French Legion of Honor, the Presidential Medal of Freedom and the highest grade of the German federal order of merit.

"The number of honors seems to be endless," he once said. "The inscription on my gravestone will read, 'Please turn over!'"

# Chris Martenson Warns "There Is Nothing More Important Than Understanding This..."



## VIDEOS

Submitted by [Tyler Durden](#) on 11/09/2013 21:52 -0500

- [Chris Martenson](#)

Having watched [Mike Maloney's "Secrets Of Money" series \(Part 1, Part 2, Part 3, and Part 4 here\)](#), Chris Martenson discusses the critical aspects of the must-watch episodes. Crucially, as we enter a period of apparent Nirvanic equity markets (and dystopian 'real' economics), Martenson's points on the "unnecessarily complex monetary system" that we have today are summed up by his statement that **"there is nothing more important than understanding how our money system operates... and why it will fail us."**

